



Steffen Kailitz (Hrsg.)

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen

Steffen Kailitz (Hrsg.)

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen

Steffen Kailitz (Hrsg.)

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen

Mit Beiträgen von Uwe Backes, Steffen Kailitz, Piotr Kocyba,
Isabelle-Christine Panreck, Gert Pickel und Alexander Yendell

Dresden 2021



Impressum

Steffen Kailitz (Hrsg.)

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen

Dresden 2021

Gestaltung / Satz: Arnold & Domnick, Leipzig

Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH

Umschlagbild: Ausschreitungen in Chemnitz im August 2018; Quelle: picture alliance / AP Photo / Jens Meyer.

Eine Publikation der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Diese Publikation ist nicht zum Verkauf bestimmt und wird für Zwecke der politischen Bildung im Freistaat Sachsen kostenlos abgegeben. Sie stellt keine Meinungsäußerung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung dar. Für den Inhalt sind die Autorin und Autoren verantwortlich.

Redaktionsschluss: 16. März 2021

© Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Dresden 2021

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Schützenhofstraße 36

01129 Dresden

www.slpb.de

publikationen@slpb.smk.sachsen.de

Inhalt

Vorwort	7
<i>Roland Löffler, Werner Rellecke, Joachim Amm</i>	
Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Ein Problemaufriss	9
<i>Steffen Kailitz</i>	
Rechtsextreme, rechtspopulistische und fremdenfeindliche Einstellungen in Sachsen	25
<i>Gert Pickel, Alexander Yendell</i>	
Sachsen als Hochburg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)	37
<i>Steffen Kailitz</i>	
Die Alternative für Deutschland (AfD) zwischen radikalem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus	55
<i>Steffen Kailitz</i>	
Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)	89
<i>Piotr Kocyba</i>	
Corona-Proteste in Sachsen	109
<i>Isabelle-Christine Panreck</i>	
Rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalt in Sachsen	119
<i>Uwe Backes</i>	
Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Sachsen. Eine (vorläufige) Bilanz	127
<i>Steffen Kailitz</i>	
Anhang	
Autorin und Autoren	143

Vorwort

Die Stärkung des demokratischen Bewusstseins der Bevölkerung und die Aufklärung über Gefahren für den demokratischen Staat zählen seit jeher zu den Kernaufgaben der politischen Bildung. Politische Bildung ist deshalb niemals wertfrei. Gerade eine Landeszentrale für politische Bildung arbeitet kraft ihres Auftrages auf der Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz und der sächsischen Landesverfassung niedergelegt ist. Die für das weite Feld der politischen Bildung verbindlichen Prinzipien der Überparteilichkeit und der Kontroversität, wie sie im *Beutelsbacher Konsens* bereits vor Jahrzehnten festgeschrieben wurden, kommen dort an ihre Grenze, wo die Demokratie bedroht oder in ihren Grundprinzipien in Frage gestellt wird. Dies ist beim Rechtsextremismus der Fall.

Die Information über politischen Extremismus stellt daher ein wesentliches Element unseres Bildungsauftrages dar, dem die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung mit unterschiedlichen Angeboten an Büchern, Veranstaltungen und Online-Angeboten seit Jahren nachkommt. Das gilt neben dem Rechtsextremismus auch für die Felder des Linksextremismus und des Islamismus.

Dieser Band liefert dezidiert eine Bestandsaufnahme des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus in Sachsen. Das Themenfeld ist brandaktuell, politisch höchst brisant und umstritten. Auch wenn das bisweilen zu beobachtende pauschalisierende publizistische Sachsen-Bashing der Bevölkerung eines vier Millionen Menschen umfassenden Bundeslandes alles andere als gerecht wird, ist der Freistaat in den letzten Jahren zweifelsfrei durch eine Reihe besorgniserregender rechtsextremistischer sowie unrühmlicher rechtspopulistischer Ereignisse aufgefallen.

Diese reichen von der zweimaligen Repräsentanz der *NPD* im Sächsischen Landtag (2004 – 2014) über die *Pegida*-Demonstrationen in Dresden (seit 2014) bis hin zu zahlreichen fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Vorkommnissen. Viele Entwicklungen stehen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise von 2015 und 2016, man denke etwa an die Angriffe auf Flüchtlingsheime. Ebenso zu nennen sind das gewaltbereite Demonstrationsgeschehen in Chemnitz 2018 oder das Rechtsrockfestival in Ostritz. Auch die von der sogenannten *Querdenken*-Bewegung organisierten öffentlichen Proteste gegen die Corona-Politik in Leipzig 2020 mit ihren von rechten Hooligans betriebenen Ausschreitungen sollten nicht übersehen werden. Auf alle diese Phänomene wird in diesem Buch kompakt eingegangen.

Dass Sachsen ein Problem mit dem Rechtsextremismus hat, ist mittlerweile weitgehend Konsens. Das war nicht immer so. Vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung der letzten Jahre in Sachsen hat sich allerdings die Erkenntnis des Gefährdungspotentials rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen durchgesetzt. Die Staatsregierung will das Problem nun mit einem breit angelegten Maßnahmenkatalog angehen.

Was den Rechtsextremismus ausmacht, ist in der Wissenschaft, bei den Sicherheitsbehörden, Gerichten und in der Öffentlichkeit weitgehend unumstritten. Dazu zählen die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Parteien- und Meinungspluralismus sowie des demokratischen Rechtsstaates zugunsten autoritärer oder neo-nationalsozialistischer Staatsstrukturen, die Verharmlosung des Dritten Reiches sowie die Infragestellung von Grund- und Menschenrechten. Gegenwärtig spielt in der Forschung die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit eine zentralere Rolle als noch vor Jahren. Diese Diskriminierungstatbestände werden oftmals von rechtsextremen Denkern verbunden mit Vorstellungen eines ethnisch homogenen Volkes, das im Sinne einer sogenannten „Umvolkungstheorie“ durch Masseneinwanderung – speziell aus der arabischen Welt – in seiner Essenz und Existenz bedroht ist. Die folgenden Aufsätze erläutern, wie diese extremistischen Konzepte angelegt sind, wie sie sich auf die Einstellung der Bevölkerung auswirken, in welchen Gruppierungen und Parteien diese Vorstellungen oder auch antidemokratische Verschwörungsmymen Resonanz finden und in welcher Weise sie eine moderne, freiheitliche, pluralistische Demokratie bedrohen. Der Herausgeber dieses Bandes, Steffen Kailitz, zeichnet zudem die wissenschaftliche Diskussion darüber nach, wie sich Rechtsextremismus – und Extremismus im Ganzen – von Populismus oder auch Rechtspopulismus unterscheiden bzw. aufeinander beziehen lassen.

Die Beiträge dieses Bandes dokumentieren also den aktuellen Forschungsstand zum Themenkomplex Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Sie wurden von ausgewiesenen Experten im Bereich der Extremismusforschung verfasst, die in dem Forschungsnetzwerk *Integrations-, Fremdenfeindlichkeits- und Rechtsextremismusforschung in Sachsen (IFRiS)* organisiert sind. Dieses wird am Dresdner *Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V.* koordiniert. Wir danken dem Herausgeber Steffen Kailitz vom *Hannah-Arendt-Institut* sowie der Autorin und den Autoren für ihre Beiträge und die sehr gute, intensive Zusammenarbeit.

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung will mit dieser Publikation der breiten Öffentlichkeit die neuesten Erkenntnisse zum Thema zugänglich machen. Wir wollen damit zur gesellschaftlichen Debatte über Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen beitragen, aber auch Multiplikatoren in der politischen Bildung sowie Lehrerinnen und Lehrern solide, aktuelle Analysen für ihre pädagogische Arbeit an die Hand geben.

Dr. Roland Löffler

–

Werner Rellecke

–

Dr. Joachim Amm

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Ein Problemaufriss

Steffen Kailitz

Einleitung

Der erste Teil dieser Einleitung klärt die zentralen Begriffe *Rechtsextremismus*, *Rechtsradikalismus* und *Rechtspopulismus* und setzt sie ins Verhältnis zueinander, im zweiten Teil folgt eine kompakte Antwort auf die Frage, warum Rechtsextremismus und (radikaler) Rechtspopulismus in Sachsen besondere Aufmerksamkeit verdienen. Es gibt nämlich, wie zu zeigen sein wird, leider eine ganze Reihe von guten Gründen, der Frage sachlich und wissenschaftlich nachzugehen, ob und – wenn ja – warum Sachsen eine Hochburg des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist.¹ In der Einleitung wird dies nur knapp skizziert, in den folgenden Teilen dann systematisch ausgeführt. In diesem Buch erörtern wir verschiedene – wenn auch nicht erschöpfend alle – Facetten des Rechtsextremismus und radikalen Rechtspopulismus in Sachsen: von rechtsextremen Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung (Alexander Yendell und Gert Pickel) über die Positionierung und die Erfolge der rechtsextremen Flügelparteien *NPD* und *AfD* (Steffen Kailitz) und die bundesweit Aufsehen erregenden Demonstrationen der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)* in Dresden (Piotr Kocyba) hin zu den aktuellen Protesten gegen die Corona-Maßnahmen (Isabelle-Christine Panreck) und zu rechtsextrem motivierter Gewalt (Uwe Backes).² Die Beiträge sind dabei nach folgendem Muster sortiert: Am Anfang steht die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ein-

¹ Vgl. als Beiträge zu einer sachlichen und fundierten Diskussion: Uwe Backes / Steffen Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus?*, Göttingen 2020; Eckhard Jesse / Thomas Schubert / Tom Thieme, *Politik in Sachsen*, Wiesbaden 2014, S. 305 – 340; Heike Kleffner / Matthias Meisner (Hrsg.), *Unter Sachsen: zwischen Wut und Willkommen*, Berlin 2017; Tom Mannewitz, „Schandfleck“ Sachsen? Über Vorurteile und Forschungsdesiderate, in: *GWP-Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 65 (2016) 3, S. 369 – 374; Gert Pickel / Oliver Decker (Hrsg.), *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Leipzig 2016. Vgl. zur Diskussion in den Medien u. a. Patrick Gensing, *Sachsen: Hochburg des Rechtsextremismus*, in: *tagesschau.de* vom 28. 08. 2018, <http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/rechtsextremismus-sachsen-101.html> (14. 4. 2020); Volker Weiß, *Rechtsextremismus in Sachsen: Der illiberale Freistaat*, in: *Zeit Online* vom 27. 08. 2018, <https://www.zeit.de/kultur/2018-08/rechtsextremismus-dresden-pegida-demonstrant-chemnitz-aufmaersche>? (19. 11. 2020).

² Dieses Buch ist eine gemeinsame Frucht der Arbeit des Netzwerks *Integrations-, Fremdenfeindlichkeits- und Rechtsextremismusforschung in Sachsen (IFRiS)*, konkret vor allem des gemeinsamen Projekts *Demokratischer Zusammenhalt in Sachsen (DeZiS)*. Das *Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst* förderte das Projekt 2018 / 19. Die verwendeten Steuermittel wurden auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes zur Verfügung gestellt. Ich danke Arne Frenk am HAIT für zahlreiche Korrekturen und Kommentare, die zu einer Verbesserung dieses Bandes geführt haben.

stellungen, die eben nicht unbedingt zu Taten oder auch nur zur Wahl einer rechtsextremistischen Partei führen müssen. Es folgt die Untersuchung der programmatischen Positionierungen rechtsextremer Parteien und Bewegungen insgesamt wie insbesondere ihrer prägenden Gesichter. Die höchste Intensitätsstufe des Extremismus ist dann beim Einsatz von Gewalt erreicht. Zwar handelt es sich hier um zahlenmäßig weit weniger Menschen als solche, die rechtsextreme Einstellungen aufweisen und / oder eine rechtsextremistische Partei wählen, aber durch die Verbreitung von Angst und Schrecken stellen sie eine Gefahr für die Sicherheit dar. Ein abschließendes Fazit führt die Fäden zusammen und umreißt knapp die mediale und politische Auseinandersetzung um Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Sachsen.

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus: Begriffsbestimmungen und -abgrenzungen

Was ist mit Rechtsextremismus, was mit Rechtsradikalismus, was mit Rechtspopulismus gemeint? Als die Demokratie gefährdend und damit extremistisch sind übergreifend Parteien, Bewegungen und Personen anzusehen, die sich gegen Kernmerkmale der Demokratie richten. Zum Kern der Demokratie in Deutschland gehören neben den freien und fairen Wahlen sowie der Gewaltenteilung und dem Rechtsstaat vor allem die uneingeschränkte Geltung der Menschenrechte wie etwa der Religionsfreiheit, der Gleichheit aller vor dem Gesetz, der Meinungs-, Presse- oder Versammlungsfreiheit oder der Unabhängigkeit der Justiz.³ Wer von Extremismus spricht, muss sich dabei über eines im Klaren sein: Ebenso, wie sich kaum ein Diktator – von Adolf Hitler bis zu Kim Jong-Un – selbst als solcher bezeichnete, nennt sich auch kein politischer Extremist selbst so. Alle gegenwärtigen Diktatoren und Extremisten beanspruchen demokratisch zu sein, also im Namen ihres „Volkes“ zu sprechen. Umso wichtiger sind klare Maßstäbe und große Sorgfalt bei der Einordnung, wann eine Partei, Bewegung oder ein Politiker als extremistisch und damit antidemokratisch anzusehen ist.⁴

³ Vgl. zu der Begrifflichkeit u. a. Steffen Kailitz / Tom Mannewitz, Extremismusforschung in der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: Hans-Joachim Lauth / Marianne Kneuer / Gert Pickel (Hrsg.), Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2016, S. 585 – 600; Steffen Kailitz, Extremismus, politischer, in: Steffen Mau / Nadine M. Schöneck (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Band 1, Wiesbaden 2013, S. 244 – 257. Vgl. weitgehend analog u. a. auch Tom Mannewitz, Das normative Extremismuskonzept, in: Uwe Backes / Alexander Gallus / Eckard Jesse / Tom Thieme (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E&D), 30. Jahrgang, Baden-Baden 2018; Tom Thieme, Populismus, Radikalismus, Semi-Extremismus, in: Ebd., S. 13 – 29.

⁴ Der Extremismusansatz wird dabei bis in die Gegenwart in den Sozialwissenschaften teils kontrovers betrachtet. Die gegensätzlichen Positionen sind zusammengefasst in: Christoph Butterwegge, Contra Extremismusmodell: „ein inhaltsleerer Kampfbegriff“, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 18. 12. 2017, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/263507/contra-extremismusmodell> (18. 12. 2020); Monika Deutz-Schroeder, Pro Extremismusmodell: „Vergleich von Strukturmerkmalen“, in: Bun-

Wer politische Extremisten als antidemokratisch beschreibt, muss im Blick behalten, dass auch sie sich die Demokratie auf ihre Fahnen schreiben. Allerdings unterscheidet sich das Demokratieverständnis der Anhänger des demokratischen Verfassungsstaats grundlegend von jenem politischer Extremisten. Nahezu alle Varianten des Extremismus stehen mehr oder weniger deutlich in der Tradition der Identitätstheorie der Demokratie, auch dann, wenn sie ansonsten mit dem Gedankengut Jean-Jacques Rousseaus, dem Wegbereiter dieser Demokratieverstellung, nichts zu tun haben.⁵ Gemäß der Identitätstheorie gehört es zur Aufgabe der gewählten Repräsentanten des Volkes, für die Umsetzung des feststehenden Volkswillens zu sorgen. Die Parlamentarier sollen demnach kein freies, sondern nur ein imperatives Mandat haben und den vorgegebenen Volkswillen ausführen. In diesem Modell müssten idealtypisch alle die gleichen Interessen haben, da der „Volkswille“ als objektiv erkennbar dargestellt wird. Konkurrierenden Politikvorstellungen wird aus dieser Perspektive häufig und heftig ein Verrat am Volk unterstellt.

Bei der Betrachtung des politischen Extremismus lässt sich zwischen der Ebene der Ideologie und der Mittel unterscheiden. Die Frage nach der Ideologie zielt vor allem auf das politische Hauptziel einer Bewegung ab, während mit Mitteln alle verwendeten Methoden – insbesondere um das ideologische Hauptziel zu erreichen – gemeint sind.

Mittel		Ideologie	
		demokratisch	extremistisch
	legal, ohne Gewalt	(1)	(2)
	(teils) illegal gewaltbereit	(3)	(4)

Zweidimensionales Ideen-Mittel-Modell von Extremismus und Demokratie (Tabelle 1); Quelle: Cas Mudde, Liberal Democracies and the Extremist Challenge of the Early 21st Century, in: Nordic Journal of Human Rights, 21 (2003) 4, S. 429 – 440.

In der Kategorie 1 finden sich alle (liberal)-demokratischen Bewegungen. In die Kategorie 2 fallen Bewegungen mit einem extremistischen politischen Ziel, das sie aber ausschließlich durch legitime politische Mittel wie Wahlteilnahme, politische Veranstaltungen und Veröffentlichungen sowie die Organisation von Demonstrationen zu erreichen suchen. In diese Kategorie gehören alle extremistischen Wahlparteien und Protestbewegungen, ob von rechts oder links. Mit Blick auf NPD und AfD sowie Pegida und (Teile der) Corona-Proteste wird zu zeigen sein, dass sie – mit je unterschiedlicher Intensität – in diesem Bereich anzusiedeln sind.

Die Kategorie 3 umfasst Gruppen, die nicht auf die Errichtung einer Diktatur zielen, aber – aus welchen Gründen auch immer – illegale Mittel zur Umsetzung ihrer Ziele einsetzen.

deszentrale für politische Bildung vom 18.12.2017, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/261959/pro-extremismusmodell> (05.01.2021).

⁵ Vgl. Jean-Jacques Rousseau, Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts (1762), Berlin 2012.

In diese Kategorie fallen etwa separatistische Bewegungen, die in einem eigenen Staat eine demokratische Herrschaftsordnung anstreben, aber glauben, ihr Ziel ohne Gewalt nicht erreichen zu können. Auch politische Interessengruppen, deren politische Ziele mit der Demokratie vereinbar sind, wie etwa militante Tier-, Klima- oder Umweltschützer, gehören in diese Kategorie. Diese Kategorie umfasst auch solche Bewegungen, die in einer Diktatur auf eine demokratische Herrschaftsordnung zielen und versuchen, dieses Mittel auch mit Gewalt zu erreichen. Auch wenn die Ziele nicht zu verurteilen, sondern teils zu loben sind, setzen sich die Vertreterinnen und Vertreter dieser Kategorie ins Unrecht: Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Zum Bereich der Kategorie 4 gehören alle Bewegungen, die sowohl eine extremistische Ideologie haben als auch den Einsatz illegaler Mittel propagieren, um dieses Ziel zu erreichen. Alle revolutionären Bewegungen und Terrorgruppen mit einer Herrschaftsideologie fallen in diese Kategorie, ob rechts-, links- oder religiös extremistisch.

Als rechtsextremistisch gelten Parteien, Bewegungen und Personen, wenn sie aus rassistischen oder nationalistischen Gründen anderen Gesellschaftsmitgliedern, zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund, keine oder nur eingeschränkte Rechte im Vergleich zu „ethnischen Deutschen“ zubilligen wollen und diese in letzter Konsequenz aus Deutschland ausweisen wollen.⁶ Der Kern einer rechtsextremistischen Position ist das Streben nach einer ethnisch gleichartigen (homogenen) Gemeinschaft. Beispielhaft hierfür ist das Programm der *Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)* von 1920. Unter Punkt 4 erklärte die *NSDAP* knapp: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist“. Die „Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger)“ sollten unter bestimmten Umständen aus dem Reich ausgewiesen und jedenfalls jede „weitere Einwanderung Nicht-Deutscher“ verhindert werden. Sofort „zum Verlassen des Reiches gezwungen werden“ sollten in dem „Rückführungsprogramm“ der *NSDAP* alle, „die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert“ waren.⁷ Bis heute kennzeichnen derartige völkische Positionen die Programmatik rechtsextremistischer Parteien. Ging die Stoßrichtung der *NSDAP* vor allem gegen die Juden – die so genannten „Ostjuden“ waren nach dem Ersten Weltkrieg⁸ die größte Zuwanderungsgruppe in Deutschland –, so wenden sich heutige Rechtsextremisten

⁶ Vgl. dazu u. a. Kailitz, Extremismus, politischer, in: Mau / Schöneck (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Band 1, a. a. O., S. 246.

⁷ Alle Zitate: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, in: Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Eine Auswahl vom Vormärz bis zur Gegenwart (1920), München 1952, S. 139 – 143.

⁸ Insbesondere aufgrund der Pogrome in Russland und dadurch ausgelöster Fluchtbewegungen begann diese Zuwanderung dabei bereits vor dem Ersten Weltkrieg und führte zu einem Aufschwung der antisemitischen Bewegung: Matthias Piefel, Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen: 1879 – 1914, Göttingen 2004.

vor allem gegen eine Zuwanderung und Einbürgerung von Muslimen.⁹ Sie charakterisieren Muslime als „kulturfremd“ oder „raumfremd“.¹⁰

Das Streben nach einer ethnisch gleichartigen Gemeinschaft umfasst alle drei zentralen Definitionsmerkmale des Rechtsextremismus, die von der internationalen Forschungsgemeinschaft auf dem Gebiet seit Jahren recht konsensual benutzt werden: Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die beiden übrigen Merkmale, antidemokratische und autoritäre Positionierungen, zielen auf die Verortung als extremistische und nicht spezifisch auf die als rechtsextremistische Partei.¹¹

Die Unterscheidung einer Mittel- und einer Ideenebene weist bereits in die Richtung, dass es erforderlich erscheint, verschiedene Intensitätsstufen des politischen Extremismus zu unterscheiden. Der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber hat folgende zehnstufige Extremismusskala vorgeschlagen:

Stufe	Kriterien	Beispiele
(0)	(Einzelne Extremisten in demokratischen Organisationen) ¹²	
1	Bedeutsame Extremismusteile in Organisationen.	<i>AfD</i> 2014 / 15 (hier konkret etwa bedeutende Teile der Landesverbände in Brandenburg und Thüringen)
2	Offiziell normen- und systembejahende Formen. Es handelt sich dabei um Organisationen, die im angeblichen Namen von Demokratie und Menschenrechten deren Gültigkeit in Frage stellen.	<i>Partij voor de Vrijheid</i> (PVV, Partei für die Freiheit) von Geert Wilders, <i>Pegida</i> , <i>AfD</i> 2016 / 17
3	Offen normenverneinende und systembejahende Formen. Es soll dabei bei den demokratischen Strukturen und Institutionen bleiben, aber diese sollen durch eine Negierung der Normen und Prinzipien einer offenen Gesellschaft entkernt werden.	<i>Institut für Staatspolitik (IfS)</i> , Mainstream der <i>AfD</i> ab 2017
4	Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaats werden (weitgehend) offen abgelehnt, legalistische Formen.	Große Teile der Anhänger des ehemaligen <i>Flügels</i> der <i>AfD</i> , („Seriöse Radikale“ in der) <i>NPD</i>

⁹ Vgl. zu den Parallelen: Steffen Kailitz, Flüchtlingswelle in der Weimarer Republik. Rechte Kampagnen damals und heute, in: Cicero vom 13. 11. 2015, <http://www.cicero.de/berliner-republik/fluechtlingsdebatte-was-wir-aus-der-judeneinwanderung-der-20er-lernen/60106> (19. 11. 2020).

¹⁰ Siehe zu der Begriffsverwendung die Beiträge zu *NPD* und *AfD* von Steffen Kailitz.

¹¹ Vgl. zu den fünf Punkten: Elisabeth Carter, Right-wing Extremism / Radicalism: Reconstructing the Concept, in: *Journal of Political Ideologies*, 23 (2018) 2, S. 157 – 182, S. 167.

¹² Diese Stufe zählt selbst nicht zur Extremismusskala, sondern dient der Abgrenzung.

Stufe	Kriterien	Beispiele
5	Offen normen- und systemverneinende Positionierung, (teils) nichtlegalistische Formen	(Nicht gewalttätiger Teil der) Neonazi-Szene (Delikte überwiegend in Form von Propagandadelikten), (mit der Neonazi-Szene verflochtener Teil der) <i>NPD</i> , ehem. <i>NSDAP</i>
6	Gewalttätigkeit gegen Einrichtungen oder Fahrzeuge („Sachen“)	Gewalttätiger Teil der Neonaziszene, u. a. Autonome Nationalisten ¹³
7	Gewalttätigkeit gegen Personen ohne Tötungsabsicht	
8	Gewalttätigkeit mit einkalkulierter Tötung	
9	Gewalttätigkeit mit bewusster Mordabsicht	<i>NSU</i>
10	Gewalttätigkeit mit Massenmordabsicht	Attentäter von Hanau ¹⁴

Zehnstufige Extremismusskala (Tabelle 2); Quelle: Armin Pfahl-Traughber, Das Zehn-Stufen-Modell der „Extremismusintensität“, in: Kategorien zur Analyse und Einordnung politischer Bestrebungen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, Brühl 2014, S. 7 – 36. Die Beispiele stammen teils von Pfahl-Traughber, teils sind es Einstufungen des Autors dieses Beitrags, basierend auf Pfahl-Traughbers Kriterien.

Der Begriff „Populismus“ ist in der öffentlichen Debatte allgegenwärtig und wird mittlerweile inflationär verwendet. Gerade der uneinheitliche Gebrauch stellt dabei ein Problem dar. Gegner des Konzepts, wie Heribert Prantl, führen folgendes Argument ins Feld: „Das Wort Populismus ist nun vom übermäßigen Gebrauch so überdehnt und ausgeleiert wie ein alter Gummiring; es ist selbst populistisch. Es taugt für fast nichts mehr; nur noch zur Verharmlosung der Demokratieverächter. Demokratie- und Verfassungsverachtung ist aber kein Populismus, sondern Extremismus.“¹⁵

In der Politikwissenschaft gibt es, im Unterschied zum Konzept des Extremismus und Rechtsextremismus, kein ganz klar umrissenes Konzept des Populismus – und damit auch kei-

¹³ Die Autonomen Nationalisten organisierten sich zu Beginn der 2000er Jahre aus den neonationalsozialistischen Freien Kameradschaften heraus. Vom Erscheinungsbild ähneln sie mit Accessoires wie schwarzem Kapuzenpullover und Palästina-Sertuch relativ stark den linksextremen Autonomen. Auch bei den Aktionsformen orientieren sie sich an deren Vorbild. Ideologisch stehen sie den Autonomen von links allerdings unversöhnlich gegenüber.

¹⁴ Dass in dem Beispielfall die Tat aus einem Zusammentreffen von rechtsextremistischer Gesinnung mit schweren – behandlungsnotwendigen – psychischen Problemen resultierte, spricht nicht gegen die Einstufung. Bei den höheren Graden der Extremismusintensität gehen insbesondere Sozialpsychologen vielmehr davon aus, dass die Gesinnungen – insbesondere wenn Verschwörungstheorien involviert sind – auch auf psychische Problematiken hindeuten. Vgl. Peter Maxwell, Tödliche Schüsse in Hanau. Die Wahnwelt des mutmaßlichen Attentäters, in: Der Spiegel vom 20.02.2020, <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/hanau-taeter-veroeffentlichte-ausfuehrliches-bekennerschreiben-a-a026da8c-86b9-4de6-894d-7a6598edecdc> (18.12.2020).

¹⁵ Heribert Prantl, Gebrauchsanweisung für Populisten: Wie man dem neuen Extremismus das Wasser abgräbt, Salzburg 2017, S. 16.

nes des Rechtspopulismus. Es lassen sich in den Sozialwissenschaften vielmehr drei Grundvarianten des Populismusbegriffs unterscheiden: die Deutung 1) als „dünne Ideologie“, 2) als politische Strategie¹⁶ und 3) als politisches Stilmittel. Außerdem gibt es Konzeptionen des Populismus, die Elemente der drei Grundvarianten vermengen. Hinzu kommt, dass eine eindeutige Unterscheidung zwischen Populismus als politischer Strategie und Populismus als Kommunikationsstil faktisch schwer zu treffen ist, da im wissenschaftlichen Diskurs von verschiedenen Autoren teils die gleichen Merkmale als Elemente einer populistischen Strategie und als populistisches Kommunikationsmittel aufgeführt werden. Die Merkmalslisten überschneiden sich also in beiden Bereichen. Inzwischen ist in der internationalen Populismusforschung und insbesondere der Rechtspopulismusforschung die Deutung des Populismus als „dünne Ideologie“ vorherrschend.¹⁷ Aus dieser Perspektive arbeiten populistische Parteien und Bewegungen mit zwei zentralen Unterscheidungen: erstens der Unterscheidung zwischen oben und unten, dem „guten“ Volk und der „bösen“ Elite, sowie zweitens, mit Blick auf innen und außen, zwischen dem „guten“ Volk und den „gefährlichen“ Fremden.

Mit „dünner Ideologie“ ist gemeint, dass der Populismus selbst keine vollwertige „dicke“ Ideologie ist. Deswegen werde der Populismus immer mit bestimmten anderen Ideologien verflochten.¹⁸ Jan-Werner Müller interpretiert die „dünne Ideologie“ dabei bereits sehr stark in Richtung eines „vormodernen Repräsentationsverständnisses“¹⁹ und einer Gefahr für die Demokratie. Zentral ist aus dieser Perspektive beim Rechtspopulismus, „wer eigentlich wirklich zum wahren Volk gehört und wer nicht“.²⁰ Das rechtspopulistische Schlüsselthema ist damit die „Identität“.²¹ Damit ergibt sich ein fließender Übergang zur oben geschilderten rechtsextremistischen Programmatik. Konkret bedeutet das: Radikaler Rechtspopulismus lässt sich zugleich als „weicher“ Rechtsextremismus ansehen.

Wenn eine ideologische Verortung adressiert wird, die sich auf einen Graubereich zwischen Extremismus und Demokratie bezieht, erscheint es, um eine eindeutige Einordnung zu gewährleisten, notwendig, klarer von „radikal rechtspopulistisch“ oder synonym, aber besser,

¹⁶ Diese Ausdeutung des Populismusbegriffs dominiert vor allem in der Lateinamerikaforschung. Kurt Weylands einflussreiche Definition lautet: „Populism is best defined as a political strategy through which a personalistic leader seeks or exercises government power based on direct, unmediated, uninstitutionalized support from large numbers of mostly unorganized followers.“ Vgl. Kurt Weyland, *Clarifying a Contested Concept. Populism in the Study of Latin American Politics*, in: *Comparative Politics*, 34 (2001) 1, S. 1 – 22.

¹⁷ Vgl. zu dem Ansatz: Kirk Andrew Hawkins / Ryan E. Carlin / Levente Littvay / Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), *The Ideational Approach to Populism: Concept, Theory, and Analysis*, London 2019.

¹⁸ Vgl. Cas Mudde / Cristóbal Rovira Kaltwasser, *Populism: A Very Short Introduction*, Oxford 2017, S. 6.

¹⁹ Jan-Werner Müller, Was ist Populismus?, in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, 7 (2016) 2, S. 189.

²⁰ Vgl. Jan-Werner Müller, Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016, S. 52. Vgl. zur „dünnen Ideologie“ des Populismus Ben Stanley, *The Thin Ideology of Populism*, in: *Journal of Political Ideologies*, 13 (2008) 1, S. 95 – 110.

²¹ Vgl. Hans-Georg Betz, Rechtspopulismus in Europa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31 (2002) 3, S. 251 – 264.

von „rechtsradikal populistisch“ zu sprechen. Dies geschieht zwar meist auf internationaler Ebene, aber keineswegs immer.²²

Insbesondere Journalisten nutzen in Deutschland den Begriff „rechtspopulistisch“ dagegen häufig, um Positionen in einem Graubereich zwischen einer rechtsextremistischen und einer rechtsdemokratischen Haltung zu kennzeichnen. Eine solche Ansicht ist allerdings nicht auf die Medien beschränkt. So meint etwa auch der Historiker Ralf Melzer: „Rechtspopulisten“ markieren „die Grauzone zwischen demokratisch-konservativ und rechtsextrem.“²³ In die gleiche Richtung geht die Politikwissenschaftlerin Britta Schellenberg: „Während Rechtsextreme die gegenwärtige staatliche Ordnung und ihre Prinzipien klar ablehnen und teilweise aktiv angreifen, treten Rechtspopulisten nicht explizit systemoppositionell auf.“²⁴ Als Oberbegriff von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus schlagen Melzer und Schellenberg „rechtsradikal“ bzw. „radikal rechts“ vor.

Gegen eine solche „Definition des Populismus als ‚Extremismus light‘“ und damit auch des Rechtspopulismus als „Rechtsextremismus light“ wenden sich etwa die Politikwissenschaftler Eckhard Jesse und Isabelle-Christine Panreck.²⁵ Sie propagieren das Verständnis von Populismus als einen Politikstil und schlagen ein zweidimensionales Modell mit vier verschiedenen Idealtypen vor:

²² Vgl. u. a. Kai Arzheimer, „Don't Mention the War!“ How Populist Right-Wing Radicalism Became (Almost) Normal in Germany, in: *Journal of Common Market Studies*, 57 (2019) S1, S. 90 – 102; Cas Mudde (Hrsg.), *The Populist Radical Right: A Reader*, Routledge 2017; ders., *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007.

²³ Ralf Melzer, Politische Sprache: Was ist rechtspopulistisch, was rechtsextrem?, in: Spiegel Online vom 30. 06. 2016, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechts-extrem-populistisch-radikal-im-dschungel-der-begriffe-a-1096904.html> (07. 12. 2020). Tatsächlich tut sich der Artikel von Melzer sehr schwer damit, die „Konfusion“ der Begriffe aufzulösen. Deutet Melzer im obigen Zitat Rechtspopulismus ideologisch als „Grauzone“ zwischen rechtskonservativ und rechtsextremistisch, so legt er Populismus anschließend als „politischen Stil“ aus. Siehe ebd. Beides sind aber unterschiedliche Zugänge zum Populismusbegriff, die zumindest nicht ohne nähere Erläuterung vermengt werden sollten.

²⁴ Britta Schellenberg, Rechtspopulismus im europäischen Vergleich – Kernelemente und Unterschiede, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 28. 10. 2018, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismus-im-europaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede> (07. 12. 2020). Ähnlich wie Melzer und Schellenberg positionieren sich auch andere Autorinnen und Autoren, z. B. Patrick Keßler, Was ist konservativ, was ist rechts? Topografie der Grenzziehungen, in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte* vom 01. 05. 2018, <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/topografie-der-grenzziehungen-2071/> (18. 12. 2020).

²⁵ Vgl. Eckhard Jesse / Isabelle-Christine Panreck, Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD, in: *Zeitschrift für Politik*, 64 (2017) 1, S. 59 – 76.

	Demokratisch	Extremistisch
Nicht-populistisch	demokratisch / nicht-populistisch	extremistisch / nicht-populistisch
Populistisch	demokratisch / populistisch	extremistisch / populistisch

Zweidimensionale Populismus-Extremismus-Skala nach Jesse und Panreck (Tabelle 3).

Bei näherer Betrachtung lassen sich die Widersprüche zwischen den Positionen in der Forschung immerhin einigermaßen auflösen. Bei einer Verwendung der Begrifflichkeit des „rechtsradikalen Populismus“ lässt sich der Bestandteil „rechtsradikal“ ideologisch als „rechtsextremistisch light“²⁶ und der Bestandteil „populistisch“ als Bezeichnung eines politischen Stils interpretieren.

In diesem Sinne wird in diesem Beitrag also eine andere Anordnung der Begriffe als bei Melzer und Schellenberg vorgeschlagen. Der Begriff „rechtsextremistisch“ dient demnach dazu, die eindeutig demokratiefeindlichen Bestrebungen zu benennen, wobei „rechtsradikal“ die Grauzone adressiert. „Extrem rechts“ und „rechtsextrem“ fungieren als Oberbegriffe für rechtsradikale und rechtsextremistische Bestrebungen. „Populistisch“ wird als ein Politikstil und Ideologiecontainer angesehen, der sich aufgrund seiner starken Tendenz zur gesellschaftlichen Polarisierung vor allem unter Radikalen und Extremisten findet, aber durchaus auch von Demokraten instrumentalisiert wird. Die weiter unten näher beschriebenen rechtsradikalen populistischen Parteien siedeln also tatsächlich in einer „Grauzone“ zwischen Demokratie und Extremismus, nur eben nicht weil sie populistisch, sondern weil sie radikal sind.

Inhaltlich ergeben sich durch diese Begriffsanordnung letztlich keine größeren Unterschiede zu jener Deutung, die Populismus als „dünne Ideologie“ begreift. Laut Cas Mudde umreißt beim populistischen Rechtsradikalismus der Nativismus und der Autoritarismus die Ideologie des Rechtsradikalismus. Unter dem „Schlüsselement“ des Nativismus wird wesentlich verstanden, dass die Nation kulturell und / oder ethnisch definiert wird und nur von „nativen“ Angehörigen der Kultur oder Ethnie bewohnt werden soll. Nicht-native, im deutschen Fall „undeutsche“ Personen oder Ideen gelten aus dieser Perspektive als Bedrohung für die – homogen gedachte – Nation. Es handelt sich mithin um eine fremdenfeindliche Form des Nationalismus.²⁷

Wer sich die obige Definition des Rechtsextremismus ansieht, erkennt leicht, dass der Nativismus ein gemeinsames Kernelement von Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus ist. Wenn man sich die obige Skala zur Extremismusintensität in Erinnerung ruft, zeigt sich

²⁶ So wurde in den 1990er Jahren zunächst in der Regel auch die „neue“ radikale Rechte von der alten extremen Rechten, die an Faschismus und Nationalsozialismus orientiert war, ohne den Zusatz „populistisch“ abgegrenzt. Vgl. u. a. Herbert Kitschelt / Anthony McGann, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995.

²⁷ Vgl. Cas Mudde, *Fighting the System? Populist Radical Right Parties and Party System Change*, in: *Party Politics*, 20 (2014), S. 218.

dann, dass es sich beim Rechtsradikalismus faktisch schlicht um die unteren Stufen des Rechtsextremismus handelt. Wenn der eine Forscher über „soften“ Rechtsextremismus, der andere über Rechtsradikalismus schreibt, widersprechen sich die beiden demnach nicht, sondern sagen mit unterschiedlichen begrifflichen Vorlieben im Kern das Gleiche. Das zweite Element des Rechtsradikalismus ist nach Mudde der Autoritarismus. Damit ist ein Denken in traditionellen und hierarchischen Strukturen gemeint. Auch bei diesem Element ist es eine Frage der Intensität, ob noch von Rechtsradikalismus gesprochen werden kann oder bei starken Ausprägungen der Begriff Rechtsextremismus angemessener ist.²⁸

Als wäre es mit der Konfusion um die Begriffe Extremismus, Radikalismus und Populismus in der Debatte nicht genug, finden sich unter den Etiketten, die Parteien im rechten Spektrum aufgeklebt werden, auch die Etiketten „nationalkonservativ“ und „rechtskonservativ“. Nun können konservative Parteien sowohl demokratisch als auch radikal oder extremistisch sein.²⁹ Ein Begriff des Konservatismus, der diese Strömung per se als demokratisch definieren wollte, ist ahistorisch. Damit sagt auch die Antwort auf die Frage, ob eine Partei „bürgerlich“ oder „bürgerlich-konservativ“ ist, nichts darüber aus, ob sie nun demokratisch oder extremistisch ausgerichtet ist.

Uwe Backes, der die theoretisch anspruchsvollste Grundierung des Extremismusansatzes vorgelegt hat, brachte das Verhältnis des Konservatismus zur Demokratie so auf den Punkt: „Wenn man Konservatismen durch ihr Selbstverständnis definiert, kommt man schwerlich um die Feststellung herum, daß Konservative dem sozialen und politischen Wandel hin zum demokratischen Verfassungsstaat häufig hartnäckigen Widerstand entgegengebracht haben.“³⁰ Die gemäßigte Strömung des Konservatismus, die an konstitutionelle Traditionen anknüpfte, näherte sich im Zeitverlauf dem Modell des demokratischen Verfassungsstaats an. Teile des Konservatismus siedeln aber klar im nicht-demokratischen Bereich. Unter den antidemokratischen Konservatismen lässt sich grob zwischen einem „restaurativen Konservatismus“, der auf die Monarchie als Herrschaftsform zielt, und einem „revolutionären Konservatismus“³¹ unterscheiden. Die Ideen der *Konservativen Revolution* gingen dabei in leicht abgewandelter Form in den Ideen der *Neuen Rechten* der Gegenwart und zuletzt in den Ideen der *Identitären Rechten* auf. Als Kern dieses – nativistischen – Denkens gelten Nationalismus und Ethnozentrismus, die eine untrennbare Einheit bilden, seit den 1980er Jahren ergänzt um den so genannten „Ethnopluralismus“.³² Typisch ist, dass aus dieser konservativ-antidemokra-

²⁸ Vgl. ders., *Populist Radical Right Parties in Europe*, a. a. O., S. 20 – 23.

²⁹ Vgl. den eindrucksvollen Überblick zu den antidemokratischen Spielarten des Konservatismus bei Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten: Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989, S. 178 – 224.

³⁰ Ebd., S. 179.

³¹ Ebd., S. 185.

³² Vgl. ebd., S. 201 – 215.

tischen Strömung heraus anhaltende Zuwanderung mit einem „Ethnozid“ gleichgesetzt wird, dem – in der einen oder anderen Form – „Widerstand“ entgegenzusetzen sei.

Die nicht-demokratischen Strömungen des Konservatismus bleiben aufgrund der konservativen Ausrichtung in aller Regel auf den unteren Stufen der Extremismusskala. So würde sich etwa eine (national-)konservative Partei aufgrund von deren Gewaltaffinität und nicht-legalistischem Handeln nicht mit der Neonaziszene verbrüdern. Nationalkonservative weisen eine weit niedrigere Extremismusintensität auf als Nationalsozialisten. Mit Blick auf die Weimarer Republik brachte dies der Historiker Heinrich-August Winkler so auf den Punkt: „Der Antisemitismus war im konservativen Deutschland der Weimarer Republik ‚salonfähig‘, solange er gewisse Formen des ‚bürgerlichen Anstands‘ wahrte, also nicht allzu rabiat auftrat.“³³ Ganz analog lässt sich sagen, die antimuslimische Haltung ist im nationalkonservativen Spektrum in den 2020er Jahren „salonfähig“, solange sie gewisse Formen des „bürgerlichen Anstands“ wahrt und nicht allzu rabiat auftritt.

Ein klassisches Beispiel für eine rechtsextreme nationalkonservative Partei in der Weimarer Republik war die *Deutschnationale Volkspartei (DNVP)*. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren es die *Republikaner* und die *Deutsche Volksunion (DVU)*. Der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber charakterisierte die *Republikaner* 1995 als „rechtsextrem im Sinne eines antidemokratischen Konservatismus mit (national)populistischen Zügen“.³⁴ Jenseits des „restaurativen“ und „revolutionären“ Konservatismus lassen sich mithin – teils direkt im rechtsextremistischen Bereich, teils in einer Grauzone zwischen Demokratie und Rechtsextremismus – die nationalkonservativen Parteien einstufen.

In der Parteienforschung hat sich ein weitgehender Konsens darüber ergeben, dass es eine eigenständige rechtsradikal populistische Parteienfamilie gibt.³⁵ Auf der Grundlage ihrer ideologischen Positionierung gilt die rechtsradikal populistische Parteienfamilie als ein Gegenpol zu der grünen Parteienfamilie, die für eine linkslibertäre Positionierung steht.³⁶ Vertreter des populistischen Rechtsradikalismus finden sich in West- wie Osteuropa. Sie begannen sich

³³ Heinrich August Winkler, Nationalkonservative. Ganz gewöhnliche Antisemiten. Martin Hohmann, Reinhard Günzel und ihre Vorgänger, in: Der Spiegel vom 17.11.2003, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-29212868.html> (18.12.2020).

³⁴ Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1995, S. 56. Vgl. zu einer vergleichenden Betrachtung der rechtsextremen Parteien *Republikaner* und *Deutsche Volksunion*: Steffen Kailitz, Die Deutsche Volksunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtungen zur Entwicklung und zum ideologischen Profil, in: Stephan Braun / Alexander Geisler / Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 109 – 130.

³⁵ Vgl. u. a. Mudde, Populist Radical Right Parties in Europe, a. a. O.; Hans-Georg Betz (Hrsg.), Radical Right-Wing Populism in Western Europe, London 1994; Andrej Zaslove, The Populist Radical Right: Ideology, Party Families and Core Principles, in: Political Studies Review, 7 (2009) 3, S. 309 – 318. Übergreifend zur Frage, wie sich „Parteienfamilien“ abgrenzen lassen: Peter Mair / Cas Mudde, The Party Family and its Study, in: Annual Review of Political Science, 1 (1998) 1, S. 211 – 229.

³⁶ Vgl. zur ideologischen Positionierung: Steffen Kailitz, Das ideologische Profil rechter (und linker) Flügelparteien in den westeuropäischen Demokratien: eine Auseinandersetzung mit den Thesen Herbert Kitschelt,



Rechtspopulistische Verbindungen in Europa, Treffen in Koblenz am 21. Januar 2017, vordere Reihe v.l.n.r.: Frauke Petry (AfD), Marine Le Pen (Rassemblement National), Matteo Salvini (Lega Nord), Geert Wilders (Partij voor de Vrijheid), Harald Vilimsky (FPÖ), Marcus Pretzell (AfD); Quelle: picture alliance / REUTERS / WOLFGANG RATTAY

seit den 1980er Jahren zu etablieren. Als einer der bedeutendsten Repräsentanten der Kategorie wird gemeinhin der bereits 1972 gegründete französische *Front National* (deutsch: Nationale Front) angesehen, der sich 2018 in *Rassemblement National* (deutsch: Nationale Sammlungsbewegung) umbenannte.³⁷ War die Partei bis 2011 unter Jean-Marie Le Pen deutlich rechtsextremistisch ausgerichtet, hat sie sich bei prinzipiell gleicher ideologischer Positionierung seither unter der Führung von Marine Le Pen etwas gemäßigt. Als weitere typische Vertreter der Parteienfamilie gelten die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ)³⁸ und der belgische *Vlaams Blok* (deutsch: Flämischer Block), seit 2004 *Vlaams Belang* (deutsch: Flämische Interessen). Durch die Zusammenarbeit vieler – nicht aller – Parteien dieser Familie im Europäischen Parlament in einer Fraktion (seit 2019 unter dem Etikett *Identität und Demokratie*) wird

in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hrsg.), *Gefährdungen der Freiheit: Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen 2006, S. 283 – 320.

³⁷ Vgl. u. a. Daniel Stockemer, *Front National under Jean-Marie Le Pen and Marine Le Pen*, Wiesbaden 2017.

³⁸ Vgl. u. a. Reinhard Heinisch, *Die FPÖ – Ein Phänomen im internationalen Vergleich. Erfolg und Misserfolg des identitären Rechtspopulismus*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 3 (2004) S. 247 – 261.

dabei deutlich, dass es sich keineswegs nur um eine sozialwissenschaftliche Fremdzuschreibung handelt, sondern es zwischen den Angehörigen dieser „Familie“ tatsächlich ein Zusammengehörigkeitsgefühl gibt.

Die extreme Rechte in Sachsen seit 1990

Sachsen entwickelte sich bereits in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts zu einem zentralen Austragungsort eines Kampfes von Rechtsextremisten „um die Straße“. Die Ausschreitungen im sächsischen Hoyerswerda 1991 zählen zu den „Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland“.³⁹ Bis zu 500 Personen griffen über fünf Nächte lang ein Flüchtlingswohnheim und ein Wohnheim für ausländische Vertragsarbeiter mit Flaschengeschossen, Leuchtschurmunition und Steinen an.⁴⁰ Ab 1992 benutzten immer mehr Rechtsextremisten das jährliche Gedenken an die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 für ihren Aufmarsch. Der ab dem Jahr 2000 von der rechtsextremen *Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland* (bis 2006: *Junge Landsmannschaft Ostpreußen*) organisierte nächtliche „Trauermarsch“ wurde rasch ein zentrales Propagandaereignis der deutschen und europäischen Rechtsextremismuszene. 2005 und 2010 versammelten sich jeweils rund 6.500 Rechtsextremisten in Dresden.⁴¹

Zugleich hatten Rechtsextremisten in Sachsen ihre größten Erfolge beim Kampf um Parlamentssitze. Bei den Landtagswahlen 2004 zog die eng mit den nationalsozialistischen Kameradschaften⁴² verflochtene *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* mit 9,2 Prozent der Wählerstimmen in den sächsischen Landtag ein. 2009 gelang ihr dies erneut und 2014 scheiterte die *NPD*, als sie sich bereits im Niedergang befand, nur äußerst knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Eine Partei mit im Kern nationalsozialistischer Programmatik agierte und agierte mithin ein Jahrzehnt lang im sächsischen Parlament.⁴³

Sachsen hat zudem eine rege militante Rechtsextremismuszene. Die *Skinheads Sächsische Schweiz* (2001 verboten), der *Sturm 34* (2007 verboten) und später die rechtsterroristi-

³⁹ David Begrich, Hoyerswerda und Lichtenhagen. Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland, in: Heike Kleffner / Anna Spangenberg (Hrsg.), *Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*, Berlin 2016, S. 32 – 44. Vgl. auch die umfassende Analyse von Christoph Wowtscherk, Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?. Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, Göttingen 2014, S. 305 – 330.

⁴⁰ Vgl. Ulrike Nimz, Heidenau: Brauner Schatten, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 23.08.2015, <https://www.sueddeutsche.de/politik/heidenau-brauner-schatten-1.2618491> (19.11.2020).

⁴¹ Der „Trauermarsch“ 2010 wurde durch rund 5.000 Gegendemonstranten blockiert. Neben vielen anderen zählte der damals noch unbekannte Björn Höcke zu den Teilnehmern. ZDF heute, Björn Höcke 2010 bei Neonazi Aufmarsch in Dresden. Auf YouTube hochgeladen am 18.02.2017, <https://www.youtube.com/watch?v=rw4gXIZ1Qrg> (19.11.2020).

⁴² Als „freie Kameradschaften“ bezeichnen sich informell organisierte neonationalsozialistische Gruppen.

⁴³ Siehe dazu auch den Beitrag von Steffen Kailitz zur *NPD* in diesem Buch.

sche *Gruppe Freital* (2016) und *Revolution Chemnitz* (2018), die sich im Zuge der rechtsextremistischen Ausschreitungen in Chemnitz 2018 aus einem Kreis von Neonazis bildete⁴⁴, sind nur die Spitze des Eisbergs. Sachsen war auch das „Hauptquartier“ des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU), dessen Mitglieder, von sächsischen gewaltbereiten Neonationalsozialisten unterstützt, unbehelligt in Chemnitz und Zwickau lebten.⁴⁵ Auch der Blick in die polizeiliche Kriminalstatistik nährt die Annahme einer problematischen Lage auf dem Sektor des Rechtsextremismus in Sachsen.⁴⁶ Seit langen Jahren gehört Sachsen nun zur Spitzengruppe der Bundesländer mit den meisten als rechtsextremistisch eingestuften Straftaten und insbesondere Gewalttaten.⁴⁷

Der gewaltbereite Rechtsextremismus handelt keineswegs gänzlich isoliert. Aktivisten verstehen sich vielfach als Speerspitze einer breiteren Bewegung. So entstanden die *Gruppe Freital* und *Revolution Chemnitz* im Umfeld einer Welle fremdenfeindlicher Proteste in sächsischen Kommunen, die sich an der Fluchtwelle 2015 entzündete und bundesweit die Gemüter erregte.⁴⁸ Die Bilder aus Bautzen, Clausnitz, Freital und Heidenau erinnerten stark an jene der 1990er Jahre aus Hoyerswerda. In Clausnitz stellte sich im Februar 2015 ein wütender Mob einem Bus mit ankommenden Flüchtlingen in den Weg und grölte „Wir sind das Volk“. Im gleichen Monat begleiteten Schaulustige in Bautzen einen Brand in einem noch nicht bezogenen Flüchtlingsheim mit Beifall und abfälligen Bemerkungen über Geflüchtete und behinderten die Löscharbeiten. In der Kleinstadt Heidenau mobilisierte die *NPD* im August 2015 rund 1.000 Menschen gegen die lokale Unterbringung von Geflüchteten. Nach dem Ende der aufgeheizten Demonstration blockierten rechtsextreme Gewalttäter die Staatsstraße 172 in Richtung Pirna, um „Widerstand“ gegen die Ankunft der Geflüchteten in Heidenau zu leisten. Sie

⁴⁴ Vgl. Martin Machowecz / Paul Middelhoff / Yassin Musharbash / Holger Stark, „Revolution Chemnitz“: Zum Umsturz bereit, in: *Die Zeit* vom 04. 10. 2018.

⁴⁵ Zu den – von den Regierungs- und Oppositionsparteien unterschiedlich bewerteten – Ergebnissen des NSU-Untersuchungsausschusses des Sächsischen Landtags vgl. Sächsischer Landtag, 5. Legislaturperiode, 3. Untersuchungsausschuss. Abschlussbericht sowie abweichende Berichte. 2 Bände, Dresden 2019. Vgl. außerdem Dirk Laabs, „Wir arbeiten weiter“. Der „Nationalsozialistische Untergrund in Sachsen“, in: Heike Kleffner / Matthias Meisner (Hrsg.), *Unter Sachsen: zwischen Wut und Willkommen*, Berlin 2017, S. 184 – 198.

⁴⁶ Vgl. Uwe Backes, Politisch motivierte Gewalt in Sachsen, in: Pickel / Decker (Hrsg.), *Extremismus in Sachsen*, a. a. O., S. 27 – 37; ders., Sachsen: eine Hochburg rechtsmotivierter Gewalt?, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?*, a. a. O., S. 217 – 232.

⁴⁷ Vgl. Männlich, mittelalt, angetrunken: Hassgewalttäter in Sachsen, mdr.de vom 15. 04. 2019, in: <https://www.mdr.de/sachsen/politik/studie-rechte-hassgewalt-sachsen-100.html> (10. 12. 2020). Die Entwicklung wird seit Jahren von Forschungsteams unter Leitung von Uwe Backes am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung wissenschaftlich untersucht. Vgl. zuletzt Uwe Backes / Sebastian Gräfe / Anna-Maria Haase / Maximilian Kreter / Michail Logvinov / Sven Segelke, *Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung*, Dresden 2019.

⁴⁸ Vgl. Tom Mannewitz, Anti-Asyl-Proteste während der „Flüchtlingskrise“ 2015 / 16. Sachsen im interregionalen Vergleich, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?*, a. a. O., S. 255 – 272. Vgl. zu den Folgen in Sachsen: Olaf Kittel (Hrsg.), *Flüchtlinge in Sachsen: Fakten, Lebenswege, Kontroversen*, Leipzig 2016.

warfen u. a. Bierflaschen auf die Polizei und schossen mit Feuerwerkskörpern. 31 Polizisten erlitten Verletzungen.

Bereits bei der sächsischen Landtagswahl 2014 stellte die neu gegründete *Alternative für Deutschland* aus dem Stand die *NPD* mit 9,7 Prozent in den Schatten. War die Partei auf Bundesebene zunächst noch konservativ-bürgerlich und wirtschaftsliberal geprägt, zeigten sich in den östlichen Landesverbänden bereits früh auch extrem rechte Positionierungen. Dies galt besonders stark für die *AfD* in Brandenburg unter der Führung Alexander Gaulands, in Sachsen-Anhalt angeführt von André Poggenburg und in Thüringen mit Björn Höcke an der Spitze. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 machten die Reden von Björn Höcke und Jens Maier im Dresdner *Ballhaus Watzke* Anfang 2017 die rechtsextreme Stoßrichtung eines lautstarken Teils der *AfD* überdeutlich. Petry leitete zwar nach den Reden Parteiausschlussverfahren gegen Höcke und Maier ein, im Führungsstreit unterlag sie aber dem rechtsextremistischen *Flügel*. Mit Alexander Gauland trat eine der Führungsfiguren der Rechtsextremisten in der *AfD* nun an die Spitze der Partei. Zur Überraschung vieler schadete dies dem Wählerzulauf der Partei allerdings ganz und gar nicht.

Bei der Bundestagswahl 2017 und bei der Europawahl 2019 wurde die *AfD* in Sachsen jeweils zur stärksten Partei gewählt. Bei der sächsischen Landtagswahl im September 2019 landete sie dann zwar hinter der *CDU* auf Platz 2, erhöhte allerdings nochmals ihren Stimmenanteil auf nunmehr 27,5 Prozent. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unternahm damit eine radikal rechtspopulistische Partei mit rechtsextremistischer Schlagseite den ernsthaften Versuch, sich auf Länderebene als stärkste Partei zu etablieren.⁴⁹

In Sachsen war der Aufstieg der *AfD* eng verbunden mit den im November 2014 begonnenen Demonstrationen der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (*Pegida*) in Dresden.⁵⁰ Sammelten sich anfangs nur wenige hundert Personen zu den wöchentlichen „Spaziergängen“, so schätzte die Polizei Ende Januar 2015 die Teilnehmerzahl auf 25.000. Das Organisationskomitee wies eine deutliche rechtsextremistische Prägung auf.⁵¹ Auf der Straße vermengten sich rechte Demokraten und rechte Extremisten.⁵² Die Schlagseite

⁴⁹ Siehe hierzu den Beitrag von Steffen Kailitz in diesem Band. Namentlich der sächsische Landesverband wird dabei im Kern dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet. Vgl. umfassender auch Steffen Kailitz, Sachsen – eine Hochburg der „Alternative für Deutschland“? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung der Bundespartei und des sächsischen Landesverbandes der *AfD*, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, a. a. O., S. 155 – 200.

⁵⁰ Vgl. Maik Herold / Steven Schäller, *Pegida* und die *AfD*: zwischen Konvergenz, Konkurrenz und Kooperation, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, a. a. O., S. 127 – 154. Vgl. umfassend zu *Pegida* auch Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schäller, *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*, Wiesbaden 2016; Werner Patzelt / Joachim Klose (Hrsg.), *Pegida: Warnsignale aus Dresden*, Dresden 2016.

⁵¹ Vgl. dazu den Beitrag von Piotr Kocyba zu *Pegida* in diesem Band.

⁵² Vgl. hierzu auf der Grundlage der Ergebnisse der verschiedenen Befragungen der Demonstrationsteilnehmer: Piotr Kocyba, *Pegida: Ausdruck rechtsextremen Protests?*, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, a. a. O., S. 81 – 100; ders., *Wieso Pegida keine Bewegung harmloser, besorg-*

erschien dabei eindeutig. Als in einer Befragung Teilnehmenden bei *Pegida* die Sonntagsfrage gestellt wurde, entschieden sich 89 Prozent von ihnen für die *AfD* und fünf Prozent für die *NPD*.⁵³ Bei *Pegida* verband sich dabei, durch eine lange Reihe von Reden, der „Kampf um die Straße“ zugleich mit dem „Kampf um die Köpfe“. So sprach hier erstmals der Chefideologe der identitären Rechten, Götz Kubitschek, vor einem Massenpublikum.⁵⁴

ter Bürger ist, in: Karl-Siegbert Rehberg / Franziska Kunz / Tino Schlinzig (Hrsg.), *Pegida – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick*, Bielefeld 2016, S. 147 – 163.

⁵³ Vgl. Priska Daphi u. a., *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an PEGIDA*, Berlin 2015, S. 23.

⁵⁴ Eine Analyse der *Pegida*-Reden bietet Lukas Del Giudice / Nick Ebner / Lea Knopf / Max Weber, *Was sagt Pegida? Eine Analyse von Reden in Dresden*, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?*, a. a. O., S. 101 – 126.

Rechtsextreme, rechtspopulistische und fremdenfeindliche Einstellungen in Sachsen

Gert Pickel und Alexander Yendell

Einleitung

Die medienträchtigen Geschehnisse in Chemnitz im August / September 2018, das hohe Demonstrationsaufkommen und insbesondere die Entstehung der rechtspopulistisch agierenden Protestbewegung *Pegida* in Dresden und der Wahlerfolg der *Alternative für Deutschland* in Sachsen bei den Bundestags- und Europawahlen sind einleuchtende Argumente dafür, genauer hinzusehen, ob es in Sachsen nicht eine Verbreitung von politischen Einstellungen gibt, die von Rechtsextremen und Rechtspopulisten als Unterstützung ihrer Ziele aufgefasst werden kann.¹ Gibt es einen tiefer in die sächsische Gesellschaft hineinreichenden Nährboden für ein solches, sich zuletzt radikalisiertes, Verhalten, wie wir es heute sehen? Oder könnte es sein, dass Ausschläge im Handeln wie in Chemnitz Ausdruck einer massiven, aber radikalisierten Minderheit sind, die ihren Rückhalt in der sächsischen Bevölkerung überschätzt? Die vielfältigen Aktionen nach dem Todesfall in Chemnitz lassen auch letztere Interpretation zu. Vor dem Hintergrund der sozialpsychologischen Trennung zwischen Einstellung und Verhalten ist auch denkbar, dass Sachsen möglicherweise auf der Ebene der Einstellungen nicht herausragt, aber regionale Kontextfaktoren dazu beitragen, dass sich in Sachsen rechtsextremes Verhalten schneller „normalisiert“ und im Freistaat besonders ausgeprägt ist. Sozialwissenschaftlich stellt sich konkret die Frage, ob und in welcher Weise sich rechtsextremes, populistisches oder fremdenfeindliches Gedankengut in der politischen Kultur in Sachsen festgesetzt hat. Tragfähige Antworten lassen sich nur mit der Hilfe einer Analyse von repräsentativen Umfragen geben, die Haltungen der Sachsen zu rechtsextremen und antidemokratischen Aussagen genauso berücksichtigt wie ihr Verhältnis zu anderen Gruppen der Gesellschaft.

¹ Vgl. Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schäler, PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016.

Rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Sachsen – Ein Minderheitenphänomen mit Problempotenzial

Menschen können rechtsextreme Einstellungen haben, sie müssen sich aber deswegen nicht zugleich rechtsextrem verhalten.² Allerdings ist es wahrscheinlich, dass eine größere Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster in der Bevölkerung entsprechende Aktivisten stärker zum Handeln motiviert.

Wie sieht es nun mit diesen Einstellungen in Sachsen aus? Zur Messung von Einstellungen zu Rechtsextremismus in Umfragen werden in Deutschland in der Regel 18 Fragen verwendet, die verschiedene Aspekte des Rechtsextremismus erfassen.³ Diese Aspekte beziehen sich auf die Befürwortung einer Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und eine Verharmlosung des Nationalsozialismus.⁴ Teile dieses Instrumentariums wurden auch in den von 2016 bis 2018 dreimal durchgeführten Sachsen-Monitoren angewendet (Grafik 1).⁵

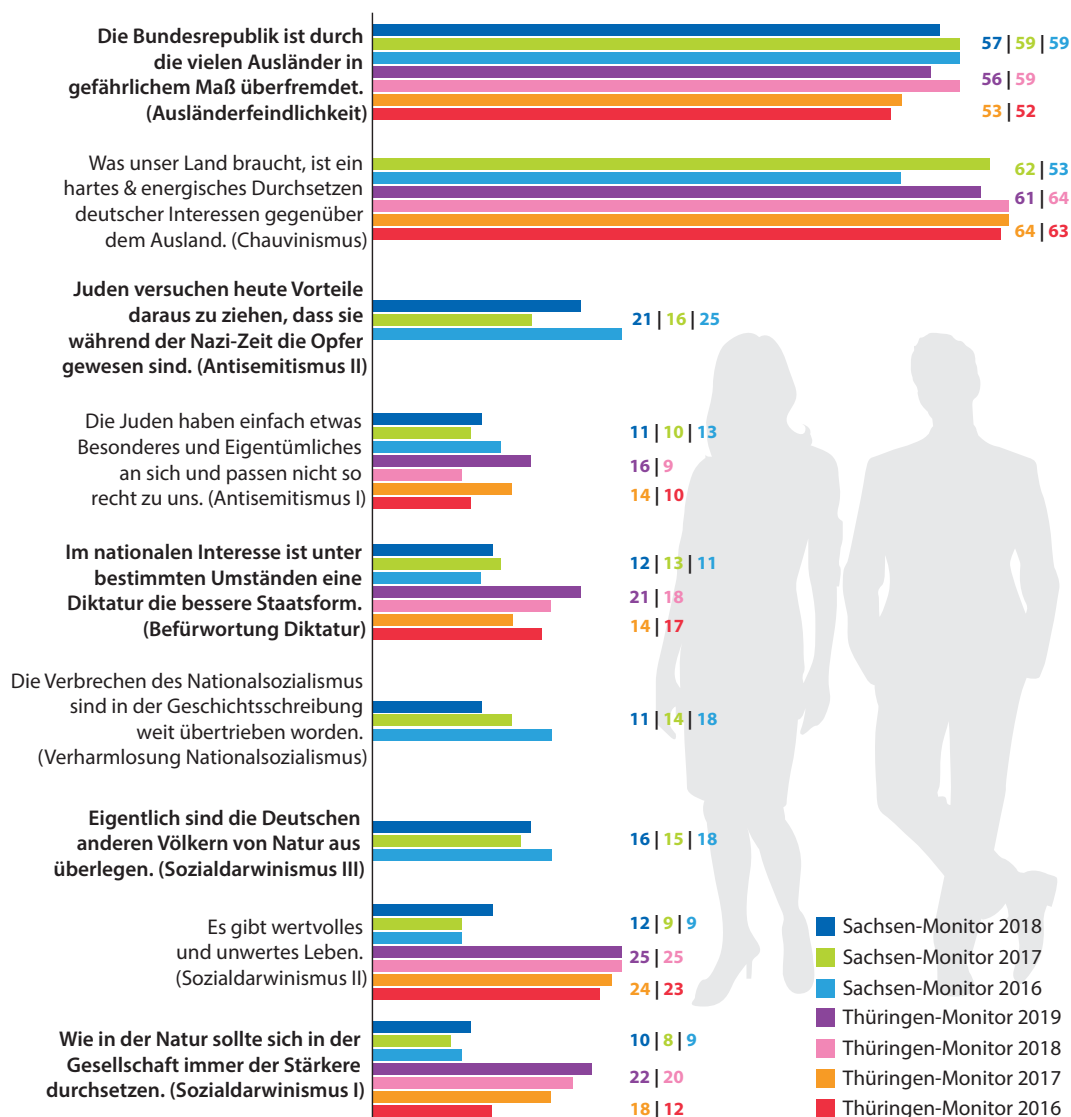
Es zeigen sich unterschiedliche Zustimmungsgrade zu den Einzeldimensionen einer rechtsextremen Einstellung: Nur bei etwa jedem zehnten Sachsen finden sich Einstellungen des Sozialdarwinismus, also einer Rechtfertigung für die Existenz sozialer Ungleichheiten und Ungleichwertigkeiten, und der Befürwortung einer Diktatur. Der im Sachsen-Monitor verwendete Indikator für die Verharmlosung des Nationalsozialismus trifft ebenfalls bei etwa jedem zehnten Sachsen auf Zustimmung, antisemitische Einstellungen bewegen sich zwischen 10 und 21 Prozent. Eine nationale Diktatur befürwortet auch etwa jeder Zehnte in Sachsen. Zwar sind diese Zustimmungsgrade bedenklich, gleichzeitig handelt es sich allerdings um Minderheitenphänomene. Anders sieht dies für die Dimensionen des Chauvinismus, also eines übersteigerten Nationalismus, und der Ausländerfeindlichkeit aus. Hier finden sich sogar knappe Mehrheiten in der sächsischen Bevölkerung, die den verwendeten Antwortvorgaben zustimmen. Dies hängt auch an den Formulierungen der Antwortvorgaben. Die für Chauvinismus verwendete Vorgabe einer harten Durchsetzung von Interessen gegenüber dem Ausland ist leichter zustimmungsfähig als die in anderen Umfragen zur Messung von Chauvinismus eingesetzte Frage nach einer naturgemäßen Überlegenheit des eigenen Volkes. Beachtenswert ist,

² Vgl. Tom Mannewitz / Hermann Ruch / Tom Thieme, Was ist politischer Extremismus? Grundlagen, Erscheinungsformen, Interventionsansätze, Schwalbach / Taunus 2018.

³ Vgl. Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler, Was ist rechtsextreme Einstellung, und woraus besteht sie?, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 13.01.2015, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198945/was-ist-rechtsextreme-einstellung-und-woraus-besteht-sie> (20.11.2020).

⁴ Vgl. Oliver Decker / Johannes Kiess / Eva Eggers / Elmar Brähler, Die Mitte-Studie in Deutschland 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler (Hrsg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016, S. 29 – 48.

⁵ Die Stichprobengröße für Sachsen ist in bundesweiten Umfragen oft niedrig und lässt kaum belastbare Aussagen oder eine interne Differenzierung zu. Ein anderes Problem ist, dass die für einzelne Bundesländer verfügbaren Umfragen nur begrenzt vergleichbare Fragen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen enthalten.



Sachsen-Monitor und Thüringen-Monitor im Vergleich – Dimensionen rechtsextremer Einstellungen (Grafik 1);
 Quelle: Eigene Berechnungen; Angaben in Prozent; Sachsen-Monitor 2016, 2017, 2018; Thüringen-Monitor 2020 aus „Politische Kultur im Freistaat Thüringen“; stark oder etwas zustimmend bei vier Antwortvorgaben; jeweils $n > 1000$ für Sachsen bzw. Thüringen.

dass etwas mehr als die Hälfte der Sachsen Deutschland als „überfremdet“ ansieht und zudem auf die Durchsetzung nationaler Interessen im Ausland pocht. Viele Befragte sehen in der Zustimmung zu diesen Aussagen wenig Verwerfliches. Eher schon wird die Verbreitung eines stärker nationalen Denkens als eine demokratisch legitime Variante von Patriotismus verstan-

den. Diese nationale Ausrichtung steht auch in einem engen Bezug zu einer Distanz gegenüber Ausländern, die ebenfalls von vielen Bürgern keineswegs als rechtsextrem eingeschätzt wird. Auf diese Weise ist es auch möglich, dass gegen Ausländer gerichtete Proteste eine über den Kern von Rechtsextremen hinausgehende Mobilisierungswirkung entfalten können.

Diese Urteile erweisen sich im kurzen Zeitvergleich zwischen 2016 und 2018 als stabil. Kleinere Veränderungen sind allerdings zu erkennen. So sinkt die Verharmlosung des Nationalsozialismus seit 2016 etwas ab, während die Dimension des Chauvinismus einen leichten Aufschwung nimmt und 2018 fast zwei Drittel der Sachsen der Meinung waren, dass Deutschland seine eigenen Interessen hart und energisch gegenüber dem Ausland durchsetzen sollte (siehe Grafik 1). Die Zunahme dieser Einstellung dürfte nicht zuletzt auf die Wahrnehmung der Ausbreitung einer entsprechend spiegelbildlichen Haltung in anderen Ländern der Welt und die vehementen öffentlichen Diskussionen über die Einmischung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in die deutsche Politik zurückzuführen sein.

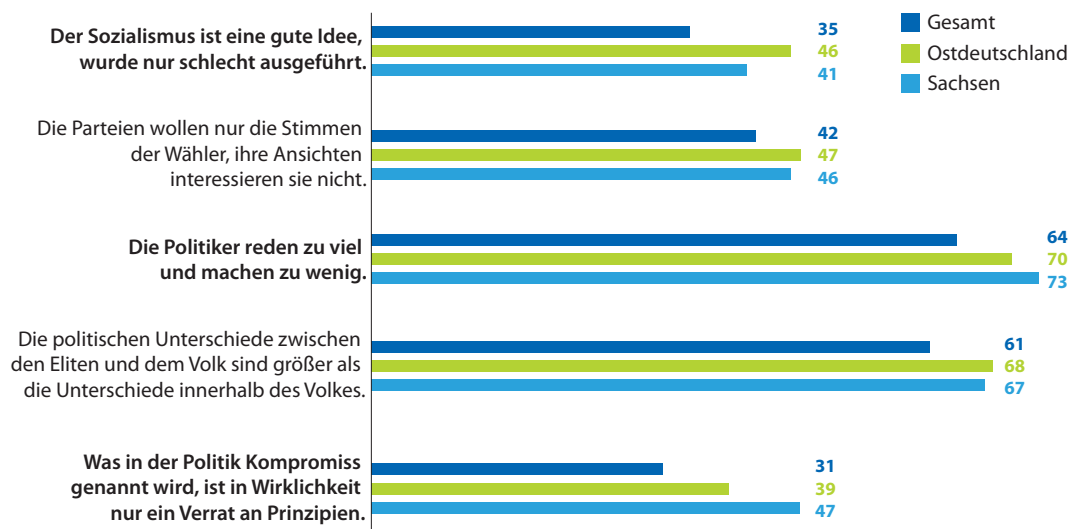
Es zeigt sich dabei keine spezifische sächsische Nähe zu rechtsextremistischen Aussagen. In den Daten der Leipziger Mitte-Studie 2018 findet sich in einem Vergleich zwischen den deutschen Bundesländern sogar ein eher niedriger Anteil von Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild.⁶

Allerdings sind nationalistische und chauvinistische Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung recht verbreitet. Dabei ist die Offenheit für rechtsextreme Einstellungen bei Menschen mit formal niedriger Bildung größer als bei Menschen mit höherer Bildung. Weiterhin lassen sich regionale Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Gegenden sowie zwischen den sächsischen Städten erkennen, z. B. sind in Leipzig entsprechende Vorstellungen seltener.

Mit Fragen im Umfeld der Bundestagswahl 2017 ist ergänzend eine kurze Evaluation der Verbreitung der Offenheit für Rechtspopulismus in der sächsischen Bevölkerung möglich.⁷ Dabei wird eine beachtliche Distanz zwischen vielen Bürgern und den politischen Eliten erkennbar (Grafik 2). So stimmten zwei Drittel der Sachsen der Aussage zu, dass die Differenzen in politischen Einstellungen zwischen den Eliten und der Bevölkerung größer sind als in der Bevölkerung. Damit bewegt man sich im ostdeutschen Schnitt, aber die Zustimmungsraten liegen oberhalb derer im Bundesgebiet. Ähnlich sieht die Ost-West-Relation bei Fragen zur Politiker- und Parteienverdrossenheit aus, wenn auch weniger als die Hälfte der Bürger der sehr kritischen Aussage zu den Parteien zustimmen. Auch in dieser Hinsicht ist die Offenheit der Sachsen für populistische Aussagen ungefähr im ostdeutschen Schnitt, aber ein wenig

⁶ Vgl. Alexander Yendell / Gert Pickel, Sind Sachsen besonders anfällig für Rechtsextremismus. Empirische Untersuchungen zu Sachsen im Ländervergleich, in: Uwe Backes / Steffen Kailitz (Hrsg.), Sachsen als Hochburg des Rechtsextremismus? Göttingen 2020, S. 61 – 80.

⁷ Für das Verständnis von Populismus und Rechtspopulismus wird an die geläufigsten Definitionen angeschlossen. Sie stellen die Entgegensetzung von Elite und Volk sowie die mangelnde Bereitschaft zur Kompromissfindung heraus. Vgl. Karin Priester, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt a. M. 2007; Cas Mudde / Christobal Rovira Kaltwasser, Populism. A Very Short Introduction, Oxford 2017.



Offenheit für Populismus: Sachsen im Bundesvergleich (Grafik 2); Quelle: German Longitudinal Election Study (GLES) 2017; Zustimmungswerte auf Skala mit fünf Antwortvorgaben (stark oder etwas zustimmend); Befragtenzahl 173 für Sachsen. Vgl. Sigrid Roßteutscher u. a., Pre- and Post-election Cross Section (Cumulation) (GLES 2017). GESIS Data Archive. ZA6802 Data file Version 2.0.0, doi:10.4232 / 1.13081; Köln 2017.

höher als in Westdeutschland. Eine sächsische Auffälligkeit stellt die besonders starke Ablehnung von Kompromissen dar. So halten 47 Prozent der Sachsen diese für einen Verrat an Prinzipien, ein Wert, der nicht nur 15 Prozentpunkte über dem Bundesschnitt liegt, sondern auch acht Prozentpunkte über dem ostdeutschen Durchschnitt.

Der Idee des Sozialismus stimmen zwei Fünftel der Sachsen zu. Dieser Wert liegt deutlich unter dem in den benachbarten ostdeutschen Bundesländern. Eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie speist sich anscheinend vor allem aus einem schlechten Image des politischen Personals. Die Verdrossenheit mit dem politischen Personal und den Eliten ist in der sächsischen Bevölkerung weit verbreitet. So wie man die meisten rechtsextremen Haltungen ablehnt, ist man für populistische Motivation, die sich gegen die etablierte Politik richtet, anfällig. Vor allem, wenn diese ein Thema findet, wie es in der Diskussion zu Flucht, Migration und Integration der Fall ist.

Eine islamkritische Haltung als Ausgangspunkt einer besonderen Offenheit der Sachsen für Rechtspopulismus?

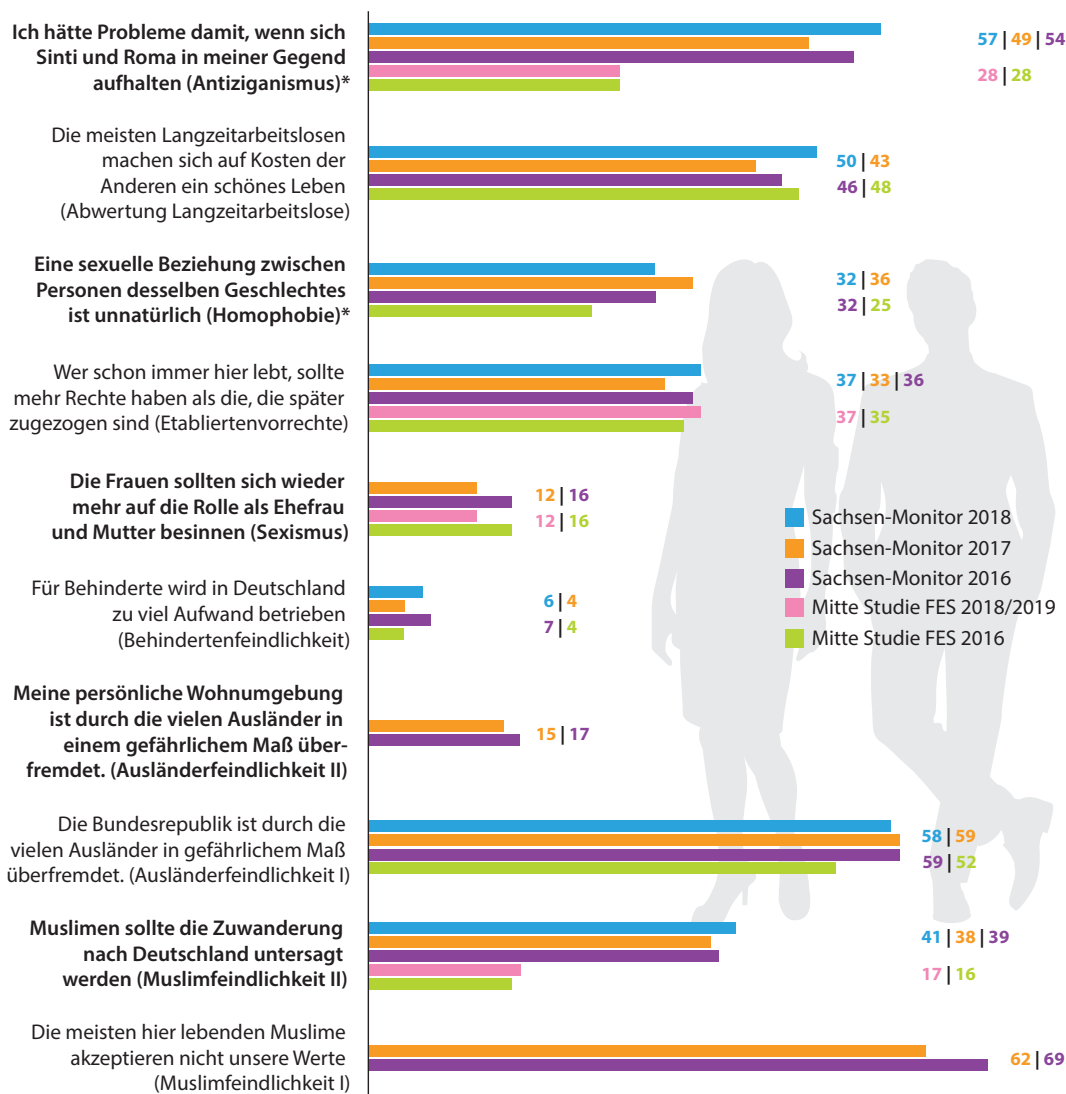
Nun sind rechtsextreme Einstellungen nur ein Indikator, um für eine demokratische politische Kultur bedenkliche Haltungen der Bevölkerungen zu identifizieren. Ein anderes bewährtes Instrumentarium ist das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.⁸ Sein Schwerpunkt liegt auf der Messung von Vorstellungen von Ungleichwertigkeit im sozialen Raum. Typische Dimensionen sind u. a. Rassismus, Sexismus, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Homophobie oder Muslimfeindlichkeit.⁹ Häufig verbindet sich die Abwertung anderer sozialer Gruppen mit Vorstellungen einer homogenen „Volksgemeinschaft“.¹⁰ Eine Verbreitung entsprechender Einstellungen führt zu – auch mit Handlungen verknüpften – Abwertungen anderer Teile der Bevölkerung und sozialer Gruppen. Ein solches Verhalten steht im Widerspruch zu den Werten einer liberalen Demokratie, die auf Freiheit und Gleichheit in einer pluralen Gesellschaft zielt. Zudem beinhaltet die Abwertung einer sozialen Gruppe durch eine andere soziale Gruppe ein massives Konfliktpotential. Die Abgrenzung einer Gruppe gegenüber einer anderen Gruppe – möglicherweise noch verbunden mit Aspekten der Diskriminierung – führt häufig zu Gegenbewegungen, welche Selbstabgrenzungs- und Abgrenzungsprozesse mit sich bringen. Einfach gesagt kann man feststellen, dass manche der Abgrenzungsprozesse bei den davon betroffenen Menschen erst dazu führen, sie in die Radikalisierung zu treiben. Die Überwindung solcher gruppenbezogenen Abwertungsprozesse ist mithin eine zentrale Aufgabe jeder pluralistischen Demokratie.

Der Sachsen-Monitor zeigt eine beachtliche Differenzierung in der Sicht der Bevölkerung auf andere soziale Gruppen im Lande (Grafik 3). Wertet nur eine relativ kleine Minderheit Behinderte und Frauen ab, so ändert sich dieses Bild mit Blick auf andere soziale Gruppen. Die Betonung von Etabliertenvorrechten findet ein Drittel der Sachsen zustimmungswürdig. Ein Drittel steht Homosexuellen ablehnend gegenüber. Die Abwertung steigert sich bei Sinti und Roma sowie Langzeitarbeitslosen auf fast die Hälfte der befragten Sachsen. Noch stärker fällt die Abwertung gegenüber Ausländern und Muslimen aus: 2016 gingen drei Viertel der Sachsen davon aus, dass Muslime generell die Werte der deutschen Gesellschaft nicht akzeptieren. Diese Wahrnehmung ging zwar 2017 zurück, war aber immer noch mehrheitsfähig.

⁸ Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände – Folge 3*, Frankfurt a. M. 2005, S. 13 – 34.

⁹ Vgl. Andreas Zick / Daniela Krause / Wilhelm Berghen / Beate Küpper, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002 – 2016, in: Andreas Zick / Beate Küpper / Daniela Krause (Hrsg.), *Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn 2016, S. 36 – 37.

¹⁰ Gerade völkische Argumente, die eine Homogenität einer „Volksgemeinschaft“ behaupten und andere Gruppen mit ausgrenzenden Merkmalen versehen, finden sich im Rechtspopulismus. Sie bilden eine inhaltliche Brücke zum Rechtsextremismus. Vgl. Michael Wildt, *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Hamburg 2017.



Dimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Sachsen (Grafik 3); Angaben in Prozent des Anteils der Zustimmenden unter den Befragten; Quelle: Sachsen-Monitor 2016, 2017, 2018, Befragtenzahl > 1000; Vergleichsdaten FES Mitte Studie 2016, 2018; *Leipziger Mitte Studie 2016 (Abweichungen in der Fragestellung); Zustimmungswerte (stark oder etwas zustimmend); Befragtenzahl 200 – 240 für Sachsen. Vgl. Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler (Hrsg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*, Gießen 2016, S. 50 – 51; Andreas Zick / Daniela Krause / Wilhelm Berghan / Beate Küpper, *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2016*, in: Andreas Zick / Beate Küpper / Daniela Krause (Hg.), *Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn 2016, S. 46 – 47. Leider bestehen Abweichungen in den Formulierungen der Antwortvorgaben, so dass direkte Vergleiche an einigen Stellen erschwert werden.

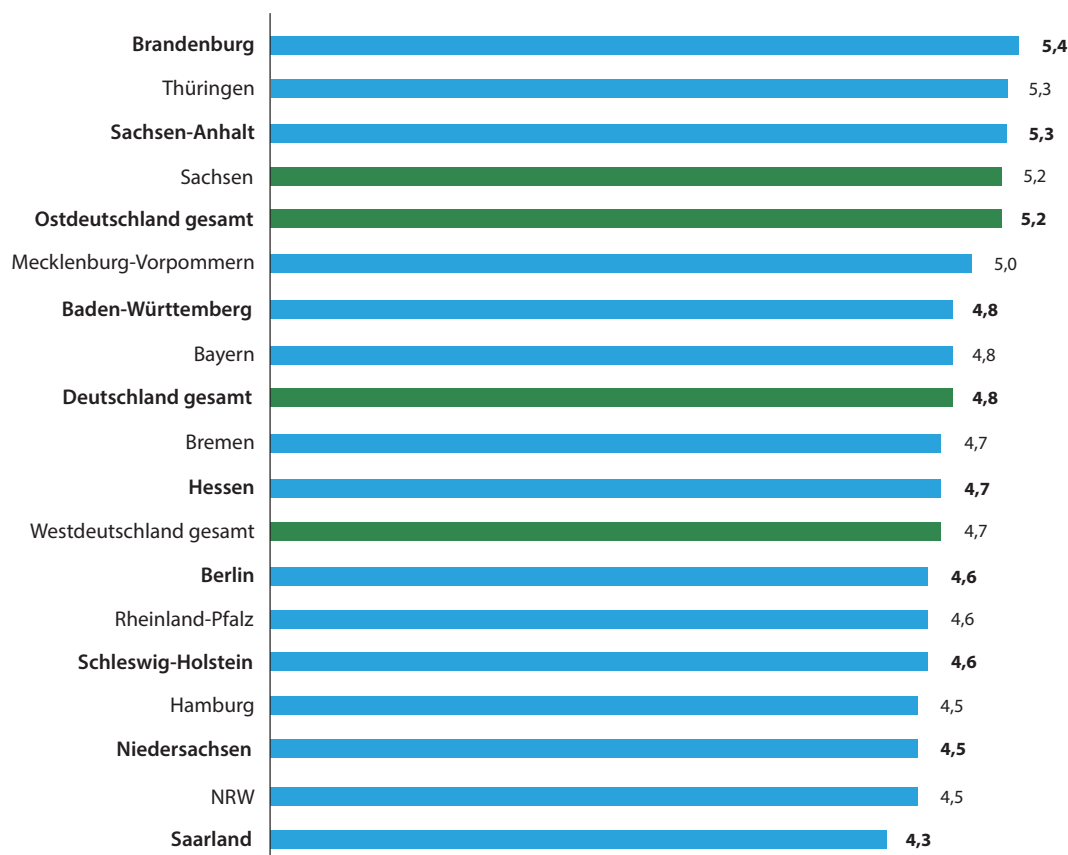
Ausländer- und Islamfeindlichkeit sind statistisch eng miteinander verbunden. Die Vermutung liegt nahe, dass hier tiefer in der Bevölkerung verwurzelte ethnozentristische Einstellungen greifen.¹¹ Ethnozentrismus ist eine Form von Nationalismus, in der das eigene Volk anderen Völkern gegenüber als überlegen angesehen wird.¹² Er drückt sich in Deutschland besonders stark in der Ablehnung und Abwertung von als „nichtdeutsch“ angesehenen Gruppen aus. Man spricht ihnen die Beteiligung an Gütern und Rechten der deutschen Gesellschaft ab. Als Begründung für den Ausschluss aus der Gruppe der Mitglieder der politischen Gemeinschaft Deutschlands dienen der Verweis auf deren – vermeintlich – fehlende Passförmigkeit in die deutsche Gemeinschaft, eine nicht zu überwindende, weil „natürliche“, kulturelle Differenz sowie die Behauptung, dass die Mitglieder der abgelehnten sozialen Gruppe eigentlich nicht an einer Integration interessiert seien. Integration wird dabei als vollständige Assimilation an die Werte und Verhaltensweisen gesehen, die man der deutschen Gesellschaft zuschreibt.

In jüngerer Zeit konzentriert sich diese Ablehnung auf die Muslime und den Islam. Drei Viertel der sächsischen Bevölkerung sehen entsprechende Wertedifferenzen (Grafik 3) und fast 80 Prozent der Deutschen gehen davon aus, dass der „Islam nicht zu Deutschland gehört“. Ausgehend von dieser Wahrnehmung, lehnen viele Sachsen Muslime ab, wie es sich im von 41 Prozent der Befragten geäußerten Wunsch nach einem Zuwanderungsverbot für Muslime ausdrückt. Als Gründe dafür, Muslime pauschal abzuwerten, dienen zum einen die implizit hergestellte Verbindung zu islamistischem Terrorismus, die Muslime als potenziell gefährlich erscheinen lässt, aber auch eine aufgrund der Zugehörigkeit zum Islam wahrgenommene kulturelle Differenz. Weiterhin bedeutsam ist eine Kopplung von Fluchtbewegungen nach Deutschland und nach Sachsen mit muslimischer Zuwanderung. Anders als die, auch keineswegs durchweg positiv gesehene, Zuwanderung aus Osteuropa, glauben nicht wenige Bürger Deutschlands an eine besonders geringe Verträglichkeit des Islams mit der deutschen Kultur. Bedenklich sind starke Beziehungen zwischen der Ablehnung von Muslimen und den rechtsextremen Einstellungsdimensionen Autoritarismus, Diktaturbefürwortung und Chauvinismus. Muslimfeindlichkeit kann mittelfristig zu einer stärkeren Verbreitung rechtsextremer Einstellungen führen. Aufgrund der hohen Verbreitung von muslimkritischen Einstellungen, die bei einigen Personen fließend zu Muslimfeindlichkeit werden können, zeigt sich hier ein Mobilisierungspotential für populistisch argumentierende Rechtsextreme. Die Distanz zu und die Ablehnung von Muslimen ist in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland.¹³

¹¹ Dies gilt vor allem, wenn man bedenkt, dass zwar drei von fünf Sachsen der Aussage einer „Überfremdung“ der Bundesrepublik zustimmen, aber nur 15 Prozent in ihrem persönlichen Umfeld eine solche „Überfremdung“ beklagen. Vgl. Sachsen-Monitor 2017, Ergebnisbericht, Bonn / Berlin 2017, S. 32.

¹² Vgl. Ulrich Rosar, Ethnozentrismus in Deutschland. Eine komparative Analyse 1980 – 1996, Wiesbaden 2001.

¹³ Vgl. Andreas Zick / Beate Küpper / Daniela Krause (Hrsg.), Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 56.

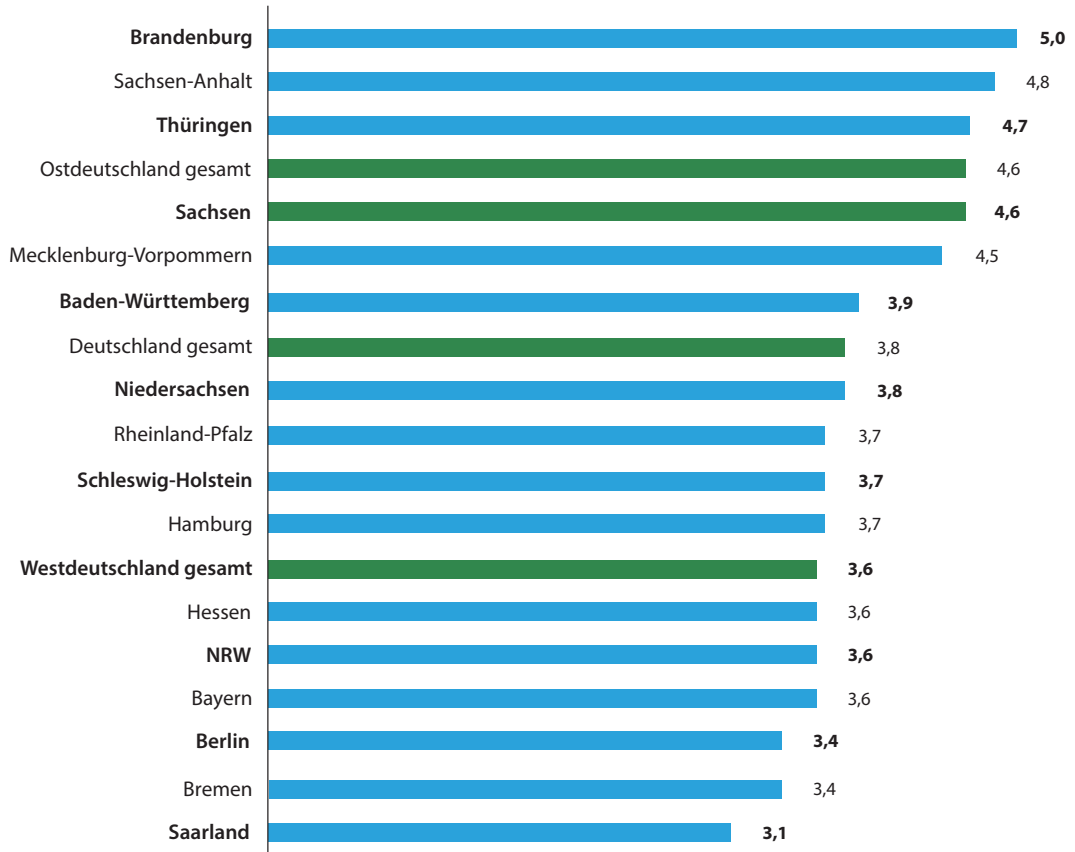


Haltung zu Muslimen nach Bundesländern (Grafik 4); Quelle: ALLBUS 2016; eigene Berechnungen; Durchschnittswerte: „Die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland führt zu Konflikten“ (Antworten: 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 7 = stimme voll und ganz zu).

Mehr als die Hälfte der Deutschen fühlt sich durch den Islam bedroht: 49 Prozent der West- und 56 Prozent der Ostdeutschen.¹⁴ Die Sachsen liegen im ostdeutschen Durchschnitt z. B. bei der Aussage, dass die Anwesenheit von Muslimen zu Konflikten führe oder in Bezug auf die – verfassungswidrige – Aussage, die Islamausübung in der Bundesrepublik solle beschränkt werden (Grafiken 4 und 5).¹⁵ Vor dem Hintergrund eines extrem geringen Anteils

¹⁴ Vgl. Gert Pickel / Alexander Yendell, Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 10 (2016), 3 – 4, S. 273 – 309.

¹⁵ Vgl. dazu auch Alexander Yendell, Islamfeindlichkeit und negative Haltungen gegenüber Muslimen, dort wo kaum Muslime leben – einige Fakten und Erklärungsversuche, in: Pickel / Decker, Extremismus in Sachsen, 2016, S. 119 – 129; Alexander Yendell / Gert Pickel, 2019, Islamophobia and Anti-Muslim Feeling in Saxony – Theoretical Approaches and Empirical Findings Based on Population Surveys, in: Journal of Contemporary European Studies 32 (2019), 3, S. 1 – 15.



Forderung nach Einschränkung des Islam nach Bundesländern (Grafik 5); Quelle: ALLBUS 2016; eigene Berechnungen; Durchschnittswerte: „Die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland sollte eingeschränkt werden“ (Antworten: 1=stimmen überhaupt nicht zu bis 7=stimme voll und ganz zu).

an Muslimen in der ostdeutschen Bevölkerung sind diese Einstellungen offenbar weitgehend keine Folge von eigenen negativen Erfahrungen.

Eine Erklärung liefert die sogenannte Kontakthypothese. Die Kombination aus wenigen persönlichen Kontakten und nur indirekten Kontakten über die negativ berichtenden Medien in Ostdeutschland kann demnach ein Grund für die Ost-West-Differenzen sein.¹⁶ Die Ostdeutschen und die Sachsen glauben nicht nur eher an Muslime als Konfliktauslöser, sondern sie wollen auch öfter deren religiöse Praxis einschränken. Ausländer und speziell Muslime sind in

¹⁶ Vgl. Alexander Yendell, Warum die Bevölkerung Ostdeutschlands gegenüber Muslimen ablehnender eingestellt ist als die Bevölkerung Westdeutschlands, in: Detlef Pollack / Olaf Müller / Gergely Rosta / Nils Friedrichs / Alexander Yendell: Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa. Wiesbaden 2014, S. 59 – 78.

Sachsen von vielen nicht besonders gut gelitten. Es gibt eine verbreitete und bereits recht tief verwurzelte Ablehnung gegenüber Muslimen, die man als Bedrohung wahrnimmt. Rechtspopulistische Hinweise auf die Gefahr einer Überfremdung durch „den Islam“ in der Verbindung mit Hinweisen auf dessen potenzielle Gefährlichkeit sind daher relativ erfolgreich in der Protestmobilisierung von Bürgern.

Fazit – Angst vor Muslimen als Triebkraft für Rechtsextremismus?

Mit Blick auf Umfragedaten ist Sachsen zumindest keine Hochburg der rechtsextremen Einstellungen. Es bleibt dennoch die Frage offen, warum insbesondere in Sachsen aus den rechtsextremen Einstellungen so überdurchschnittlich häufig rechtsextremes Verhalten entsteht, also warum gerade hier rechtsextreme Parteien und Bewegungen so viel Zustimmung erfahren und rechtsextreme Straftaten so häufig sind. Auch zu beachten ist die Tatsache, dass im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele Sachsen islamkritisch bis islamfeindlich eingestellt sind. Es besteht hinsichtlich der Muslime bei vielen Sachsen ein massives Ungleichwertigkeitsdenken, das sich mit einer generell ablehnenden Haltung gegenüber Ausländern verbindet. Ein Haupteinflussfaktor für die Haltung gegenüber Muslimen sind mangelnde Kontakte, die Vorurteile abbauen könnten, und eine Angst vor kultureller Überfremdung.¹⁷ Vor dem Hintergrund der hohen Zustimmungswerte bei islamfeindlichen Aussagen in Sachsen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Islamfeindlichkeit in einem mittelstarken Zusammenhang mit Rechtsextremismus steht. Bislang wurde Islamfeindlichkeit in keiner Rechtsextremismusdefinition einer Konsensgruppe berücksichtigt. Es stellt sich daher die Frage, ob Islamfeindlichkeit nicht auch per definitionem eine Dimension des Rechtsextremismus darstellt, die zukünftig mehr Beachtung finden sollte. Würde dies so erfolgen, stünde Sachsen in Bezug auf die rechtsextremen Einstellungen schlechter da.

Rechtsextreme wie Rechtspopulisten nutzen eine gedankliche Verknüpfung des Islam mit islamistischem Terror und mit Geflüchteten bei vielen Bürgern, um für ihre eigenen Ziele zu mobilisieren. Eine Unzufriedenheit mit etablierten Politikern und Parteien sowie eine Radikalisierung der Diskurse können den Nährboden für rechtsextreme Gruppen darstellen.

Die sächsische Bevölkerung unterscheidet sich in ihren politischen Einstellungen nur wenig von den Bevölkerungen in den ostdeutschen Nachbarbundesländern. Neben die Gemeinsamkeit einer starken Islamophobie tritt bei vielen Bürgern das Gefühl, im Westen

¹⁷ Vgl. Alexander Yendell, Muslime unerwünscht? Zur Akzeptanz des Islam und dessen Angehöriger. Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, in: Gert Pickel / Oliver Hidalgo (Hrsg.), Politik und Religion 20 Jahre nach dem Umbruch, Wiesbaden 2013, S. 221 – 248; Gert Pickel / Alexander Yendell, Einstellungen zu fremdreligiösen Gruppen in Deutschland und ihre Bedingungsfaktoren, in: Martina Löw (Hrsg.), Vielfalt und Zusammenhalt. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012, Frankfurt a. M. 2014, S. 247 – 264; Pickel / Yendell, Islam als Bedrohung? a. a. O., S. 273 – 309.

Deutschlands nicht so anerkannt zu sein, wie es sein sollte. In Sachsen findet sich eine Mischung aus Nationalismus, Politikerverdrossenheit und eines in der Ablehnung von Zuwanderung mündenden Ethnozentrismus. Gerade die ablehnenden bis teilweise fremdenfeindlichen Haltungen wurden durch die „Flüchtlingskrise“, auch gezielt mit rechtspopulistischen Strategien, aktiviert. Dies führte zu einer bedeutsamen Polarisierung in der sächsischen Bevölkerung und einer Radikalisierung kleinerer, dafür empfänglicher Gruppen.

Sachsen als Hochburg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)

Steffen Kailitz

Einleitung

Fast niemand – außer der *NPD* selbst – widerspricht der Einstufung, dass die Partei und ihr sächsischer Landesverband rechtsextremistisch sind. Daher strebt dieser Beitrag an, genauer zu zeigen, welche ideologische Variante des Rechtsextremismus die *NPD* vertritt und warum die *NPD* auch in ihrer relativ erfolgreichen Phase nicht zur Parteifamilie der rechtsradikal populistischen Parteien, die in der Einleitung vorgestellt wurden, gezählt werden kann. Diese Untersuchung zur *NPD* baut auf der in der Einleitung dargelegten Bestimmung des Begriffs rechtsextremistisch und der dort erläuterten Skala der Extremismusintensität auf. Auch wenn in der Überschrift des Beitrags ausschließlich von der *NPD* die Rede ist, werden in dem Beitrag skizzenhaft auch *Die Rechte* und der *III. Weg* kurz porträtiert und ideologisch eingeordnet. Die Analyse hat einen Schwerpunkt auf der Untersuchung Sachsens, aber zur Einordnung der *NPD* wie der *Rechten* und des *III. Weges* sind auch stark die Positionierungen der Bundesparteien einzubeziehen. Sie fokussiert auf die ideologische Positionierung der *NPD*. Dazu werden Programme und Äußerungen zentraler Funktionsträger herangezogen. Die Mitgliedschaft und Wählerschaft der *NPD* steht dagegen nicht im Mittelpunkt des Beitrags.

Die ideologische Wendung der NPD: Vom traditionellem Deutsch-Nationalismus zum Nationalsozialismus

Die *NPD* entstand bereits 1964. Von der Gründung an verfolgte sie einen rechtsextremistischen Kurs.¹ Nachdem die rassistisch und biologistisch ausgerichtete Partei Ende der 1960er Jahre rasch in sieben Landesparlamente eingezogen war, versank sie ab den 1970er Jahren in der Bedeutungslosigkeit.² Im Unterschied zu ihrer späteren Phase, die im Mittelpunkt dieses

¹ Vgl. Jan-Ole Prasse, *Der kurze Höhenflug der NPD: Rechtsextreme Wahlerfolge der 1960er-Jahre*, Marburg 2010.

² Zur ideologischen Verortung vgl. Giseler Schmidt, *Ideologie und Propaganda der NPD*, Bonn 1968; Hans Maier / Hermann Bott, *Die NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“*, München 1968, und zur politischen Praxis Lutz Niethammer, *Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt a. M. 1970. Vgl. als Überblick zur Entwicklung der Partei Uwe Hoffmann, *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*, Frankfurt a. M. 1999.

Beitrags steht, hatte sie in dieser Zeit aber einen traditionell deutsch-nationalen Kurs und grenzte sich stärker von Neonazizirkeln ab. Selbst für ihre Hochphase attestierte ihr Lutz Niethammer allerdings eine weitgehende Wirkungslosigkeit bei ihrer Parlamentsarbeit.³

Ihr „zweiter Frühling“⁴ begann für die NPD erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Bereits unter der Führung des Revisionisten und Holocaustleugners Günter Deckert (1991 – 1996)⁵, aber verstärkt unter dem Parteivorsitzenden Udo Voigt (1996 – 2011), schlug die NPD zunehmend Brücken ins nationalsozialistische Spektrum. Der sächsische Landesverband unter Führung Thomas Keils (1993 – 1996), einem Gefolgsmann Günter Deckerts, war dabei ein Pfadbereiter starker Verflechtungen mit der neonationalsozialistischen Szene. Keil selbst kam aus dem Umfeld der 1992 verbotenen neonationalsozialistischen Vereinigung *Nationalistische Front*. In Sachsen wie in den anderen östlichen Bundesländern war dabei der subkulturelle Rechtsextremismus deutlich verbreiteter als in den westlichen Bundesländern.⁶

Im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger Günter Deckert, der eine starke Vergangenheitsorientierung pflegte und vor allem durch seine Thesen zur Leugnung und Relativierung des Holocaust in Erscheinung trat, suchte die NPD unter Voigt stärker auf „moderne“ Themen wie Sozialpolitik zu setzen und diese mit der Zuwanderung in Verbindung zu bringen.⁷ Die Partei wendete sich nun – mehr oder weniger – offen einer Modernisierung der völkisch-nationalsozialistischen Ideologie zu.⁸

Die NPD versteht sich von dieser ideologischen Warte aus als „die Partei der ethnischen Deutschen“. Sie will die Staatsbürgerschaft an die ethnische Volkszugehörigkeit binden und nur „für Europäer Ausnahmen“⁹ machen. Sie präsentiert das für das rechtsextreme Spektrum typische Untergangsszenario: Die Deutschen befinden sich demnach in einem „Existenzkampf

³ Vgl. Lutz Niethammer, *Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt a. M. 1970.

⁴ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, *Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei*, Berlin 2008.

⁵ Deckert war von 1995 bis Oktober 2000 in Haft wegen Volksverhetzung, Beleidigung und anderer Delikte.

⁶ Vgl. Lazaros Miliopoulos, *Sachsen – eine Hochburg der „Nationaldemokraten“? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung des sächsischen Landesverbandes der NPD*, in: Uwe Backes / Steffen Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?*, Göttingen 2020, S. 205 f.

⁷ Vgl. zur völkischen Sozial- und Wirtschaftspolitik übergreifend Michael Barthel / Benjamin Jung, *Völkischer Antikapitalismus? Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts*, Münster 2013.

⁸ Vgl. Steffen Kailitz, *Das ideologische Profil der NPD*, in: Manuel Becker / Stephanie Bongartz (Hrsg.), *Die weltanschaulichen Grundlagen des NS-Regimes. Ursprünge, Gegenentwürfe, Nachwirkungen*, Berlin 2011, S. 177 – 198; ders., *Die nationalsozialistische Ideologie der NPD*, in: Uwe Backes / Henrik Steglich (Hrsg.), *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden-Baden 2007, S. 337 – 354. Vgl. auch Gideon Botsch, *Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft: Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds*, Wiesbaden 2017. Für eine Bilanz der Zeit Udo Voigts als NPD-Vorsitzender vgl. Marc Brandstetter, *Die NPD unter Udo Voigt: Organisation, Ideologie, Strategie*, Baden-Baden 2013. Für einen Überblick der gesamten Parteientwicklung von der Gründung bis 2010 vgl. Stefan Missy, *Das politische Profil der „neuen“ NPD: Organisatorischer Wandel, ideologische Radikalisierung und strategisches Konzept einer „systemfeindlichen“ Partei*, Universität München, München 2013.

⁹ NPD Netzredaktion, *Ist die NPD „rassistisch“? Wertet die NPD andere Ethnien ab?*, in: NPD.de vom 01. 01. 2016, <https://npd.de/2016/01/ist-die-npd-rassistisch-wertet-die-npd-andere-ethnien-ab/> (19. 11. 2020).

um den Bestand“ ihres „Volkes“.¹⁰ Die Verschwörungstheorie der *NPD* sieht so aus: „Gegen den Willen des deutschen Volkes“ seien „von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften Millionen von Ausländern nach Deutschland eingeschleust“ worden. Durch „massenhafte Einbürgerungen“ werde das „Existenzrecht des deutschen Volkes in Frage gestellt“.¹¹

Die *NPD* lehnt es prinzipiell ab, dass Menschen, die nicht deutschen oder „artverwandten“ Blutes sind, in Deutschland leben. Aus dieser Perspektive bezeichnet die *NPD* im aktuellen Parteiprogramm (von 2010) die Integration von Menschen, die ethnisch nicht deutsch sind, in die deutsche Gesellschaft als „Völkermord“¹² an den Deutschen. Insbesondere in ihrem „Aktionsprogramm“¹³ von 2002 entfaltete die *NPD* auf dieser Grundlage ein radikales „Rückführungsprogramm“. Bei seiner Umsetzung wäre es auf eine Vertreibung von mehreren Millionen Menschen – darunter ein großer Teil von deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund – hinausgelaufen, die nach Ansicht der *NPD* nicht die Kriterien von sogenannten „Biodeutschen“ erfüllen können.¹⁴ Die „Moslemkritik“ dient bei der *NPD* vor allem als „Türöffner“¹⁵ für ihre darüber hinausgehende völkische Kernposition. In wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht lockt die *NPD* die ethnischen Deutschen mit einer Reihe von Maßnahmen, die auf Kosten des Ausschlusses der ethnisch Nicht-Deutschen finanziert werden sollen.¹⁶ Die *NPD* wendet sich dabei gegen Großkonzerne und die Globalisierung und tritt für eine „raumorientierte Volkswirtschaft“ ein.¹⁷

Die Neuausrichtung der Programmatik begleitete unter Voigt eine Neuausrichtung der Strategie. Dabei verabschiedete sich die Partei ab 1998 vom Konzept einer reinen Wahlpartei und propagierte ein „Drei-Säulen-Konzept“¹⁸, dessen Säulen neben dem „Kampf um die Wähler“ der „Kampf um die Köpfe“ und der „Kampf um die Straße“ waren. Gemeint war bei dem

¹⁰ Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Arbeit, Familie, Vaterland, Berlin 2010, S. 6.

¹¹ Ebd., S. 12.

¹² Ebd., S. 6.

¹³ Vgl. Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland. Taten statt Worte: NPD – Die Nationalen, Berlin 2002.

¹⁴ Vgl. ausführlich Kailitz, Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, in: Backes / Steglich (Hrsg.), Die NPD, a. a. O.

¹⁵ Vgl. NPD-Sachsen (Jürgen Gansel), Deutsches Land niemals in Moslem-Hand, in: NPD Landesverband Sachsen vom 17. 09. 2012, <https://npd-sachsen.de/deutsches-land-niemals-in-moslem-hand/> (19. 11. 2020); Jürgen Gansel, Moslem-Feindschaft und Islam-Kritik als politischer Türöffner, in: NPD Landesverband Sachsen vom 13. 10. 2010, <https://npd-sachsen.de/moslem-feindschaft-und-islam-kritik-als-politischer-tueroeffner/> (19. 11. 2020).

¹⁶ Vgl. zu den Details Kailitz, Das ideologische Profil der NPD, in: Becker / Bongartz (Hrsg.), Die weltanschaulichen Grundlagen des NS-Regimes, a. a. O., S. 177 – 198.

¹⁷ NPD, Wirtschaft, <https://npd.de/themen/wirtschaft/> (23. 01. 2021). Zur Wirtschaftspolitik von Nationalsozialisten und „Sozialpatrioten“: Michael Barthel / Benjamin Jung, Völkischer Antikapitalismus? Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts, Münster 2013.

¹⁸ Vgl. zur Strategie der *NPD*: Marc Brandstetter, Die vier Säulen der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (2006) 9; Eckhard Jesse, Die Vier-Säulen-Strategie der NPD, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014, Brühl 2008, S. 178 – 192.

„Kampf um die Köpfe“ dabei, durch Begriffsbesetzungen wie beispielsweise „Biodeutscher“ eigene Deutungen verklausuliert in den politischen Diskurs einzubringen und in die eigene Richtung zu lenken. Unter diesem Etikett forderte die *NPD* zudem eine so genannte „Wortergreifungsstrategie“, die bis heute weit über die Kreise der *NPD* hinaus von rechtsextremistischen Gruppierungen praktiziert wird. Dabei sollen entsprechend geschulte Parteimitglieder auf Veranstaltungen politischer Gegner diese verbal attackieren und möglichst bloßstellen. Weiterhin sollte eine Querfront entstehen, bei der „desillusionierte Umweltaktivisten, linke Idealisten und sogar Marxisten-Leninisten“, die den „Sozialismus als Volksgemeinschaft“ begreifen, zur Mitarbeit aufgerufen werden.¹⁹ Mit dem „Kampf um die Straße“ artikulierte die *NPD* das Streben, symbolträchtige Großdemonstrationen zu inszenieren. Ende 2004 ergänzte die *NPD* das Konzept um eine vierte Säule: den „Kampf um den organisierten Willen“. Hintergrund dieser Strategieerweiterung waren Bemühungen der *NPD*, die extreme Rechte unter ihrem Dach parteipolitisch zu einen. Spätestens seit dem Aufkommen der *AfD* und deren Sogwirkung auf die extreme Rechte sowie dem Niedergang der *NPD* hat sich diese Strategiekomponente stillschweigend erledigt.

Der sächsische Landesverband der NPD

Nach der Deutschen Einheit erlangte die *NPD* zunächst auch im Osten Deutschlands keine große Bedeutung. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre entwickelten sich die östlichen Bundesländer und insbesondere Sachsen – zunächst auf niedrigem Niveau – zur Hochburg der *NPD*. Im Unterschied zu rechtsextremistischen Parteien war der subkulturelle militante Rechtsextremismus seit der Vereinigung in Ostdeutschland – und insbesondere auch in Sachsen – verbreiteter als in Westdeutschland. Ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre waren auch rechtsextremistische Parteien in Ostdeutschland schließlich erfolgreicher als in Westdeutschland. Neben der *NPD* war dabei im Osten zunächst die *Deutsche Volksunion (DVU)*²⁰ eine starke Konkurrenz. Sie erzielte 1998 mit 12,9 Prozent der Stimmen in Sachsen-Anhalt das bis dahin stärkste Ergebnis einer rechtsextremistischen Partei bei einer Landtagswahl.²¹

¹⁹ Diese Strategie und das gesamte Drei-Säulen-Konzept ist – dies sei bereits an dieser Stelle bemerkt – genau die Strategie, die Björn Höcke faktisch der *AfD* vorgeben will, indem er einem Kampf um den Wähler den Kampf um die Straße und den Kampf um die Köpfe zur Seite stellen will. Auch die darunter gefassten konkreten Schritte orientieren sich faktisch am strategischen Drehbuch der *NPD*.

²⁰ Vgl. zu deren Positionierung: Steffen Kailitz, Die Deutsche Volksunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtungen zur Entwicklung und zum ideologischen Profil, in: Stephan Braun / Alexander Geisler / Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 109 – 130.

²¹ Erst die rechtsextremistisch ausgerichteten Landesverbände der *AfD* in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen übertrafen weit später diese Marke.

Durch den Schulterschluss der *NPD* mit den neonationalsozialistischen freien Kameradschaften eröffnete sich für die *NPD* ein neues Mobilisierungspotenzial. Unter Winfried Petzold, der zwischen 1996 und 2009 den sächsischen Landesverband entscheidend prägte, verdreifachte sich 1997 die Mitgliederzahl von 300 auf 900. In keinem anderen Bundesland gab es einen ähnlich rasanten Anstieg.

Spätestens seit 1998 entwickelte sich Sachsen zur bedeutendsten Hochburg der *NPD*. Bei den Kommunalwahlen 1999 errang sie im Freistaat erstmals neun Mandate. Ein wahrer Paukenschlag gelang der *NPD*, kurz nach dem Scheitern des ersten Verbotsverfahrens²² gegen sie, bei der sächsischen Landtagswahl 2004, als sie mit 9,2 Prozent ein außergewöhnlich starkes Ergebnis für eine rechtsextremistische Partei mit nationalsozialistischer Schlagseite erreichte.²³

Bei den sächsischen Kommunalwahlen 2008 deutete sich mit einem durchschnittlichen Ergebnis von 5,1 erstmals eine Etablierung auf Bundeslandebene an.²⁴ Auf niedrigerem Niveau als 2004 konnte die Partei dann bei den Landtagswahlen 2009 ihren Erfolg mit 5,6 Prozent wiederholen. Die sächsische Fraktion führte Holger Apfel an, der ab 2009 auch den Vorsitz des sächsischen Landesverbands übernahm. Mit ihren provokanten Auftritten löste die Landtagsfraktion immer wieder Eklats aus.²⁵ So instrumentalisierte die *NPD*-Fraktion etwa das Gedenken an die Opfer der alliierten Luftangriffe auf Dresden, indem sie diesen als „Bomben-Holocaust“ bezeichnete. Der *NPD*-Abgeordnete Jürgen Gansel, der als intellektueller Kopf der Landtagsfraktion firmierte, ging so weit zu behaupten, dass das Ziel Englands schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg die Ausrottung der Deutschen gewesen sei und dass die Angriffe mithin nichts mit der nationalsozialistischen Machtergreifung zu tun gehabt hätten.²⁶

In die innerparteiliche Diskussion auf Bundesebene schaltete sich 2010 der sächsische Landesverband mit Jürgen Gansel und mit der vollmundigen Erklärung zum „Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘“ ein, die den „Multikulturalisten und Umvolkern den politischen Kampf“ ansagte. Dabei charakterisierte das Pamphlet eine Politik als „verbrecherisch“, die „zu

²² Vgl. Lars Flemming, *Das NPD-Verbotsverfahren: Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“*, Baden-Baden 2005.

²³ Vgl. Henrik Steglich, *Die NPD in Sachsen: Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004*, Göttingen 2005. Vgl. auch Uwe Backes, *The Electoral Victory of the NPD in Saxony and the Prospects for Future Extreme-right Success in German Elections*, in: *Patterns of Prejudice*, 40 (2006) 2, S. 129–141. Die *NPD* erreichte in ihrer gesamten langen Geschichte nur ein einziges Mal ein höheres Ergebnis. Dies waren 9,8 Prozent bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1968.

²⁴ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Bedeutung und Entwicklung der NPD nach den Kommunalwahlen in Sachsen 2008*, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 16. 06. 2008, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41491/npd-in-sachsen-2008?p=all> (18. 12. 2020).

²⁵ Vgl. Franziska Brech, *Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Eine Analyse zur ersten Hälfte der 4. Legislaturperiode*, in: Backes / Steglich (Hrsg.), *Die NPD*, a. a. O., S. 167–174; Bündnis 90 / Die Grünen (Hrsg.), *Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag*, Dresden 2006.

²⁶ Vgl. Rainer Burger, *Sachsen: NPD sorgt für Eklat: „Bomben-Holocaust“*, in: *faz.net* vom 21. 05. 2005, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sachsen-mpd-sorgt-fuer-eklat-bomben-holocaust-1207076.html> (15. 01. 2021).



*Wahlplakat der NPD 2008 im
Landkreis Sächsische Schweiz;
Quelle: picture alliance / ZB /
Matthias Hiekel.*

multiethnischen Zuständen“ führe, „weil sie den Weg in den Ethnosuizid“ ebne und den „Deutschen ihr Heimatrecht im angestammten Lebensraum“ abspreche. Im Klartext heißt es dabei: „Demokratie ist ihrem Sinn nach Volksherrschaft, das heißt Ethnokratie“. Als zentrales Anliegen wurde außerdem das Ende der „irrwitzige[n] Vergangenheitsbewältigung“ beschworen, die Deutschland „neurotisiere“ und seinem „geschichtlichem Erbe entfremde“.²⁷

Ende 2010 / Anfang 2011 wurde die NPD zeitweilig auf der rechtsextremen Seite des politischen Spektrums – bis im Jahr 2013 die AfD auf den Plan trat – zur alleinigen Marke. Mitte Dezember 2010 gab die DVU ihre Fusion mit der NPD bekannt.²⁸ Nur zeitweilig trug die Partei anschließend den Namen NPD – Die Volksunion. Bald war aber wieder nur noch von der NPD die Rede.

²⁷ Vgl. Jürgen Gansel, Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“ (2005), in: NPD Bezirksverband Oberpfalz vom 03.05.2005, http://www.npd-oberpfalz.de/index.php/menue/56/thema/252/Wesen_und_Wollen_der_Dresdner_Schule.html (19.11.2020).

²⁸ Vgl. Kai Budler, Sag' zum Abschied leise Servus: DVU beschließt ihr eigenes Ende, in: Zeit Online vom 12.12.2010, https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/12/12/sag-zum-abschied-leise-servus-dvu-beschliet-ihr-eigenes-ende_5215 (19.11.2020). Vgl. für eine Analyse der damaligen Entwicklung: Steffen Kailitz, Rechts-Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg zur „Volksfront“?, Sankt Augustin 2005.

Holger Apfel, der im November 2011 auf Udo Voigt als Vorsitzender der *NPD* folgte, wollte die Partei wieder etwas weg von offenen Anknüpfungen an den historischen Nationalsozialismus führen und auf einen „seriösen Radikalismus“ und eine Profilierung als „soziale Heimatpartei“ einschwören. Er selbst war als langjähriger Vorsitzender der *Jungen Nationaldemokraten* (2018 umbenannt in *Junge Nationalisten*), der Jugendorganisation der *NPD*, aber ein Motor der – unseriösen – Radikalisierung der Partei. Im Zuge eines Kurswechsels sollten extreme Forderungen – wie auf sächsischer Ebene bereits praktiziert – anschlussfähig an bürgerlich-konservative Diskussionen verpackt werden. Apfel stieß allerdings auf entschiedenen Widerstand nationalsozialistischer Hardliner in der *NPD* wie Udo Pastörs, dem Landeschef von Mecklenburg-Vorpommern.

Obgleich an der Spitze der sächsischen *NPD* mit Holger Apfel in der Hochphase ein „Westimport“ stand, gewann die Partei durch in Sachsen verankerte Akteure wie Uwe Leichenring und Johannes Müller ein „sächsisches“ Profil.²⁹ Mit diesen kommunal verankerten Funktionären gelang es der *NPD*, zeitweilig ein „Kümmerer“-Image aufzubauen, das einen Teil der Wählerinnen und Wähler vom rechtsextremistischen Kern ihrer Ideologie ablenkte. Eine Analyse der Parlamentsarbeit der *NPD* im Sächsischen Landtag kam zu dem Schluss, dass diese deutliche Defizite aufweise, der Partei aber bei der Erarbeitung ihrer Gesetzesentwürfe „keine generelle Unfähigkeit oder Pfuscherei vorgeworfen werden“³⁰ könne.

Für einen direkten Vergleich der Stellung Sachsens für die *NPD* bieten sich Gegenüberstellungen der Ergebnisse nationaler Wahlen auf Bundesländerebene an, da der Vergleich von Landtagswahlergebnissen das Problem mit sich bringt, dass diese zu unterschiedlichen Zeitpunkten durchgeführt werden und damit nicht die gleichen Rahmenbedingungen haben. Bei den Bundestagswahlen 2005 (mit 4,8 Prozent), 2009 (mit 4 Prozent) und 2013 (mit 3,3 Prozent) erzielte die *NPD* in Sachsen ihr jeweils bestes Ergebnis unter allen Bundesländern. Auf dem zweiten Platz folgte 2005, 2009 und 2013 der thüringische Landesverband. Nur 2017 überholte Thüringen – auf deutlich niedrigerem Niveau – Sachsen knapp (mit 1,1 Prozent). Auch bei den Landtagswahlergebnissen der *NPD* dominierte Sachsen im Zeitverlauf bei den Ergebnissen. Nur der Landesverband Mecklenburg-Vorpommerns konnte sich annähernd mit den Erfolgen des sächsischen Landesverbands messen.

Im Jahr 2013 begann das zweite Verbotsverfahren gegen die *NPD* vor dem Bundesverfassungsgericht.³¹ Spätestens seit Dezember 2013 befand sich die *NPD* zudem mit dem plötzli-

²⁹ Vgl. für einen Überblick zur Entwicklung der *NPD* in Sachsen: Miliopoulos, Sachsen – eine Hochburg der „Nationaldemokraten“?, a. a. O.

³⁰ Alexander Schulze, Die *NPD* im sächsischen Landtag. Eine Analyse zur Qualität ihrer Landtagsarbeit, in: Armin Pfahl-Traugher (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014, Brühl 2008, S. 122 – 177, S. 164. Vgl. zur Parlamentsarbeit der *NPD* auch: Franziska Brech, Die *NPD*-Fraktion im Sächsischen Landtag, a. a. O.

³¹ Während die rechtsextremistische Ausrichtung der *NPD* unumstritten war, prallten die Meinungen in der Frage aufeinander, ob ein Verbot sinnvoll sei. Vgl. für die Pro-Position: Steffen Kailitz, *NPD*-Verbot: Ausgrenzen, bitte, in: Die Zeit vom 21. 04. 2016 und für die Contra-Position: Claus Leggewie / Johannes Lichdi / Horst Meier,

chen Abgang ihres Vorsitzenden Apfel in einer Führungskrise.³² Auf Apfel folgte mit Udo Pastörs ein im Jahr 2011 wegen Volksverhetzung verurteilter Neonationalsozialist an der Parteispitze, der dem Konzept des „seriösen Radikalismus“ wenig abgewinnen konnte und der seine Landtagsfraktion in Schwerin auf einen destruktiven Krawallkurs getrimmt hatte.³³

Hinsichtlich der Wählergunst schadete der *NPD* aber letztlich weniger die innerparteiliche Krise und das Verbotsverfahren als vielmehr die seit 2013 rasch erstarkende Konkurrenz in Gestalt der *Alternative für Deutschland (AfD)*. Mit 4,95 Prozent verfehlte die *NPD* 2014 dabei aber nur um Haaresbreite den dritten Einzug in das sächsische Landesparlament. Trotz der Konkurrenz der *AfD* hatte die *NPD* gegenüber der Landtagswahl 2009 nur etwas mehr als 0,6 Prozent verloren. Wichtig ist aber hier festzuhalten, dass die *AfD* zu diesem Zeitpunkt noch nicht das rechtsextremistische Wählerpotenzial der *NPD* abschöpfte, vor allem auch, weil sie damals – auch in Sachsen – noch deutlich gemäßigter auftrat als später. Für die *NPD* machten die geringen Verluste allerdings den entscheidenden Unterschied zwischen Wiedereinzug und Nicht-Einzug in den Landtag aus.

Anschließend machte sich der Niedergang aber auch in Sachsen immer stärker bemerkbar. Die zunehmende Radikalisierung und Extremisierung der *AfD* ließ kaum noch programmatischen Raum für die *NPD*. So machte sich der zunächst von Björn Höcke und André Poggenburg, später von Höcke und Andreas Kalbitz angeführte *Flügel NPD*-Positionen wie die Forderung nach einem „Rückführungsprogramm“ in nur leicht abgeschwächter Form zu eigen.³⁴ Das Problem der *NPD* wird auch am Verhältnis zu *Pegida* deutlich. Bereits im Dezember 2014 rief die *NPD* zur Teilnahme bei *Pegida* auf, und Funktionäre marschierten bei der Veranstaltung.³⁵ Nennenswerten Einfluss gewann die *NPD*, im Unterschied zum rechtsextremen *Flügel* der *AfD*, aber im Rahmen der Dresdner Demonstrationen nicht, und sie konnte im Unterschied zur *AfD* auch nicht von dem durch *Pegida* ausgelösten Medieninteresse profitieren. Sogar im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 / 16 gingen die Mitgliederzahlen der *NPD* weiter zurück, obgleich sie alles unternahm, um aus den Anti-Asyl-Protesten für sich Gewinn zu schlagen.

NPD-Verbot: Dumm, aber legal, in: Die Zeit vom 25. 02. 2016. Für eine vergleichende Einordnung des Verfahrens vgl. Uwe Backes, Banning Political Parties in a Democratic Constitutional State: The Second *NPD* Ban Proceedings in a Comparative Perspective, in: Patterns of Prejudice, 53 (2019) 2, S. 136 – 151

³² Vgl. Christina Hebel / Sven Röbel, *NPD-Chef Apfel tritt zurück*, in: Der Spiegel vom 19. 12. 2013, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-chef-apfel-tritt-zurueck-a-940028.html> (19. 11. 2020).

Er rechnete später in einem Rückblick mit seiner ehemaligen Partei ab: Holger Apfel, Irrtum *NPD*. Ansichten, Einsichten, Erkenntnisse: ein Vierteljahrhundert in der Partei, Bad Schussenried 2017.

³³ Michael Schlieben, Neue Deutsche Nazis: Der Extreme unter den Rechtsextremen, in: Zeit Online vom 18. 04. 2012, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-04/nazis-npd-pastoers-mecklenburg/komplettansicht> (19. 11. 2020).

³⁴ Siehe hierzu den Beitrag von Steffen Kailitz zur *AfD*.

³⁵ Vgl. Christian Kerl, *NPD ruft offen zur Teilnahme an Pegida-Demos auf*, in: Der Westen vom 22. 12. 2014, <https://www.derwesten.de/politik/npd-ruft-offen-zur-teilnahme-an-pegida-demos-auf-id10168422.html> (19. 11. 2020).

Ideologisch versuchte die *NPD* ab 2014 unter dem neuen Parteivorsitzenden Frank Franz – innerparteilich höchst umstritten –, sich etwas weg von den Fußstapfen des Nationalsozialismus zu bewegen und sich den Positionen der Identitären – und mithin auch des rechts-extremistischen Parteiflügels der *AfD* – anzunähern. So argumentiert die *NPD* in bekannter Terminologie, dass durch „Doppelpassexperimente und Masseneinbürgerung“ ein „bald auch wahlentscheidender Bevölkerungsaustausch“ erfolge. Aus dieser alarmistischen Perspektive heraus ruft die *NPD* dazu auf, die „Heimat“ zu „verteidigen“. „Deutschland und Europa“ müssten „zu einer Schutzburg werden, wenn sie ihre Identität bewahren und sich vor einer existenzbedrohenden Zuwanderungslawine schützen wollen“.³⁶

Stärke der NPD im Bund und in Sachsen

Die *NPD* erreichte zu keinem Zeitpunkt annähernd das spätere Ausmaß der Mitgliedermobilisierung der *AfD*. Auffallend ist beim Abgleich der Mitgliederentwicklung der zeitweilig extrem hohe Anteil der sächsischen Mitglieder an der Gesamtpartei. 1997 war nahezu jedes vierte Mitglied der Gesamtpartei in Sachsen beheimatet. Inzwischen sind Sachsen zwar immer noch überdurchschnittlich unter den Mitgliedern der *NPD* vertreten, aber nicht mehr in besonders prägender Weise. Seit 2006 auf Landes- und 2007 auf Bundesebene befindet sich die *NPD* in einem ungebrochenen Abwärtstrend. In Sachsen hat die Partei inzwischen weniger Mitglieder als vor dem Beginn ihres Aufschwungs.

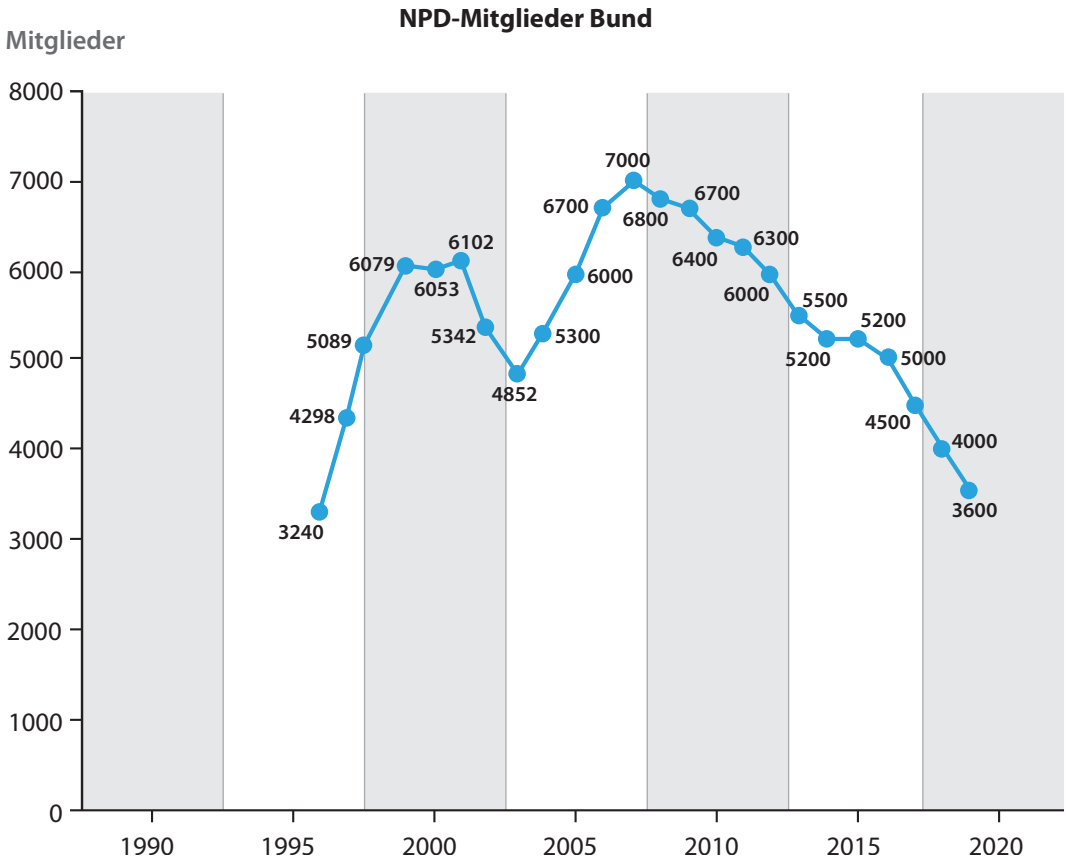
Die Mitgliederzahl der Bundes-*NPD* lag 2019 noch bei rund 3.600 Mitgliedern, die des sächsischen Landesverbands der *NPD* lediglich noch bei 250.³⁷ Bis 2020 ging die Entwicklung im Bund wie in Sachsen weiter abwärts. Die *NPD* hat also weniger als ein Zehntel der Mitglieder der *AfD* in Sachsen, die nach eigenen Angaben 2020 über 2.800 Mitglieder verfügte. Die Mitgliederzahl der sächsischen *AfD* ist inzwischen auch immerhin doppelt so hoch wie der Höchststand der Mitgliederzahl der sächsischen *NPD* von 1.400. Sie erreicht also ein Personenpotenzial, das die *NPD* aufgrund ihres Images als Bürgerschreck nie erreichen konnte.

Bei der Bundestagswahl im September 2017 erlangte die *NPD* weniger als 0,4 Prozent der Zweitstimmen. Selbst bei den Landtagswahlen in ihrer Hochburg Sachsen erreichte die *NPD* 2019 nur noch 0,6 Prozent der Stimmen. Immerhin blieb Sachsen auch im Niedergang, relativ gesehen, eine „Hochburg“. Das Ergebnis war doppelt so hoch wie der Stimmenanteil der *NPD* im Bundesgebiet bei der Europawahl im gleichen Jahr.³⁸ Das letzte passable Resultat gab es jedoch bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2016, als die *NPD* drei Pro-

³⁶ Vgl. NPD-Parteivorstand. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017, NPD. Heimat verteidigen, Berlin 2017.

³⁷ Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern / Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2019, Dresden 2020, S. 30; Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat, Verfassungsschutzbericht 2019, Berlin 2020.

³⁸ 2014 hatte die *NPD* bei der Europawahl immerhin noch ein Prozent der Stimmen erreicht.



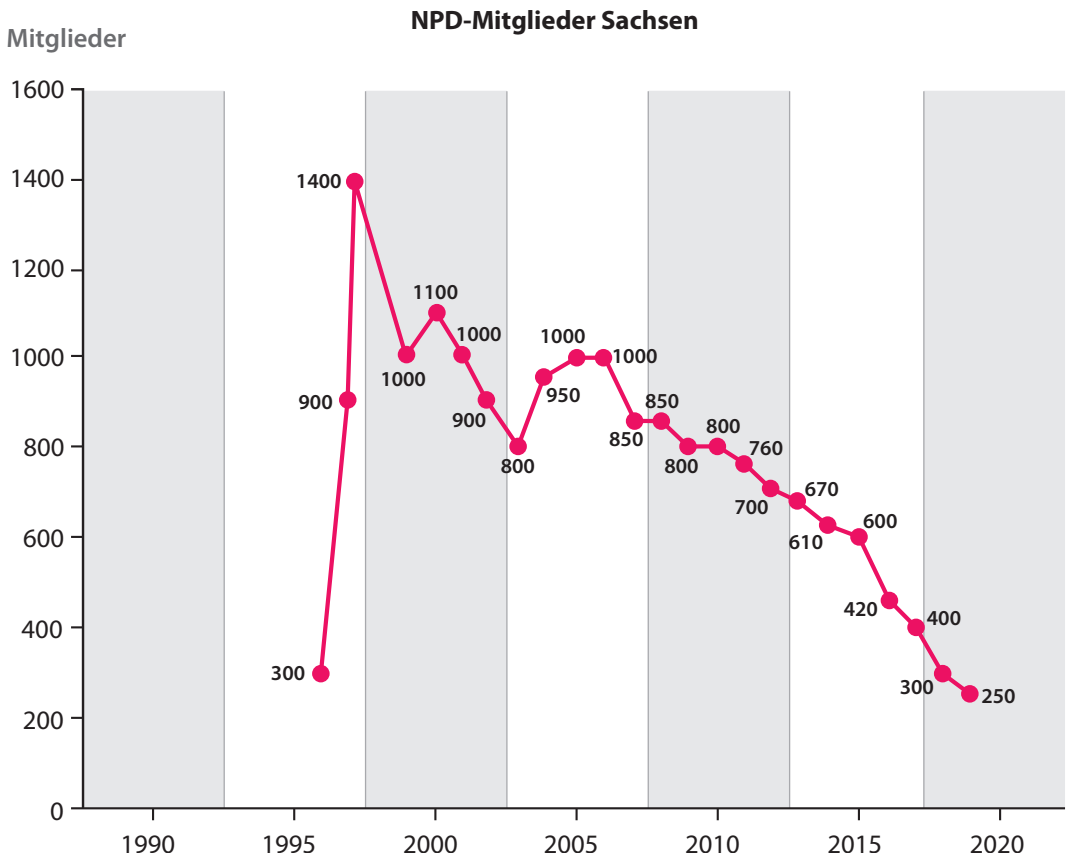
NPD-Mitglieder in Deutschland (Grafik 6); Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes.

zent erreichte. Im Januar 2017 endete für die Partei nach vier Jahren das Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Unzweifelhaft strebte die *NPD* nach Ansicht des Gerichts „nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“³⁹ Deutschlands an. Sie ziele „auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären ‚Nationalstaat‘“.⁴⁰ Dieses politische Konzept missachte „die Menschenwürde aller, die der ethnischen [deutschen] Volksgemeinschaft nicht angehören“, und sei daher „mit dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip unvereinbar“.⁴¹ Dieser Punkt, der klärt, dass aus Sicht

³⁹ Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1 / 13, 2017, S. 4. Der Verfasser dieses Beitrags war als einer von vier Sachverständigen während des Prozesses zu einer Stellungnahme aufgefordert worden.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Ebd.



NPD-Mitglieder in Sachsen (Grafik 7); Quelle: Sächsische Verfassungsschutzberichte.

des Bundesverfassungsgerichts bereits die Vertretung eines ethnischen Nationalismus ohne Wenn und Aber als antidemokratisch und rechtsextremistisch einzustufen ist, hat grundlegende Bedeutung über die Einstufung der *NPD* hinaus, etwa auch für die Debatte um die Einstufung der *AfD*.⁴² In dem Urteil wies der Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle auf „andere Reaktionsmöglichkeiten“ des Staates unterhalb eines Verbots hin und dabei konkret auf einen möglichen Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung.⁴³ Dies könne aber nicht das Verfassungsgericht entscheiden, sondern sei Aufgabe des Gesetzgebers. Als unmittelbare Konsequenz auf diesen Fingerzeig erfolgte bereits wenige Monate später mit der erforderlichen

⁴² Tatsächlich dient die Orientierung an genau diesem Punkt auch bei der Bewertung der *AfD* in dem Beitrag in diesem Buch als die entscheidende Bezugsgröße.

⁴³ Eine Partei hat in Deutschland Anspruch auf staatliche Finanzierung, wenn sie bei der jeweils letzten Europa- oder Bundestagswahl mindestens 0,5 Prozent oder bei einer der jeweils letzten Landtagswahlen mindestens ein Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht hat.

Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestags eine Änderung des Artikels 21 des Grundgesetzes. Die neue Fassung von Art. 21, Abs. 3 GG lautet nun: „Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen.“⁴⁴ Da der *NPD* die Voraussetzung für die so formulierten Gründe der Aberkennung bereits attestiert worden war, erschien es nur folgerichtig, dass Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag gemeinsam im Juli 2019 einen Antrag auf Aberkennung der staatlichen Parteienfinanzierung gegen die *NPD* einreichten. Auch unter Demokraten ist das neu in das Grundgesetz eingeführte Instrument, einer Partei die staatliche Parteienfinanzierung aberkennen zu können, allerdings umstritten. Gegner der Neuregelung sehen in ihr eine „Abschaffung der Chancengleichheit der Parteien“ und einen „verfassungswidrige[n] Irrweg“.⁴⁵ Befürworter führen dagegen ins Feld, dass ein Ausschluss antidemokratischer Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung ein „zwingender Schritt unserer wehrhaften Demokratie“ sei. Konkret mit Blick auf die *NPD* wird argumentiert, dass es „unerträglich“ sei, „dass eine Partei, die Rassismus und Ausgrenzung propagiert und von einer inneren Verwandtschaft zum Nationalsozialismus gekennzeichnet ist, maßgeblich durch Steuergelder am Leben gehalten wird“.⁴⁶

Der stellvertretende *NPD*-Bundesvorsitzende Thorsten Heise aus Thüringen⁴⁷ proklamierte einen völkischen – klar an die NS-Ideologie angelehnten – Flügel und forderte vor dem Hintergrund der Misserfolge bei Wahlen und der Mäßigung des Parteikurses durch den Vorsitzenden Franz einen erneuten Kurswechsel der *NPD* hin zu einer völkischen „Weltanschauungspartei“.⁴⁸ Dabei sollte die Aktionsorientierung stärker in den Vordergrund treten und die Teilnahme an Wahlen in den Hintergrund. Dies ist für eine Partei ein zumindest ungewöhnliches Ansinnen. In Sachsen sorgte Heise seit 2018 durch die von ihm organisierten *Schild & Schwert*-Festivals im ostsächsischen Ostritz, die in der Szene auch unter dem Kürzel SS-Festival firmieren, für Furore. Sie entwickelten sich zu einem zentralen Treffpunkt der Neonaziszene weit über Sachsen hinaus.⁴⁹

⁴⁴ Die *NPD* reichte eine Organklage gegen die Grundgesetzänderung ein.

⁴⁵ Johannes Lichdi, Position: Abschaffung der Chancengleichheit der Parteien – Ein verfassungswidriger Irrweg, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 23. 11. 2017, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260270/contra-keine-parteienfinanzierung-fuer-die-npd> (05. 01. 2020).

⁴⁶ Boris Pistorius, Position: Ausschluss der *NPD* von der Parteienfinanzierung – Ein zwingender Schritt unserer wehrhaften Demokratie, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 23. 11. 2017, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260272/pro-keine-parteienfinanzierung-fuer-die-npd> (05. 01. 2020).

⁴⁷ Von Februar 2017 bis November 2018 war Heise Landesvorsitzender der *NPD* Thüringens.

⁴⁸ Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 05. 04. 2018 – Das „Schild & Schwert-Festival“ in Ostritz – Eine Einschätzung des Verfassungsschutzes, in: sachsen.de vom 05. 04. 2018, <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/2024.htm> (19. 11. 2020).

⁴⁹ Ebd. Zur Bedeutung des Rechtsrocks für die rechtsextremistische und insbesondere neonationalsozialistische Szene in Sachsen und Thüringen vgl. Maximilian Kreter, Rechtsrock in Sachsen – Sprachrohr fremden-



Werbeplakat für das „Schild & Schwert“-Festival Heises;

Quelle: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen,

05. 04. 2018 – Das „Schild & Schwert-Festival“ in

Ostritz – Eine Einschätzung des Verfassungsschutzes,

Quelle: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen,

Verfassungsschutzbericht 2018, S. 145, zit. n. Facebook-

Profil „racandrallrecords“ (Abruf 24. 11. 2017).

Insgesamt waren die Erfolge der *NPD* aber auch beim „Kampf um die Straße“ in den letzten Jahren zunehmend beschränkt. Wie in anderen Bundesländern, propagierte die sächsische *NPD* seit Juli 2018 eine sogenannte „Schutzzonenkampagne“. In diesem Zuge behauptete Peter Schreiber, der im September 2019 dem seit 2015 amtierenden Jens Baur als Landesvorsitzender der sächsischen *NPD* folgte, in einem *YouTube*-Video der *NPD*, seit der „Asylantenflut 2015“ gebe es in Deutschland „regelrechte Angsträume“ und „gefühlte No-Go Areas, die dominiert werden von Asylforderern und von Sozialtouristen aus der ganzen Welt“.⁵⁰

Während der – teils recht heterogenen – Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Sachsen wie in vielen weiteren Teilen Deutschlands beteiligten sich 2020 neben Angehörigen etlicher anderer politischer Gruppen auch Aktivisten der *NPD*.

Die Rechte und der III. Weg

Mit dem Niedergang der *NPD* ging zwar ein Aufstieg der *AfD* einher, nicht aber ein gleichzeitiges Erstarken anderer neonationalsozialistischer Parteien. Zwar traten neben der *NPD* zunehmend der *III. Weg* und *Die Rechte* in Erscheinung, aber diese Kleinparteien am rechten Rand erlangten kaum nennenswerte Bedeutung. Die Mitgliederzahl von *Die Rechte* betrug bundes-

feindlicher Militanz?, in: *Totalitarismus und Demokratie*, 15 (2018) 1, S. 99 – 125.

⁵⁰ Zitiert nach Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2018, S. 41. Auf *YouTube* ist das Video inzwischen gelöscht worden.

weit lediglich 600 (2018) bzw. 550 (2019), der *III. Weg* brachte es auf 530 (2018) bzw. 580 Mitglieder (2019).⁵¹

Auf sächsischer Ebene ist *Die Rechte* mit 15 (2018) bzw. 5 (2019) vom Verfassungsschutz erfassten Mitgliedern sogar faktisch kaum existent. Der *III. Weg* hat mit 125 (2018) bzw. 130 Mitgliedern (2019) dagegen eine seiner Hochburgen in Sachsen, wenn auch auf niedrigem Niveau.⁵² So kommt, wie zu den Hochzeiten der *NPD*, nahezu jedes vierte Mitglied aus Sachsen.

Die Rechte, zunächst mit dem Zusatz *Partei für Volksabstimmung, Souveränität und Heimatschutz*, entstand im Mai 2012 unter Beteiligung des Neonationalsozialisten Christian Worch und eines Kreises ehemaliger Aktivisten der *DVU*, die deren Fusion mit der *NPD* abgelehnt hatten. Nachfolgend radikalisierte sich die Kleinstpartei aber rasch in die neonationalsozialistische Richtung. Die Homepage firmiert inzwischen unter dem Titel *Die Rechte – Vorwärts für Deutschland* und zeigt eine dichte Vernetzung mit den freien Kameradschaften der Neonationalsozialisten. Als Gründer wird im Rückblick auch ausschließlich Worch genannt. Einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sieht die Partei in der Organisation des „Protest[s] auf der Straße“.⁵³ *Die Rechte* verfolgt also bereits jene Strategie, die Heise auch für die *NPD* vorschwebt.

Der – in Sachsen vor allem in Plauen und Umgebung aktive – *III. Weg* wurde Ende September 2013 in Heidelberg gegründet und orientiert sich seit seiner Gründung an der nationalsozialistischen Ideologie.⁵⁴ Der Parteiname deutet auf eine programmatische Orientierung am sogenannten „linken Flügel“ innerhalb der *NSDAP* um die Gebrüder Strasser hin.⁵⁵

In der Partei organisierten sich zunächst ehemalige Mitglieder der *NPD*. An die Spitze trat Klaus Armstroff, bis 2013 Teil des Landesvorstands der *NPD* in Rheinland-Pfalz. Ab Juli 2014 erhielt der *III. Weg* Zulauf durch Aktivisten des verbotenen *Freien Netzes Süd*. Die nationalsozialistische Programmatik des *III. Wegs* entspricht im Kern jener der *NPD*, bevor eine leichte Absetzung von allzu offenen Anknüpfungen an die NS-Ideologie unter Führung von Frank Franz erfolgte. So schreibt sich die Partei in ihrem 10-Punkte-Programm von 2014 einen „deutschen Sozialismus“ und eine „raumgebundene Volkswirtschaft“⁵⁶ auf ihre Fahnen. Eher erstaunlich ist dabei, dass im Programm kein „Rückführungsprogramm“ im von der *NPD* skizzierten Ausmaß geplant wird, sondern nur vage die Rede davon ist, dass im Zuge des Kampfes gegen die „Überfremdung“ Kriminelle und dauerhaft erwerbslose Ausländer aus „Deutschland

⁵¹ Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2019, S. 53.

⁵² Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2019, S. 30.

⁵³ *Die Rechte*, Parteigeschichte, <https://die-rechte.net/parteigeschichte/> (19. 11. 2020).

⁵⁴ Vgl. als kurze Einführung in die Parteigeschichte Alexander Gallus, Dokumentation 2014: Im Schutzmantel der Partei: „Der Dritte Weg“ verläuft ganz weit rechts, in: Uwe Backes / Alexander Gallus / Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E&D)*. 27. Jahrgang, Baden-Baden 2015, S. 132 – 136.

⁵⁵ Dieser Flügel verließ – teilweise – die *NSDAP*. Die Austrittserklärung erläutert die Unterschiede zur Hauptströmung des Nationalsozialismus: Otto Strasser, „Die Sozialisten verlassen die *NSDAP*“, in: Reinhard Kühnl (Hrsg.), *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*, Köln 2000, S. 113 – 118.

⁵⁶ *III. Weg*, 10 Punkte Programm, in: *Der Dritte Weg*, <https://der-dritte-weg.info/zehn-punkte-programm/> (19. 11. 2020).

stufenweise auszuweisen“⁵⁷ seien. Damit gibt sich der Neonazizirkel nach außen formal moderater als führende Vertreter des – inzwischen formal aufgelösten – *Flügels* der *AfD* wie Björn Höcke.⁵⁸ Die Rückwärtsgewandtheit, von der die *NPD* unter Apfel und unter Franz wegkommen wollte, zeigt sich dagegen in dem Programmpunkt, dass eine „friedliche Wiederherstellung Gesamtdeutschlands“⁵⁹ und mithin eine Revision der deutschen Grenzen ein zentraler Programmpunkt des *III. Wegs* ist.

Der *III. Weg* beteiligte sich 2019 an den Kommunalwahlen in Sachsen, scheiterte aber aus formalen Gründen an der Zulassung zur sächsischen Landtagswahl 2019. Die Landeswahlleiterin begründete dies bezeichnenderweise so: „Die Partei betreibt nach eigenen Angaben nur Stützpunkte – die aber nicht einmal dem Niveau von Kreisverbänden entsprechen.“⁶⁰

Fazit

Die *NPD* mag Elemente des radikalen Rechtspopulismus aufweisen, sie zählt im Unterschied zur *AfD* aber nicht zu dieser Parteienfamilie. Die Parteien des radikalen Rechtspopulismus bewegen sich in den Denkbahnen der *Konservativen Revolution* und dabei insbesondere jener der Jungkonservativen, die im Zuge der Überlegungen der *Neuen Rechten* und jüngst der identitären Rechten weiterentwickelt wurde, die *NPD* bewegt sich dagegen in den Denkbahnen des Nationalsozialismus und gehört damit historisch zur Familie der nationalsozialistischen Parteien.⁶¹

Die *NPD* ist während und nach ihrem „zweiten Frühling“ als eine rechtsextremistische Partei mit hoher Extremismusintensität einzustufen. Werden die Einstufungskriterien in der Einleitung zugrunde gelegt, befinden sich die verschiedenen Strömungen in der *NPD* zwischen den Stufen 4 und 5. Für die gesamte *NPD* gilt übergreifend, dass Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaats (weitgehend) offen abgelehnt werden. Während sich Teile der *NPD* aber auf legalistische Formen bei der Erreichung der politischen Ziele beschränken wollen, sind andere bereit, auch nicht-legalistische Mittel einzusetzen. In der *NPD* handelt es sich

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Vgl. dies mit Nie zweimal in denselben Fluss: Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Mit einem Vorwort von Frank Böckelmann, Lüdinghausen 2018.

⁵⁹ *III. Weg*, 10 Punkte Programm, a. a. O.

⁶⁰ Vgl. Matthias Puppe, Pro Chemnitz und *III. Weg* scheitern an Zulassung zur Landtagswahl in Sachsen, in: Dresdner Neueste Nachrichten vom 24.06.2019, <https://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Pro-Chemnitz-und-III.-Weg-scheitern-an-Zulassung-der-Landtagswahl> (19.11.2020).

⁶¹ An anderer Stelle begründe ich ausführlicher, warum die *NPD* zu dieser Parteienfamilie zu zählen ist. Vgl. Steffen Kailitz, Die nationalsozialistische Ideologie der *NPD*, in: Uwe Backer / Henrik Steglich (Hrsg.), *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden-Baden 2007, S. 337 – 354. In Rechnung zu stellen ist allerdings, dass sich die *NPD* im Zuge ihres Niedergangs von diesem „Markenkern“ entfernt und der Profilierung der radikal rechtspopulistischen Parteien teils annähert.

konkret um die Teile, die eine enge Verflechtung mit der gewalttätigen und nicht-legalistischen Neonaziszene aufweisen. Prominentes Beispiel hierfür ist das Bundesvorstandsmitglied der *NPD*, Thorsten Heise. Er ist als militanter Neonazi einzuschätzen.⁶² Die Rechte und der *III. Weg* sind inzwischen durchweg auf der beschriebenen Stufe 5 der Extremismusskala anzusiedeln. An dieser Stelle lässt sich recht einfach der Unterschied zwischen der *AfD* und diesen Parteien festhalten: Die *AfD* arbeitet nicht mit der militanten Neonaziszene zusammen und setzt, zumindest mit Blick auf die Mitgliedschaft in Neonazigruppen, ihre Abgrenzungsbeschlüsse weitestgehend um.⁶³

Inzwischen fristet die *NPD* nur noch ein Nischendasein am rechten Rand und bewegt sich auf dem Niveau von anderen rechtsextremistischen Kleinstparteien wie dem *III. Weg*, der maßgeblich von ehemaligen Aktivisten der *NPD* gegründet wurde. Bereits der Urteilspruch des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017 bescheinigte der *NPD*, ideologisch eindeutig verfassungswidrig zu sein, aber politisch zu unbedeutend, um sie verbieten zu können.⁶⁴ Weder die *NPD* noch der *III. Weg* dürften in Sachsen oder anderswo auf absehbare Zeit an Zuspruch gewinnen. Bis hin zu den militanten Rechtsextremisten in den Reihen der *NPD*, wie Thorsten Heise, setzen zahlreiche Vertreter dieses Spektrums für ihre eigenen Parteien auf eine Fokussierung auf politische Aktionen und ansonsten eine Unterstützung der *AfD*. So forderte das Bundesvorstandsmitglied der *NPD*, Heise, eine Arbeitsteilung zwischen *AfD* und *NPD*. Die *NPD* sollte sich demnach auf den „Kampf um die Straße“ konzentrieren und der *AfD* den „Kampf um die Wähler“ überlassen. So legte Heise – für das Bundesvorstandsmitglied einer konkurrierenden Partei eigentlich ein Ausschlussgrund – bereits anlässlich der Thüringer Landtagswahl 2019 den *NPD*-Anhängern nahe, ihre Wahlstimmen der *AfD* zu geben.⁶⁵ Die *NPD* will er dabei als Wegbereiter für die Erfolge der *AfD* verstanden wissen: „Ich glaube, dass wir viel vorbereitet haben mit unseren Zeitungen, unserem fleißigen Verteilen von Zeitungen, mit der Zeit im sächsischen und mecklenburgischen Landtag. Und dass da jetzt natürlich die *AfD* durchaus auch Früchte generiert, wo wir den Samen in den Boden gesteckt haben. Letztendlich sehe ich es mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Ich glaube, dass die *AfD* die Kraft ist, die sich viele Deutsche erträumt haben.“⁶⁶ Heise beleuchtet dabei einen Teil der

⁶² Weitere Beispiele sind etwa die prominenten Neonationalsozialisten Ralph Tegethoff und Thomas Wulff.

⁶³ Mit Blick auf seine enge Verbindung zu Thorsten Heise versucht Björn Höcke daher auch alles, um diese Verbindung klein zu reden und zu kaschieren.

⁶⁴ Vgl. Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1 / 13, 2017.

⁶⁵ Er und Björn Höcke, Thüringer Landesvorsitzender der *AfD* und ein Anführer des inzwischen aufgelösten rechtsextremistischen *Flügels* der Partei, sind gute Bekannte. Der zentrale Grund für das Votum des Bundesvorstands unter Petry, einen Parteiausschluss Höckes anzustreben, war, dass ein Parteigutachten es für erwiesen hielt, dass Höcke unter dem Pseudonym Landolf Ladig für „Volk in Bewegung & Der Reichsbote“ geschrieben und für die *NPD* geworben habe. Vgl. Maria Fiedler / Matthias Meisner, Petry: Höcke hat unter Pseudonym die *NPD* gelobt, in: Der Tagesspiegel vom 12. 04. 2017.

⁶⁶ Heise in dem Beitrag von Jochen Taßler / Stephan Stuchlik / Julia Regis / Lara Straatmann / Nadia Aboulwafi, Noch immer unterschätzt? Rechte Terrorstrukturen in Deutschland, in: Monitor vom 27. 06. 2019, <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/walter-luebecke-100.html> (18. 12. 2020).

Wahrheit, unbeleuchtet bleibt von ihm allerdings, dass die *AfD* deswegen weit über das Potenzial der *NPD* hinausgehende Kreise erreicht, weil sie zumindest zu militanten Neonazis wie ihm offiziell auf Distanz bleibt und es ihr dadurch gelungen ist, auch nationalkonservative bürgerliche Kreise anzusprechen, die der *NPD* nie ihre Stimme gegeben hätten.

Die Alternative für Deutschland (AfD) zwischen radikalem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Steffen Kailitz

Einleitung

Die *AfD* hat seit ihrer Gründung 2013 einen rasanten Aufstieg erlebt. Schon seit kurz nach ihrer Gründung diskutieren Medien, Sozialwissenschaften und Politik sowie die Gesellschaft insgesamt über die Frage, in welchem Maße die Partei rechtspopulistisch geprägt sei. Im Zeitverlauf richtete sich der Fokus des Interesses dann immer stärker darauf, ob sie auch rechtsradikal oder rechtsextremistisch sei. Dieser Beitrag versucht sich an einer Antwort auf die Frage, wie die *AfD* in dieser Hinsicht einzustufen ist. Er hat entsprechend der Anlage dieses Bandes einen klaren Schwerpunkt auf dem sächsischen Landesverband. Für die Analyse der ideologischen Positionierung der *AfD* Sachsens sind aber auch die programmatische Entwicklung der Bundespartei und die Kräfteverhältnisse ihrer verschiedenen Strömungen in den Blick zu nehmen.

Diese Untersuchung baut bei der Einordnung der *AfD* auf die eingangs in diesem Buch dargelegten Bestimmungen des Verhältnisses der Begriffe rechtspopulistisch, rechtsradikal und rechtsextremistisch auf sowie den dort ausgeführten Möglichkeiten, die Extremismusintensität einer Partei oder Bewegung differenzierter zu erfassen. Mit dem Hauptstrom der internationalen Forschung geht der Beitrag davon aus, dass eine bloße Verortung einer Partei oder Bewegung als rechtspopulistisch wenig aussagekräftig erscheint und vielmehr danach zu fragen ist, ob es sich um eine nicht-radikal- oder radikal-rechtspopulistische bzw. populistische rechtsradikale oder vielleicht sogar um eine populistisch-rechtsextremistische Partei handelt.

Diese Studie konzentriert sich beim Streben, die obigen Fragen zu beantworten, darauf, die ideologische Positionierung der *AfD* zu vermessen. Dazu berücksichtigt sie Programme und programmatische Äußerungen der Gesamtpartei und ihrer Teile sowie Äußerungen von zentralen Funktionsträgern. Die Mitgliedschaft und Wählerschaft der *AfD* steht also nicht im Mittelpunkt dieses Beitrags. Die spezifische Perspektive führt auch dazu, dass ein Großteil der politischen Positionen der *AfD*, etwa zur Wirtschafts- oder Sozialpolitik, die für die Parteispitze, die Mitglieder und die Anhängerschaft sehr wichtig sein mögen, in dieser Untersuchung unerörtert bleiben und zwar schlicht, weil sie für eine Beantwortung der Ausgangsfragen dieser Untersuchung unwichtig sind.

Von einer konservativen populistisch-nicht-radikalen zu einer populistisch-rechtsradikalen Partei

Ein Bündnis um Bernd Lucke, Konrad Adam und Alexander Gauland schmiedete im Februar 2013 eine eurokritische, in ihrer programmatischen Grundausrichtung zunächst demokratische Partei mit bürgerlich-konservativer und wirtschaftsliberaler Ausrichtung.¹ Der Parteiename *Alternative für Deutschland* richtet sich gegen einen Ausspruch Angela Merkels, dass die deutsche Regierungspolitik zur Eurorettung „alternativlos“ sei. Der sächsische Landesverband der *AfD* gründete sich am 27. März 2013 in Döbeln und wählte Frauke Petry zur Landesvorsitzenden. Der Gründungsparteitag der *AfD* machte sie neben Lucke und Adam zu einer Sprecherin der gesamten *AfD*.

Trotz der kurzen zeitlichen Distanz hat sich die Partei seither grundlegend verändert. Aus dem gesamten damaligen Vorstand ist nur noch Alexander Gauland, damals einer der ersten drei stellvertretenden Vorsitzenden, in einer Spitzenfunktion aktiv. Im Mittelpunkt ihrer Programmatik stand zunächst die Forderung, den Euroraum aufzulösen. Zwar positionierte sich die *AfD* bereits in dieser frühen Phase gegen das politische Establishment und konstruierte einen Gegensatz zwischen dem guten „Volk“ und der bösen „Elite“. Insofern lässt sich die Partei durchaus von Beginn an als rechtspopulistisch einstufen. Die radikal rechtspopulistischen Themen „nationale Identität“ und „Zuwanderung“ spielten aber zumindest auf der Bundesebene zunächst keine große Rolle.² Nativismus und Autoritarismus als Kernelemente des populistischen Rechtsradikalismus waren nicht prägend. In den frühen Wahlprogrammen finden sich weder Aussagen zum Islam noch zu Muslimen. Von der Parteibasis und – insbesondere von der ostdeutschen – Wählerschaft erwuchs allerdings rasch ein wachsender Druck, die *AfD* stärker nach rechts zu rücken.³ Dies spielte den ostdeutschen Landesverbänden in die Hände, die für eine radikal rechte bis rechtsextremistische Positionierung der *AfD* und insbesondere eine stärkere Fokussierung auf die Zuwanderungsthematik standen. Alexander Gauland und Björn Höcke, die damaligen Landeschefs der *AfD* in Brandenburg und Thüringen, bildeten mit ihren Gefolgsleuten bereits vor der formalen Formierung des *Flügels* den ideologischen Gegenpol zum nicht-radikalen, wirtschaftsliberalen Parteiteil um Lucke und Hans-Olaf Henkel. Unter den prägenden Gesichtern der ostdeutschen Landesverbände trat Frauke Petry in Sachsen im Vergleich zu Gauland, Höcke und André Poggenburg in Sachsen-Anhalt stets deutlich gemäßigter auf. Allerdings gingen bereits in der ersten Phase der *AfD* entscheidende Radikalisierungsimpulse von Sachsen aus. Die erste Organisation der Rechtsextremisten in

¹ Vgl. David Bebnowski, *Die Alternative für Deutschland: Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*, Wiesbaden 2015.

² Die *AfD* war also bereits damals populistisch, aber noch nicht radikal rechts ausgerichtet. Zur Unterscheidung von nicht-radikalem, radikalem und extremistischem Populismus vgl. Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007.

³ Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck, *The 'Alternative für Deutschland' in the Electorate: Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party*, in: *German Politics*, 26 (2017) 1, S. 124 – 148.

der AfD organisierte Hans-Thomas Tillschneider. Mit weiteren Mitgliedern des sächsischen Landesverbandes initiierte er zwischen Ende 2013 und Frühjahr 2014 die Gründung der *Patriotischen Plattform*.⁴ Zu den Mitgliedern zählten unter anderem im Zeitverlauf Jens Maier (zuletzt auch Vorstandsmitglied), Roland Ulbrich und Felix Koschkar. Bereits die Gründungserklärung der *Patriotischen Plattform* verdeutlichte das Streben, den Fokus der AfD auf die Zuwanderungsthematik zu verschieben. Obgleich sie seine Positionen nicht teilte, unterstützte Petry – selbst ohne ausreichende Machtbasis im eigenen Landesverband – aktiv die Wahl des Rechtsextremisten Tillschneider⁵, einem Sprachrohr der identitären Rechten älteren Jahrgangs, in den Landesvorstand der sächsischen AfD. Sachsen war damit in dieser Phase das organisatorische Zentrum der Rechtsextremisten in der AfD.

Für die innerparteiliche Diskussion der AfD und vor allem auch ihres sächsischen Landesverbandes waren ab November 2014 die aufkommenden islamfeindlichen Demonstrationen unter dem Banner *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)* in Dresden von entscheidender Bedeutung.⁶ Bereits in der Frühphase nahmen große Teile der sächsischen Aktivisten der *Jungen Alternative* und des – späteren – *Flügels* an den Pegida-Demonstrationen teil.⁷ Zu weiten Teilen stellte Pegida faktisch die *Alternative für Deutschland* auf der Straße dar. In der AfD sammelten sich umgekehrt die *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* und „spazierten“ in die Parlamente.

Gauland bezeichnete die AfD früh als „natürlichen Verbündeten dieser Bewegung“⁸ und nahm bereits im Dezember 2014 demonstrativ an einem Pegida-Protest in Dresden teil.⁹ Petry hatte zunächst eine aufgeschlossene Haltung gegenüber Pegida. Erst nach Facebook-Posts des Pegida-Frontmanns Lutz Bachmann, in denen er Geflüchtete als „Viehzeug“, „Dreckspack“ und „Gelumpe“ bezeichnete und dafür – später – wegen Volksverhetzung verurteilt wurde, distan-

⁴ Die *Patriotische Plattform* war formal außerhalb der AfD angesiedelt. So konnten auch Personen Mitglied sein, die wegen Unvereinbarkeitsbeschlüssen mit rechtsextremistischen Organisationen nicht in die AfD aufgenommen oder ausgeschlossen wurden.

⁵ Tillschneider wird im Gutachten des *Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfD)* zur AfD allein mit nahezu einhundert einschlägigen Zitaten aufgeführt. Vgl. Thomas Vorreyer, *Extremismus*, Hans-Thomas Tillschneider, die AfD und der Verfassungsschutz, in: mdr.de vom 23.09.2020, <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/afd-tillschneider-verfassungsschutz-beobachtung-parteitag-100.html> (18.12.2020).

⁶ Vgl. u.a. Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schäller, *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*, Wiesbaden 2016; Werner Patzelt / Joachim Klose (Hrsg.), *Pegida: Warnsignale aus Dresden*, Dresden 2016. Siehe auch den Beitrag von Piotr Kocyba in dieser Publikation.

⁷ Vgl. Franziska Schreiber, *Inside AfD*. Der Bericht einer Aussteigerin, München 2018, S. 122.

⁸ Alexander Gauland zitiert nach Günther Lachmann, *Rechter Protest: AfD sieht sich als natürlichen Pegida-Verbündeten*, in: *Welt* vom 11.12.2014, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article135274592/AfD-sieht-sich-als-natuerlichen-Pegida-Verbuendeten.html> (19.11.2020).

⁹ Vgl. Severin Weiland, *Eurokritiker: AfD-Vize Gauland verteidigt Pegida-Märsche*, in: *Der Spiegel* vom 19.12.2014, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-pegida-afd-vize-gauland-rechtfertigt-pegida-maersche-a-1009270.html> (19.11.2020).

zierte sie sich deutlich.¹⁰ Damit stellte sie sich gegen Gauland und bedeutende Teile ihres eigenen Landesverbands. Trotz der in allen ostdeutschen Landesverbänden vorherrschend positiven Haltung zu *Pegida* beschloss der Bundesvorstand der *AfD* im Mai 2016 schließlich auf Betreiben Petrys hin ein Kooperationsverbot. Dieses „Verbot“ bedeutete allerdings nur, dass die *AfD*-Mitglieder bei ihrer Teilnahme an *Pegida*-Veranstaltungen keine Parteikennzeichen tragen und keine Reden halten sollten. Im Zeitverlauf wurde allerdings selbst dies nicht mehr eingehalten. Insbesondere Vertreter des rechtsextremistischen *Flügels* der *AfD*, wie Jens Maier und Björn Höcke, traten zunehmend als Redner bei *Pegida* auf.

Zentrale Wegmarke mit Blick auf die Rechtsbewegung der *AfD* war 2015 die *Erfurter Resolution*. Die Ursache des innerparteilichen Konflikts war die Auseinandersetzung um die ideologische Ausrichtung der *AfD*, der konkrete Auslöser war ein Streit um die Aufnahme Götz Kubitscheks in die Partei. Die Unterzeichnerliste ist faktisch die Gründungsurkunde des *Flügels*. An der Spitze standen als „Erstunterzeichner“ die damaligen *AfD*-Vorsitzenden Thüringens, Sachsen-Anhalts und Brandenburgs, Höcke, Poggenburg und Gauland. Als Sprecher des *Flügels* fungierten anschließend Höcke und Poggenburg. Ganz im Sinne der identitären Rechten forderte die *Erfurter Resolution*, dass die *AfD* eine „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“ sein müsse. Hart kritisierten die Unterzeichner, dass sich die *AfD* von „bürgerlichen Protestbewegungen“ – gemeint waren vor allem *Pegida* und Ableger – „ferngehalten und in vorauseilendem Gehorsam sogar distanziert“ habe, „obwohl sich tausende *AfD*-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen“.¹¹

Den Kurs des *Flügels* prägten von Anfang an die Positionen der identitären Rechten. Dabei handelt es sich um die neueste Ausformung der klassischen Programmatik der – ganz und gar nicht mehr neuen – *Neuen Rechten*.¹² Die identitäre Rechte beschwört die nationale Identität. Ihre Vertreterinnen und Vertreter heben direkt auf die Kultur und in der Regel eher unterschwellig auf Blutlinie und Abstammung ab. Die Geschichte der identitären Rechten reicht weit zurück in die deutsche Geschichte. Sie wurzelt konkret in der jungkonservativen Strömung, einer Teilströmung der *Konservativen Revolution*¹³, die bereits in der Weimarer

¹⁰ Vgl. Volksverhetzung: Gericht verurteilt Lutz Bachmann zu Geldstrafe, in: Zeit Online vom 03.05.2016, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-05/pegida-gruender-bachmann-wegen-volksverhetzung-verurteilt> (19. 11. 2020).

¹¹ Die „Erfurter Resolution“ – Wortlaut und Erstunterzeichner, in: Der Flügel vom 14. 3. 2015, <http://www.derfluegel.de/2015/03/14/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/> (06. 02. 2020).

¹² Vgl. u. a. Julian Bruns, Kathrin Gösel, Natascha Strobl, Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, München 2014.

¹³ Den Brückenschlag von der *Konservativen Revolution* zur *Neuen Rechten* stellt folgendes Werk des frühen Chefideologen der *Neuen Rechten* in Deutschland dar: Armin Mohler, Die konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932: Ein Handbuch, Darmstadt 1972. Die bekanntesten Vordenker der *Konservativen Revolution* sind Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck, Carl Schmitt und Oswald Spengler. Vgl. als Übersicht zur Entwicklung u. a. Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2018. Einen kompakten Überblick zur *Neuen Rechten* bietet: Armin Pfahl-Traugher, Was die „Neue

Republik entstand.¹⁴ Aus dieser Strömung ging das von Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek gegründete *Institut für Staatspolitik* und der von Kubitschek und seiner Frau Ellen Kositzka geleitete Verlag *Antaios* mitsamt der Zeitschrift *Sezession* hervor. Kubitschek erreichte schließlich eine so gut wie unangefochtene Rolle als Vordenker der Strömung.

Der Kern des identitären Weltbilds ist der „Ethnopluralismus“.¹⁵ Er behauptet, dass Kulturen und Völker homogen bleiben müssen und durch eine „raumfremde“ oder „kulturfremde“ Zuwanderung, die zur „Vermischung“ mit anderen Kulturen und Völkern führt, „zerstört“ „vernichtet“ oder „ausgelöscht“ werden. Spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erlangte im rechtsextremen Spektrum eine antimuslimische Haltung eine ebenso identitätsstiftende Bedeutung wie die antisemitische Haltung im Deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik.¹⁶ Aus dieser Perspektive sind der Islam und mithin die Muslime eine existenzielle Gefahr für Deutschland und Europa. Die identitäre Verschwörungstheorie vom „Großen Austausch“ basiert wesentlich auf zwei Annahmen: Zum einen ist demnach der Bestand der deutschen und europäischen Kultur durch sinkende Geburtenzahlen gefährdet. Zum zweiten gerate das „eigene“ Volk mehr und mehr durch zugewanderte „Fremde“ mit hoher Fruchtbarkeit in die Minderheit.¹⁷ Auf diese Weise werde es Zug um Zug durch „Fremde“ ausgetauscht. Mit „Großer Austausch“ weitgehend synonym verwendete – und teils stark verbreitete – Begriffe im rechtsextremistischen Spektrum sind „Bevölkerungsaustausch“ und „Umvolkung“. Im Kern handelt es sich bei der „Theorie“ nur um eine leicht modernisierte Variante der alten Verschwörungstheorie des rechtsextremen Spektrums, wonach Zuwanderung zum „Genozid“ oder „Völkermord“ am eigenen Volk, zur „Umvolkung“ führe und dagegen ein „Kampf“ zu führen, also „Widerstand“ zu leisten sei.¹⁸

Während Petry offiziell auf Distanz zu Höcke und Poggendorf ging, paktierte sie mit Gauland. Obgleich Gauland von Anfang an zur Führungsspitze des *Flügels* gehörte, trat er nach außen als Vermittler zwischen den Parteiströmungen auf. Unterstützt von den Stimmen der Anhänger der *Erfurter Resolution*, setzte sich Petry auf dem Bundesparteitag in Essen 2015 in einer Kampfkandidatur gegen Lucke durch. Dies führte zum weitgehenden Rückzug des von

Rechte“ ist – und was nicht. Definition und Erscheinungsformen einer rechtsextremistischen Intellektuellengruppe, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 21. 01. 2019, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht> (20. 12. 2020).

¹⁴ Vgl. Steffen Kailitz, Die „89er“ und die Renaissance des „Junkonservatismus“, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* (E & D). 8. Jahrgang, Baden-Baden 1996, S. 161 – 180.

¹⁵ Vgl. Alain De Benoist / Charles Champetier, *Manifesto for a European Renaissance*, Leipzig 2016.

¹⁶ Vgl. zu den Analogien Steffen Kailitz, Flüchtlingswelle in der Weimarer Republik. Rechte Kampagnen damals und heute, in: Cicero vom 13. 11. 2015, <http://www.cicero.de/berliner-republik/fluechtlingsdebatte-was-wir-aus-der-judeneinwanderung-der-20er-lernen/60106> (19. 11. 2020) und Michael Wildt, *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Hamburg 2017.

¹⁷ Vgl. übergreifend Renaud Camus, *Revolte gegen den Großen Austausch*, Schnellroda 2016. Das französische Original erschien 2011.

¹⁸ Vgl. Martin Lichtmesz, *Der große Austausch – ein Vorwort von Martin Lichtmesz*, in: Renaud Camus (Hrsg.), *Revolte gegen den Großen Austausch*, Schnellroda 2016, S. 21.

ihm angeführten wirtschaftsliberalen Flügels aus der *AfD*. Unter Frauke Petry und Jörg Meuthen radikalisierte sich die *AfD* rasch. Auch Meuthen wurde dabei mit Unterstützung des sich formierenden *Flügels* gewählt. Entgegen seiner öffentlichen Inszenierung als „Moderater“ war er 2015 eine der entscheidenden Personen, die verhinderte, dass Höcke auf Betreiben Henkels und Luckes aus der *AfD* ausgeschlossen werden konnte.¹⁹

Insbesondere in Sachsen war im Zeitverlauf der radikal rechtspopulistische Kurs Petrys vielen Funktionären noch zu weich. Am 17. Januar 2017 warf Höcke schließlich im Namen des *Flügels* im Dresdner *Ballhaus Watzke* – örtlich wohl gewählt in Dresden, das durch die *Pegida*-Aufmärsche zur faktischen Hauptstadt der identitären Rechten geworden war – Petry im Herzen ihres sächsischen Landesverbands den Fehdehandschuh hin. Er stellte, sekundiert von Jens Maier, später Bundestagsabgeordneter und Anführer des *Flügels* in Sachsen, ganz offen die Machtfrage in der *AfD*. Er beanspruchte, dass er derjenige sei, der unabhängig von Ämtern der „Bewegung“ einen „langen und entbehrungsreichen Weg“ weist, der zu einem „vollständigen Sieg“ der „Bewegung“²⁰ führt.

Nur vier Tage nach den Reden Höckes und Maiers in Dresden, am 21. Januar 2017, manifestierte Petry die Positionierung der *AfD* als radikal rechtspopulistische Partei. Die radikal rechtspopulistische Fraktion im Europaparlament *Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)* traf sich nämlich in Koblenz. An der Spitze der Veranstaltung standen Seite an Seite mit Petry die Galionsfiguren des populistischen Rechtsradikalismus Europas, Marine Le Pen (*Rassemblement National*), Harald Vilimsky (*FPÖ*), Geert Wilders (*Partij voor de Vrijheid*) und Matteo Salvini (*Lega Nord*). Petry und ihr Ehemann Marcus Pretzell standen mithin für eine Radikalisierung der *AfD* in die Gefilde des radikalen Rechtspopulismus – in Abgrenzung zu Lucke und Henkel, die eine nicht-radikale rechtspopulistische, wirtschaftsliberale Positionierung der *AfD* vertraten.

Bereits an diesem Punkt ist festzuhalten: Wer sich in der *AfD* gegen Höcke stellt, ist deswegen selbst keineswegs „moderat“. Dies zeigte beispielhaft der Auftritt von Petry in Koblenz. Sie proklamierte in Koblenz nativistische Positionen der identitären Rechten in nur leicht variiert Form (z. B. „politischer Widerstand“ statt „Widerstand“ und „Umschichtung“ statt „Austausch“). So forderte sie konkret „politischen Widerstand“ gegen Merkels „katastrophale“ Politik einer „unkontrollierte[n] Umschichtung der Bevölkerung“.²¹

Um den Unterschied zwischen den populistisch-rechtsradikalen Kräften in der *AfD* und den *Flügel*-Positionen im Bereich zwischen „softem“ und „hartem Rechtsextremismus“ zu verstehen, ist ein Bericht Franziska Schreibers über ein Gespräch der radikal rechtspopulisti-

¹⁹ Vgl. Dietmar Neuerer, AfD-Chef Meuthen. Der Rechts-Verteidiger, in: Handelsblatt vom 06. 04. 2016, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-chef-meuthen-der-rechts-verteidiger/13410370.html> (19. 11. 2020).

²⁰ Höcke-Rede im Wortlaut: „Gemütszustand eines total besiegten Volkes“, in: Tagesspiegel vom 19. 1. 2017.

²¹ Flüchtlingspolitik. Le Pen erhebt schwere Vorwürfe gegen Merkel, in: Die Welt vom 21. 01. 2017, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article161385437/Le-Pen-erhebt-schwere-Vorwuerfe-gegen-Merkel.html> (14. 12. 2020).

schen Bündnisgenossen im Rahmen der Koblenzer Veranstaltung aufschlussreich. Schreiber, die damalige Vorsitzende der *Jungen Alternative (JA)* Sachsens, die zum Vorbereitungsteam des Treffens gehörte, berichtet, dass Wilders und Le Pen angesichts des Ekklats um Höckes Dresdner Rede ungehalten waren. Le Pen habe Petry aufgefordert, das Problem „Höcke“ – manifestiert an der Dresdner Rede – in den Griff zu bekommen. Le Pen und Wilders hätten eindringlich signalisiert, „dass sie sich abwenden werden, wenn das nicht gewährleistet sei.“²² Kurzum: Höcke und der *Flügel* waren mit ihrer harten rechtsextremistischen Positionierung sogar mit radikal rechtspopulistischen Parteien kaum bündnisfähig.

Um die Verankerung im radikal rechtspopulistischen Spektrum abzusichern, wollte sich Petry von den Rechtsextremisten Höcke und Maier symbolträchtig trennen, um eine klare Trennlinie zum „alten“ Rechtsextremismus in der Spielart der nationalsozialistisch geprägten *NPD* zu ziehen. Petry wurde aber schließlich maßgeblich vom eigenen sächsischen Landesverband in den Austritt aus der *AfD* getrieben.²³ Nach der Bundestagswahl 2017 verkündete sie mit einem Paukenschlag, dass sie nicht der *AfD*-Bundestagsfraktion angehören werde.²⁴ Kurz darauf sagte sie sich ganz von der *AfD* los. Sie gab damit zugleich den Fraktionsvorsitz im Sächsischen Landtag sowie das Sprecheramt des sächsischen Landesverbands auf.²⁵ Neben Petry traten vier weitere Abgeordnete aus der bis dahin 14-köpfigen Landtagsfraktion aus. Binnen fünf Tagen schmolz der Landesvorstand von zwölf auf nur noch sechs Mitglieder zusammen. Öffentlich begründeten dies die Ausgetretenen mit einer Radikalisierung der *AfD*.²⁶ Der Schwund an Mitgliedern und Funktionären im Zuge des Austritts Petrys – und ihrer anschließenden Neugründung der aber im Dezember 2019 bereits wieder aufgelösten *Blauen Partei* – fiel letztlich aber weit geringer aus, als sie und ihre Anhänger es gehofft und ihre innerparteilichen Gegner befürchtet hatten.

Die Phase der Extremisierung der AfD

Das Höcke-Gauland-Kalbitz-Lager hatte sich auf ganzer Linie im Showdown gegen Petry und Pretzell durchgesetzt. Da nach dem Abgang Petrys weder Höcke noch der Brandenburger *AfD*-

²² Schreiber, *Inside AfD*, a. a. O., S. 143.

²³ Vgl. u. a. Matthias Meisner, Streit um Jens Maier: AfD-Funktionäre in Sachsen rebellieren gegen Petry, in: *Der Tagesspiegel* vom 22. 05. 2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/streit-um-jens-maier-afd-funktionaere-in-sachsen-rebellieren-gegen-petry/19837480.html> (10. 12. 2020).

²⁴ Vgl. Maria Fiedler, Verzicht auf Fraktionsmitgliedschaft. Frauke Petry hat die AfD kalt erwischt, in: *Der Tagesspiegel* vom 25. 09. 2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/verzicht-auf-fraktionsmitgliedschaft-frauke-petry-hat-die-afd-kalt-erwischt/20376830.html> (19. 11. 2020).

²⁵ Vgl. Frauke Petry kündigt Austritt aus AfD an, in: *Der Spiegel* vom 26. 09. 2017, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frauke-petry-kuendigt-austritt-aus-afd-an-a-1169958.html> (19. 11. 2020).

²⁶ Vgl. Andreas Debski, Halber AfD-Landesvorstand tritt zurück. Parteiprominenz geht im Streit, in: *Dresdner Neuste Nachrichten* vom 29. 09. 2017.

Landesvorsitzende Andreas Kalbitz an der Bundesspitze der *AfD* vermittelbar gewesen wären, trat schließlich Gauland, der einzige Vertreter des *Flügels* mit ausreichender Reputation, mit an die Spitze der Partei. Unter Gauland und Meuthen prägten die rechtsextremen Positionen des *Flügels* auch die offiziellen Programme der *AfD*. Der *Flügel* sowie die 2018 in diesem aufgegangene *Patriotische Plattform* sind dabei als Teil der identitären Rechten anzusehen. Bereits die Auflösung der *Patriotischen Plattform* im September 2018 ließ sich – das mag paradox anmuten – mit triftigen Gründen als Beleg dafür anführen, wie deutlich die gesamte *AfD* inzwischen durch die identitären Positionen geprägt war. Hatte sich die Plattform – innerparteilich zunächst hart umkämpft – mit den Zielen der identitären Bewegung identifiziert, betonte Tillschneider nun mit Blick auf die gesamte *AfD* im Kern zutreffend, dass es keine Distanz zwischen der *AfD* und der rechtsextremen *Identitären Bewegung* gebe: „Die *AfD* will das Gleiche wie die Identitäre Bewegung, inhaltlich gibt es keinen Dissens.“ Es gehe beiden darum, „das deutsche Volk als ethnokulturelle Einheit zu erhalten“.²⁷ Weder die Auflösung der *Patriotischen Plattform* noch später des *Flügels* verändern also etwas an den Aussagen über die *AfD*, so lange die Angehörigen der identitären Rechten innerhalb der *AfD* einen bedeutenden Einfluss ausüben.

Grob geschätzt, umfasst der rechtsextreme Teil der *AfD* – der sich bis April 2020 unter dem Banner des *Flügel* formierte – rund ein Drittel bis etwas unter der Hälfte der Funktionäre. Die Verteilung bei den einfachen Mitgliedern ist kaum genau zu bestimmen.²⁸ In den ostdeutschen Landesverbänden, und damit auch im sächsischen Verband, dominieren die rechtsextremistischen Kräfte. Jens Maier, Bundestagsabgeordneter der *AfD* und zu diesem Zeitpunkt sächsischer Obmann des *Flügels*, erklärte 2019 etwa: „Gefühlt würde ich sagen, wir in Sachsen sind, was den Flügel anbelangt, am stärksten. Ich schätze, vielleicht 70 Prozent in der sächsischen *AfD* bekennen sich dazu.“²⁹

Die entscheidenden Motoren der zunehmenden Prägung der *AfD* durch die rechtsextremistischen Positionen des *Flügels* waren Gauland und Höcke. Bereits im November 2015 präsentierten beide das von ihnen gemeinsam verfasste programmatische Grundsatzpapier des *Flügels*: die „Fünf Grundsätze für Deutschland“ als „Wegweiser für eine neue Politik“. Die identitäre Kernposition verpackten die Urheber in harmlos klingende Worte: „Deutschland war die Heimat unserer Vorfahren. Deutschland muss als Heimat unserer Kinder erhalten bleiben.

²⁷ Vgl. Steven Geyer / Jan Schumann, *AfD: AfD-Rechtsaußen will „Patriotische Plattform“ auflösen*, in: Frankfurter Rundschau vom 23. 09. 2018, <http://www.fr.de/politik/afd-afd-rechtsaussen-will-patriotische-plattform-aufloesen-a-1588355> (19. 11. 2020).

²⁸ In einem Kontext, in dem Gauland in der Talkshow „Maischberger“ bestrebt war, den innerparteilichen Einfluss des *Flügels* klein zu reden, bezifferte er den Anteil der *Flügel*-Anhänger bei (nationalen) Parteitagsabstimmungen auf „nicht mehr als 40 Prozent“. Tobias Kisling, *ARD-Talk. Gauland: „Höcke hat eine übersteigerte Liebe zu diesem Land“*, in: Berliner Morgenpost vom 24. 01. 2019, <https://www.morgenpost.de/kultur/tv/article216280633/Gauland-AfD-bei-Maischberger-Bjoern-Hoecke-hat-eine-uebersteigerte-Liebe-zu-diesem-Land.html> (19. 11. 2020).

²⁹ Doreen Reinhard, *AfD: Machtgewinn in Aussicht*, in: Zeit Online vom 10. 02. 2019, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/AfD-sachsen-landtagswahlen-machtkampf-listenplatz> (23. 08. 2019).

Deutschland ist unsere Heimat – unser Land – und unsere Nation!“³⁰ Götz Kubitschek³¹ begrüßte das Papier in der *Sezession* nachdrücklich.³²

Wenig sagt mehr über die folgende rasche Radikalisierung der *AfD* aus, als dass diese identitäre Kernposition auf dem Bundesparteitag 2017 bereits von dem wichtigsten damaligen Bündnispartner des *Flügels*, Jörg Meuthen, vorgetragen wurde: „Deutschland ist unser Land. Es ist das Land unserer Großeltern und Eltern, und es ist unsere Bürgerpflicht, es auch noch das Land unserer Kinder und Enkel sein zu lassen. Dazu müssen wir es uns inzwischen schon zurückerobern.“³³

Den Weg der rechtsextremen Positionen in die Mitte der *AfD* – und gemäßigter Mitte-Positionen heraus aus der *AfD* – ebnete entscheidend Gauland. Aufgrund seiner nicht-radikalen, konservativ-bürgerlichen Vergangenheit, seines Alters und eines sehr guten Netzwerks geriet in den Medien häufig aus dem Blick, dass Gauland neben Höcke – sowie zeitweilig Poggendorf und bis zu seinem Ausschluss Kalbitz – die zentrale Figur hinter den zunehmend rechtsextremistischen Positionierungen in der *AfD* war. In einer Rede im Juli 2016 im thüringischen Elsterwerda bezeichnete er, eine ähnliche Wortwahl Höckes in der Rede zuvor teilend, Angela Merkel als „Kanzler-Diktatorin“. Mehrmals verwendete er in seiner Ansprache sogar die *NPD*-Parole: „Heute sind wir tolerant und morgen fremd im eigenen Land.“³⁴ Unmissverständlich führte er die identitäre Verschwörungstheorie aus und warf den etablierten Parteien in ihrer Gesamtheit „eine Politik der menschlichen Überflutung“ vor. Es handele sich um den „Versuch, das deutsche Volk allmählich zu ersetzen durch eine aus allen Teilen dieser Erde herbeigekommene Bevölkerung“. Seither verbreitet Gauland – mal mehr, mal weniger offensiv – die identitäre Verschwörungstheorie des „Großen Austausches“.

Die Feinderklärung des rechtsextremen Teils der *AfD* gegen die Muslime formulierte Hans-Thomas Tillschneider, damals noch Vorstand der *Patriotischen Plattform* und führendes

³⁰ Fünf Grundsätze für Deutschland. Wegweiser für eine neue Politik, in: Der Flügel, <https://www.derfluegel.de/fuenf-grundsaeetze-fuer-deutschland/> (21.03.2020). Jörg Meuthen, der eigentlich kein Anhänger des *Flügels* ist, artikulierte diese Aussage in folgender Rede nahezu inhaltsgleich: Jörg Meuthen schwört die *AfD* auf den Bundestagswahlkampf ein, in: *AfD Kompakt* vom 22.04.2017, <https://afdkompakt.de/2017/04/22/joerg-meuthen-schwoert-die-afd-auf-den-bundestagswahlkampf-ein/> (19.11.2020).

³¹ Vgl. Götz Kubitschek, Höcke und Gauland verlesen 5 Grundsätze für Deutschland. in: *Sezession* vom 18.11.2015, <https://sezession.de/52269/hoecke-und-gauland-verlesen-5-grundsaeetze-fuer-deutschland> (19.11.2020).

³² Vgl. zu den Verflechtungen Kubitscheks mit der *AfD*: André Postert, Sachsen und der intellektuelle Rechtsextremismus. Metapolitik der Neuen Rechten, in: Uwe Backes / Steffen Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?*, Göttingen 2020, S. 45 – 60.

³³ Jörg Meuthen schwört die *AfD* auf den Bundestagswahlkampf ein, in: *AfD Kompakt* vom 22.04.2017, <https://afdkompakt.de/2017/04/22/joerg-meuthen-schwoert-die-afd-auf-den-bundestagswahlkampf-ein/> (19.11.2020).

³⁴ Zum Nachlesen: Gaulands Rede im Wortlaut, in: *FAZ.net* vom 05.06.2016, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zum-nachlesen-gaulands-rede-im-wortlaut-14269861.html> (19.11.2020).

Mitglied des *Flügels*, bereits 2015 in einem umfangreichen Positionspapier.³⁵ Es war neben den „Fünf Grundsätzen“ eines der wenigen ideologischen Grundlagenpapiere des *Flügels*. Grundsätzlich lehnt das Papier jedes Bestreben nach einer Integration von zugewanderten Muslimen in die deutsche Gesellschaft ab. „Das Problem“ sei „nicht der Islam an sich, das Problem“ sei die „Präsenz von Millionen von Muslimen in Europa“ und letztlich „die multikulturelle Gesellschaft“³⁶ überhaupt. Offensiv stellte das Papier die Religionsfreiheit mit Blick auf den Islam in Frage, denn sie sei das „Vehikel einer multikulturellen Transformation“. Den „Schlüssel zur Lösung des Islamproblems“ sah das Pamphlet darin, „auch kontrollierte Einwanderung aus islamischen Gebieten“ zu unterbinden. Der *Flügel*-Anführer Höcke machte entsprechend immer wieder nachdrücklich klar, dass Muslime nach seiner Ansicht nichts in Deutschland und Europa verloren haben: „Hätten wir nicht die Massen an Orientalen und Muslimen in Europa, hätten wir auch kein elementares Problem mit dem Islam.“³⁷

Unter Führung Gaulands und Meuthens drangen die Positionen des *Flügels* zunehmend in die *AfD*-Programme ein. Die muslimfeindliche, völkisch grundierte Positionierung der *AfD* im Grundsatzprogramm und im Bundestagswahlprogramm 2017 lautet, dass Muslime – unabhängig davon, ob sie deutsche Staatsbürger sind oder nicht – als eine „große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung“³⁸ eingestuft wurden. Bereits im Juni 2016 stellte Gauland anlässlich einer Mekka-Fahrt des deutschen Nationalspielers Mesut Özil in Frage, dass „Beamte, Lehrer, Politiker und Entscheidungsträger“ praktizierende Muslime sein können und dass praktizierende Muslime überhaupt in „einer deutschen Demokratie“³⁹ richtig aufgehoben seien. Es ist ein Kernziel der Identitären in der *AfD*, Muslimen die Möglichkeit zu nehmen, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben oder sie ihnen, wenn sie diese bereits besitzen, entziehen zu können. Die Absicht offenbarte Gauland bereits im Mai 2016 klar. Die *AfD* müsse als „deutsche Partei“, die „deutsche Interessen“ wahrnehmen und Deutschland gegen eine „raumfremde“ Einwanderung „verteidigen“⁴⁰, die vom Islam ausgehe.

³⁵ Hans-Thomas Tillschneider, Prinzipien alternativer Islampolitik I, <https://www.derfluegel.de/2016/01/25/prinzipien-alternativer-islampolitik-i/>; ders., Prinzipien alternativer Islampolitik II, <https://www.derfluegel.de/2016/01/31/prinzipien-alternativer-islampolitik-ii/> (15.02.2020). Inzwischen ist die Internetseite des *Flügels* nicht mehr abrufbar.

³⁶ Vgl. ebd.

³⁷ Björn Höcke / Sebastian Hennig, Nie zweimal in denselben Fluss: Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Mit einem Vorwort von Frank Böckelmann, Lüdinghausen 2018, S. 198.

³⁸ Alternative für Deutschland (AfD), Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22. / 23. April 2017, Berlin 2017, S. 34.

³⁹ Gauland kritisiert Mekka-Reisen von Beamten, in: Der Spiegel vom 03.06.2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-kritisiert-pilger-reisen-von-beamten-und-politiker-nach-mekka-a-1095675.html> (19.11.2020).

⁴⁰ Raoul Löbbert / Martin Machowecz, Leipzig: Gehört die AfD auf den Katholikentag? Interview mit Alexander Gauland, in: Zeit Online vom 25.05.2016, <https://www.zeit.de/2016/23/leipzig-afd-katholikentag-streit-gespraech> (19.11.2020).

Was mit den „Raumfremden“ geschehen soll, die in Deutschland nicht „richtig aufgehoben“ seien und sich auch nicht geräuschlos unterordneten und assimilierten, erläuterte Gauland im Bundestagswahlkampf 2017 am Beispiel der damaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, die deutsche Staatsbürgerin ist. Man könne sie „Gott sei Dank in Anatolien entsorgen“. Die spätere Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Weidel, pflichtete inhaltlich bei, dass Özoğuz „zurück in die Türkei“⁴¹ gehöre. Gauland selbst unterstrich in Interviews mit dem *Tagesspiegel* und der *Jungen Freiheit*, dass es sich nicht um einen „Ausrutscher“ handelte. Özoğuz gehöre „zurück nach Anatolien“ und habe in Deutschland nichts verloren.⁴² In Ulm plakatierte die AfD schließlich hetzerisch „Özoguz,entsorgen? JA!!!“.⁴³ Nicht einmal bei der Abwehr von Zuwanderung und der Forderung nach einer „Entsorgung“ deutscher Staatsbürger muslimischen Glaubens blieb Gauland stehen, vielmehr forderte er 2017 gar „ein[en] generelle[n] Einreisestopp für Menschen aus muslimischen Ländern, in denen die politische Lage stabil ist“. Aus seiner Sicht sollte Muslimen also selbst ein zeitweiliger Aufenthalt in Deutschland allein aufgrund ihrer Religion verwehrt werden.⁴⁴

Schon im Januar 2016 trug Höcke erstmals folgende Forderung vor, die dann 2017 Eingang ins Bundestagswahlprogramm fand: „Es muss eine Komplettwende in der deutschen Asylpolitik geben. Was wir brauchen ist ein negativer Asylsaldo. [...] Minus 200.000 Asylbewerber pro Jahr muss das mittelfristige Ziel deutscher Politik sein.“ Deutschland müsse „eine Verabschiedungskultur ausbilden“.⁴⁵ Erstaunlich offen erörterte er ein Jahr später in dem durch und durch von rechtsextremistischen Parolen geprägten Band „Nie zweimal in denselben Fluss“, dass wenn einst eine „nationale Regierung“ die Macht habe, die ausschließlich „der autochthonen Bevölkerung“ verpflichtet sei, die Notwendigkeit einer „wohltemperierte[n] Grausamkeit“⁴⁶ im Zuge eines „großangelegte[n] Remigrationsprojekt[s]“ bestehe. Die „neue Führung“ habe dann „schwere moralische Spannungen auszuhalten“, da sie, so Höcke, „aller Voraussicht nach Maßnahmen“ ergreifen müsse, die dem „eigentlichen moralischen Empfinden“ zuwiderlaufen. Er rechtfertigte die Grausamkeit des großangelegten „Remigrationsprojekts“ damit, dass „existenzbedrohende Krisen [...] außergewöhnliches Handeln“ erforderten.

⁴¹ Maria Fiedler, Gauland will Integrationsbeauftragte Özoguz „in Anatolien entsorgen“, in: Der Tagesspiegel vom 28. 08. 2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/afd-spitzenkandidat-gauland-will-integrationsbeauftragte-oezoguz-in-anatolien-entsorgen/20244934.html> (19. 11. 2020).

⁴² Vgl. ebd.

⁴³ Özoguz „entsorgen“. SPD erstattet Anzeige wegen AfD-Wahlplakat, in: Stuttgarter Zeitung vom 10. 09. 2017, <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.oezoguz-entsorgen-spd-erstattet-anzeige-wegen-afd-wahlplakat.d28d0de7-7428-43d1-a3de-ed9762255529.html> (19. 11. 2020).

⁴⁴ AfD: Gauland fordert weitreichendes Einreiseverbot für Muslime, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04. 03. 2017, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-gauland-fordert-weitreichendes-einreiseverbot-fuer-muslime-14908765.html> (14. 12. 2020).

⁴⁵ Vgl. Björn Höcke, Deutschland braucht minus 200.000 Asylbewerber pro Jahr, in: AfD Thüringen vom 08. 01. 2016, <https://afd-thl.de/2016/01/08/hoecke-deutschland-braucht-minus-200-000-asylbewerber-pro-jahr/> (06. 02. 2020).

⁴⁶ Nie zweimal in denselben Fluss, ebd., S. 254.

Die Verantwortung für die Grausamkeiten schiebt er dabei jenen zu, „die die Notwendigkeit dieser Maßnahmen mit ihrer unsäglichen Politik herbeigeführt haben“.⁴⁷ Im Kern wurde dieses Programm die offizielle Parteilinie der *AfD*. So heißt es im Programm der *AfD* zur Europawahl 2019 in den sprachlichen Bahnen Höckes, und ähnlich wie bei der *NPD*: „In Deutschland und Europa müssen Remigrations-Programme größtmöglichen Umfangs aufgelegt werden“.⁴⁸

Von der rechtsextremistischen zurück zu einer radikal rechtspopulistischen Positionierung?

Anfang April 2020 erhöhte das *Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)* den Druck auf die *AfD*, indem das klare Urteil gesprochen wurde, dass der *Flügel* nunmehr gesichert als „rechtsextremistisch“ anzusehen sei und beobachtet werde.⁴⁹ Vor dem Hintergrund dieser Einstufung kam nun Bewegung in die Partei. Meuthen, lange ein enger Weggefährte des *Flügels*, forderte in direkter Reaktion, über eine mögliche Spaltung der *AfD* in einen „bürgerlich-konservativen“ und einen „sozialpatriotischen“ Teil – und damit die Trennung vom *Flügel* – nachzudenken. Höcke nannte den Vorstoß Meuthens „töricht und verantwortungslos“. Der aus Sachsen stammende Co-Vorsitzende Tino Chrupalla beschwor die Einheit der Partei. Auch Beatrix von Storch, MdB, stellte sich gegen das Gedankenspiel und erklärte: „Die *AfD* ist keine Westpartei, keine Ostpartei, sondern eine Partei für ganz Deutschland, und das wird sie bleiben“. Schließlich ruderte Meuthen zurück.⁵⁰

Statt einer Spaltung der *AfD* folgte ein taktisches Manöver. Die *Flügel*-Frontleute kündeten dessen Selbstauflösung an. Beobachter wie der brandenburgische Verfassungsschutzchef Jörg Müller stuften dies umgehend als „Scheinauflösung“ ein. Müllers Einschätzung für Brandenburg, dass die *AfD* „durch und durch verflügelt“⁵¹ sei, gilt auch für die Landesverbände Thüringen, Sachsen-Anhalt sowie Sachsen. Solange die bisherigen Führungsfiguren des *Flügels* weiterhin einen sehr starken Einfluss in der *AfD* entfalten, ändere dies nichts an der Einschät-

⁴⁷ Ebd. S. 255.

⁴⁸ Alternative für Deutschland, Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019, Berlin 2019, S. 40.

⁴⁹ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesamt für Verfassungsschutz stuft AfD-Teilorganisation „Der Flügel“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein, Pressemitteilung vom 04. 04. 2019, <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/presse/pm-20200312-bfv-stuft-afd-teilorganisation-der-fluegel-als-gesichert-rechtsextremistische-bestrebung-ein> (18. 12. 2020)

⁵⁰ Vgl. Stefan Juritz, „War ein Fehler“: Meuthen rudert nach Aussagen zu AfD-Spaltung zurück, in: Tagesstimme vom 05. 04. 2020, <https://www.tagesstimme.com/2020/04/05/war-ein-fehler-meuthen-rudert-nach-aussagen-zu-afd-spaltung-zurueck/> (19. 11. 2020), dort auch die angeführten Zitate.

⁵¹ AfD-Flügel geht offline – Verfassungsschutzchef spricht von Scheinauflösung, in: Welt vom 01. 05. 2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article207670791/AfD-Fluegel-geht-offline-Verfassungsschutzchef-spricht-von-Scheinaufloesung.html> (19. 11. 2020).

zung durch den Verfassungsschutz. Dies ist schlüssig, da es für die Bewertung unerheblich ist, ob sich die Rechtsextremisten in der AfD formal als Parteiflügel organisieren oder informal vernetzen. Björn Höcke kommentierte dies auch analog: Zwar sei die „Erfolgsgeschichte“ des *Flügels* „formal abgeschlossen“. Sie werde „aber in gewisser Weise weitergeschrieben“, da „der Geist des Flügels natürlich in der Partei bleiben“⁵² werde. Ungewollt förderte die Abschaffung der Parteigliederung, in der sich die rechtsextremistischen Kräfte bündelten, in der politischen Landschaft sogar eher die Forderungen nach einer Beobachtung der gesamten AfD.

Der Konflikt in der Partei spitzte sich nach dem missglückten Manöver zu. Mitte Mai sorgte eine sehr knappe Entscheidung (7:5) des Bundesvorstands der AfD für Furore, die Parteimitgliedschaft eines der drei Anführer des identitären *Flügels*, Andreas Kalbitz, zu annullieren.⁵³ Als Grund wurde angeführt, dass Kalbitz seine Mitgliedschaft in der *Heimatreuen Deutschen Jugend* sowie bei den *Republikanern* verschwiegen habe.⁵⁴ Meuthen konnte bei Kalbitz – kaum verwunderlich, da er dessen Positionierung in vielen Kernpunkten nahe steht – „keine rechtsextremen Bezüge“ feststellen, obgleich dieser nach Einschätzung des Verfassungsschutzes und von Extremismusforschern eindeutig rechtsextremistisch ausgerichtet ist. Meuthen ging es vielmehr ausschließlich um eine „verfestigte rechtsextreme Vorgeschichte“.⁵⁵ In einer Videobotschaft erklärte Höcke nach der Entscheidung: „Wer die Argumente von Parteigegnern aufgreift und sie gegen Parteifreunde wendet, der begeht Verrat an der Partei. [...] Wer unsere Partei spaltet, zerstört die einzige Opposition, die unser Land noch hat.“⁵⁶ Der Vordenker der identitären Rechten, Götz Kubitschek, reagierte analog. Er warf den Kalbitz-Gegnern „Anpasserei“ vor, obgleich es ideologisch keine Unterschiede gäbe. Frontal attackierte er Wolf, gebürtiger Sachse, der eine mit Kalbitz verwobene rechtsextremistische Vergangenheit aufweise. Beide kannten sich demnach bereits sehr lange aus dem Burschenschaftsraum der rechtsextremistischen *Danubia* in München, deren Mitglied Wolf war und zu deren Treffen er das von ihm herausgegebene Liederbuch *Schlachtruf* mitgebracht habe, das selbst „in nationalen Kreisen als grenzwertige, jedenfalls härteste erhältliche Zusammenstellung“⁵⁷ galt. Tatsächlich hat Kubitschek insofern recht, als dass auch die Mitgliedschaft von Wolf – und vieler

⁵² Höcke zitiert nach ebd.

⁵³ Jörg Meuthen (Baden-Württemberg), Alexander Wolf (Hamburg), Beatrix von Storch (Berlin), Joachim Paul (Rheinland-Pfalz), Sylvia Limmer (Bayern), Jochen Haug (Nordrhein-Westfalen) und Joachim Kuhs (Baden-Württemberg) standen gegen Stephan Brandner (Thüringen), Tino Chrupalla (Sachsen), Stephan Protschka (Bayern) und Alice Weidel (Baden-Württemberg). Carsten Hütter (Sachsen) enthielt sich. Alexander Gauland (Brandenburg) argumentierte massiv gegen die Entscheidung, hatte als Ehrenvorsitzender aber keine Stimme.

⁵⁴ Vgl. u. a. Martin Balser, Schlag gegen den rechtsnationalen Flügel, in *Süddeutsche Zeitung* vom 15. 05. 2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-kalbitz-rechtsextremismus-heimatreue-deutsche-jugend-1.4909892> (19. 11. 2020).

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Vgl. Nach Rauswurf von Kalbitz. Höcke wirft AfD-Chef Meuthen „Verrat“ vor, in: *mdr.de* vom 15. 05. 2020, <https://www.mdr.de/thueringen/afd-kalbitz-rauswurf-hoecke-100.html> (19. 11. 2020).

⁵⁷ Götz Kubitschek, Wie man eine Partei anzündet, in: *Sezession* vom 15. 05. 2020, <https://sezession.de/62856/wie-man-eine-partei-anzuetzt> (19. 11. 2020).

anderer in der *AfD* – annulliert werden müsste, wenn die eigenen Kriterien der *AfD* zur Aufnahme in die Partei jemals ernst genommen worden wären. Im Vorwort des Liederbuchs propagierte Wolf in neonationalsozialistischer Manier, dass der „Schlachtruf“ einen Beitrag liefern solle „zu Wut, Trauer, Scham und Entsetzen angesichts der nun 50 Jahre zurückliegende[n] bedingungslosen Kapitulation und auf [zu]rufen zu einem entschlossenen ‚Nie wieder!‘“⁵⁸

Tatsächlich sollten die ideologischen Unterschiede zwischen dem Meuthen- und dem Gauland-Höcke-Lager nicht überschätzt werden. Immer wieder wählte Meuthen lediglich unverfänglichere Worte für im Kern sehr ähnliche Positionen. Grundfalsch ist es inhaltlich, wenn in Medien die Positionierung Meuthens und seiner Anhänger teils als „gemäßigt“ beschrieben wird, nur weil sich die Akteure gegen Höcke und Gauland sowie deren rechtsextremistischen Kurs mit offen demokratiefeindlichen Parolen wenden. Meuthen steht wie Petry – mit der er aus ganz anderen Gründen eine Intimfeindschaft hegte – für einen radikal rechtspopulistischen Kurs. Meuthen sitzt für die *AfD* im Europaparlament und führt dort die *AfD*-Gruppe an. Die *AfD* bildet dort gemeinsam mit radikal rechtspopulistischen Parteien aus neun Ländern, u. a. *RN*, *Lega Nord*, *Vlaams Belang* und *FPÖ*, die Fraktion *Identität und Demokratie*. Meuthen ist deren stellvertretender Vorsitzender. Die anstehende Beobachtung durch den deutschen Verfassungsschutz bedeutet für die *AfD*, dass sich die radikal rechtspopulistischen Parteien von ihr als „zu extrem“ lossagen könnten und sie im extrem rechten Lager damit isoliert dastehen würde. Der entscheidende Punkt für die Reaktion Meuthens und seiner Bundesgenossen dürfte zudem sein, dass die drohende Beobachtung der gesamten *AfD* gerade die Beamten in der Partei – wie Meuthen – besonders zurückschrecken lässt.

Die Landesverbände, in denen die rechtsextremistischen Positionen klar dominieren – Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – positionierten sich gegen einen Ausschluss von Kalbitz. Die Brandenburger *AfD*-Landtagsfraktion entschied sogar mit großer Mehrheit, dass Kalbitz, obgleich kein *AfD*-Mitglied mehr, in der Fraktion bleiben solle. Das Bundesschiedsgericht der *AfD* bestätigte im Juli 2020 die Mehrheitsentscheidung des Bundesvorstands, die Mitgliedschaft von Kalbitz zu annullieren.⁵⁹

Wie knapp die Mehrheitsverhältnisse in der *AfD* nach der Machtprobe sind, zeigte eine Abstimmung des Bundeskonvents der *AfD* über einen Antrag des Bundestagsabgeordneten Armin-Paul Hampel, der mit dem Vorwurf „unverantwortliche[r] Spaltungsversuche“ personelle Konsequenzen gegen Meuthen forderte. Die Abstimmung ging im November 2020 mit 27 zu 23 Stimmen ausgesprochen knapp zugunsten von Meuthen aus.⁶⁰

⁵⁸ Philipp Wioldin, Liedgut der Hitlerjugend. Hamburger AfD-Chef gab Nazi-Liederbuch heraus, in: Welt vom 23. 11. 2017, <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article170875481/Hamburger-AfD-Chef-gab-Nazi-Liederbuch-heraus.html> (19. 11. 2020).

⁵⁹ Vgl. Tilman Steffen, AfD-Parteigericht lehnt Einspruch von Andreas Kalbitz ab, in: Zeit Online vom 25. 06. 2020, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-06/andreas-kalbitz-afd-rechtsextremismus-mitgliedschaft-partiegericht> (19. 11. 2020).

⁶⁰ „Es gibt keine Spaltung“. Bundeskonvent der AfD stärkt Parteichef Meuthen, in: FAZ.net vom 20. 06. 2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeskonvent-der-afd-staerkt-joerg-meuthen-16825074.html>

Der Kurs der *AfD*, und insbesondere jener der Bundestagsfraktion, blieb auch nach dem Ausschluss von Kalbitz geprägt von einem rechtsextremen Erscheinungsbild. Vertreter der sächsischen *AfD* waren hierbei besonders auffällig bei einer zunehmenden Verflechtung mit dem *Querdenker*-Milieu, das im Zuge der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen entstand und zunehmend eine rechtsextremistische Schlagseite bekam.⁶¹ Das gilt namentlich für den sächsischen *AfD*-Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse, der über ein Direktmandat in Bautzen ins Parlament eingezogen ist. Hilse wurde dabei bis in die jüngste Vergangenheit nicht zum rechts-extremistischen Flügel der Partei gerechnet. Er behauptete u. a. bei Protesten in Bautzen: „Die Corona-Toten sind erstunken und erlogen. Jeder, der angeblich deswegen gestorben ist, wäre sowieso bald gestorben.“⁶² Mitte November wurde Hilse auf einer *Querdenken*-Demonstration in Berlin vorübergehend festgenommen, nachdem er keinen Mundschutz trug. Dabei kam es zu einer allem Anschein nach von Hilse inszenierten Rangelei mit der Polizei, die von *AfD*-Seite ins Netz gestellt wurde. Gegen Hilse wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet.⁶³

In einer Erwiderung auf eine Regierungserklärung von Kanzlerin Angela Merkel polemisierte Gauland gegen eine „Corona-Diktatur“, ein „Kriegskabinett“ und „Kriegspropaganda“ der Regierung. Am Rande der Bundestagsdebatte um die Corona-Maßnahmen wurden auf den Fluren des Reichstagsgebäudes Abgeordnete, u. a. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (*CDU*) und der ehemalige *SPD*-Vorsitzende Martin Schulz, von Besuchern von *AfD*-Abgeordneten⁶⁴ und YouTubern aus dem *Querdenken*-Milieu bedrängt, gefilmt und beleidigt. Von Vertretern der anderen Bundestagsfraktionen wurde das Verhalten der *AfD*-Fraktion als Angriff auf die parlamentarische Demokratie gewertet. Die demokratiefeindlichen Äußerungen im Bundestag wie vor allem die Störaktionen heizten nachdrücklich eine Diskussion um die Einschätzung der *AfD* an. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Georg Maier (*SPD*), erklärte, die gesamte *AfD* „entwickelt sich in eine rechtsextremistische Richtung“. Es werde „immer offensichtlicher, wie sehr die *AfD* als parlamentarischer Arm der Rechtsextremisten fungiert und versucht, die parlamentarische Demokratie von innen auszuhöhlen.“⁶⁵ Er kündigte in ihre Richtung sogar an, dass er es für denkbar halte, dass gegen die *AfD* ein Verbotsverfahren eingeleitet werden könnte, wenn sie sich weiter radikalisieren sollte. Erstmals wurde damit von

(19. 11. 2020).

⁶¹ Vgl. hierzu den Beitrag von Isabelle-Christine Panreck in diesem Buch.

⁶² Hilse, zitiert nach David Berndt, Bautzen: AfD nutzt Corona-Protest in Bautzen, in: Sächsische Zeitung vom 10. 05. 2020, <https://www.saechsische.de/plus/afd-nutzt-corona-protest-in-bautzen-5202725.html> (10. 12. 2020).

⁶³ Vgl. Nach „Querdenker“-Demo in Berlin. Ermittlungsverfahren gegen AfD-Abgeordneten Hilse eingeleitet, in: mdr.de vom 20. 11. 2020 <https://www.mdr.de/sachsen/bautzen/bautzen-hoyerswerda-kamenz/karsten-hilse-corona-demo-festnahme-100.html> (18. 12. 2020).

⁶⁴ Konkret waren dies Petr Bystron und Udo Hemmelgarn.

⁶⁵ Vgl. Nach Störaktion im Bundestag. AfD-Verbotsverfahren nicht ausgeschlossen, in: tagesschau.de vom 21. 11. 2020, <https://www.tagesschau.de/inland/afd-diskussion-101.html> (10. 12. 2020).

einem führenden deutschen Politiker ein möglicher Verbotsantrag gegen die Partei ins Spiel gebracht.

Auf dem AfD-Bundesparteitag im November 2020 attackierte Meuthen vor diesem für die AfD höchst brisanten Hintergrund frontal die Anhänger des – formal aufgelösten – *Flügels* und erstmals auch dessen Mitankführer Gauland. Ohne ihn direkt zu nennen, kritisierte er nachdrücklich die Verwendung des von Gauland und anderen Anhängern des rechtsextremistischen Teils der Partei genutzten Begriffs der „Corona-Diktatur“. Deutschland sei keine Diktatur und wer behaupte, dies sei anders, stelle die Systemfrage und bringe die AfD in ein Fahrwasser, das sie massiv existenziell gefährde.⁶⁶ Gauland nahm in einem anschließenden *Phoenix*-Interview Meuthen aufs Korn und warf ihm vor, sich zu sehr vor dem Verfassungsschutz zu „verbeugen“. Er gab die Devise aus: „Wir müssen gegen den Verfassungsschutz kämpfen.“ Es habe keinen Zweck, Urteile des Verfassungsschutzes „anzunehmen“.⁶⁷ Teile der Rede Meuthens seien „spalterisch“⁶⁸ gewesen.

Ideologische Verortung der sächsischen AfD

Sachsen ist seit der Gründung der Partei ein zentraler Schauplatz der zunehmenden Radikalisierung und Extremisierung der Partei. Zugespitzt in den Worten der ehemaligen sächsischen JA-Vorsitzenden Schreiber: „Die Radikalisierung der AfD begann bereits Ende 2013 in Sachsen.“⁶⁹ Die erste Sammlungsplattform der Rechtsextremisten in der AfD wurde mit der *Patriotischen Plattform* durch Hans-Thomas Tillschneider in Sachsen auf den Weg gebracht.

Neben und mit den Landesverbänden Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt ist der sächsische Landesverband, insbesondere in der Führungsspitze, inzwischen deutlich rechtsextremistisch geprägt. Alle vier Landesverbände sind von den jeweiligen Landesämtern für Verfassungsschutz als „Verdachtsfälle“ eingestuft worden.⁷⁰ Nachdem im Anschluss an

⁶⁶ Vgl. Jörg Meuthen, AfD-Parteitag: Grundsatzrede von Bundessprecher Jörg Meuthen, in: *Phoenix* vom 28. 11. 2020, <https://www.youtube.com/watch?v=NvQp8ZrJh4> (14. 12. 2020), Minute 20:14.

⁶⁷ Gaulands Zitate nach Interview: Alexander Gauland (AfD) kritisiert Parteitagrede von Meuthen als spalterisch, in: *Phoenix* vom 28. 11. 2020, <https://www.phoenix.de/alexander-gauland-afd-kritisiert-parteitagsrede-von-meuthen-als-spalterisch-a-1932910.html> (14. 12. 2020).

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Franziska Schreiber, *Inside AfD*, a. a. O., S. 60.

⁷⁰ Vgl. für Sachsen: Frank Jansen, Sächsische AfD als Verdachtsfall eingestuft. Verfassungsschutz im Freistaat sieht rechtsextreme Tendenzen, in: *Der Tagesspiegel* vom 02. 02. 2021, <https://www.tagesspiegel.de/politik/saechsische-afd-als-verdachtsfall-eingestuft-verfassungsschutz-im-freistaat-sieht-rechtsextreme-tendenzen/26874740.html> (04. 02. 2021). Auch wenn deutliche Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Ausrichtung des sächsischen Landesverbands der AfD vorliegen, bedeutet dies keineswegs, dass alle Funktionäre und Mitglieder, und schon gar nicht alle Wählerinnen und Wähler der Partei, als rechtsextremistisch einzustufen sind.

Petrys Abgang 2017 der Rechtsextremist Siegbert Droese⁷¹ kommissarisch den sächsischen Landesverband angeführt hatte, folgte ihm mit Jörg Urban ein weiterer Erstunterzeichner der Erfurter Resolution, der in seinen Reden in der Regel weniger radikal als Droese auftritt. Unter seiner Führung schwenkte der Landesverband aber, wie zuvor bereits jene in Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt, ganz auf die Linie des *Flügels* ein. Ein ethnisch-kulturelles bis ethnisch-biologisches Weltbild teilt nach dem Abgang von Petry und ihren Gefolgsleuten inzwischen nahezu die gesamte sächsische Führungsspitze der *AfD*. Sie teilt die rechtsextremistischen Positionen des inzwischen formal aufgelösten *Flügels* oder steht diesen zumindest nahe. Das gilt beispielsweise für die stellvertretenden Landesvorsitzenden Maximilian Krah, MdEP, und Siegbert Droese, MdB-*AfD*, den Generalsekretär und stellvertretenden Vorsitzenden der *AfD* im Sächsischen Landtag, Jan Zwerg, sowie die sächsischen *AfD*-Bundestagsabgeordneten Heiko Hessenkemper, Jens Maier⁷², Ulrich Oehme und nicht zuletzt Tino Chrupalla, der seit Ende November 2019 als Nachfolger Gaulands einer der beiden Bundesvorsitzenden ist.

Jörg Urban, Landesvorsitzender und Vorsitzender der *AfD*-Landtagsfraktion, ist Unterzeichner der von Gauland, Höcke und Poggenburg angeführten *Erfurter Resolution*, dem Gründungsdokument des *Flügels*. Er erklärte, gerichtet gegen die „Politiker der Altparteien“ und ihre Politik der „grenzenlose[n] Individualisierung, die eine anonyme Massengesellschaft“ hervorbringe: „Ein Volk“ könne „nur die eigene Einigkeit und Freiheit bewahren, wenn es weitgehend homogen“⁷³ bleibe.

Jan Zwerg erklärte beim Politischen Aschermittwoch der *AfD* 2019 in Dresden-Cotta: „Wir sind nicht bunt und vielfältig.“ „Wir sind“, so Zwerg an das *AfD*-Publikum gerichtet, „deutsch und das soll auch so bleiben. Bunt ist jede Müllkippe“.⁷⁴ Der Sprecher der sächsischen Landesgruppe im Bundestag, Heiko Hessenkemper, wandte sich im Bundestagswahlkampf 2017 gar im nationalsozialistischen Jargon gegen eine „Durchmischung der Rassen“.⁷⁵ Das aktuelle Regierungsprogramm der CDU firmiert bei ihm beständig als „Umvolkungspro-

⁷¹ Auch er wird mit einer Reihe einschlägiger Äußerungen im Gutachten des *BfV* aufgeführt. Er ist so eng mit der identitären Rechten verknüpft, dass er als Bundestagsabgeordneter zeitweilig einen der beiden Anführer der vom Verfassungsschutz zu diesem Zeitpunkt bereits beobachten *Identitären Bewegung*, Daniel Fiß, bei sich als Mitarbeiter anstellte. Vgl. Rechtsextremismus: Identitären-Chef hat Job im Bundestag, in: Zeit Online vom 04. 04. 2019, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-04/rechtsextremismus-identitaere-bewegung-afd-daniel-fiss-bundestag> (18. 12. 2020).

⁷² Im Oktober 2020 stufte der Sächsische Verfassungsschutz Jens Maier als Rechtsextremisten ein, vgl. Dresdner *AfD*-Politiker Jens Maier als rechtsextrem eingestuft, in: mdr.de vom 05. 10. 2020, <https://www.mdr.de/sachsen/dresden-radebeul/verfassungsschutz-afd-jens-maier-rechtsextremist-100.html> (18. 02. 2021).

⁷³ Jörg Urban, Facebook-Eintrag vom 29. 09. 2018, <https://www.facebook.com/ja.dresden/posts/d41d8cd9/1242849132519507/> (31. 10. 2018).

⁷⁴ Jan Zwerg, *AfD*-Generalsekretär, beim politischen Aschermittwoch der *AfD* in Cotta. Auf YouTube hochgeladen am 06. 03. 2019, <https://www.youtube.com/watch?v=wcG7VfA3kAM> (19. 11. 2020).

⁷⁵ Heiko Hessenkemper, Informationen zum Projekt „Umvolkung“, <https://afd-mittelsachsen.de/index.php/homepage/pressemitteilungen/723-informationen-zum-projekt-umvolkung.html> (24. 07. 2019).



Schulterschluss Urbans mit den Flügel-Anführern Kalbitz und Höcke im Juli 2019. v. l. n. r.: Jörg Urban (Parteivorsitzender der sächsischen AfD), Andreas Kalbitz (bis 2020 Parteivorsitzender der brandenburgischen AfD), Björn Höcke (Parteivorsitzender der thüringischen AfD); Quelle: IMAGO / snapshot / F. Boillot.

gramm“. Der vom *Flügel* und dem sächsischen Landesverband bei seiner Wahl auf dem *AfD*-Parteitag 2019 unterstützte neue Bundesvorsitzende Tino Chrupalla hält die „Islamisierung des Abendlandes“ für Realität und erklärte im März 2018, man könne „in der Tat von einer gewissen Umvolkung“⁷⁶ sprechen.

Sachsen, und überhaupt die ostdeutschen Bundesländer, bauten im Zuge der Extremisierung der *AfD* ihre Stellung als Hochburg aus. 27 Prozent der sächsischen Wählerinnen und Wähler machten die *AfD* bei der Bundestagswahl 2017 mit ihren Zweitstimmen zur stärksten Partei in Sachsen. Sie erreichte damit bundesweit ihr stärkstes Ergebnis auf Landesebene. Am 26. Mai 2019 festigte die *AfD* mit ihren Ergebnissen bei der Europawahl und der sächsischen Kommunalwahl ihren Anspruch, stärkste Partei in Sachsen zu sein. Bei den Landtagswahlen 2019 konnte der sächsische Landesverband der *AfD* jedoch nicht das Ziel erreichen, auch stärkste Partei im neuen Sächsischen Landtag zu werden. Mit 27,5 Prozent übertraf der Lan-

⁷⁶ Dietmar Neuerer, Tino Chrupalla Gaulands Erbe: Dieser Mann will die AfD führen, in: Handelsblatt vom 28.11.2019, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/tino-chrupalla-gaulands-erbe-dieser-mann-will-die-afd-fuehren/25278994.html> (19.11.2020).

desverband allerdings das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 in Sachsen sogar noch einmal knapp.

Die AfD war im August 2019 laut Umfragen sogar auch in ganz Ostdeutschland zeitweilig die stärkste Partei. Vor diesem Hintergrund führte der rechtsextremistische *Flügel* der Partei 2019 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen einen Modellwahlkampf unter Führung der *Flügel*-Sprecher Höcke und Kalbitz. Das zentrale Motto, das auf dem Kyffhäusertreffen des *Flügels* 2019 verkündet wurde, lautete: „Der Osten steht auf!“. Die AfD positionierte sich dabei unter Führung des Flügels als „fundamentaloppositionelle“ ostdeutsche Volkspartei, die unter der Parole „Wende 2.0“ das System der „Altparteien“ überwinden wollte.⁷⁷

Das Programm der sächsischen AfD für die Landtagswahl 2019 basierte dabei, wie auch das Europawahlprogramm der Partei, ganz auf der ideologischen Linie des *Flügels*. So war die Rede von einer „Massenzuwanderung meist unqualifizierter Menschen“ aus „inkompatiblen Kulturkreisen“.⁷⁸ Mit „inkompatibel“ ist das Gleiche gemeint, was an anderer Stelle etwa Gauland mit „raumfremd“ und „kulturfremd“ bezeichnete. Ohne Faktengrundlage behauptet die AfD Sachsens zudem, dass eine „erhebliche Anzahl“ der „überwiegend jungen, alleinstehenden Männer“ mit „durchaus gefährlichen Absichten“ gekommen sei. Die Zuwanderung erzeuge „jede Menge zusätzlicher Probleme und Gefahren [...], die vom Geld bis hin zu Gesundheit und Leben alle unsere Bürger betreffen“.⁷⁹ Zuwanderer und insbesondere Geflüchtete wurden mit hin als eine Bedrohung für Gesundheit und Leben „unserer Bürger“, dargestellt, womit im Sinne weiter Teile der AfD nur die ethnischen Deutschen gemeint sind.

Vor dem Hintergrund der klaren Verortung des sächsischen Landesverbands im Lager der an den identitären *Flügel*-Positionen orientierten Landesverbände war Sachsen 2018 erneut ein entscheidender Schauplatz für die Positionierung der AfD im Verhältnis zu rechtsextremistischen Organisationen. Weithin als Wegscheide gilt das Verhalten der AfD im Zuge der Ereignisse Ende August / Anfang September 2018 im sächsischen Chemnitz. Diese zogen ein geballtes Medieninteresse in Deutschland sowie internationale Berichterstattung auf sich. Am Abend des 25. August 2018 verletzte eine Gruppe von Asylbewerbern im Zuge eines eskalierenden Streits drei Deutsche beim Stadtfest schwer. Der Deutsch-Kubaner Daniel Hillig starb an seinen Verletzungen. Noch in der folgenden Nacht begann neben der *Identitären Bewegung (IB)*, *Pro Chemnitz* und anderen rechtsextremen Gruppierungen auch die AfD zu mobilisieren.

⁷⁷ Etwas mehr als ein Jahr später sah es für die AfD allerdings nicht mehr ganz so rosig aus: Die CDU lag mit 30 Prozent inzwischen sehr weit vor der AfD (mit nur noch 18 Prozent), und selbst *Die Linke* konnte mit 19 Prozent an ihr vorbeiziehen. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Sonntagsfrage: AfD verliert im Osten an Zustimmung, in: FAZ.net vom 04. 10. 2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sonntagsfrage-afd-im-osten-nur-drittstaerkste-partei-16984954.html> (19. 11. 2020).

⁷⁸ Alternative für Deutschland, „Trau dich Sachsen“. Regierungsprogramm Sachsen – Entwurf – Programm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Sachsen 2019, Dresden 2019, S. 9. Siehe auch leicht variiert ebd., S. 41.

⁷⁹ Ebd.

Die *IB* wurde als ideologisch gleich ausgerichtete Bewegung wie der *Flügel* der *AfD* bereits vorgestellt. *Pro Chemnitz* wurde 2009 durch den *Ex-Republikaner*-Stadtrat Martin Kohlmann gegründet. In der Folge trat die ehemalige Stadtratsfraktion der *Republikaner* gemeinsam zu *Pro Chemnitz* über. Seit Ende 2018 wird die rechtsextremistische Partei vom sächsischen Verfassungsschutz beobachtet, die angeführten Beobachtungsgründe gelten aber analog für die Zeit vorher. Die Beurteilung lautete: „Es liegen bei PRO CHEMNITZ tatsächliche Anhaltspunkte für ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen vor, die wesentliche Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekämpfen. Hierzu zählen insbesondere die Garantie der Menschenwürde, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, der Gleichheitsgrundsatz, die Gewaltenteilung und das Gewaltmonopol des Staates als unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Menschen. [...] Die Hauptprotagonisten von PRO CHEMNITZ sind selbst tief in der rechtsextremistischen Szene verwurzelt und teilweise dort schon langjährig aktiv.“⁸⁰

Am 26. August kurz vor 13 Uhr setzte Markus Frohnmaier aus den Reihen der *AfD* folgende Nachricht auf *Twitter* ab: „Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selber. Ganz einfach! Heute ist es Bürgerpflicht, die todbringende ‚Messermigration‘ zu stoppen! Es hätte deinen Vater, Sohn oder Bruder treffen können!“⁸¹ Mit solch provokanten Parolen heizten Vertreter der *AfD* die Stimmung in Chemnitz stark an. Es folgten am 26. August gewalttätige Ausschreitungen mit den berüchtigten Jagdszenen auf Menschen, die von den Angreifern u. a. als „Kanaken“ beschimpft wurden. Diese fanden allerdings nicht auf der *AfD*-Demonstration mit kaum 100 Teilnehmern statt, sondern auf einer zweiten Demonstration mit rund 800 Teilnehmern, zu der Hooligans von *Kaotic*, einer rechtsradikalen Fangruppe des *Chemnitzer FC*, aufgerufen hatten.⁸² Zu weiteren Übergriffen kam es am 27. August im Rahmen einer von *Pro Chemnitz* organisierten Demonstration mit rund 6.000 Teilnehmern. Mit der Frage nach den Ausschreitungen konfrontiert, erklärte Gauland: „Wenn eine solche Tötungstat passiert, ist es normal, dass Menschen ausrasten.“⁸³

Im Zuge der weiteren Ereignisse riss die *AfD* zentrale Bausteine der vorherigen – allerdings ohnehin bereits faktisch weitgehend ausgehöhlten – Abgrenzung gegenüber rechtsextremistischen Vereinigungen ein. In einem ersten Schritt meldeten die Landesverbände Bran-

⁸⁰ Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 09.01.2019 – PRO CHEMNITZ ist eine extremistische Bestrebung, <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/2123.htm> (09.12.2020).

⁸¹ Markus Frohnmaier, *Twitter*-Nachricht vom 26. August 2018, 21:59, https://twitter.com/Frohnmaier_AfD/status/1033806135990644744 (19.11.2020). Die Rechtschreibung wurde korrigiert.

⁸² Vgl. Anne Hähnig / Tina Hildebrandt / Martin Machowecz / Veronika Völlinger / Heinrich Wefing / Zita Zengerling, Rechtsextreme Gewalt in Chemnitz: Regiert der Mob?, in: *Zeit Online* vom 29.08.2016, <https://www.zeit.de/2016/36/rechtsextreme-gewalt-chemnitz-regierung-mob-schock> (19.11.2020).

⁸³ Alexander Gauland bezeichnet Übergriffe in Chemnitz als normal, in: *Zeit Online* vom 29.08.2018, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018.08/chemnitz-alexander-gauland-ausschreitungen> (19.11.2020).

denburg, Sachsen und Thüringen der AfD gemeinsam mit Pegida einen Demonstrationenzug an, einen zweiten plante Pro Chemnitz. Bereits vor dem Marschbeginn erfolgte eine Vereinigung der beiden Aufmärsche. Der Pro-Chemnitz-Stadtrat Martin Kohlmann erklärte dazu in einem Interview mit dem ARD-Magazin *Monitor*: „Der Plan war, und es war so angemeldet, dass wir dann hier langkommen und uns dann quasi vereinigen mit den beiden Demonstrationenzügen“.⁸⁴ An der Demonstration nahmen 8.000 Menschen teil, darunter waren laut Verfassungsschutz Thüringen rund 2.500 bekannte Rechtsextremisten, z. B. Maik Arnold, früherer Anführer der 2014 verbotenen Kameradschaft *Nationale Sozialisten Chemnitz* und Yves Rahmel, ehemaliger Betreiber des rechtsextremen Labels *PC Records*. Dort erschien 2010 das Lied „Döner-Killer-Song“ auf der CD „Adolf Hitler lebt“, das im Zuge der Enttarnung des *Nationalsozialistischen Untergrunds* einen rechtsextremen Hintergrund der Mordserie nahelegt und die Opfer verhöhnt. Die neonationalsozialistische Kleinstpartei *Der III. Weg* marschierte in Chemnitz mit einem eigenen „Block“.

Der sächsische Landesverband der AfD gilt für den sächsischen Verfassungsschutz – im Einklang mit der Einschätzung dieses Beitrags – laut Medienberichten seit Februar 2021 als rechtsextremistischer „Verdachtsfall“. Spezifisch zur sächsischen AfD liegen aus den Sozialwissenschaften bislang nur wenige gesonderte Bewertungen vor.⁸⁵ Allerdings wird in der Forschung immer wieder nachdrücklich unterstrichen, dass in den östlichen Landesverbänden die rechtsextremistischen Strömungen deutlich ausgeprägter sind.⁸⁶ Eine – ab und an – abweichende Meinung artikuliert der Politikwissenschaftler Werner Patzelt, dessen Stimme in Sachsen lange Zeit sehr einflussreich war. Obschon CDU-Mitglied, wurde Patzelt wegen punktuell für die AfD geleisteter Politikberatung bisweilen „eine zu große Nähe zur AfD“ zugeschrieben.⁸⁷ Er kam in seinem Politikblog zu folgendem, in der Wissenschaftslandschaft sonst kaum geteilten Urteil über die AfD: „In der Regel aber werden politische Herausforderungen, Ziele

⁸⁴ Vgl. Andreas Maus / Andrea Röpke / Lisa Seemann, „Trauermarsch“ in Chemnitz AfD-Schulterschluss mit Rechtsextremen, in: tagesschau.de vom 06. 09. 2018, <https://www.tagesschau.de/inland/monitor-afd-rechte-gruppen-101.html> (30. 03. 2019).

⁸⁵ Vgl. Steffen Kailitz, Sachsen – eine Hochburg der „Alternative für Deutschland“? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung der Bundespartei und des sächsischen Landesverbandes der AfD, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, a. a. O., S. 155 – 200.

⁸⁶ Vgl. u. a. Armin Pfahl-Traugher, Die AfD und der Rechtsextremismus: Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive, Wiesbaden 2019.

⁸⁷ Konkret hat Patzelt beispielsweise die sächsische Landtagsfraktion der AfD mit dem Gutachten „Der sächsische Koalitionsvertrag von 2014 im Licht des AfD-Wahlprogramms, Ansatzpunkte parlamentarischer Oppositionsarbeit“ beraten, wie sie aus seiner Sicht im Parlament effektiv gegen die sächsische CDU-SPD-Regierung 2014 bis 2019 Position beziehen könne; vgl. Anne Hähni, Vom Auftraggeber zum Hauptgegner. Wie der Politologe Werner Patzelt einst Sachsens AfD-Fraktion beriet, in: Zeit Online vom 16. 01. 2019, <https://www.zeit.de/2019/04/werner-patzelt-politologe-beratung-afd-fraktion> (10. 12. 2020). Patzelt ist gemeinsam mit dem ebenfalls umstrittenen ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, im Februar 2019 Mitglied der nationalkonservativen Werteunion in der CDU geworden, die von der Parteimehrheit in der CDU äußerst kritisch gesehen wird und ideologisch deutliche Schnittmengen mit dem nicht-extremistischen Teil der AfD aufweist; vgl. Konservativer Flügel. Maaßen und Patzelt werden Mitglieder der Werteunion, in: Welt vom 21. 09. 2019, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article189165579/Werteunion-Hans->

und Mittel sachlich beschrieben. Also wird eine bloße Fortführung konventioneller Polemik gegen die AfD eher die Kritiker als die Kritisierten schlecht aussehen lassen“.⁸⁸ Wiederum äußerte Patzelt an anderer Stelle als Wahlkampfberater der CDU im Landtagswahlkampf 2019, es sei „nicht akzeptabel, dass mit der AfD eine Partei, die das politische System der Bundesrepublik offen ablehnt und sich nach rechts radikalisiert“⁸⁹, in Sachsen so hohe Ergebnisse erziele.

Die rechtsextremistische Ausrichtung des sächsischen Landesverbands der AfD zeigte sich nicht zuletzt in der Art der Reaktion auf seine Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall durch das Landesamt für Verfassungsschutz Anfang 2021: Bei der kurz darauf erfolgten Nominierung der sächsischen Kandidaten für die Bundestagswahl 2021 feierten die Gefolgsleute des rechtsextremistischen Flügels einen Durchmarsch. Die Liste wird angeführt von Tino Chrupalla, auf Platz 2 folgt Jens Maier. Dieser ging sehr offen mit seiner Einstufung als Rechtsextremist durch den Verfassungsschutz um und befand: „Wer in diesen Zeiten nicht als Rechtsextremist diffamiert wird, macht irgendetwas falsch.“ Es spricht Bände über die Positionierung des Landesverbands, dass sich Maier auf der Grundlage dieser Rede gegen Michael Klonovsky, einen Redenschreiber Gaulands, klar durchsetzte.

Der Kandidat Herwig Schöffler machte auf „nationalsozialistische Tendenzen in der Ost-AfD“ aufmerksam. Er spielte damit offen auf ideologische Sympathien seines Gegenkandidaten Siegbert Droese an, die sich etwa durch Bilder Droeses mit Hand auf dem Herzen vor Hitlers Wolfsschanze zeigten.⁹⁰ Doch dies trug Schöffler nur Buhrufe ein. Droese konterte mit folgender Unterstellung: „Wir wissen nicht, wer hier unter uns schon wieder Berichte und Akten anlegt – mal abgesehen von Parteifreund Schöffler“ und triumphierte gegen ihn. Auf Platz 4 folgte Karsten Hilse, der durch seinen radikalen Auftritt bei der Querdenker-Demo in Berlin auf sich aufmerksam gemacht hatte, und auf Platz 5 folgte Andreas Harlaß. Selbst vermeintlich „gemäßigte“ Vertreterinnen und Vertreter, wie beispielsweise die ehemalige Landtagsabgeordnete Karin Wilke, die nur einen recht unsicheren Listenplatz erhielt, passte sich dem vorherrschenden Ton an und hetzte gegen eine „Coronavolksfront linker Globalisten gegen uns“ und sah – dem Kurssignal Björn Höckes in diese Richtung folgend⁹¹ – eine gemeinsame Front

Georg-Maassen-und-Werner-Patzelt-werden-Mitglieder.html (10. 12. 2020); vgl. auch Claus Christian Malzahn, CDU-Professor unter AfD-Verdacht, in: Welt vom 21. 01. 2019, S. 5.

⁸⁸ Werner Patzelt, Zum Programm der sächsischen AfD, in: Patzelts Politik. Der Politikblog von Werner J. Patzelt vom 2. Juni 2019, <https://wjpatzelt.de/2019/06/02/zum-programm-der-saechsischen-afd/> (10. 12. 2020).

⁸⁹ Werner Patzelt zitiert nach Claus Christian Malzahn, Politologe Patzelt. CDU-Strategie mit Verständnis für Pegida, in: Welt vom 5. 1. 2019, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article186594788/Politologe-Patzelt-CDU-Strategie-mit-Verstaendnis-fuer-Pegida.html> (10. 12. 2020).

⁹⁰ Droese versendete das Foto laut Medienberichten, gezeichnet mit seiner Funktion als „Pressesprecher der AfD / Kreisverband Leipzig“, an Parteifreunde mit der Beschriftung „Der Führerbunker. ER ist also wirklich nicht mehr da“; vgl. Sebastian Leber, Die Unschuld vom Rande. Ein Hitlerbild und eine Hetzmail, ein Hakenkreuz und Besuche bei Neonazis, in Der Tagesspiegel vom 16. 09. 2019.

⁹¹ Um Dopplungen zu vermeiden, wird auf diese Positionierung Höckes, die Fäden verschiedener Beiträge zusammenführend, erst im Abschlussbeitrag dieses Buchs näher eingegangen.

mit den *Querdenkern* als „Potenzial der Vernunft für uns“.⁹² Der Landesverband hat mithin die Weichen klar in Richtung einer Verfestigung seiner rechtsextremistischen Ausrichtung gestellt.

Stärke der AfD im Bund und in Sachsen

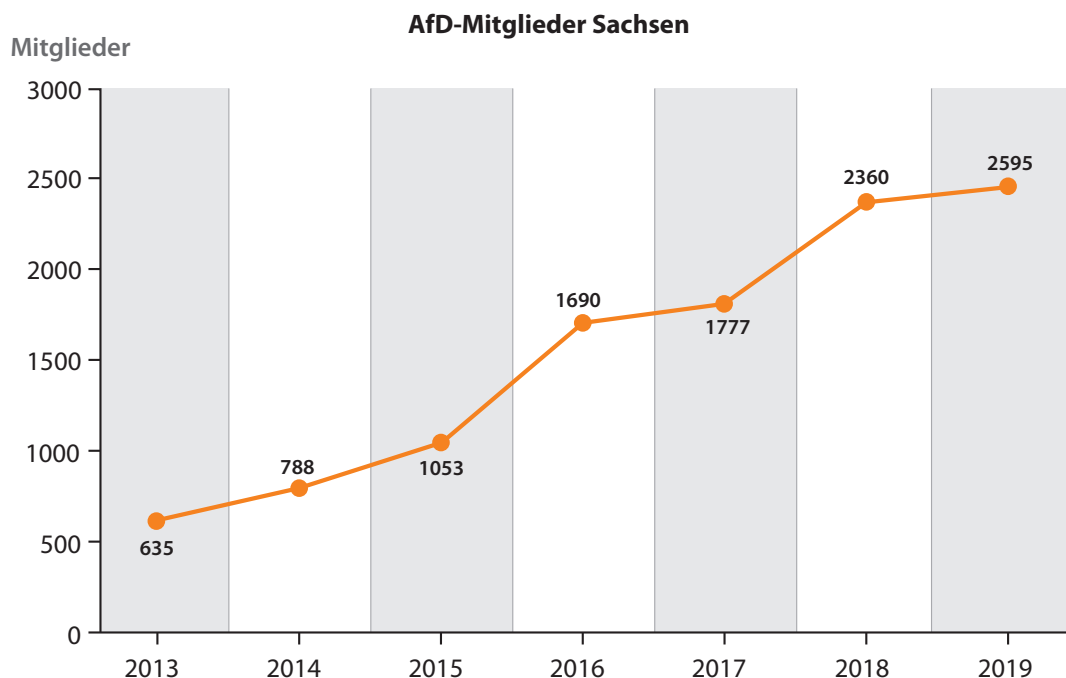
Neben der Frage, ob eine Partei als rechtsextremistisch einzuschätzen ist, muss auch die Frage in den Blick genommen werden, wie gesellschaftlich bedeutsam sie ist. Erst aus der Kombination beider Faktoren lässt sich bestimmen, inwiefern eine Bewegung oder Partei eine Gefahr für die Demokratie darstellt. So wurde der *NPD* im Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine ideologische Extremismusintensität höchsten Ausmaßes in den Fußstapfen des historischen Nationalsozialismus attestiert. Den Richtern schien aber die gesellschaftliche und politische Bedeutung der *NPD* als nicht ausreichend, um das scharfe Schwert eines Parteiverbots zu schwingen.

Mit Blick auf die Kategorie der gesellschaftlichen und politischen Bedeutung erlangte die *AfD* einen Status, den die *NPD* sich immer wünschte, aber nie hatte. Innerhalb weniger Jahre erlebte die *AfD* einen rasanten Aufschwung und wurde zu einer festen Größe im deutschen Parteiensystem. Im Bundestag ist sie seit 2017 die stärkste Oppositionspartei und sie ist in allen deutschen Landtagen vertreten.

Bei den Mitgliederzahlen bleibt sie zwar sehr weit hinter *CDU* und *SPD* zurück, konnte aber nahezu stetig – und gegen den Trend bei fast allen anderen politischen Parteien – beachtlich steigende Mitgliederzahlen verzeichnen. Erst in jüngster Zeit beginnt die Mitgliederentwicklung etwas zu stagnieren. Die sächsische *AfD* ist jedoch – wie die ostdeutschen Landesverbände überhaupt – insgesamt überdurchschnittlich erfolgreich. Erlebte die *AfD* auf Bundesebene im Zuge des Austritts von Lucke und Henkel einen Mitgliederrückgang, stiegen im Zuge der Radikalisierung der Partei die Mitgliederzahlen in Sachsen – wie in anderen ostdeutschen Bundesländern – sprunghaft an. Während sich die Mitgliederzahl der gesamten *AfD* von 2013 bis 2019 etwa verdoppelte, hat sie sich in Sachsen mehr als vervierfacht. Der Anteil der Sachsen an der deutschen Bevölkerung beträgt etwa 5,3 Prozent, in der *AfD* sind es 7,46 Prozent. Diese Zahl ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass *CDU*, *SPD* und *Grüne* in Sachsen über nur weit unterdurchschnittliche Mitgliederzahlen verfügen.

Für die Einschätzung des Gewichts der *AfD* sind insbesondere zwei Punkte beispielhaft. In Sachsen war sie bei der Bundestagswahl 2017 und bei der Europawahl 2019 stärkste Partei. Nach den Landtagswahlen in Thüringen zeigte sich im Februar 2020, dass die *AfD* dort inzwischen in der Lage war, durch ein Ränkespiel – wenn auch nur sehr kurzzeitig – einen Ministerpräsidenten mit ihren Stimmen zu installieren. Von den Demokratieforschern Daniel Ziblatt

⁹² Zitiert nach Kai Kollenberg, AfD-Parteitag in Dresden: Ein Ja zur Radikalität, in: Freie Presse vom 07.02.2021.

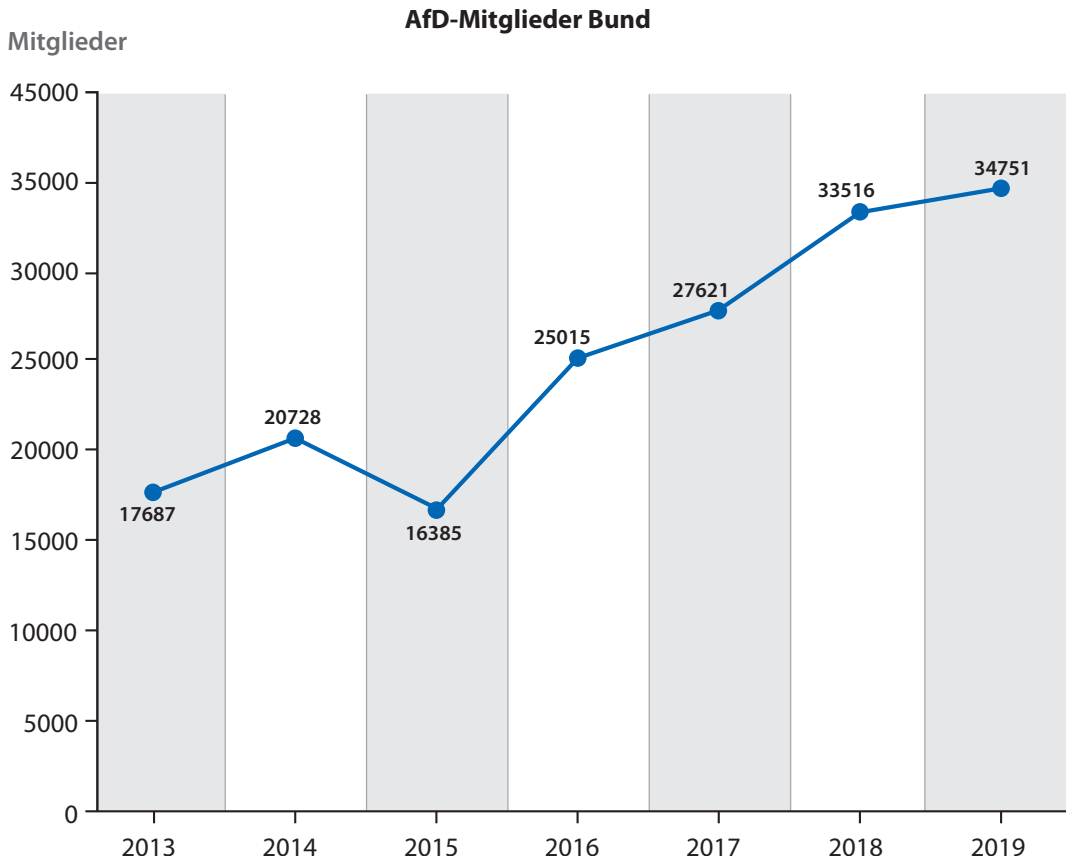


*AfD-Mitglieder in Sachsen (Grafik 8); Quellen für Grafiken 8 und 9: Oskar Niedermayer, *Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020*, Berlin 2020 und AfD Sachsen, <http://www.afdsachsen.de/download/sachsen-aktuell/2017/asa-01-2017.pdf> (05. 08. 2018). Für die Jahre 2013 und 2016 weichen die Quellen leicht voneinander ab. Für die Jahre 2014 und 2015 liegen nur Zahlen der Partei selbst vor.*

und Michael Koß wurde dabei kommentiert, dass mit dem Handschlag des kurzzeitigen Regierungschefs Thomas Kemmerich (*FDP*) und des Rechtsextremisten Björn Höcke (*AfD*) nicht weniger auf dem Spiel stehe als die „Geschäftsgrundlage der bundesdeutschen Demokratie“.⁹³ Erst mühsam wurde anschließend die kurzzeitig verlorene „glaubhafte Abgrenzung der etablierten Parteien gegenüber radikalen Herausforderern“ zurückerlangt, „die Demokratien wieder stabilisiert“. Es wurde in Erinnerung gerufen, dass etwa der renommierte Politikwissenschaftler Juan Linz unter dem Eindruck der historischen Erfahrungen argumentierte, „dass auch informelle Bündnisse von Etablierten und Radikalen den Eindruck entstehen ließen, es handle sich um gewöhnliche Vorgänge“.⁹⁴ Dieser Gewöhnungsprozess führe zu fatalen Konsequenzen und in den Untergang der Demokratie.

⁹³ Daniel Ziblatt / Michael Koß, Thomas Kemmerich und Björn Höcke: Der Handschlag von Erfurt, in: *Zeit Online* vom 06.02.2020, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/thomas-kemmerich-bjoern-hoecke-demokratie-adolf-hitler-paul-von-hindenburg> (18. 12. 2020).

⁹⁴ Ebd.



AfD-Mitglieder in Deutschland (Grafik 9).

So lange die *AfD* den großen Anteil der Rechtsextremisten in ihren Reihen – der Verfassungsschutz geht von 7.000 Anhängern des ehemaligen *Flügels* aus – nicht konsequent ausschließt oder zumindest von Machtpositionen fernhält, muss sie sich deren Aktionen und Äußerungen zurechnen lassen. Es gilt nämlich: „Sollte die *AfD* in Deutschland in Regierungsverantwortung kommen, etwa in Thüringen, kämen Hardliner wie Höcke an die Schalthebel der Macht, unabhängig davon, ob sie in der Bundespartei Mehrheit oder Minderheit stellen.“⁹⁵

Auf Bundesebene gab es allerdings – im Zuge der drohenden Einstufung der *AfD* als „Verdachtsfall“ und der damit verbundenen massiven innerparteilichen Querelen – einen Einbruch in der Anhängerschaft. Im Vergleich zu 12,6 Prozent bei der Bundestagswahl 2017 sank der *AfD*-Anteil in den Umfragen von Allensbach, *Kantar (Emnid)* und *INSA* Ende Januar / Anfang

⁹⁵ Tom Mannewitz / Isabelle-Christine Panreck, Systemtransformatives Potenzial im deutschen Parteiensystem: Die rechtspopulistische *AfD*, in: *Totalitarismus und Demokratie*, 17 (2020) 1, S. 117.

Februar 2021 auf 9 bzw. sogar 8 Prozent.⁹⁶ Damit droht der *AfD*, dass sie gegenüber ihrem letzten Bundestagswahlergebnis mehr als ein Viertel ihrer Wähler verliert. Bei den Landtagswahlen im März 2021 in Baden-Württemberg (9,7 Prozent, 2016: 15,1) und Rheinland-Pfalz (8,3 Prozent, 2016: 12,6) sank der *AfD*-Stimmanteil jeweils sogar um mehr als ein Drittel. Die *AfD* Sachsen erreichte dagegen laut Sonntagsfrage im Januar 2021 mit 26 Prozent nur 1,5 Prozent weniger als bei ihrem Rekordwahlergebnis bei der Landtagswahl 2019.⁹⁷ Ganz ähnlich sieht es in Thüringen aus, einem Fall, bei dem aufgrund der Führung und tiefen Prägung des Landesverbands durch Björn Höcke kein Zweifel an der rechtsextremistischen Ausrichtung bestehen kann.⁹⁸ Gerade da, wo die *AfD* am radikalsten auftritt, bröckelt die Anhängerschaft also nicht.⁹⁹ Dies droht in der innerparteilichen Auseinandersetzung die Gewichte weiter zugunsten der rechtsextremistischen Kräfte zu verschieben.

Ideologische Einordnung der Bundes-AfD

Die *AfD* war in ihrer Frühphase zwar rechts und populistisch, aber nicht rechtsradikal. Für den prägenden Kurs dieser Zeit stehen vor allem die Namen Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel. Zunehmend bewegte sich die Partei anschließend in Richtung einer populistischen rechtsradikalen Partei, wie sie in Frankreich etwa der *Rassemblement National* unter Führung Marine Le Pens vertritt. Rechtsradikalismus lässt sich zugleich als Rechtsextremismus niedriger Intensität interpretieren. Die ideologischen Übergänge zwischen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus sind fließend. Prägend für die *AfD* ist eine nativistische, gegen Zuwanderung gerichtete Positionierung mit gesellschaftspolitisch autoritären Einschlägen. Für diesen Kurs stehen die Namen von Frauke Petry und Marcus Pretzell. Schließlich gewann in der Partei aber mehr und mehr ein Konglomerat aus rechtsradikalen und härteren rechtsextremistischen, völkischen Positionen auf *NPD*-Linie an Boden. Dafür stehen insbesondere die Namen Höcke und Kalbitz, aber auch Gauland. Im Unterschied zu Höcke und Kalbitz ist die Einschätzung Gaulands dabei umstrittener. Vielfach gilt er als bloßer Schutzpatron der Rechtsextremisten in der Partei. Im Gutachten des Verfassungsschutzes wird Gauland aber mit sehr guten Gründen immer wieder mit einschlägigen Zitaten aufgeführt. Neben einer langen Reihe rassistischer Äußerungen wird Gauland in dem Gutachten – wie auch Höcke – ein „instrumentelles Verhältnis zur Verfassung“ attestiert: Sie ist für ihn, so Gauland in seinen eigenen Worten, „ein Kleid, das man verändern kann. Identität, Nationales, Kultur kann man nicht verändern. Sie ist uns

⁹⁶ Vgl. Sonntagsfrage Bundestagswahl, in: wahlrecht.de vom 03. 02. 2021, [https://www.wahlrecht.de/umfragen/\(19.11.2020\)](https://www.wahlrecht.de/umfragen/(19.11.2020)).

⁹⁷ Vgl. Umfragen Sachsen, <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm> (03. 02. 2021).

⁹⁸ Vgl. Umfragen Thüringen, <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm> (03. 02. 2021).

⁹⁹ Die Ausnahme ist Brandenburg, aber dort dürften die Ursachen eher im Parteiausschluss von Kalbitz zu suchen sein.

angeboren und sie ist etwas, was wir alle zum Leben brauchen.“¹⁰⁰ Der Bundesverfassungsschutz ließ keinen Zweifel daran, dass er in den Positionierungen von Gauland und Höcke wie auch ihrer Bewertung keinen Unterschied machte: „Anhand der dargestellten Verlautbarungen von Gauland und Höcke wird deutlich, dass ihrem Denken ein ethnisch-biologisches bzw. ethnisch-kulturelles Verständnis des Volkes zugrunde liegt.“¹⁰¹ Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang ließ keinen Raum für Zweifel, dass, in Übereinstimmung mit den Ergebnissen dieser Untersuchung, Gauland – ebenso wie Höcke und Kalbitz – zum inzwischen formal aufgelösten *Flügel* zu rechnen ist.¹⁰² Dies ist aber wiederum von grundlegender Bedeutung für die Bewertung der gesamten *AfD*, da Gauland die Bundestagsfraktion anführt und Ehrenvorsitzender ist.

Die Einordnung der *AfD* als rechtspopulistisch ist, bezogen auf die Inszenierungsform, in den Sozialwissenschaften spätestens seit 2016 nahezu einhellig.¹⁰³ Umstritten ist nur, ob dieses Etikett weiterführend ist. So wurde mit guten Gründen argumentiert, dass eine präzise inhaltliche Einordnung, insbesondere mit Blick auf die Frage, ob die *AfD* nun rechtsradikal oder rechtsextremistisch ist oder nicht, weit wichtiger ist. Der zentrale Grund für die Einordnung der *AfD* als rechtsextremistisch ist, dass bedeutende Teile der *AfD* die Bestimmung des „Volkes“ ethnisch aufladen und somit Staatsangehörigen, die keine ethnischen Deutschen sind, nicht als Teil „unseres“ Volkes ansehen.¹⁰⁴ Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht in seinem *NPD-Urteil* 2017 erklärt, dass sich eine solche Einschätzung in klarem Widerspruch zum demokratischen Gehalt des Grundgesetzes bewegt: „Wer die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt, ist aus Sicht der Verfassung unabhängig von seiner ethnischen Herkunft Teil des

¹⁰⁰ Alexander Gauland, Redebeitrag auf dem Kyffhäusertreffen am 04. 06. 2016, Videomitschnitt, veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal „Der Flügel“ am 07. 06. 2016.

¹⁰¹ Partei fordert Konsequenzen: Verfassungsschutz-Gutachten zu AfD veröffentlicht, in: *Zeit Online* vom 28. Januar 2019, <https://www.zeit.de/news/2019-01/28/verfassungsschutz-gutachten-zu-afd-veroeffentlicht-190128-99-753801> (10. 12. 2020).

¹⁰² Vgl. AfD: Haldenwang zählt Gauland zum rechten Flügel, in: *Frankfurter Rundschau* vom 17. 01. 2019, <https://www.fr.de/politik/haldewang-zaehlt-gauland-rechten-fluegel-11414662.html> (14. 12. 2020). Der Name des Verfassungsschutzpräsidenten wurde in der Artikelüberschrift falsch geschrieben. Dies wurde hier korrigiert.

¹⁰³ Vgl. hierzu bereits den folgenden frühen Überblick: Frank Decker, Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Alexander Häusler (Hrsg.), *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Berlin 2016, S. 7 – 24. Vgl. auch Joel Rosenfelder, Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 48 (2017) 1, S. 123 – 140. Bei näherer Betrachtung wendet sich auch Niedermayer nicht gegen diese Einschätzung der *AfD*, sondern ist vielmehr der – vom Autoren dieses Beitrags geteilten – Meinung, dass diese Einordnung für die programmatische Einordnung wenig hilfreich ist und nicht die „sinnvolle Grenzziehung zwischen nicht extremistischen und extremistischen Parteien“ aufheben darf. Vgl. Oskar Niedermayer, Debatte: Ist die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei? Contra, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 17. 01. 2017, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240956/debatte-alternative-fuer-deutschland>.

¹⁰⁴ Vgl. Steffen Kailitz, Im Namen des Volkes. Warum AfD-Spitzenpolitiker wie die Nationalsozialisten reden – und was Demokraten dagegen unternehmen können, in: *Spiegel* vom 21. 12. 2019, S. 34.

Volkes.“¹⁰⁵ Ein ethnisch-biologisches oder ethnisch-kulturelles Weltbild ist mithin ein grundlegender Faktor für eine Einordnung als Rechtsextremist. Dieser Punkt steht daher nicht nur in dieser Untersuchung, sondern auch im Verfassungsschutzgutachten zur *AfD* im Mittelpunkt der Betrachtung. Ein positives Verhältnis zum Nationalsozialismus oder Antisemitismus sind demgegenüber mögliche und für sich auch bereits hinreichende Elemente, um eine Partei als rechtsextremistisch zu klassifizieren, aber eben keine notwendigen.

Die in diesem Buch ebenfalls behandelte *NPD* ist eine Partei, deren rechtsextremistische Ausrichtung eindeutig und unumstritten ist. Von der *AfD* unterscheidet sie sich durch eine nationalsozialistische Prägung ihrer Programmatik, die Verflechtung mit der gewalttätig rechtsextremistischen Szene und damit insgesamt einer höheren Extremismusintensität. Im Unterschied zur *NPD* hat sich die *AfD* zu keinem Zeitpunkt mit der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene zusammengeschlossen, und sie ist im Unterschied zur *NPD* eben nicht nationalsozialistisch geprägt. Insofern sind bei allen ideologischen Übereinstimmungen auch die Unterschiede deutlich zu betonen. Die Extremismusintensität der *NPD* war und ist deutlich höher. Die Einschätzung der *AfD* variiert daher auch deutlich stärker als bei der *NPD*. Dies liegt allerdings hauptsächlich daran, dass die Partei in ihrer kurzen Geschichte einen langen ideologischen Weg zurückgelegt hat. Sie ist eine rechte Flügelpartei, die sowohl demokratische, semidemokratische rechtspopulistische und klar rechtsextremistische Mitglieder und Funktionäre umfasste und immer noch umfasst. Im Zeitverlauf änderten sich das innerparteiliche Kräfteverhältnis und die programmatische Positionierung der *AfD* aber stetig und stark zugunsten der Rechtsextremisten. Von einer rechtspopulistischen, aber nicht rechtsradikalen Partei mit vorherrschend ökonomisch wirtschaftsliberaler und gesellschaftspolitisch konservativer Orientierung unter Führung von Lucke, Adam und Petry entwickelte sie sich unter Petry und Meuthen zu einer radikal rechtspopulistischen und unter Gauland und Meuthen zu einer rechtsextremistischen populistischen Partei.¹⁰⁶ Als klar rechtsextremistisch ließen sich 2020 in der *AfD* vor allem die Gruppierungen des *Flügels* und der *Jungen Alternative* charakterisieren.¹⁰⁷ Die formale Auflösung des *Flügels* ändert nichts daran, dass dieses personelle Netzwerk in der *AfD* fortexistiert und wirkt.

¹⁰⁵ Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1 / 13, 2017, S. 209. Es sei hier auch betont, dass sich selbst die *NPD* in dem Verfahren von einer völkischen Interpretation des Volksbegriffs distanzierte. Allerdings war dies nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts gänzlich unglaubwürdig. Mit Blick auf die *AfD* ist in Rechnung zu stellen, dass ihr dieses Urteil bekannt ist und sie sich – direkt darauf befragt – wie auch die *NPD*-Vertreter im Prozess nicht offen zu dieser Positionierung bekennen würde.

¹⁰⁶ So auch Armin Pfahl-Traughber, *Die AfD und der Rechtsextremismus: Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*, Wiesbaden 2019, S. 41.

¹⁰⁷ So kam das *Bundesamt für Verfassungsschutz* 2019 mit Blick auf die *JA* zu dem Schluss, dass es sich bei der Jugendorganisation der *AfD* um eine extremistische Bestrebung handele, die „auf den Vorrang eines ethnisch-homogenen Volksbegriffs“ abziele. Beim *Flügel* kam das *BfV* zu dem Ergebnis, dass „hinreichend gewichtige Anhaltspunkte dafür“ vorlägen, „dass es sich um eine extremistische Bestrebung handelt“. Das propagierte Politikkonzept sei „auf Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtlosstellung von Ausländern, Migranten, insbesondere Muslimen, und politisch Andersdenkenden gerichtet“. Die Ergebnisse decken sich im

Selbst in den westlichen Landesverbänden bröckelten bis Anfang 2020 die Widerstände gegen den rechtsextremistischen Kurs zeitweilig sehr stark. In den ostdeutschen Bundesländern – und damit auch in Sachsen – dominiert dieser Kurs noch immer deutlich, wenn auch im Zuge der Auseinandersetzung um Kalbitz inzwischen Gegenstimmen durchaus lauter geworden sind.

Wie steht es nun um den Intensitätsgrad des Rechtsextremismus der AfD insgesamt? In der AfD gibt es im Unterschied zu dem Bild, das sie selbst gerne vermitteln würde, keineswegs nur rechtsextremistische „Einzelfälle“. Die AfD ist auf der Grundlage der Zehn-Stufen-Skala von Armin Pfahl-Traughber¹⁰⁸ insgesamt als eine Partei einzuordnen, die sich zwar zu den Institutionen des demokratischen Verfassungsstaats bekennt, sich aber offen gegen Grundnormen einer demokratischen offenen Gesellschaft richtet. Das gilt insbesondere für die Religionsfreiheit und die Gleichbehandlung aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Teile der Partei, die im *Flügel* der AfD konzentriert waren, gehen zudem über diesen Intensitätsgrad des Extremismus noch hinaus und vertreten, wie die gesamte NPD, eine auch die demokratischen Grundstrukturen verneinende Form. Zwischen den Positionierungen von Frontleuten des ehemaligen *Flügels* wie Björn Höcke und Jens Maier sowie dem NPD-Vorsitzenden Frank Franz gibt es letztlich wenig Unterschiede. Auch die Annullierung der Parteimitgliedschaft von Kalbitz hat bislang nicht zu einer erkennbaren Mäßigung geführt. So wurde mit Hans-Thomas Tillschneider ein rechtsextremistischer Hardliner, dem selbst Höcke und Kalbitz häufig noch zu weich und kompromissbereit in ihrem Vorgehen erschienen, stellvertretender Vorsitzender des sachsen-anhaltinischen Landesverbands.¹⁰⁹

Kern ganz mit denen dieser Untersuchung. Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Fachinformation zu Teilorganisationen der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2019-002-fachinformation-zu-teilorganisationen-der-partei-alternative-fuer-deutschland-afd> (19. 11. 2020). Mit Blick auf die gesamte Partei lagen laut Bundesamt für Verfassungsschutz „erste tatsächliche Anhaltspunkte für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgerichtete Politik der AfD vor“. Das als „vertraulich“ eingestufte Gutachten liegt dem Autor – wie auch der Öffentlichkeit – über das Internet, konkret die Nachrichten-Website *netzpolitik.org* vor. Ein direkter Verweis auf die Quelle erscheint rechtlich aber problematisch.

¹⁰⁸ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Das Zehn-Stufen-Modell der „Extremismusintensität“, Kategorien zur Analyse und Einordnung politischer Bestrebungen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung* 2014, Brühl 2014, S. 7 – 36. Die Skala wird umfangreich in dem einleitenden Problemaufriss am Anfang dieses Buchs dargelegt.

¹⁰⁹ Thomas Vorreyer, Extremismus, Hans-Thomas Tillschneider, die AfD und der Verfassungsschutz, in: MDR.de vom 23. 09. 2020, <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/afd-tillschneider-verfassungsschutz-beobachtung-parteitag-100.html> (07. 12. 2020).

Vergleichende Einordnung der Einschätzung der AfD in diesem Beitrag

Der Jenaer Rechtsextremismusforscher Matthias Quent attestierte der AfD 2019, „in den Fußstapfen der NPD zu wandeln“.¹¹⁰ Die AfD zeige „keine ernsthafte Resilienz“ mehr „gegen den Durchmarsch radikal rechter Positionen und Politiker“.¹¹¹ Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie vertritt die Ansicht, dass die AfD unter ihrem Bundesparteivorsitzenden Gauland und dem Vorsitzenden der thüringischen AfD, Höcke, Züge eines völkisch-autoritären „National-Sozialismus“¹¹² angenommen habe. Etwas milder urteilte der Extremismusforscher Tom Thieme: Er charakterisierte die AfD als „‘weiche’ rechtsextreme Partei“, da die „Gesamtpartei keine eindeutige Distanzierung“¹¹³ von rechtsextremistischen Positionen in den eigenen Reihen vornehme. Die „Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit“ der AfD komme „teilweise als unverhohlener Rassismus daher“.¹¹⁴ Der Historiker Michael Wildt bescheinigte der AfD 2018, „keine NSDAP“, aber auch „keine demokratische Partei“ und mithin „auch keine normale parlamentarische Partei der Rechten“¹¹⁵ zu sein.

Diese Positionen markieren ungefähr den Korridor, innerhalb dessen die AfD eingeschätzt wird. Umstritten ist in den Geschichts- und Sozialwissenschaften somit kaum mehr, ob die AfD rechtsextrem ist, sondern in welchem Maße sie es ist. Umstritten ist also, inwiefern sich die AfD noch von härteren rechtsextremistischen Parteien wie der NPD oder der NSDAP unterscheidet.

Ältere Ergebnisse zur Einordnung der AfD lassen sich mit jüngeren kaum sinnvoll vergleichen, da sich die Partei rasant gewandelt hat. Der Beginn der Phase der Positionierung als radikal rechte Partei wird in diesem Beitrag mit der *Erfurter Resolution* 2015 angesetzt. Im *Flügel* sammelten sich bereits damals die rechtsextremistischen Kräfte, sie prägten aber zunächst noch nicht den Gesamtkurs der Partei. Entsprechend kam etwa der Politikwissenschaftler Frank Decker 2016 zu dem Urteil, dass sich die AfD trotz ihrer „extremistischen Einsprengsel“ noch innerhalb des „demokratischen, nicht systemfeindlichen Spektrums“ bewege.

¹¹⁰ Matthias Quent, *Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*, München 2019, S. 155.

¹¹¹ Ebd., S. 152. Als Vertreter des „Rechtsaußen-Flügel“ nennt Quent beispielhaft neben der *Jungen Alternativen* in ihrer Gesamtheit und neben Björn Höcke auch Markus Frohnmaier, Thomas Röckemann, Alexander Gauland, Andreas Kalbitz, Hans-Thomas Tillschneider, Jens Maier und Katharina Ebner-Steiner. Vgl. ebd., S. 154.

¹¹² Claus Leggewie, *Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung*, Berlin 2017, S. 22.

¹¹³ Tom Thieme, *Dialog oder Ausgrenzung – Ist die AfD eine rechtsextreme Partei?*, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 30.01.2019, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/284482/dialog-oder-ausgrenzung-ist-die-afd-eine-rechtsextreme-partei#footnode18> – 18 (22. 11. 2020).

¹¹⁴ Ebd. Als Vertreter des „völkisch-nationalen Flügels“ nennt Thieme u. a. Frank Pasemann sowie die ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Kalbitz, Jörg Urban, Martin Reichardt und Oliver Kirchner.

¹¹⁵ Michael Wildt, Chemnitz: Droht Deutschland ein neues 1933?, in: *Zeit Online* vom 08. 09. 2018, <https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2018-09/chemnitz-weimarer-republik-nazizeit-vergleich-rechtsextremismus> (22. 11. 2020).

Zugleich stellte er – im Einklang mit der Einschätzung dieses Beitrags – fest, dass die Partei bereits damals „immer stärker ins rechtsextreme Lager“¹¹⁶ abdriftete.¹¹⁷

Seit 2017 ging der Konsens der Beurteilungen in zunehmendem Maße von einer rechtsextremistischen, zumindest aber von einer rechtsradikalen Einordnung aus. Interessanter als die Tatsache, dass Oskar Niedermayer und Alexander Häusler auf die Frage der Bundeszentrale für politische Bildung Ende 2016 / Anfang 2017, ob die *AfD* rechtspopulistisch sei, unterschiedlich antworteten, ist, dass sie mit Blick auf die negative demokratietheoretische Einordnung der *AfD* im Kern übereinstimmten. Der „Tenor“ der *AfD*-Positionen, so Niedermayer, müsse „zum Teil als völkisch-nationalistisch und fremdenfeindlich mit rassistischen Untertönen“¹¹⁸ gewertet werden. Es sei eine „national-konservative Partei mit Brücken zum Rechtsextremismus“. Lehnte Niedermayer den Rechtspopulismusbegriff für die *AfD* als unpräzise ab, befürwortete ihn Häusler, verlangte aber nach einer ergänzenden Präzisierung und schrieb der *AfD* konkret einen radikal rechten Populismus zu.¹¹⁹

Es sind keineswegs nur verletzte Eitelkeiten, wenn auch aus den Reihen der früheren Vorsitzenden die *AfD* der jüngsten Zeit als rechtsextremistisch eingestuft wird. Zuletzt äußerte sich etwa Lucke nach dem Gutachten des *BfV* zur *AfD* 2019 in einem offenen Brief an deren Mitglieder und zeigte sich besorgt, „wie stark und wie offen der Rechtsextremismus inzwischen in der *AfD* auftritt“. Das Gutachten sei „erschütternd“. Er rief dazu auf, die Rechtsextremisten in der Partei zu ächten. Es handele sich um „eine lange Liste“.¹²⁰

Der Tenor der Einschätzung der *AfD* geht mit Ausnahme der Anhänger dieser Partei auch in der Bevölkerung in die gleiche Richtung. 85 Prozent der Deutschen sind laut einer repräsentativen Umfrage des ZDF-Politbarometers der Auffassung, dass in der *AfD* rechtsextremes Gedankengut weit oder sehr weit verbreitet sei.¹²¹

¹¹⁶ Frank Decker, Forum: Die „Alternative für Deutschland“ (*AfD*), in: Uwe Backes / Alexander Gallus / Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D): 28. Jahrgang, Baden-Baden 2016, S. 117 – 122, S. 119.

¹¹⁷ Analog hielt es 2016 Torsten Oppelland trotz z. B. einer von ihm attestierten problematischen Haltung der *AfD* zu ungeteilten Menschenrechten insgesamt für „wohl verfrüht“ zu behaupten, die *AfD* stehe außerhalb des demokratischen Spektrums“. Auch dieses Urteil mit Blick auf die Gesamtpartei *AfD* im Jahr 2016 weicht nicht wesentlich von der Einordnung in diesem Beitrag ab. Torsten Oppelland, Forum: Die „Alternative für Deutschland“ (*AfD*), in: Backes / Gallus / Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D), 28. Jahrgang 2016, a. a. O., S. 122 – 128.

¹¹⁸ Niedermayer, Debatte: Ist die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei? Contra, a. a. O..

¹¹⁹ Alexander Häusler, Debatte: Ist die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei? Pro, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 17. 01. 2017, a. a. O.

¹²⁰ Namentlich benannte Lucke folgende Personen als Rechtsextremisten: Höcke, Tillschneider, Kalbitz, Markus Frohnmaier, Christina Baum, Jens Maier, Wolfgang Gedeon, Stefan Räpple, Thomas Seitz, Doris von Sayn-Wittgenstein, Damian Lohr und Jörg Urban; vgl. Bernd Lucke, An die nicht-rechtsextremen Mitglieder der *AfD*, in: bernd-lucke.de vom 10. 02. 2019, <https://bernd-lucke.de/brandbrief-afd/> (20. 11. 2020).

¹²¹ Vgl. https://politbarometer2.zdf.de/store/Politbarometer/2020_11_27/html/1280x720-20201126-024150-1005-72fa5d58.jpg (14. 12. 2020).

Lange gab es bei den Urteilen der Verfassungsschutzämter zur *AfD* ein Problem der Zeitverzögerung. Obgleich *Flügel* und *Junge Alternative* bereits deutlich vor 2019 rechtsextremistisch ausgerichtet waren, dauerte es Jahre, bis das *Bundesamt für Verfassungsschutz* endlich sein Urteil verkündete. In Rechnung zu stellen ist, dass eine äußerst sorgfältige Wägung in der Sache geboten war, um zu gewährleisten, dass die Einordnung gegen sämtliche – erwartbare – Klagen der *AfD* Bestand haben würde. Inzwischen stimmt die Quintessenz dieses Beitrags nun auch mit der aktuellen Einschätzung des Präsidenten des *Bundesamts für Verfassungsschutz*, Thomas Haldenwang, überein.¹²² Nach dem Bundesparteitag der *AfD* in Kalkar 2020 kam er – analog wie dieser Beitrag – keineswegs zu dem Urteil, dass die *AfD* eine „Mäßigung“ auf den Weg gebracht habe. Laut Pressemeldungen berichtete er der Innenministerkonferenz Ende 2020 vielmehr den weiter wachsenden Einfluss des völkischen Lagers in der *AfD*, und dass „das Rechtsaußenlager“¹²³ fast die Hälfte der Delegierten hinter sich hatte. Damit waren die Würfel gefallen, dass die *AfD* vom Bundesverfassungsschutz zum Rechtsextremismus-Verdachtsfall erklärt werden sollte.

Was kann die *AfD* noch tun, um sich vom Verdacht des Rechtsextremismus frei zu machen? Erst ein konsequenter Parteiausschluss Höckes und aller seiner Gefolgsleute aus der *AfD* oder zumindest aus *allen* Führungspositionen in der Partei würde Anlass für eine Neubewertung geben. Ein Neuanfang würde auch eines konsequenten Bruchs mit Gauland, dem Schutzpatron der Rechtsextremisten in der *AfD*, bedürfen. Die Gesamtheit der Mitgliedschaft und der Wählerschaft der *AfD* wurde in diesem Beitrag nicht untersucht. Analysen der *AfD*-Wählerschaft zeigen aber ebenfalls, dass deren Zusammensetzung in der Phase vor der Extremisierung der Partei zwischen 2013 und 2017 bereits das typische Profil einer populistischen rechtsradikalen Partei annahm.¹²⁴ Es handelt sich bei den Wählern mithin keineswegs überwiegend um Protestwähler, die leicht für die anderen Parteien zurückzugewinnen sind.

Ausblick

Die *AfD* hat nicht nur in Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen, sondern insgesamt die Schwelle vom populistischen Rechtsradikalismus zum Rechtsextremismus über-

¹²² Vgl. Verfassungsschutz zur *AfD*, „Der Einfluss des ‚Flügels‘ wird größer“, in: tagesschau.de vom 11. 10. 2020, <https://www.tagesschau.de/inland/afd-fluegel-verfassungsschutz-105.html> (20. 11. 2020).

¹²³ Sven Röbel / Wolf Wiedmann-Schmidt, Rechtsextremismus: Gesamte *AfD* steht vor Beobachtung durch Verfassungsschutz, in: Spiegel vom 11. 12. 2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-beobachtung-der-gesamten-partei-durch-verfassungsschutz-rueckt-naeher-a-363352c4-f908-47d7-90db-e50e406f1da9> (10. 12. 2020).

¹²⁴ Vgl. Kai Arzheimer / Carl C. Berning, How the Alternative for Germany (*AfD*) and their Voters Veered to the Radical Right, 2013 – 2017, in: Electoral Studies, 60 (2019); Simon D. Iseman / Eva Walther, Wie extrem ist die *AfD*? Die Entwicklung der *AfD* und deren Wählerschaft als Radikalisierungsprozess, in: Eva Walther / Simon D. Iseman (Hrsg.), Die *AfD* – psychologisch betrachtet, Wiesbaden 2019, S. 157 – 178.

schritten. In allen vier Bundesländern wurde sie mittlerweile zum rechtsextremistischen „Verdachtsfall“ erklärt. Die Verkündung der Einstufung der gesamten AfD durch das *Bundesamt für Verfassungsschutz* war für den Januar 2021 vorgesehen, wurde aber aufgrund einer Klage der AfD vor dem Kölner Verwaltungsgericht bis nach einem Urteilsspruch verschoben. Konkret klagte die AfD gegen die Einstufung als „Verdachtsfall“ im Bereich des Rechtsextremismus und eine öffentliche Kommunikation des Verfassungsschutzes über diese Einstufung.¹²⁵ Insbesondere in der Öffentlichkeit geht dabei teils etwas durcheinander, was dies bedeutet. Selbstverständlich beobachteten die Verfassungsschutzämter auch zuvor die AfD, indem die Partei auf der Grundlage der öffentlich zugänglichen Materialien eingeschätzt wurde. Diese beobachtende Behandlung als „Prüffall“ ist eine Voraussetzung der Einstufung als „Verdachtsfall“. Die Einstufung als „Verdachtsfall“ bietet darüber hinaus die Möglichkeit des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel zur Beobachtung der Partei, einschließlich von V-Personen. Diese Einstufung ist nicht zuletzt deshalb heikel, weil damit gegen die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag und eine Partei, die in allen Bundesländern in den Parlamenten vertreten ist, – potenziell¹²⁶ – nachrichtendienstliche Mittel angewendet werden können.

Die Folgen der Einstufungen der AfD durch die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen als „Verdachtsfall“ für die weitere Parteientwicklung sind noch unabsehbar. Ein Verbotsantrag gegen die AfD ist in naher Zukunft wegen der zu Recht sehr hohen Hürden eines Parteiverbots nicht zu erwarten. Der AfD könnte mittelfristig, wenn das *Bundesamt für Verfassungsschutz* die rechtsextremistischen Bestrebungen der Partei nach einer gewissen Beobachtungszeit als erhärtet ansehen sollte, eine Diskussion um ihren Ausschluss von der staatlichen Parteienfinanzierung drohen. Dies würde die Partei ausgesprochen empfindlich treffen.

¹²⁵ Vgl. AfD klagt gegen Verfassungsschutz, in: Redaktion beck-aktuell vom 25.01.2021, <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/afd-klagt-gegen-verfassungsschutz> (03.02.2021). Anfang März sickerte zunächst an die Presse durch, dass die AfD vom BfV als „Verdachtsfall“ eingestuft worden war. Vgl. Die AfD wird jetzt bundesweit beobachtet. Verfassungsschutz stuft die ganze Partei als rechtsextremen „Verdachtsfall“ ein, in: Der Tagesspiegel vom 04. 03. 2021. Das Kölner Verwaltungsgericht sah durch das Durchsickern dieser Information eine Stillhalteusage verletzt und untersagte daher dem BfV bis zum Ende des Eilverfahrens die offizielle Einstufung. Vgl. Vorerst kein Verdachtsfall. Gericht untersagt Verfassungsschutz Lauschangriff auf AfD, in: Süddeutsche Zeitung vom 06. 03. 2021.

¹²⁶ Die Institutionen des Verfassungsschutzes könnten trotz einer Einstufung als „Verdachtsfall“ aber auch auf den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln verzichten, um die Brisanz abzumildern. Für eine Beobachtung der Partei ist die Auswertung öffentlich zugänglicher Materialien jedenfalls weitgehend ausreichend. Die Einstufung selbst erscheint aber sinnvoll und notwendig, da sie eine Benennung der AfD als „rechtsextremistisch“ durch Funktionsträger transparent absichert und die Möglichkeit eröffnet, die Öffentlichkeit im Rahmen der Verfassungsschutzberichte über die AfD zu informieren und weil – bei einer fortgesetzten rechtsextremistischen Orientierung der AfD – weitere Schritte möglich sind.

Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)

Piotr Kocyba

Einleitung

Im Oktober 2014 entstand mit *Pegida* eine Protestbewegung, die in der sächsischen Landeshauptstadt wöchentlich eine rasch wachsende Anzahl an Menschen gegen eine vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“ mobilisierte. Aufgrund der aggressiven Stimmung gegen Medienvertreter und Politiker sowie des offen zur Schau gestellten Rassismus wurde *Pegida* bereits wenige Wochen nach der Gründung zu einem der bundesweit meistdiskutierten Themen.

Doch obwohl die selbsternannten „patriotischen Europäer“ den Diskurs in Deutschland über mehrere Monate dominierten, konnten sie ausschließlich in Sachsen Erfolge verbuchen. Trotz zahlreicher Versuche, in anderen Städten zu mobilisieren, etablierte sich der einzige relevante Ableger *Pegidas* nur in Leipzig – hier jedoch über einen viel kürzeren Zeitraum und mit wesentlich geringeren Teilnehmerzahlen.¹

Die immense mediale Präsenz der Leipziger und vor allem der Dresdner Proteste und die damit einhergehenden Debatten über Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie hatten deshalb einen beträchtlichen Imageschaden für Sachsen zur Folge. Bis heute dient manchen der Verweis auf *Pegida* und den Umgang der sächsischen Politik und Polizei mit der Bewegung als Beleg dafür, dass es in Sachsen ein besonders großes Problem mit der Normalisierung rassistischen Gedankenguts gibt. Das Bild ist jedoch nicht so eindeutig. *Pegida* wurde von Beginn an wahlweise zwischen den beiden Polen der „komischen Mischpoke“ und des legitimen Protests „besorgter Bürger“, des „ganz normalen Volkes“ diskutiert.² Dabei konkurrierten Begriffe wie Rechtsextremismus mit Termini wie Rechtspopulismus, „Empörungsbewegung“, „schmutzige

¹ *Legida* protestierte bis Januar 2017 – am zweiten Geburtstag fand hier die letzte Veranstaltung statt. Der Mobilisierungshöhepunkt wurde mit bis zu 5.000 Teilnehmern am 21. Januar 2015 erreicht. Danach kamen in Leipzig nur noch mehrere hundert Personen zusammen. Vgl. zu den Teilnehmerzahlen: <https://durchgezaehlt.org/statistik-zu-legida-in-leipzig/> (20. 11. 2020).

² Ein Überblick über die „Schmähungen“ der Anhängerschaft *Pegidas* findet sich etwa in Uwe Backes / Steffen Kailitz, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen 2020, S. 10 ff. Es gab aber nicht nur abwertende Reaktionen, sondern auch eine Art ‚Verteidigungsreflex‘. Vgl. Piotr Kocyba, Wieso PEGIDA keine Bewegung harmloser, besorgter Bürger ist, in: Karl-Siebert Rehberg / Franziska Kunz / Tino Schlinzig (Hrsg.), *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Analysen im Überblick*, Bielefeld 2016, S. 161.



*Menschenverachtende Plakate
bei Pegida (19. Oktober 2015);
Quelle: Piotr Kocyba.*

Seite der Zivilgesellschaft“ und vielen mehr.³ Um das Phänomen *Pegida* besser einordnen zu können, werden nachfolgend die Entstehung wie auch Entwicklung der „patriotischen Europäer“ nachgezeichnet und die wichtigsten Verantwortlichen aus dem *Orga-Team*⁴ sowie Ergebnisse von Befragungsdaten vorgestellt.

³ So sprachen Hans Vorländer und sein Team im Titel ihrer Studie von einer „Empörungsbewegung“. Vgl. Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schaller, PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016. Das Göttinger Institut für Demokratieforschung fragte im Titel seiner *Pegida*-Veröffentlichung, ob *Pegida* die „schmutzige Seite der Zivilgesellschaft“ sei. Vgl. Lars Geiges / Stine Marg / Franz Walter, PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld 2015.

⁴ *Orga-Team*, Kurzform für Organisationsteam, ist die Selbstbezeichnung der Führungsgruppe von *Pegida*, die für die Organisation der Demonstrationen verantwortlich ist.

Der Ursprung Pegidas

Bis zu den ersten größeren *Pegida*-Demonstrationen Ende November 2014 ahnte niemand, dass sich in Dresden eine Protestbewegung etablieren könnte, die über Monate hinweg den öffentlichen Diskurs bestimmen würde. Im Rückblick lassen sich jedoch Mutmaßungen darüber anstellen, ob es in Sachsen nicht Anzeichen für das Erstarken regressiver zivilgesellschaftlicher Kräfte gab, aus welchen vehementer gesellschaftlicher Protest folgen könnte. Solch ein Vorbote war beispielsweise die Bürgerinitiative *Schneeberg wehrt sich*. Hier haben Rechtsextreme der *NPD* zwischen November 2013 und Januar 2014 mehrfach gegen die Unterbringung von Geflüchteten bis zu 2.000 Menschen für Fackelzüge mobilisieren können – und das in einer Stadt mit weniger als 15.000 Einwohnern.⁵ Weitere Hinweise auf die anschwellenden fremdenfeindlichen Dispositionen zeigten sich auch während des von der *Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung* realisierten Projekts *K!D – Kommune im Dialog*. Ziel der seit 2013 laufenden Initiative ist es, auf kommunaler Ebene Konflikte moderierend zu begleiten.⁶ Dabei hat sich sehr schnell gezeigt, dass Spannungen in den Gemeinden Sachsens vor allem auf – häufig wütende – Reaktionen auf die geplante Unterbringung von Geflüchteten zurückgehen. Einer der Moderatoren dieses Projekts, Justus H. Ulbricht, berichtete hier über eine Stimmungslage, die an eine typische *Pegida*-Veranstaltung erinnert: „Was mich anfangs bei meiner Arbeit am meisten erschreckt hat, war der Hass, diese unglaubliche Aggressivität in den Argumenten, in der Sprache und Körpersprache.“⁷ Und trotz solcher wie weiterer Hinweise auf die Stimmungslage in Sachsen: Die Mobilisierungswucht, Heftigkeit wie auch Dauerhaftigkeit *Pegidas* verblüffte nicht nur die Öffentlichkeit in Dresden, sondern die der gesamten Bundesrepublik.

Diese Überraschung hat vielleicht mit dem Umstand zu tun, dass *Pegida* nicht die Initiative einer etablierten rechtsextremen Organisation war. Die Idee, gegen das Schreckgespenst der „Islamisierung“ zu protestieren, kam wie aus dem Nichts, weil sie in einer geschlossenen *Facebook*-Gruppe eines kleinen Kreises von Freunden und Bekannten entstand. Unter dem Eindruck eines vom späteren *Pegida*-Mitbegründer Lutz Bachmann geposteten Videos einer Demonstration, die am 10. Oktober 2014 in Dresden aus Solidarität mit der belagerten syrisch-türkischen Grenzstadt Kobanê organisiert wurde, geriet etwas in Bewegung. Entsprechend der

⁵ Vgl. Bastian Wierzioch, Wir sind das rechte Volk, in: Deutschlandfunk vom 22.02.2014, https://www.deutschlandfunk.de/auslaenderfeindlichkeit-wir-sind-das-rechte-volk.724.de.html?dram:article_id=278149 (20.11.2020).

⁶ Vgl. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Kommune im Dialog*. Ein Leitfaden zur Organisation und Moderation von kontroversen Bürgerversammlungen, Dresden 2018; vgl. ebenso Cathleen Bochmann / Helge Döring (Hrsg.), *Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten*, Wiesbaden 2020.

⁷ Claudia Jerzak, „Die haben alle verstanden, dass die Zeiten des Abduckens und Abtauchens und ‚Wir wollen das alles friedlich haben‘ längst vorbei sind.“ Interview mit Justus H. Ulbricht, Moderator kommunalpolitischer Bürger*innenversammlungen in Sachsen, in: Tino Heim (Hrsg.), *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche*. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2017, S. 204.

von Ulbricht bereits während des *K!D*-Projekts beobachteten „radikale[n] Empathieverweigerung“⁸ störte sich Bachmanns Zirkel von Gleichgesinnten nicht etwa an der Passivität der Weltgemeinschaft angesichts der Gräueltaten islamistischer Terroristen. Wenn sich *Pegida* – wie selbst oft behauptet – nicht pauschal gegen alle Muslime, sondern lediglich gegen islamistische Fanatiker richten würde und die Fluchtursachen bekämpfen haben wollte, dann wäre es naheliegender gewesen, der Demonstration zur Unterstützung der Kurden zumindest mit Sympathie zu begegnen. Doch es trat das Gegenteil ein: Die Solidaritätsdemonstration für Kobanê, die Vorstellung, dass in Dresden Kurden öffentlich protestieren, verstand der Kreis um Bachmann als einen nicht hinnehmbaren Akt der Provokation. Ausgerechnet eine Demonstration gegen den Vormarsch islamistischer Terroristen im Nahen Osten wurde zum Anlass genommen, gegen eine vermeintliche „Islamisierung“ Europas zu protestieren. So rief Bachmann auf *Facebook* zu der ersten *Pegida*-Veranstaltung auf, die am 20. Oktober 2014 und damit nur zehn Tage später auf Anhieb eine Gruppe von bis zu 350 Personen unter dem Motto „Gewaltfrei und vereint gegen Glaubens- und Stellvertreterkriege auf deutschem Boden“ versammelte.

Bis Anfang 2015 hat *Pegida* wöchentlich die Teilnehmerzahl beinahe verdoppelt. So wurden bereits am 8. Dezember 2014 laut einer (allerdings unzuverlässigen) Schätzung der Polizei 10.000 Demonstrierende mobilisiert. *Pegida* wurde zu einem Sammelbecken für Personen, die eine Aufnahme von Asylsuchenden und Geflüchteten nicht hinnehmen wollten und bereit waren, ihre Ablehnung aggressiv, oft menschenverachtend und öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Wie sehr *Pegida* von einer flüchtlingsfeindlichen Stimmungslage profitierte, legt der Umstand nahe, dass beinahe zeitgleich mit der ersten *Pegida*-Demo die Wut über die Asylpolitik auch in Dresden einen Anlass zum Ausbruch fand. Nur vier Tage nach der ersten Veranstaltung *Pegidas* verkündete die Stadt Dresden ein Konzept, wonach bis Ende 2016 die Öffnung 14 neuer Übergangswohnheime für Geflüchtete geplant war. Eine Welle der Entrüstung schlug diesen Plänen unter anderem in Stadtratssitzungen entgegen und förderte *Pegidas* Protest.⁹ Die Gründer *Pegidas* entfachten also nicht erst eine asylfeindliche Stimmung, sondern profitierten von einer in Teilen der Bevölkerung Sachsens bereits länger schwelenden Ablehnungshaltung gegen Geflüchtete, kanalisieren diese und heizten sie nach und nach an. *Pegida* ist somit eine Graswurzelbewegung, die nicht von oben (etwa durch eine Partei) initiiert wurde, sondern von der Bevölkerung ausging. Insofern standen nicht organisierte Neonazis hinter *Pegida*, auch wenn von Beginn an stadtbekannte Rechtsextreme unter den Demonstranten zu erkennen waren – dazu zählten die Organisatoren der Nazi-Proteste um den 13. Februar, der Proteste in Schneeberg etc.¹⁰

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. Antifa Recherche Team Dresden, *Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung*, a. a. O., S. 35.

¹⁰ Vgl. Ulrich Wolf / Alexander Schneider / Tobias Wolf, *Pegida – wie alles begann*, in: *Sächsische Zeitung* vom 22.12.2014.

Das Orga-Team

In der frühen Gründungsphase *Pegidas* wuchs die Gruppe der Hauptverantwortlichen von vier bis fünf auf zwölf Personen an. Sie bestand in der überwiegenden Mehrheit aus engen Freunden und Bekannten. Dabei handelte es sich um das Ehepaar Lutz und Vicky Bachmann, Tom Balazs, Stephan Baumann, Siegfried Däbritz, Achim Exner, Frank Ingo Friedemann, Thomas Hiemann, René Jahn, Bernd Volker Linke, Kathrin Oertel und Thomas Tallacker.

Pegidas Initiatoren rekrutierten sich vor allem aus dem kleinbürgerlichen Milieu Dresdens und dessen Einzugsgebiet. Sie sind in der Mehrheit selbstständige Klein- und Kleinstunternehmer sowie Dienstleister, die häufig auf Brüche in ihren Erwerbsbiographien zurückblicken. Das gilt etwa für Frank Ingo Friedemann, den Geschäftsführer eines türkischen Dampfbads, das Anfang 2014 Konkurs anmelden musste. Danach schlug er sich als Ein-Mann-Dienstleister in der Hausmeister- und Gastronomiebranche durch.¹¹ Berufliche Einschnitte musste auch Achim Exner hinnehmen. Der in der Dresdner Türsteher- und Hooliganszene gut vernetzte Security-Unternehmer war in den 1990ern im Dresdner Rotlichtmilieu tätig. Nach zehn Jahren als Sicherheitschef beim Fußballverein *Dynamo Dresden* entließ ihn dieser 2006 wegen „massiver Sicherheitsprobleme“.¹² Nur zwei Jahre später wurde ein Insolvenzverfahren über sein Privatvermögen eröffnet, weil ein Auftrag im Zusammenhang mit der Fußball-Europameisterschaft in Österreich mit ihm aufgelöst und er auf Schadensersatz in sechstelliger Höhe für nicht erbrachte Leistungen verklagt wurde – unter anderem weil Angehörige seines Teams für die Absicherung des Spielortes Klagenfurt teilweise in der deutschen Hooligan-Datei geführt wurden bzw. vorbestraft waren.¹³ Andere Mitglieder des *Orga-Teams*, wie etwa Tom Balazs, kämpften zu der Zeit, als *Pegida* ins Leben gerufen wurde, mit Arbeitslosigkeit. Wiederum andere, wie Kathrin Oertel, die anfangs als Schatzmeisterin und Sprecherin *Pegidas* fungierte, konnten auf gar keine Berufserfahrung zurückblicken.

Über einen parteipolitischen Hintergrund verfügten nur drei Mitbegründer *Pegidas* – mit einer klaren Tendenz in Richtung der *Alternative für Deutschland* (AfD). Achim Exner war Mitglied der AfD und wurde Ende November 2014, nachdem *Pegida* bereits in den Schlagzeilen angelangt war, in den Kreisvorstand in Dresden gewählt.¹⁴ Thomas Tallacker war Mitglied der CDU. 2013 musste er allerdings wegen rassistischer Aussagen auf Facebook sein Stadtratsmandat in Meißen niederlegen, weshalb auch ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn lief. Konkret behauptete er u. a., bei Geflüchteten hätten wir es mit einem „zu 90 % ungebildeten

¹¹ Vgl. ebd.

¹² Vgl. Hermann Tydeck / Ulrich Wolf, Der Mann am Fenster, in: Sächsische Zeitung vom 07. 02. 2015.

¹³ Vgl. Martin Machowecz, Pegida: Busen, Bier und Islamismus, in: Zeitmagazin Online vom 09.04.2015, <https://www.zeit.de/zeit-magazin/2015/15/Pegida-kathrin-oertel-lutz-bachmann> (07. 11. 2018).

¹⁴ Vgl. Neuer Vorstand KV Dresden gewählt, in: AfD Kreisverband Dresden, <https://AfD-dd.de/neuer-vorstand-kv-dresden-gewählt/> (20. 11. 2020).

Pack was hier nur Hartz 4 kassiert und unseren Sozialstaat ausblutet“ zu tun.¹⁵ Obwohl die *CDU* Ende 2015 entschied, Tallacker nicht auszuschließen, gab er sein *CDU*-Parteibuch Anfang 2017 zurück und trat in die *AfD* ein.¹⁶

Siegfried Däbritz, der spätestens seit Mitte 2016 die unangefochtene Nummer zwei *Pegidas* ist, kandidierte 2009 für die *FDP* für den Stadtrat in Meißen. Däbritz fiel wie Tallacker durch rassistische Kommentare auf Facebook auf. Beispielsweise bezeichnete er in der geschlossenen Gruppe, aus der *Pegida* hervorgegangen ist, Moslems als „mohammedanische Kamelwämser“ oder „Schluchtenscheißer“.¹⁷ Ebenso wie Tallacker, wenn auch bislang erfolglos, versuchte Däbritz mehrfach, der *AfD* beizutreten, sprach auf *AfD*-Veranstaltungen und kündigte 2016 an, auf der Liste der *AfD* in den Bundestag einziehen zu wollen. Darauf reagierte die Rechtsaußen-Partei aber mit einem eigenen Kandidaten im Wahlkreis Meißen. Für die jüngste Schlagzeile im Kontext von Parteimitgliedschaften sorgte Lutz Bachmann, der Ende Mai 2020 verlautbaren ließ, dass er einen Antrag auf Mitgliedschaft bei der *AfD* gestellt habe.

Einzelne, darunter auch zentrale Personen aus dem Gründerkreis *Pegidas*, sind – teilweise mehrfach – vorbestraft. Thomas Tallacker wurde September 2014 in erster Instanz zu einer Bewährungsstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung verurteilt, weil er mit zwei anderen Bauhandwerkern „rabiāt“ Schulden einzutreiben versuchte. Die zweite Instanz wandelte das Urteil in eine Geldstrafe um, weil sich das Opfer nicht erinnern konnte, wer zugeschlagen hat.¹⁸ Siegfried Däbritz ist wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz vorbestraft und erklärt auf seinem *Telegram*-Kanal stolz, seine Vorstrafen hätten ihn „zu dem unbeugsamen, unangepassten und mit Rückgrat ausgestatteten Typen gemacht, der den Mut hat, mit Freunden gegen ein ganzes linksgrünversifftes, korruptes, verfilztes System anzutreten!“¹⁹ Mehrfach in Konflikt mit dem Gesetz kam auch der gelernte Hotelfachmann Tom Balazs: 2009 wegen Trunkenheit im Verkehr, Beleidigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Im Oktober 2013 folgte eine Verurteilung wegen Steuerhinterziehung. Nachdem er Ende Oktober 2014 arbeitslos wurde, bezog er Arbeitslosengeld und arbeitete in der Gastronomie des Lingner-Schlusses in Dresden sowie beim Glühweinausschank, ohne dies der Arbeitsagentur zu melden. Die *Bild* titelte im April 2016: „PEGIDA-Gründer verurteilt als

¹⁵ Vgl. Anna Hoben, *CDU-Stadtrat hetzt im Internet gegen Ausländer*, in: *Sächsische Zeitung* vom 08. 08. 2013. Alle Zitate wurden in der Originalschreibweise belassen.

¹⁶ Vgl. Valerie Schönan, *Der letzte Kampf um Bedeutung*, in: *Zeit Online* vom 19. 11. 2017, <https://www.zeit.de/2017/47/Pegida-gruender-lutz-bachmann-kathrin-oertel/komplettansicht> (28. 03. 2018).

¹⁷ Vgl. *Pegida-Anführer nutzen Hitler-Zitate und rassistische Parolen*, in: *Der Spiegel* vom 10. 01. 2015, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/Pegida-anfuhrer-hitler-zitate-und-rassistische-parolen-a-1012208.html> (23. 11. 2019).

¹⁸ Vgl. Alexander Schneider, *Eine verpasste Abreibung*, in: *Sächsische Zeitung* vom 23. 03. 2015, <https://www.saechsische.de/eine-verpasste-abreibung-3065598.html> (20. 11. 2020).

¹⁹ Siegfried Däbritz, *Telegram Post* vom 08. 03. (o. J.), <https://t.me/s/siegfrieddaebritz?q=verfilztes+System+anzutreten> (20. 11. 2020).

Sozialschmarotzer“ und bezog sich auf die bei *Pegida* regelmäßig geäußerten Vorwürfe, Asylsuchende und Geflüchtete würden das deutsche Sozialsystem nur ausnutzen wollen.²⁰

Lutz Bachmann – Gründer, Anführer und Prototyp des Orga-Teams

An Lutz Bachmann wird besonders deutlich, dass *Pegidas* Initiatoren eben nicht – anders als gerne selbst behauptet – als unbescholtene Bürger bezeichnet werden können. Der gebürtige Dresdner informierte vor der Gründung von *Pegida* recht ausführlich und öffentlich über sein Privatleben, aber auch über seine politischen Ansichten auf *Facebook* und *Twitter*. Zu lesen war z. B. von einer „vertreterin des negriden bevölkerungskreises“, von „geldgeilen nutten auf pro7“ oder im Zusammenhang mit den *Grünen*: „Gehören standrechtlich erschossen diese Öko-Terroristen! ... allen voran Claudia Fatima Roth!“²¹ Den menschenverachtenden Ton *Pegidas*, der spätestens seit Dezember 2014 die Bundesrepublik schockierte, verwendete Bachmann bereits länger.

Pegidas Anführer verfügt zugleich über eine recht lange Liste an Vorstrafen und über Verbindungen ins Rotlichtmilieu. So wurde er 1998 wegen 16-fachen Einbruchs zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und acht Monaten verurteilt. Bachmann entzog sich zunächst seiner Haft durch Flucht nach Südafrika, wo er zwei Jahre unter einer falschen Identität lebte. Abgeschoben nach Deutschland trat er seine Haftstrafe an und wurde nach 14 Monaten vorzeitig auf Bewährung entlassen. Nach seiner Freilassung arbeitete er in einem Leipziger Nachtclub. In dieser Zeit gründete er auch seine Werbeagentur *Hotpepperpix*. Zu seinen Kunden zählten u. a. Erotikklubs wie das Dresdner Bordell *Haus Hamburg*, für das er in Anspielung an die damalige Abwrackprämie ein Faltblatt für eine „Abfuck-Prämie“ entwarf.²² Doch Bachmann kollidierte weiter regelmäßig mit dem Gesetz. Erneut verurteilt wurde er 2010 wegen zweifachen Handels mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge zu einer Haftstrafe von zwei Jahren auf Bewährung. 2014 folgte eine Verurteilung zu einer Geldstrafe, weil er den Unterhaltszahlungen für seinen Sohn nicht nachkam. Weitere Verfahren betrafen etwa Trunkenheit im Verkehr.²³

Seit der Gründung *Pegidas* kamen juristische Auseinandersetzungen wegen Volksverhetzung, Beleidigung oder falscher Verdächtigung hinzu. 2016 wurde er wegen Äußerungen auf *Facebook* zu einer Geldstrafe von 9.600 EUR verurteilt – *Pegidas* Gründer sprach im Zusammenhang von Geflüchteten von „Viehzeug“, „Gelumpe“ und „Dreckspack“ und postete Selfies

²⁰ Vgl. Bernhard Schilz, PEGIDA-Gründer verurteilt als Sozialschmarotzer, in: Bild vom 18. 04. 2016.

²¹ Vgl. Alexander Schneider / Ulrich Wolf / Tobias Wolf / Heinrich Maria Löbbers, Das krumme Leben des Pegida-Chefs, in: Sächsische Zeitung vom 02. 12. 2014, <https://www.saechsische.de/das-krumme-leben-des-pegida-chefs-3224574.html> (20. 11. 2020).

²² Vgl. ebd.

²³ Vgl. ebd.

mit „Hitlerbärtchen“. Er selbst rechtfertigte seine Äußerungen bei einer *Pegida*-Veranstaltung im Februar 2015 als etwas völlig Normales. Es sei ja nur „ein drei Jahre altes Foto mit Bärtchen“ und es seien „ein paar Worte [...], die jeder von uns [...] schon mal am Stammtisch benutzt“ habe.²⁴ Die jüngsten Entgleisungen Bachmanns stammen vom Oktober 2019, als er Klimaaktivisten, Mitglieder linker und grüner Parteien sowie Gewerkschaftler als „Volksschädlinge“, „Parasiten“ und „miese Maden“ bezeichnete und dazu aufrief, den gesellschaftlichen „Graben mit all dem grünen, linken und extremistischen Müll zuzufüllen“.²⁵ Die Staatsanwaltschaft ermittelt nach mehreren Anzeigen wegen des Verdachts auf Volksverhetzung und Anstiftung zu Straftaten. Zudem bezeichnete der Präsident des *Bundesamt für Verfassungsschutz*, Thomas Haldenwang, den *Pegida*-Anführer aufgrund der genannten Aussagen als Rechtsextremisten.²⁶

Der kometenhafte Aufstieg und langsame Fall Pegidas

Unter Führung dieses Personenkreises hatte sich *Pegida* Ende 2014 auf den Weg in die Weltöffentlichkeit gemacht. Seit der ersten Demonstration im November 2014 konnte *Pegida* bis Ende Januar 2015 die Teilnehmerzahlen auf – je nach Schätzung – zwischen 17.000 und 25.000 steigern.

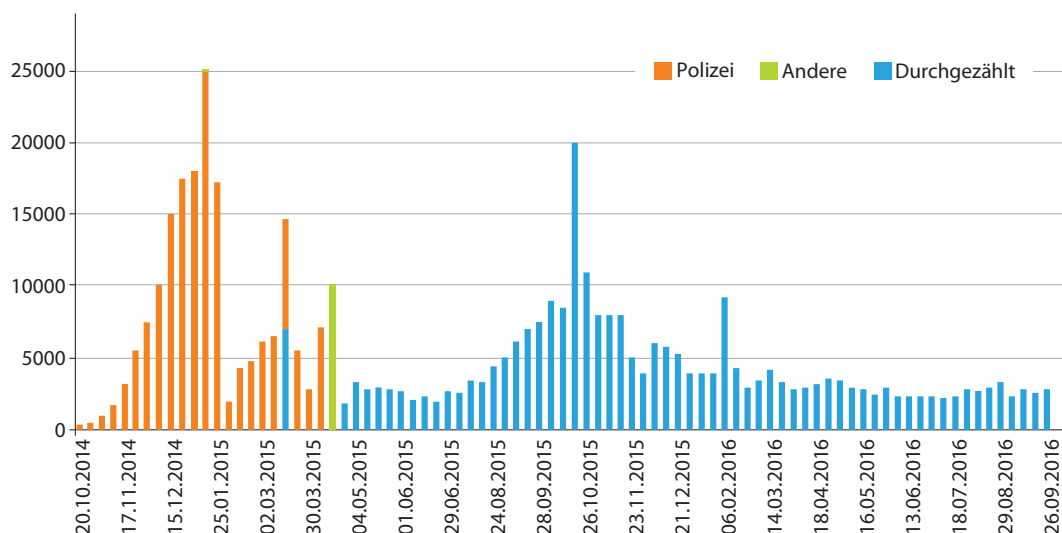
Die beeindruckende Mobilisierungswucht von rechts außen in Kombination mit einer geschickten Inszenierung brachten *Pegida* zunächst eine ungeahnte mediale Aufmerksamkeit. Die Bewegung dominierte zwischen Ende 2014 und Anfang 2015 nicht nur die öffentliche Debatte in Deutschland, sondern wurde zu einem international viel diskutierten Thema – etwa bei *The Times*, der *BBC*, der *Washington Post* oder der *New York Times*.²⁷ Auf dem Höhepunkt seines Erfolgs begann das *Orga-Team*, dem medialen Druck nachzugeben und sich von der totalen Verweigerungshaltung gegenüber Journalisten vorsichtig – aber nur kurzfristig – zu lösen. Die beiden bekanntesten Beispiele hierfür waren die Teilnahme Kathrin Oertels an der Talkshow *Günther Jauch* vom 18. Januar 2015 sowie die – hoch umstrittene – Pressekonferenz,

²⁴ Vgl. Piotr Kocyba, 'Über die ‚Veredelung des empirisch vorfindbaren Rassismus‘. Anmerkungen zu aktuellen Dresdner Studien über ‚Pegida‘, in: Joachim Klose / Walter Schmitz (Hrsg.), *Freiheit, Angst und Provokation. Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der postdiktatorischen Gesellschaft*, Dresden 2016, S. 237.

²⁵ LUTZiges Lutz Bachmann, PEGIDA live von der Frauenkirche. Auf YouTube hochgeladen am 07. 10. 2019, <https://www.youtube.com/watch?v=t0D9mDGlstI> (1:35 bis 1:40). (20. 11. 2020).

²⁶ Vgl. Tobias Wolf, Verfassungsschutz nennt Bachmann Rechtsextremist, in: *Sächsische Zeitung* vom 13.03.2020.

²⁷ Vgl. Das moderne Deutschland ist das nicht gewohnt, in: *Zeit Online* vom 06.01.2015, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-01/Pegida-internationale-presse> (02. 11. 2020).



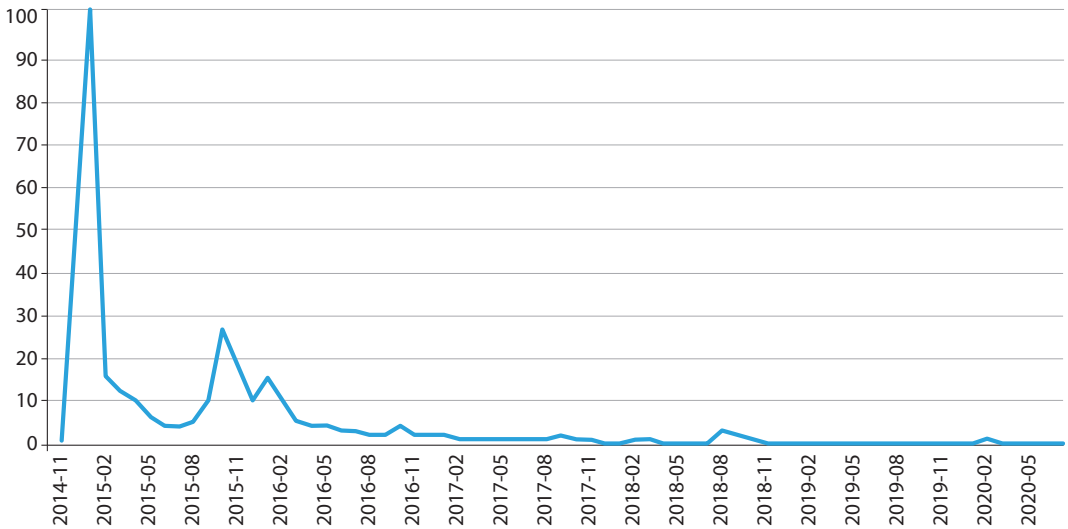
Teilnehmerzahlen bei Pegida-Demonstrationen 2014 – 2016 (Grafik 10); Die Zahlen stammen von der Leipziger Gruppe Durchgezählt, die bis September 2016 Pegidas Veranstaltungen sehr genau und transparent gezählt hat. Die Darstellung umfasst den geschätzten Höchstwert. Vgl. <https://durchgezaehlt.org/Pegida-dresden-statistik/> (20. 11. 2020).

die einen Tag später in den Räumen der *Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung* organisiert wurde.²⁸

Anfang 2015 überschlugen sich die Ereignisse. So hat *Pegida* am 12. Januar 2015 ihre bislang größte Demonstration organisiert, um am 18. Januar 2015 und damit nur wenige Tage später von den Sicherheitsbehörden zu erfahren, dass man die Aufmerksamkeit islamistischer Terroristen auf sich gezogen habe. Gleichzeitig verwickelte sich das *Orga-Team* in einen Führungsstreit, der einen Bruch zur Folge hatte. Nach der Veröffentlichung der bereits erwähnten volksverhetzenden Aussagen Bachmanns am 19. Januar sowie seines Selfies mit „Hitlerbärtchen“ am 20. Januar 2015 trat *Pegidas* Frontmann zwar zunächst von seinen Ämtern bei *Pegida* zurück. Bald darauf trat er jedoch vom Rücktritt zurück.²⁹ Deshalb und wegen der Uneinigkeit über die Positionierung gegenüber der *AfD* verließen am 28. Januar 2015 Kathrin Oertel und mit ihr René Jahn, Frank Ingo Friedemann, Bernd Volker Linke sowie Thomas Tallacker das *Orga-Team*. Der von den Aussteigern gegründete Verein *Direkte Demokratie für Europa* floppte, während *Pegida* bis heute hunderte und manchmal sogar tausende Menschen zu den „Mon-

²⁸ Vgl. Jan Heidtmann, Einer, der an die Macht des Wortes glaubt, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 21. 01. 2015, <https://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-nach-pegida-pressekonferenz-einer-der-an-die-macht-des-wortes-glaubt-1.2312486> (13. 07. 2020)

²⁹ Vgl. Fabian Schröder, Bachmann tritt zurück vom Rücktritt, in: *Sächsische Zeitung* vom 23. 02. 2015, <https://www.saechsische.de/bachmann-tritt-zurueck-vom-ruecktritt-3044045.html> (20. 11. 2020).



Popularität des Suchbegriffs Pegida (Grafik 11); mit 100 Prozent markiert der Januar 2015 den Höchstwert der Google-Suchen; Quelle: <https://trends.google.com/trends/explore?date=2014-10-01%202020-07-01&q=Pegida> (13. 07. 2020).

tagsspaziergängen“ mobilisiert. Allerdings ist es auch um *Pegida* zunehmend stiller geworden. Ein stichhaltiges Indiz für das sinkende Interesse an dem Demonstrationsgeschehen in der sächsischen Landeshauptstadt stellt die Popularität des Suchbegriffs *Pegida* bei Google dar.

Wie die Grafik 11 zeigt, ist der absolute Höhepunkt für die Google-Suche nach *Pegida* im Januar 2015 zu verzeichnen. Alle anderen abgebildeten Werte sind in Relation zu diesem Höchstwert gesetzt, da Google keine absoluten Zahlen veröffentlicht. Dabei ist der Trend eindeutig: Während im Oktober und November 2014 das Suchaufkommen nur zwischen ein und zwei Prozent des Werts vom Januar 2015 ausmachte, lag dieser Wert im Dezember 2014 bereits bei 46 Prozent. Nach dem Peak Anfang 2015 sanken die Suchanfragen nach *Pegida* dramatisch ab. Die Kurve zeigt, dass es seitdem nur zwei nennenswerte Ausschläge nach oben gab: zum ersten Geburtstag *Pegidas* im Oktober 2015 und im Januar wie Februar 2016, als *Pegida* um Internationalisierung bemüht war. Danach liegen die Werte bei höchstens fünf, seit Ende 2018 nur noch bei einem Prozent. *Pegida* kann also nur noch selten nennenswert Aufmerksamkeit generieren, auch wenn die fremdenfeindlichen Proteste in den Medien hin und wieder diskutiert werden. Eine Auswahl solcher Fälle soll im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Tatjana Festerling und die Oberbürgermeisterwahl in Dresden

Kurz nach dem Bruch im *Orga-Team* konnte *Pegida* eine neue Frontfrau gewinnen. Tatjana Festerling musste, obschon sie Mitbegründerin des Hamburger Landesverbands der *AfD* war, die Rechtsaußen-Partei aufgrund ihrer Sympathie für und ihrer Teilnahme an gewalttätigen *HoGeSa*-Protesten verlassen.³⁰ Daraufhin avancierte sie für etwas mehr als ein Jahr (Anfang 2015 bis Mitte 2016) zu der – neben Lutz Bachmann – zentralen Figur *Pegidas*. Sie war in Dresden nicht nur eine der wichtigsten Rednerinnen, die durch eigene Ansprachen, aber vor allem auch über das Einladen externer Gäste für eine rhetorische Verschärfung sorgte.³¹ Das wohl bekannteste Beispiel hierfür war Akif Pirinçis Rede anlässlich des einjährigen Jubiläums *Pegidas*, in der er u. a. dem später von einem Rechtsextremisten ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke nicht nur die Ausreise empfahl, sondern gleich im Anschluss unter dem Beifall der Demonstrierenden auch meinte: „Es gäbe natürlich auch andere Alternativen. Aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb.“³² Während ihrer Zeit bei *Pegida* wurde Festerling selbst mehrfach wegen Volksverhetzung, Verleumdung, Beleidigung und der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten angezeigt. Verurteilt wurde sie in drei Fällen zu 120 Tagesstrafen zu je 25 Euro und damit inklusive der Verfahrensgebühren zu einer Gesamtstrafe von 3.073,50 Euro. Dabei ging es um eine Rede bei *Pegida*, in der sie unter anderem behauptete, „die muslimischen Wurfmaschinen gebären auf Teufel komm raus“, sowie um einen Tweet über Migranten, in dem es hieß: „Schießen! Draufhalten, was sonst?“³³ Festerling hat das Urteil auf ihrer Internetseite als „willkürlich und rein politisch motiviert“ bezeichnet und festgehalten, dass sie den Betrag nicht zahlen könne und ihre Follower bei *Facebook* aufgefordert, jeweils kleine Beträge zu spenden.³⁴

Festerling wurde zudem am 6. April 2015 offiziell zu *Pegidas* Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl in Dresden erklärt. Trotz ihrer Außenseiterrolle konnte sie mit 21.311 Stim-

³⁰ Das lose Netzwerk *Hooligans gegen Salafisten* wurde durch gewalttätige Ausschreitungen während einer Demonstration in Köln im Jahr 2014 bekannt. Vgl. Patrick Gensing, *HoGeSa – Wie Hooligans rechte Brücken schlagen*, in: Dossier Rechtsextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung vom 21.01.2015, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/199362/hogesa-wie-hooligans-rechte-bruecken-schlagen> (20.11.2020). Auch Däbritz wurde noch vor der Gründung *Pegidas* bei *HoGeSa*-Veranstaltungen gesichtet und nahm regelmäßig an deren Protesten teil.

³¹ Vgl. Lukas Del Giudice / Nick Ebner / Lea Knopf / Max Weber, Was sagt Pegida? Eine Analyse von Reden in Dresden, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* a. a. O., S. 101 – 126.

³² Zit. nach Martin Niewendick, *Rassistische Rhetorik. Warum die Rede von Akif Pirincci so widerwärtig war*, in: *Der Tagesspiegel* vom 21. 10. 2015, <https://www.tagesspiegel.de/politik/rassistische-rhetorik-warum-die-rede-von-akif-pirincci-so-widerwaertig-war/12479374.html> (20. 11. 2020).

³³ Tatjana Festerling, *Ehemalige Pegida-Frontfrau soll 120 Tage Haft antreten*, in: *FAZ.net* vom 29. 03. 2018, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/tatjana-festerling-ehemalige-pegida-frontfrau-soll-ins-gefaengnis-15518379.html> (20. 11. 2020).

³⁴ Vgl. Tatjana Festerling, *Transkript zum Videobeitrag „Tatjana Festerling: 120 Tage Gefängnis!“*, in: http://www.tatjanafesterling.de/archiv_2018.03.php vom 27. 03. 2018. (20. 11. 2020).

men beachtliche 9,6 Prozent der Dresdner von sich überzeugen.³⁵ Doch letztlich kam es auch zu einem Bruch zwischen Bachmann und Festerling, die seit April 2016 nicht mehr bei *Pegida* aufgetreten ist und im Juni 2016 kurzerhand aus dem *Pegida Förderverein e. V.* ausgeschlossen wurde. In einer öffentlich geführten Auseinandersetzung machten sich Festerling und Bachmann wechselseitig eine ganze Reihe von Vorwürfen. Es ging dabei um den Umgang mit der *AfD* und der *Neuen Rechten*, um den Vorwurf der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, um finanzielle Mauscheleien und fehlende Absprachen sowie um die Preisgabe privaten, diskreditierenden Materials.³⁶

Bemühungen um die Internationalisierung Pegidas

Festerling war auch wesentliche Triebkraft des Versuchs, *Pegida* zu internationalisieren. Exemplarisch stehen hierfür die geladenen Sprecher. Hatte im Dezember 2014 die Mehrheit des damaligen *Orga-Teams* gegen einen Auftritt von Geert Wilders gestimmt, „um sich nicht so weit rechts außen“ zu positionieren,³⁷ so war der niederländische Rechtspopulist am 13. April 2015 und damit kurz nach dem Einstieg Festerlings *Pegidas* Stargast. Im Oktober 2015, zum ersten Geburtstag *Pegidas*, war bereits eine ganze Reihe von Rednern der äußersten Rechten aus dem Ausland präsent bzw. per Videobotschaft zugeschaltet: Marek Černoš, der damalige Fraktionsvorsitzende der tschechischen Rechtsaußen-Partei *Úsvit – Národní Koalice* (*Morgendämmerung – Nationale Koalition*), Vincenzo Sofo von der italienischen rechtsradikalen Partei *Lega Nord*, Tommy Robinson, Gründer der rechtsextremen *English Defence League*, sowie eine gewisse Alicja,³⁸ die den nicht wirklich existenten *Pegida*-Ableger in Polen repräsentierte.³⁹

Pegida lud aber nicht nur Akteure der europäischen äußersten Rechten ein, sondern versuchte auch eine internationale Plattform Gleichgesinnter zu initiieren. Am 23. Januar 2016 unterzeichneten *Pegida*-Repräsentanten in Prag gemeinsam mit Vertretern aus Österreich,

³⁵ Vgl. Pegida-Kandidatin Festerling zieht sich zurück, in: FAZ.net vom 08.06.2015, <https://www.faz.net/aktuell/politik/Pegida-kandidatin-festerling-zieht-sich-bei-oberbuergemeisterwahl-in-dresden-zurueck-13636648.html> (08.11.2020).

³⁶ Vgl. Simon Lohse, Offener Streit bei Pegida: Zwischen Bachmann und Festerling fliegen die Fetzen, in: Dresdner Neueste Nachrichten vom 16.06.2016, <https://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Offener-Streit-bei-Pegida-Zwischen-Bachmann-und-Festerling-fliegen-die-Fetzen> (20.11.2020). Zu den gegenseitigen Vorwürfen persönlicher Art vgl. Anzeigen, Beleidigungen, zerstörte Handys und Rachepornos: Vielleicht kommt heute endlich der Pegida-Porno, in: Vice vom 01.01.2017, <https://www.vice.com/de/article/4xwz7m/anzeigen-beleidigungen-zerstorte-handys-und-rachepornos-vielleicht-kommt-heute-endlich-der-pegida-porno> (20.11.2020).

³⁷ Vgl. Martin Machowecz, Es wird böse. Geert Wilders Besuch beweist: Pegida sucht sein Heil nun darin, eine europaweit vernetzte nationalistische Bewegung zu werden, in: Zeit vom 09.04.2015, S. 10.

³⁸ Details sind über diese Person nicht bekannt. Sie wurde nur mit diesem Vornamen auf Pegida vorgestellt und wird so auf den relevanten Seiten geführt.

³⁹ Vgl. Antifa Recherche Team Dresden, Pegida, a. a. O., S. 49.

Italien, den Niederlanden, Tschechien, der Slowakei, Estland, Polen und Bulgarien die sogenannte *Prager Erklärung*. In dem Dokument heißt es, dass man bereit sei, „vielleicht auch unser Leben“ zu riskieren und „uns gegen den politischen Islam, gegen extreme, islamische Regime und ihre europäischen Helfer zu stellen“.⁴⁰ Beendet wurde diese Erklärung mit der Verpflichtung, „am 06. Februar 2016 in vielen europäischen Städten“ gleichzeitig eine gemeinsame Demonstration zu organisieren. Andere Pläne wurden nicht beschlossen und so kam es nur zu dieser einen gemeinsamen Aktion, dem *Fortress Europe*-Tag. Am 6. Februar 2016 wurde zwar nicht nur in Dresden, sondern auch in Prag, Warschau, Dublin, Amsterdam, Birmingham oder dem australischen Canberra demonstriert. Jedoch konnte ausschließlich in der Landeshauptstadt Sachsens nennenswert mobilisiert werden, wo sich 9.200 Protestierende versammelten: Eine Zahl, die von *Pegida* seither nicht mehr erreicht wurde. In Prag kamen 1.500 Personen zusammen, in den anderen Städten waren es höchstens mehrere hundert Teilnehmer. Im polnischen Wrocław wurde die Demonstration sogar kurzfristig abgesagt, weil polnische Nationalisten nicht bereit waren, gemeinsam mit und unter dem Banner der äußersten Rechten aus Deutschland zu demonstrieren.⁴¹ Das Vorhaben der Internationalisierung scheiterte damit genauso wie der frühere Versuch, *Pegida*-Ableger in Deutschland zu initiieren.

Pegidas stetiger Niedergang zum lokalen Kuriosum

Seit dem *Fortress Europe*-Tag verlor *Pegida* kontinuierlich an Zulauf. Bis Ende 2016 nahmen allerdings weiterhin zwischen 2.000 bis knapp 4.000 Personen an den wöchentlichen Veranstaltungen teil (siehe Grafik 10). Der negative Trend verstetigte sich jedoch. Mittlerweile demonstriert *Pegida* pandemiebedingt unregelmäßig und es kommen nur noch selten mehrere hundert Teilnehmer zusammen. Selbst zu besonderen Anlässen, wie den Geburtstagen *Pegidas*, wird die Mobilisierung immer schwieriger. Versammelten sich im Oktober 2019 noch rund 2.000 Anhänger zur „Geburtstagsfeier“, so wurde 2020 eine Demonstration anlässlich des Gründungsjubiläums sogar ganz abgesagt. Damit wurde *Pegida* spätestens nach 2016 zu einem Phänomen mit nur noch lokaler Bedeutung, das lediglich aufgrund besonderer Vorkommnisse über die sächsische Landeshauptstadt hinweg diskutiert wird – etwa im Zuge der schockierenden Nachricht über den Bombenanschlag eines *Pegida*-Redners auf eine Dresdner Moschee. Der Täter Nino K. wurde im Juli 2019 rechtskräftig in letzter Instanz wegen versuchten Mordes, Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion und wegen versuchter besonders schwerer Brandstiftung zu einer Gefängnisstrafe von neun Jahren und acht Monaten verur-

⁴⁰ „PRAGER ERKLÄRUNG“ der Gruppe „Festung Europa“, <http://www.dresden-lexikon.de/Politik/Prager-Erklaerung.pdf> (08. 11. 2020).

⁴¹ Vgl. Elżbieta Stasik, PEGIDA Poland: 'Muslims are not part of our culture', in: Deutsche Welle vom 07. 02. 2016, <https://www.dw.com/en/Pegida-poland-muslims-are-not-part-of-our-culture/a-19031699> (08. 11. 2020).

teilt.⁴² Daneben gibt es sonderbare wie besorgniserregende Ereignisse, über die in überregionalen Medien berichtet wird. Zu dieser Kategorie gehört der unter dem Hashtag *#Pegizei* bekannt gewordene Zwischenfall auf der *Pegida*-Veranstaltung vom 16. August 2018. Es handelte sich um eine Donnerstagsveranstaltung, die aufgrund des Besuchs der Bundeskanzlerin in Dresden so gelegt wurde. Hier behinderten zwei *Pegida*-Demonstranten ein Reporterteam von *Frontal21* (ZDF) bei seiner Arbeit, indem sie eine (unbegründete) Strafanzeige wegen der Verletzung der Persönlichkeitsrechte und wegen Beleidigung stellten. Bei den beiden Störern handelte es sich um den Organisator der rechtsextremen Proteste von Freital sowie um einen Mitarbeiter des *Landeskriminalamtes Sachsen* (LKA). Die herbeigerufene Polizei nahm zweifach (insgesamt 45 Minuten lang) die Personalien der Reporter auf, anstatt zu gewährleisten, dass die Journalisten ungestört ihrer Arbeit nachgehen konnten. Da einer der beiden Aggressoren beim LKA angestellt war, drängte sich manchen Beobachtern der Eindruck auf, dass sächsische Polizisten mit *Pegida* sympathisieren. Dadurch entstand auch das Schachtelwort aus *Pegida* und Polizei: *Pegizei*. Der gesamte Vorgang wurde vor dem Hintergrund regelmäßiger gewalttätiger Übergriffe von *Pegidas* Teilnehmern auf Journalisten international als ein weiterer besorgniserregender Eingriff in die Pressefreiheit gesehen.⁴³

Ein weiteres Thema, das im Kontext *Pegidas* regelmäßig diskutiert wird, ist das von Beginn an komplizierte Verhältnis zwischen *Pegida* und der *AfD*. Trotz der inhaltlichen Nähe und trotz der großen Überschneidung in der Anhängerschaft von Partei und Bewegung ist diese Beziehung bis heute schwierig.⁴⁴ Der Bruch im Gründungsteam von *Pegida* (Januar 2015) ging auch auf persönliche Animositäten zurück, als die damalige Vorsitzende der sächsischen *AfD*, Frauke Petry, versuchte, Bachmann aus dem Führungskreis *Pegidas* zu drängen.⁴⁵ Dieses Verhältnis blieb auch nach der Aufnahme der *AfD*-Aussteigerin Festerling in die Führungsriege *Pegidas* distanziert. Insgesamt gestalteten sich die Annäherungsversuche lange vorsichtig und waren von Rückschlägen geprägt. Dafür steht etwa der erfolglose *AfD*-Mitgliedsantrag von Däbritz und sein ebenso erfolgloses Bemühen, für die *AfD* bei den Bundestagswahlen 2017 im Wahlkreis Meißen anzutreten. Neue Gelegenheiten eröffneten hier die fortschreitende Radikalisierung der Partei und die Proteste, die im Nachgang des Tötungsdelikts am Rande des Chemnitzer Stadtfestes entbrannten und Ende August 2018 in rassistischen Ausschreitungen mündeten. Im Sog der gewalttätigen Demonstrationen organisierten die *AfD*-Landesverbände Sachsens, Thüringens und Brandenburgs gemeinsam mit *Pegida* am

⁴² Vgl. Bundesgerichtshof bestätigt Haftstrafe für Moschee-Bomber, in: MDR Sachsen vom 24. 07. 2019, <https://www.mdr.de/sachsen/dresden/dresden-radebeul/bgh-moscheebomber-dresden-100.html> (30. 04. 2020).

⁴³ Vgl. Matthias Meisner / Jost Müller-Neuhof / Frank Jansen, Ist in Sachsen die *#Pegizei* im Einsatz?, in: Der Tagesspiegel vom 23. 08. 2018, <https://www.tagesspiegel.de/politik/Pegida-anhaenger-ist-lka-mitarbeiter-ist-in-sachsen-die-pegizei-im-einsatz/22943578.html> (20. 11. 2020).

⁴⁴ Vgl. Maik Herold / Steven Schäller, *Pegida* und die *AfD*: zwischen Konvergenz, Konkurrenz und Kooperation, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?* a. a. O., S. 127 – 154.

⁴⁵ Vgl. Lutz Bachmann tritt zurück, in: Sächsische Zeitung vom 21. 01. 2015, <https://www.saechsische.de/lutz-bachmann-tritt-zurueck-3020065.html> (20. 11. 2020).

1. September 2018 einen „Schweigemarsch“. Fotos, auf denen die rechtsextremen *AfD*-Landesvorsitzenden Björn Höcke (Thüringen) und Andreas Kalbitz (Brandenburg) gemeinsam mit Lutz Bachmann den Demonstrationzug anführten, verbreiteten sich rasant. Dabei handelte es sich um die erste und bislang einzige gemeinsam organisierte Demonstration der *AfD* mit *Pegida*.

Doch die Kooperation trug Früchte: So hielt Björn Höcke am 19. Februar 2019 – und damit nur ein halbes Jahr später – anlässlich der 200. Demonstration *Pegidas* eine 40-minütige Rede in Dresden. Vor dem Hintergrund der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen, bei der sich Thomas Kemmerich von der *FDP* mit den Stimmen der *AfD* gegen Bodo Ramelow (*Die Linke*) durchgesetzt hatte, beklagte der Vorsitzende der Thüringer *AfD* ein (angebliches) Demokratiedefizit in Deutschland. Den Höhepunkt stellte sein verbaler Angriff auf Bundeskanzlerin Angela Merkel dar, der Höcke einen Putschversuch vorwarf, weil sie die Wahl Kemmerichs rückgängig gemacht haben wollte.⁴⁶ Gefeierte von frenetischen „Höcke“- und „Widerstand“-Rufen von etwa 4.000 Demonstrierenden, verkündete Höcke, dass die Thüringer *AfD*-Fraktion Merkel deshalb angezeigt habe.

In den letzten Jahren traten auch Höckes sächsische Parteifreunde regelmäßig bei *Pegida* als Redner auf. Bei der ersten Demonstration nach dem COVID-19-bedingten Lockdown am 18. Mai 2020 – und damit nur wenige Tage nach der Entscheidung über den Entzug der Parteimitgliedschaft von Andreas Kalbitz – sprach beispielsweise der *AfD*-Bundestagsabgeordnete Jens Maier, der nicht nur für sein Lob der *NPD*⁴⁷ sowie sein öffentlich geäußertes Verständnis für den rechtsextremen Terroristen und 77-fachen Mörder Anders Behring Breivik bekannt wurde.⁴⁸ Maier war es, der als Richter des Landgerichts Dresden dem Politikwissenschaftler Steffen Kailitz auf Antrag der *NPD* per einstweiliger Verfügung verboten hatte, der Partei nachzusagen, diese würde rassistische Staatsverbrechen planen.⁴⁹ In seiner Rede bei *Pegida* bekundete Maier, der bis zu dessen formaler Auflösung „Landesobmann“ des rechtsextremen *Flügels* in Sachsen war, Solidarität mit Andreas Kalbitz. Auf der darauffolgenden Demonstration machte Bachmann öffentlich, dass er einen Mitgliedsantrag bei der *AfD* gestellt hatte. Durch diesen Schulterschluss mit Protagonisten des *Flügels* bezog Bachmann klar Position mit Blick auf den internen Machtkampf der *AfD*, dessen Ausgang noch offen ist.

⁴⁶ Vgl. Die Rede von Björn Höcke bei PEGIDA am 17. 02. 2020 in Dresden. Auf YouTube hochgeladen am 19. 02. 2020, <https://youtu.be/Qm-83CdMkrs> (27:39). (20. 11. 2020).

⁴⁷ Vgl. Sven Eichstädt, Dresdner Richter preist öffentlich die *NPD* und Höcke, in: Die Welt vom 19. 01. 2017, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article161318995/Dresdner-Richter-preist-oeffentlich-die-NPD-und-Hoecke.html> (20. 11. 2020).

⁴⁸ Vgl. Matthias Meisner, AfD-Politiker äußert Verständnis für Rechtsterrorist Anders Breivik, in: Der Tagesspiegel vom 21. 04. 2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/jens-maier-aus-sachsen-afd-politiker-aeußert-verstaendnis-fuer-rechtsterrorist-anders-breivik/19698996.html> (20. 11. 2020).

⁴⁹ Vgl. Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), 19. 05. 2016, <https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Rundbriefe/2016-05-19%20DVPW-Stellungnahme%20zu%20Kailitz.pdf> (08. 11. 20).



Offene Rechtsextremisten auf dem ersten Geburtstag Pegidas (19. Oktober 2015); Quelle: Piotr Kocyba.

Rechtsextreme Einstellungen unter Pegidas Teilnehmern

Wie aber ist die Frage nach der weltanschaulichen Verortung der Teilnehmer der „Spaziergänge“ zu beantworten? Nach den bisherigen Darstellungen erscheint relativ offensichtlich, dass es sich bei Personen, die Lutz Bachmanns Aufruf zum Protest folgen und sich an den fremdenfeindlichen Veranstaltungen beteiligen, entgegen anderen Behauptungen nicht in der Mehrheit um „gutwillige, doch besorgte Bürger“⁵⁰ handeln kann. Das belegen auch Befragungsdaten, die am 12. Januar 2015 und damit auf der größten Demonstration *Pegidas* gesammelt wurden.⁵¹ Hiernach verfügen zwar „lediglich“ 9,3 Prozent der Befragten über ein manifest rechtsextremes Weltbild.⁵² Ein solcher Wert wirkt jedoch nur auf den ersten Blick wie eine Entwarnung. Und das aus mehreren Gründen:

⁵⁰ Werner J. Patzelt in Zusammenarbeit mit Philipp Buchallik, Stefan Scharf und Clemens Pleul, Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstrationen am 25. Januar 2015. Ein Forschungsbericht, Dresden 2015, S. 27.

⁵¹ Vgl. Piotr Kocyba, Pegida: Ausdruck rechtsextremen Protests?, in: Backes und Kailitz (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, a. a. O., S. 86.

⁵² Zu der Berechnung und den methodischen Implikationen vgl. ebd., S. 95.

- (1) Der Anteil von Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild ist unter den Demonstranten *Pegidas* mit knapp zehn Prozent weit höher als im Bundesdurchschnitt der entsprechenden Leipziger Mitte-Studie, bei der dieser Wert 2014 bei 5,6 Prozent lag.⁵³ Und er ist beinahe viermal so hoch wie in der Bielefelder Mitte-Studie, der zufolge in demselben Jahr nur 2,4 Prozent der Gesamtbevölkerung eine rechtsextreme Einstellung aufwiesen.⁵⁴
- (2) Die Quote der Demonstrierenden, die sich an einer Befragung nicht beteiligen wollten, ist bei *Pegida* besonders hoch. Bis zu zwei Drittel der in Dresden angesprochenen *Pegida*-Teilnehmer wollten keinen Fragebogen annehmen.⁵⁵ Über die große Mehrheit der Demonstranten können also keine fundierten Aussagen getroffen werden – mit einer Ausnahme: Wird die Beobachtung berücksichtigt, wonach vor allem offensichtlich rechtsextreme Protestierende teilweise aggressiv die Teilnahme an einer Befragung verweigerten, ist der Rückschluss plausibel, dass der Anteil gewaltbereiter Rechtsextremisten wesentlich höher sein dürfte, als es die Daten suggerieren.⁵⁶ Solche Personen waren aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes leicht zu identifizieren und nicht zu übersehen.
- (3) Es gibt stichhaltige Hinweise darauf, dass die sogenannte soziale Erwünschtheit bei den *Pegida*-Befragungen eine herausragende Rolle gespielt hat, weil *Pegidas* Anhänger sich durch ein (angeblich) ungerechtfertigtes mediales Bild gekränkt fühlten. So wurde auf bestimmte Fragen – etwa zum Chauvinismus oder zur Ausländerfeindlichkeit – teilweise doppelt so häufig mit der ausweichenden Kategorie „teils / teils“ als im Bundesdurchschnitt geantwortet. Eine xenophobe Einstellung wird dann aber bei Fragen erkennbar, bei denen sich die Demonstranten im Konsens mit der Mehrheit der Deutschen wähen. Knapp 100 Prozent der Befragten und damit doppelt so viele wie in der Gesamtbevölkerung lehnen Kopftücher bei Lehrerinnen und öffentlich sichtbare Minarette ab.⁵⁷
- (4) Aufschlussreich erscheint auch, dass keine der Parteien aus dem demokratischen Spektrum laut der unter den Anhängern *Pegidas* gestellten Sonntagsfrage die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen hätte. Mit knapp 90 Prozent erfreute sich die *AfD* der größten Zu-

⁵³ Vgl. Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler, Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Leipzig 2014, S. 42.

⁵⁴ Vgl. Andreas Zick / Anna Klein, Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Berlin 2014, S. 46.

⁵⁵ Zum Vergleich: Bei den *Fridays-for-Future*-Protesten haben im Schnitt bei mehreren Befragungswellen in verschiedenen Städten und Ländern nur fünf Prozent eine Beteiligung an einer Befragung verneint. Vgl. Mattias Wahlström / Piotr Kocyba / Michiel De Vydt / Joost de Moor, Protest for a Future: Composition, Mobilization and Motives of the Participants in Fridays for Future Climate Protests on 15 March, 2019 in 13 European Cities, 2020, <https://osf.io/m7awb/> (08. 11. 20).

⁵⁶ Vgl. Piotr Kocyba, Wieso PEGIDA, a. a. O., S. 152.

⁵⁷ Vgl. Piotr Kocyba, Pegida: Ausdruck rechtsextremen Protests?, a. a. O., S. 90.

stimmung unter den befragten Demonstranten. Die *NPD* hätte mit fünf Prozent die einzige Oppositionspartei gestellt.⁵⁸

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Unterstützer *Pegidas* im Januar 2015 keineswegs alle rechtsextrem waren. Das wäre auch bei einer Teilnehmerzahl von 17.000 bis 25.000 Demonstranten nicht zu erwarten. Und dennoch: Der Anteil von Personen mit einem rechtsextremen oder islamfeindlichen Weltbild wie auch der Wähler der *AfD* war unter den Teilnehmern *Pegidas* überdurchschnittlich hoch. Mögen also nicht alle Demonstrierenden eindeutig rechtsextreme Einstellungen haben, so ist doch die Tendenz eindeutig. Darüber hinaus gilt in der Forschung eine Person als Teil einer entsprechenden (hier rechtsextremen) Bewegung, sobald sie in ein Kommunikations- und Aktionsnetz eingebunden und gelegentlich an Protesthandlungen beteiligt ist.⁵⁹

Fazit – über die Verortung *Pegidas*

Pegida hat von einer in Teilen der Bevölkerung Sachsens schon länger schwelenden asylfeindlichen Stimmung profitiert. Davon zeugen etwa die Proteste von Schneeberg oder auch die Erfahrungen, welche die *Sächsische Landeszentrale für politische Bildung* in ihrem *K!D*-Projekt gesammelt hat. Als Graswurzelinitiative von Personen, die sich zuvor mehrheitlich nicht im rechtsextremen Spektrum engagierten, konnte *Pegida* die deutsche wie auch internationale Öffentlichkeit überraschen und wegen der offenen Zurschaustellung rassistischen Gedankenguts aufschrecken. Dabei illustrieren die Lebensläufe der Initiatoren und Organisatoren *Pegidas*, dass die Bewegung kaum dem „ganz normalen Volk“ zuzurechnen ist. Dafür sprechen beispielsweise die Kooperationspartner im In- und Ausland. In der Bundesrepublik ist nicht an organisierte Neonazis zu denken – vielmehr sind es aktuell Vertreter des rechtsextremen Teils der *AfD*, der sich bis vor kurzem im *Flügel* konzentrierte. *Pegida* hat sich im Mai 2020 sogar in dem parteiinternen Machtkampf der *AfD* offen auf die Seite von Andreas Kalbitz, einem der prominentesten Vertreter der rechtsextremen Strömung in der Partei, gestellt. Aber auch die Partner im Ausland repräsentieren Parteien oder Bewegungen der äußersten Rechten. Ein plakatives Beispiel ist die rechtsextreme *English Defence League*. Gepaart mit den regelmäßigen Verurteilungen wegen volksverhetzender Äußerungen der Organisatoren sowie Gastredner, kann *Pegida* als Organisation durchaus dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet wer-

⁵⁸ Vgl. Priska Daphi et al., *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida*, Berlin 2015, S. 22.

⁵⁹ Vgl. Dieter Rucht, *Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung*, in: Thomas Grumke / Bernd Wagner (Hrsg.), *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*, Opladen 2002, S. 81.

den. Insofern überrascht es nicht, dass auch *Pegidas* Anhänger in der Tendenz wesentlich häufiger über rechtsextreme Einstellungen verfügen als der Bundesdurchschnitt.

Corona-Proteste in Sachsen

Isabelle-Christine Panreck

Krise globalen Ausmaßes – mit spürbaren Konsequenzen für den Alltag der Einzelnen

Das Covid-19-Virus ist mehr als eine medizinische Herausforderung. Mit Wucht rückt seine globale Verbreitung das Spannungsverhältnis von staatlichen Schutzvorkehrungen in Zeiten der Pandemie und der Garantie von Grundfreiheiten ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Mithin greifen die Maßnahmen im Feld des Infektionsschutzes tief in den Alltag der Einzelnen ein – das Ausmaß der Beschränkungen variiert. Eine einheitliche Linie der EU-Mitgliedsstaaten gibt es nicht. Selbst innerhalb der Nationalstaaten offenbart sich bisweilen ein „Flickenteppich“ – etwa in Deutschland, das nach der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur über eine vertikale Gewaltenteilung in Form des Föderalismus verfügt: Zum Schutz gegen Machtmissbrauch sind auch im Fall der tiefgreifenden Maßnahmen zum Kampf gegen die Pandemie die Länder federführend.

Das zähe Ringen von Bund und Ländern zieht sich bisher als Konstante durch die Pandemie. Die Maßnahmen finden dabei mehrheitlich die Zustimmung der Bevölkerung – selbst zur Zeit des Teil-Lockdowns im November 2020.¹ Freilich blieben die Beschränkungen nicht ohne Kritik, etwa aus den Branchen der Gastronomie und Kultur. Die Möglichkeit, gegen staatlich getroffene Maßnahmen im öffentlichen Raum zu protestieren, ist eine zentrale Beteiligungsform im demokratischen Verfassungsstaat.² Aber nicht alle, die das liberal-demokratische Recht auf Versammlungsfreiheit in Anspruch nehmen, teilen seine grundlegenden Versprechen der Freiheit und fundamentalen Menschengleichheit. Von Beginn der Krise an polemisierten Stimmen im digitalen und analogen Raum gegen staatliche Entscheidungen, bisweilen geschwängert von Feindbildkonstruktionen und verschwörungstheoretischen Narrativen. Vereinzelte Tweets unter dem Hashtag „Coronadiktatur“ lesen sich bereits am 19. März 2020. Ab April regte sich dann fundamentale Kritik am Infektionsschutz vermehrt auf den Straßen Deutschlands. Es entwickelte sich ein diffuses Geflecht an Protestakteuren, -zielen und -inhalten.

Dieser Beitrag zielt darauf ab, erste Blicke auf das noch unscharfe Bild von Pandemie, Protest und Verschwörungsnarrativen in Sachsen zu werfen. Auf eine Skizze des Protestge-

¹ Vgl. infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND Dezember 2020. Eine Studie im Auftrag der Tagesthemen, <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2433.pdf> (4. 12. 2020).

² Vgl. Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien*. Eine Einführung 2019, S. 447.

schehens folgen Überlegungen zur Frage, warum Krisen die Tendenz aufweisen, rechtspopulistischen und -extremistischen Kräften Rückenwind zu verleihen. Es schließen sich begriffliche Reflexionen zu „Verschwörungstheorien“ und ihrer Bedeutung für rechtsextremistische und rechtspopulistische Kräfte an. Das Fazit führt die Argumentation zusammen und plädiert für die kontinuierliche Verankerung von politischer Bildung in der Bevölkerung, um Verschwörungsglauben in Krisenzeiten den Nährboden zu entziehen.

Bühne: Protest in Zeiten von Corona

In liberal-demokratischen Systemen gehört der friedliche Protest zu den Grundpfeilern der Beteiligung breiter Bevölkerungsgruppen an der politischen Willensbildung. Das gilt selbst in Zeiten der Pandemie. Bisweilen erfolgen dabei jedoch staatliche Auflagen, etwa zur Begrenzung der Teilnehmerzahl oder zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes. Bereits im April 2020 machten Interessengruppen Gebrauch vom Versammlungsrecht, als etwa Hotels und Gaststätten in Sachsen mit der Aktion „Leere Stühle“ auf die prekäre wirtschaftliche Situation der Branche aufmerksam machten. Nach Schätzungen versammelten sich am 17. April 500 Personen in Dresden.³ Am 8. Mai bildeten rote Stühle ein Herz auf dem Dresdner Neumarkt. Am selben Tag mahnten unter dem Motto „Wir geben den Löffel ab“ 2.500 leere Stühle vor der Leipziger Oper auf dem Augustusplatz vor den tiefschürfenden Folgen des Lockdowns.⁴

Zugleich versammelten sich bereits im Zeitraum des ersten Lockdowns rechtsextremistische Kräfte, um aus Unmut über strikte Regelungen Profit zu schlagen: Vor dem Karl-Marx-Monument in Chemnitz demonstrierten am 20. April nach Schätzungen zeitweise 300 Anhänger von *Pro Chemnitz* – unter dem Banner „Wir wollen raus! Staatliche Willkür beenden“ –, obwohl die Höchstzahl zuvor gerichtlich auf 15 festgelegt worden war.⁵ Am 1. Mai hatte die *AfD* zu einer Kundgebung in Pirna aufgerufen.⁶ Für Schlagzeilen sorgen die nun bereits seit Monaten an Sonntagen stattfindenden Proteste entlang der B96 zwischen Zittau und Bautzen.

³ Vgl. Ines Mallek-Klein, Leere Stühle, leere Kassen, in: Sächsische Zeitung online vom 16. 4. 2020, <https://www.saechsische.de/plus/corona-gastronomie-sachsen-demo-landtag-freitag-dehoga-5194655.html> (7. 12. 2020).

⁴ Vgl. MDR, Gastronomen und Hoteliers geben symbolisch den Löffel ab, in: [mdr.de](https://www.mdr.de/sachsen/corona-gastronomen-proteste-fuer-weitere-hilfen-100.html) vom 8. 5. 2020, <https://www.mdr.de/sachsen/corona-gastronomen-proteste-fuer-weitere-hilfen-100.html> (7. 12. 2020).

⁵ Vgl. Verwaltungsgericht Chemnitz genehmigt Demo von Pro Chemnitz, in: Süddeutsche.de vom 20. 4. 2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-chemnitz-verwaltungsgericht-chemnitz-genehmigt-demo-von-pro-chemnitz-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200420-99-767492> (7. 12. 2020).

⁶ Vgl. Coronabedingt ruhiger 1. Mai in Sachsen, in: Dresdner Neueste Nachrichten vom 1. 5. 2020, <https://www.dnn.de/Region/Mitteldeutschland/Coronabedingt-ruhiger-1.-Mai-in-Sachsen> (7. 12. 2020).



„Querdenken“-Protest in Leipzig am 7. November 2020; Quelle: IMAGO / opokupix.

Unbeeindruckt von den hohen Fallzahlen im Herbst wurden Stimmen laut, welche die Gefahr durch die Corona-Pandemie leugneten und Verschwörungstheorien verbreiteten.⁷

Bisheriger Höhepunkt der Corona-Proteste in Sachsen ist die nach Schätzungen rund 20.000 Personen umfassende Versammlung am 7. November 2020 in Leipzig. Die von *Querdenken* angemeldete Veranstaltung – gerechnet worden war ursprünglich mit 16.000 Teilnehmenden – mündete teils in gewalttätigen Ausschreitungen.⁸ In dem äußerst diffusen Protestgeschehen versammelte sich eine Vielzahl heterogener Gruppen, Protestanliegen und -motivationen. Rechtsextremistischen Kräften gelang es schließlich, eine Polizeisperre zu durchbrechen und einen – zuvor untersagten – Protestzug über den Innenstadtring in Leipzig, kurz Ring genannt, zu veranstalten. Die Bilder von Gewalt, Pyrotechnik und Verletzten lösten öffentliches Entsetzen aus.⁹ Die Hinweise auf eine Verbindung von *Querdenken* und rechtsextremistischen Gruppierungen mehren sich. Zwar hatte sich *Querdenken*-Gründer Michael Ball-

⁷ Vgl. Julia Regis / Aiko Kempen, Hochburg der Verschwörungsmaythen, in: tagesschau.de vom 3. 12. 2020, <https://www.tagesschau.de/investigativ/monitor/corona-verschwoerungsmaythen-sachsen-101.html> (7. 12. 2020).

⁸ Vgl. Viel Kritik und Rücktrittsfordernngen nach Einsatztag in Leipzig. 8. November 2020, <https://www.mdr.de/sachsen/leipzig/corona-demonstration-querdenken-polizei-102.html> (7. 12. 2020).

⁹ Vgl. Entsetzen nach gewalttätigen Auseinandersetzungen in Leipzig. 8. November 2020, <https://www.mdr.de/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/corona-querdenken-gegendemonstrationen-100.html> (7. 12. 2020).

weg von der äußersten Rechten distanziert, allerdings wurden Verbindungen zwischen ihm, dem Kern der *Querdenken*-Bewegung und der Reichsbürgerszene öffentlich.¹⁰

Das heterogene Spektrum der *Reichsbürger* eint die Ablehnung der Existenz der Bundesrepublik – etwa gelten ihnen die Bundeskanzlerin und die Bundesminister nicht als rechtmäßige Spitze der Exekutive. Stattdessen rekurrieren sie auf das in ihrem Weltbild bestehende *Deutsche Reich*, zumeist in den Grenzen von 1937. Nach Jahrzehnten der unterschwelligen Entwicklung erhält das heterogene Akteursfeld seit 2004 verstärkt Zulauf. Seit 2009 treten *Selbstverwalter* hinzu, die anders als *Reichsbürger* keinen Anspruch auf eine eigene Regierung oder einen eigenen Staat erheben, sich aber an Ideologiefragmenten der älteren Strömungen bedienen. Diese weisen Überschneidungen mit rechtsextremistischen Positionen auf.¹¹ Im Jahr 2016 bewertete das *Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)* die *Reichsbürger* und *Selbstverwalter* als verfassungsfeindlich. Mit Blick auf die bundesweite Verteilung der Szeneangehörigen offenbart sich Sachsen als eine Schwerpunktregion – hinter Thüringen –, gemessen am Anteil pro 100.000 Einwohner.¹²

Inwieweit *Querdenken* zum Verdachtsfall des Verfassungsschutzes erklärt wird, ist derzeit Gegenstand einer maßgeblich von Thüringens Innenminister Georg Maier (*SPD*) initiierten Debatte.¹³ Als erstes Landesamt kündigte der baden-württembergische Verfassungsschutz die Beobachtung von *Querdenken 711* und seinen Ablegern im Land an, da die Gruppierungen personelle und ideologische Überschneidungen mit der Reichsbürgerszene aufwiesen und extremistische, verschwörungsideologische sowie antisemitische Positionen verträten. Die Behörde richtet ihre Maßnahmen dabei auf die Organisationsstrukturen der heterogenen Bewegung.¹⁴

Bereits seit Frühjahr 2020 hatten Verfassungsschutzbehörden vor einer Radikalisierung und Unterwanderung der Corona-Proteste durch demokratiefeindliche Kräfte gewarnt. So heißt es in den Halbjahresinformationen des bayerischen Landesamtes: „Durch die Verbreitung von Verschwörungsmythen wollen Rechtsextremisten auch bei Personengruppen Gehör finden, die bislang durch offen rassistische und fremdenfeindliche Agitation nicht ansprechbar waren. Sie nehmen die Pandemie zum Anlass, um mit Hilfe von Verschwörungsmythen das Vertrauen in die Regierung zu untergraben und Untergangsszenarien zu entwerfen, um

¹⁰ Vgl. Stefan Tomik / Rüdiger Soldt, Audienz bei König Peter I., in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. November 2020, S. 4.

¹¹ Vgl. Jan Freitag / Michael Hüllen / Yasemin Krüger, Entwicklung der Ideologie der Reichsbürger, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E&D), 29. Jg., Baden-Baden 2017, S. 159 – 165.

¹² Vgl. Anna-Maria Haase, „Reichsbürger und Selbstverwalter“ im Kontext politisch motivierter Gewalt in Sachsen, in: Uwe Backes / Steffen Kailitz (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen 2019, S. 273 – 298, S. 275 – 277.

¹³ Vgl. „Querdenker“ – ein Fall für den Verfassungsschutz?, in: Deutsche Welle vom 6. 12. 2020, <https://www.dw.com/de/querdenker-ein-fall-f%C3%BCr-den-verfassungsschutz/a-55836678> (7. 12. 2020).

¹⁴ Vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg, „Querdenken 711“ wird beobachtet, <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/querdenken-711-wird-beobachtet-1/> (10. 12. 2020).

so Zustimmung zu extremistischen Positionen zu erzeugen.“¹⁵ Bereits etablierte Erzählungen gehen dabei eine Liaison mit fundamentaler Opposition zu den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ein. Besonders vulnerable Gruppen, wie Asylbewerber, Migranten und Juden, geraten dabei in den Blick der Rechtsextremisten.¹⁶ Ein Beispiel ist die krude Idee des „Großen Austauschs“: Die „deutsche Bevölkerung“ soll demnach unbemerkt durch „Migranten“, manchmal allgemein „Fremde“ durchsetzt werden. Als „Drahtzieher“ gelten mal „außerirdische Reptiloiden“, das „Weltjudentum“, die Bundesregierung oder Bundeskanzlerin Angela Merkel.¹⁷ Irrsinnige Verschwörungstheorien werden zudem über Bill Gates verbreitet, der über die Manipulation eines Impfstoffes gegen Covid-19 die Weltherrschaft anstrebe.¹⁸ Die Pandemie sorgte überdies – besonders unter *Querdenkern*,¹⁹ aber auch darüber hinaus – für die Präsenz der bereits seit Längerem in den USA verbreiteten *QAnon*-Erzählung: An der Spitze des „tiefen Staates“ stünden liberale Eliten, die Pädophile seien, Kinder missbrauchen und ermorden würden, um ihr Blut zu trinken. Nicht nur weist die Erzählung antisemitische Motive auf, auch werden als Verschwörer wiederholt Juden – George Soros oder die Rothschilds – genannt.²⁰

In Sachsen warnte das *Landesamt für Verfassungsschutz* bereits am 28. Mai 2020 vor dem Versuch rechtsextremistischer Akteure, sich die Pandemie zunutze zu machen. Genannt wurden u. a. der *Der Dritte Weg* in Plauen sowie die bereits erwähnte Gruppe *Pro Chemnitz*. Die Behörde weist auf Versuche hin, antimuslimische Stereotype zu verbreiten, wenn etwa Musliminnen und Muslime über Ramadan-Feiern als treibende Kräfte des Infektionsgeschehens stilisiert würden. Überdies profitierten die Gruppen von der Existenz der seit 2015 in Sachsen bestehenden rechtsextremistischen Netzwerke.²¹ In der Tat erinnerte der Demonstrationzug über den Leipziger Ring am 7. November – einige Beteiligte beriefen sich auf die Tradition der 1989er-Proteste – an die 2014/15 in Dresden erstarkte *Pegida*-Bewegung, an deren „Spazier-

¹⁵ Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Verfassungsschutzinformationen Bayern. 1. Halbjahr 2020, https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/halbjahresinformationen_2020.pdf (7. 12. 2020), S. 2.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Vgl. Wolf-Andreas Liebert / Stefan Dünker / Jonas Glitz / Eva Heuft / Mathias Linn / Lanxin Liu / Suzana Ramaj / Charlotte Roggenbuck, Glossar: Extremistische Sinnformeln, in: Brahim Ben Slama / Uwe Kemmesies (Hrsg.), Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, Wiesbaden 2020, S. 185.

¹⁸ Vgl. Jürgen Körner, Über Verschwörungstheorien und ihre Anhänger, in: Forum der Psychoanalyse, 36. Jg. (2020), S. 384.

¹⁹ Vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg, „Querdenken 711“ wird beobachtet, a. a. O.

²⁰ Vgl. Michael Butter, Antisemitische Verschwörungstheorien in Geschichte und Gegenwart, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 26. 11. 2020, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/321665/antisemitische-verschwörungstheorien> (7. 12. 2020).

²¹ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 28. 05. 2020 – Extremisten nutzen Coronalage für ihre Interessen, <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/2250.htm> (7. 12. 2020).

gängen“ bis zu 25.000 Personen teilnahmen.²² Auch damals sorgten Verweise auf die Friedliche Revolution und Sprechchöre von „Wir sind das Volk“ für herbe Kritik in der breiten Öffentlichkeit.²³

Gelegenheitsfenster: Krisen als Motor demokratieaushöhlender Kräfte?

Die Corona-Pandemie ist ein Gelegenheitsfenster für rechtsextremistische und -populistische Kräfte. Das unübersichtliche Protestgeschehen, aber auch die stetige Debatte um angemessene staatliche Reaktionen sowie die daraus resultierende Angst und Unsicherheit scheinen Brücken aus digitalen oder analogen Echokammern heraus in die breite Öffentlichkeit zu bauen. Profitieren demokratieaushöhlende Kräfte von Krisen oder zumindest von der Wahrnehmung einer Situation als Krise?

Wer auf die vergangene Dekade zurückblickt, erkennt das Potenzial von Krisen für rechtspopulistische und -extremistische Akteure.²⁴ Eingeleitet wurde das zweite Jahrzehnt im neuen Jahrtausend mit der Euro- und Staatsverschuldungskrise ab 2009. Aus Protest gegen die Reaktionen der Europäischen Union, besonders die alltagssprachlich als „Griechenland-“ und „Bankenrettung“ bezeichneten Hilfspakete, gründete sich im Jahr 2013 die *Alternative für Deutschland (AfD)* als eine vorerst zutiefst wirtschaftsliberale Partei. War die Einordnung der politischen Kraft darüber hinaus zunächst umstritten,²⁵ erfolgte mit dem Wechsel an der Parteispitze von Bernd Lucke zu Frauke Petry auf dem Essener Parteitag 2015 eine Hinwendung zu rechtspopulistischen Kernthemen: Auf die sog. „Flüchtlingskrise“ 2015 reagierten Teile der *AfD* bisweilen ganz offen mit feindlichen Parolen gegenüber geflüchteten Menschen. Nicht länger die Eurokrise stand im Vordergrund der rechtspopulistischen Partei, sondern Fragen von Asyl und Migration. Dabei offenbarten sich Schnittmengen zwischen *Pegida*- und *AfD*-Sympathisanten.²⁶

²² Vgl. dazu den Beitrag von Piotr Kocyba in diesem Band.

²³ Vgl. Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schäller, *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*, Wiesbaden 2016, S. 8, 47.

²⁴ Vgl. Isabelle-Christine Panreck, *Rechtspopulismus – historisches Phänomen, politischer Kampfbegriff, analytisches Konzept?*, in: Heinz Ulrich Brinkmann / Isabelle-Christine Panreck (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration*, Wiesbaden 2019, S. 34 f.

²⁵ Vgl. etwa Frank Decker, *Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik*, in: Frank Decker / Bernd Henningsen / Kjetil Jakobsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden 2015, S. 78.

²⁶ Vgl. Maik Herold / Steven Schäller, *Pegida und die AfD: zwischen Konvergenz, Konkurrenz und Kooperation*, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?*, a. a. O., S. 128 f.

Das Beziehungsgeflecht zwischen Rechtspopulismus und (wahrgenommenen) Krisen ist komplex: Das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte gilt zugleich als Reaktion²⁷ auf und als Motor von Krisen.²⁸ Anders als die Regierungsparteien haben sie kein Interesse daran, Lösungen und Kompromisse zu finden.²⁹ Vielmehr neigen sie dazu, Herausforderungen oder Probleme zu überspitzen, um dann in fundamentale Opposition zu den herrschenden staatlichen Maßnahmen zu treten. Stärker als dem Rechtsextremismus ist dem Rechtspopulismus daran gelegen, seine Parolen öffentlichkeitswirksam in massenmediale Diskurse einzuspeisen, etwa durch Tabubruch, schlechte Manieren oder Personalisierung und Emotionalisierung von Sachthemen.³⁰ Das im Rechtsextremismus übliche Verneinen der liberal-demokratischen Grundwerte kann dabei Hand in Hand gehen mit populistischen Diskursstrategien, wie es etwa beim inzwischen offiziell aufgelösten *Flügel* der *AfD* zu beobachten war.³¹

Die Corona-Pandemie leitet nun vom zweiten zum dritten Jahrzehnt im aktuellen Jahrtausend über. Sie scheint ein neues Gelegenheitsfenster für extremistische und populistische Akteure zu bieten, ihre Parolen und Narrative in die Öffentlichkeit einzuspeisen. War es im Frühjahr auffällig ruhig um die *AfD* – mithin hatte der Staat eine Durchsetzungskraft gezeigt, die rechtspopulistische Kräfte zuvor nicht müde wurden zu fordern –, schoben sich rechtspopulistische Kräfte im Zuge von Protesten, bisweilen unter der geschichtsträchtigen Bezeichnung „Hygiene-Demos“, zurück ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Auftritte von Abgeordneten bei Corona-Demonstrationen, Störaktionen und Bedrängungen von Abgeordneten im Bundestag – die Stille ist wieder der Strategie des Tabubruchs und des Skandals gewichen.³² Die Verquickung von perzipiertem Konsens zwischen den Parteien, Angst vor ökonomischen Folgen und Ablehnung von staatlichen Eingriffen in den privaten Raum können dabei jenen Kräften Rückenwind verleihen, die vereinfachte Antworten auf komplexe Sachfragen liefern. Wie sich die Corona-Pandemie langfristig auf das Parteiensystem auswirken wird, ist derzeit allerdings noch nicht absehbar.

²⁷ Frank Decker, Demokratischer Populismus und / oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: Friso Wielenga / Florian Hartleb (Hrsg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster 2011, S. 39 – 54, S. 40; Frank Decker / Marcel Lewandowsky, Rechtspopulismus in Europa. Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien, in: *Zeitschrift für Politik* 64 (2017) 1, S. 21 – 38, S. 23.

²⁸ Vgl. Benjamin Moffitt, *The Global Rise of Populism*, Stanford 2016, S. 77.

²⁹ Vgl. ebd., S. 130 f.

³⁰ Vgl. ebd.

³¹ Vgl. Tom Mannewitz / Isabelle-Christine Panreck, Systemtransformatives Potenzial im deutschen Parteiensystem. Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland, in: *Totalitarismus & Demokratie* 17 (2020) 1, S. 97 – 118.

³² Vgl. Ariane Reimers, Der kalkulierte Tabubruch der *AfD*, in: *tagesschau.de* vom 20. 11. 2020, <https://www.tagesschau.de/inland/analyse-afd-103.html> (7. 12. 2020).

Ideologische Brückenbauer: Verschwörungstheorien – simplifizierende Antworten auf komplexe Realitäten?

Im Kontext der aktuellen Covid-19-Pandemie erscheinen Verschwörungstheorien und die Konstruktion von Feindbildern als ein im digitalen Raum verbreitetes Problem.³³ In der Tat beobachten Studien im Feld des Antisemitismus seit den frühen 2000ern eine zunehmende Radikalisierung und Enthemmung im Web 2.0.³⁴ Zugleich sind beide Komplexe nicht allein auf den wenig normierten Raum des Internets zurückzuführen, wie ein Blick in die lange Historie von Feindbilddenken und Verschwörungstheorien belegt: Sie erlebten etwa in den frühen Jahren der Weimarer Republik eine Hochphase, als sich menschenverachtende Verschwörungstheorien und Antisemitismus in parlamentarischen Landtagsdebatten auch in der jungen sächsischen Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg Bahn brachen. Besonders als „Ostjuden“ Gebrandmarkte galten als „Drahtzieher“ – ihnen wurde das Menschsein abgesprochen.³⁵

Wie das historische Beispiel erhellt, weisen derartige verschwörungstheoretische Narrative und Feindbildkonstruktionen keinerlei Bezug zur Realität auf. Schon der Begriff „Verschwörungstheorien“ ist nicht eindeutig. So streben Theorien im wissenschaftsphilosophischen Sinne nach Klaus von Beyme an,³⁶ Aussagen über einen Ausschnitt der Realität zu formulieren, Angaben über Rahmenbedingungen zur Gültigkeit dieser Aussagen zu machen und Hypothesen über zukünftige Ereignisse abzuleiten. Die in der Gesundheitskrise virulenten Verschwörungstheorien scheitern an allen drei Ansprüchen: Sie beschreiben kein empirisches Phänomen, beanspruchen jenseits festgesteckter Gültigkeitsbereiche einen allumfassenden Geltungsanspruch und verhindern rationale Schlüsse über zukünftige Entwicklungen. Sie entspringen Konstruktionen und Ideologien.³⁷ Dieser Irrationalität und emotionalen Aufladung wird laut dem Antisemitismusbeauftragten der Baden-Württembergischen Landesregierung, Michael Blume, der Begriff „Verschwörungsmythen“ eher gerecht.³⁸

Aber ist es nicht theoretisch möglich, dass Verschwörungen existieren? Wie Armin Pfahltreuther erläutert, offenbaren sich im historischen Rückblick bisweilen tatsächliche Verschwörungen, etwa die Ermordung Julius Cäsars 44 vor Christus. Allerdings sind diese meist von kurzer Dauer und auf ein begrenztes Ziel ausgerichtet. Die im antidemokratischen Spekt-

³³ Vgl. Körner, Über Verschwörungstheorien und ihre Anhänger, a. a. O., S. 388 f.

³⁴ Vgl. Monika Schwarz-Friesel, Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl 2019, S. 43 – 53.

³⁵ Vgl. Mike Schmeitzner, „Wühler“, „Schieber“ und „Putschisten“? Bolschewismusfurcht und „Ostjudengefahr“ in Sachsen 1921, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 66 (2018) 9, S. 743 f.; 746; 753.

³⁶ Vgl. Klaus von Beyme, Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne, Frankfurt a. M. 1991, S. 11.

³⁷ Vgl. Joseph E. Uscinski, What Is a Conspiracy Theory?, in: Joseph E. Uscinski (Hrsg.), Conspiracy Theories and the People Who Believe Them 2018, S. 47 – 52.

³⁸ Vgl. Michael Blume, Verschwörungsmythen – woher sie kommen, was sie anrichten, wie wir ihnen begegnen können, Mannheim 2020.

rum – besonders im Rechtsextremismus – verbreiteten Verschwörungstheorien indes sind zeitlich nicht beschränkt und beschuldigen jenseits jeglicher Realität eine amorphe Gruppe der Konspiration.³⁹ Michael Butter ergänzt überzeugend, Verschwörungstheorien liege ferner die irrige Annahme zugrunde, eine Konspiration könne die Geschicke der Welt lenken – und das auch noch innerhalb der Gruppe konfliktfrei und dauerhaft.⁴⁰

Dennoch halten sich Verschwörungstheorien in rechtsextremistischen Kreisen hartnäckig, besonders seit dem 11. September 2001, aber nicht nur dort: Schon im Zuge der *Pegida*-Spaziergänge fanden verschwörungstheoretische Narrative eine Brücke in die Öffentlichkeit.⁴¹ Wie Hugo Drochon zeigt, stieg die Neigung zum Verschwörungsglauben innerhalb der deutschen Bevölkerung im Jahr 2015 auf 42 Prozent an.⁴² Krisen – so kann zumindest als These formuliert werden – scheinen das Potenzial der Anfälligkeit für Verschwörungsglauben zu erhöhen.

Fazit: Vertrauen in die liberale Demokratie stärken

Regierungen müssen sich der Kritik ihrer Bürgerinnen und Bürger stellen – selbst in Pandemiezeiten. Zugleich ist das Versammlungsrecht kein Freifahrtschein: Wer das liberal-demokratische Recht nutzt, um extremistische Ideologien zu proklamieren und Feindbilder zu konstruieren, rückt zu Recht in den Blick des Verfassungsschutzes. Das heterogene Protestgeschehen in Sachsen offenbarte sich im Verlauf der Corona-Pandemie dabei als Bühne für rechtsextremistische und -populistische Kräfte, um ihre demokratieaushöhlenden, bisweilen offen demokratiefeindlichen Positionen zu verbreiten. Verschwörungstheorien erwiesen sich dabei als Brückenbauer: Bereits seit Jahren verankerte Mythen erhalten im Zuge der aktuellen Krise – des Gelegenheitsfensters – ein neues Gewand, wenn etwa irrige Erzählungen des „großen Austausches“ mit den Maßnahmen zum Infektionsschutz verknüpft werden.

Wer solche Narrative verbreitet, sollte auf Kopfschütteln, nicht auf Zustimmung treffen. In der politischen Bildungsforschung ist die Prävention vor Verschwörungsglauben nicht erst seit der Corona-Krise ein zentrales Ziel.⁴³ Gerade in Krisenzeiten gewinnen aber die Anliegen an Gewicht, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu befähigen, mit wenig eindeutigen Situati-

³⁹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Freimaurer und Juden, Kapitalisten und Kommunisten als Feindbilder rechtsextremistischer Verschwörungsideologien vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, in: Uwe Backes (Hrsg.), *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*, Köln 2003, S. 196.

⁴⁰ Vgl. Michael Butter, „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien, Berlin 2018, S. 39 – 41.

⁴¹ Vgl. Samuel Salzborn, *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*, Baden-Baden 2018, S. 91 – 97.

⁴² Vgl. Hugo Drochon, *Who Believes in Conspiracy Theories in Great Britain and Europe?*, in: Joseph E. Uscinski (Hrsg.), *Conspiracy Theories and the People Who Believe Them* 2018, S. 343 f.

⁴³ Vgl. statt vieler Brahim Ben Slama / Uwe Kemmesies (Hrsg.), *Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend*, Wiesbaden 2020.

onen umzugehen (Erhöhen der Ambiguitätstoleranz), herausfordernde Lebenssituationen zu meistern (Stärkung der Resilienzfähigkeit) und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu festigen. Damit politische Bildung auch in diesen Momenten Früchte trägt, ist ihre kontinuierliche Verankerung in curricularen und außercurricularen Angeboten unerlässlich.

Rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalt in Sachsen

Uwe Backes

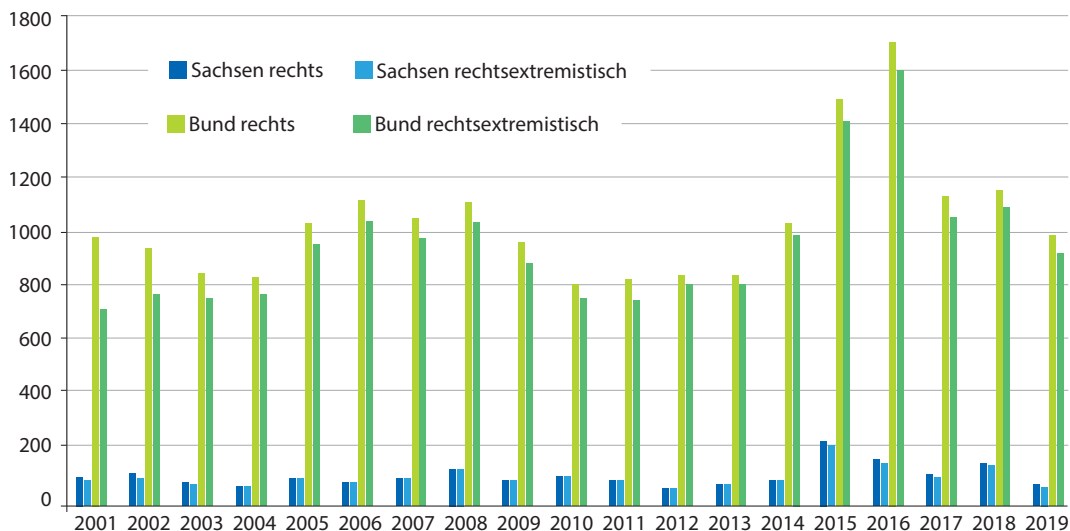
Einleitung

Sachsen gilt vielfach als eine Hochburg nicht nur der rechten Straßenmobilisierung und des parteipolitisch organisierten Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, sondern auch der rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierten Gewalt. Der folgende Beitrag gibt einen kurzen Überblick zur Gewaltentwicklung, versucht sächsische Besonderheiten zu erfassen und gibt am Ende eine faktengestützte Antwort auf die Schlüsselfrage, ob Sachsen im Bereich der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalt eine „Hochburg“ ist. Da eine solche Analyse das Abwägen zahlreicher Einflussfaktoren erfordert, geht es nicht etwa darum, „das letzte Wort“ zu sprechen, sondern die öffentliche Diskussion auf eine tragfähige Basis zu stellen und der Lösung des Problems – in Form eines Entgegenwirkens gegen rechtsextremistische und fremdenfeindliche Gewalt – ein Stück näher zu kommen.

Entwicklung und Spezifik der Gewalt

Will man die Gewaltentwicklung in einem Bundesland über einen längeren Zeitraum einfangen und vergleichend einordnen, führt kein Weg an der kriminalpolizeilichen Statistik zur Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) vorbei, auch wenn sie – wie jede Statistik – ihre Tücken hat. Als Eingangsstatistik erfasst sie gut das Gewaltniveau, wie es sich aus dem Meldeverhalten der Polizeidienststellen meist unmittelbar nach Tatbegehung ergibt. Sie ist aber von der (schwankenden) Informationsqualität der Erhebung abhängig (mitunter erfolgen viel später Korrekturen) und kann naturgemäß keine Auskunft über die Vielzahl der Taten geben, die unentdeckt bleiben oder falsch zugeordnet werden. Systematische Befragungen (im Zuge von Viktimierungsstudien) lassen erahnen, wie weit das „Dunkelfeld“ selbst im Bereich der Gewalttaten über das „Hellfeld“ hinausgeht. Dennoch sucht man vergeblich nach einem anderen Instrument, das ein komplexeres Bild vom unmittelbaren Tatgeschehen vermitteln könnte. Wichtige ergänzende Informationen liefern die Opferberatungsstellen, insbesondere die *Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen (RAA)*. Sie stützen sich zum Teil ebenfalls auf PMK-Daten und können diese durch eigene Erhebungen nicht ersetzen.

Folgt man der im Jahr 2001 grundlegend reformierten PMK-Statistik, so hielt sich die rechts motivierte Gewalt im langjährigen Vergleich mit den üblichen Schwankungen auf



Entwicklung der politisch motivierten Gewalttaten „rechts“ / „rechtsextremistisch“ in Sachsen und auf Bundesebene, 2001 – 2019 (Grafik 12); Quellen: Bundesministerium des Innern, BKA, LKA Sachsen, Verfassungsschutzberichte. Erläuterung: Als „rechtsextremistisch“ gilt die Teilmenge als „rechts“ eingestufter Gewalttaten, bei denen zugleich eine gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Haltung erkennbar ist.

hohem Niveau. Im Jahr 2015 stieg sie vor dem Hintergrund der „Flüchtlingskrise“ und sich häufender Angriffe auf Migrantenunterkünfte markant an (siehe Grafik 12). Danach sank das registrierte Gewaltaufkommen bis Ende 2019 wieder deutlich, bewegte sich aber auf einem im langjährigen Vergleich hohen Niveau. Die Differenzierung der PMK-Statistik nach rechten und rechtsextremistischen (Teilmenge der von den Verfassungsschutzbehörden als Angriffe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bewerteten) Gewalttaten ändert wegen der geringen Differenz nichts an diesem Befund.

Die quantitativen Verlaufsmuster in Sachsen folgen weitgehend dem Bundestrend. Eine Gewichtung nach der Bevölkerungszahl zeigt aber, dass das sächsische Gewaltaufkommen beständig über dem Bundesdurchschnitt lag. In einigen Jahren überstieg der sächsische Anteil den gesamtdeutschen Durchschnitt sogar um mehr als das Doppelte. Im Jahr 2015, dem Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“, wurden in Sachsen fast dreimal so viele rechte Gewalttaten pro 100.000 Einwohner begangen wie auf Bundesebene.

Jedoch ragt Sachsen keineswegs heraus, wenn man den Vergleich nur mit den östlichen Ländern zieht. So lag Sachsen 2015 mit 5,3 Gewalttaten pro 100.000 Einwohner auf Platz 2, hinter Mecklenburg-Vorpommern (5,9) und dicht gefolgt von Brandenburg (5,2), Sachsen-Anhalt (4,9), Thüringen (4,3) und Berlin (4,1). Nicht zwischen den östlichen Ländern, sondern zwischen östlichen und westlichen besteht folglich eine Kluft. Der im Vergleich zu Sachsen und

anderen östlichen Ländern niedrige Bundesdurchschnittswert von 1,8 (2015) resultiert aus den deutlich niedrigeren Gewaltanteilen der westlichen Länder. Sie bewegten sich 2015 zwischen 0,3 (Hessen) und 1,6 (Nordrhein-Westfalen). Diese Ost-West-Differenz kann über viele Jahre hinweg beobachtet werden. Im Jahr 2019 lag, gewichtet nach Bevölkerungszahl, Berlin (4,2) an der Spitze, gefolgt von Brandenburg (3,6), Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern (3,0) und Thüringen. Sachsen bildete den Schluss (1,7). Das westliche Land mit dem höchsten Anteil rechtsmotivierter Gewalttaten war die Hansestadt Hamburg (2,3), das mit dem niedrigsten Baden-Württemberg (0,4).

Eine Gewaltstudie für die Jahre 2001 bis 2011 ergab für Sachsen viele strukturelle Gemeinsamkeiten mit dem bundesweiten Lagebild.¹ Dies betraf den hohen Anteil der Körperverletzungen (in einigen Fällen mit tödlicher Wirkung) ebenso wie die relative Seltenheit von Delikten wie Raub, Erpressung, Entführung oder Sprengstoffanschlag, die meist ein höheres Niveau von Planung und Organisation anzeigen. Im Schnitt wurden in Sachsen mehr Landfriedensbrüche begangen als im Bundesdurchschnitt, da anscheinend öffentliche Kundgebungen von Rechtsextremisten (vor allem der in Sachsen zeitweilig sehr starken *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)* und neonationalsozialistischer Gruppierungen) als Anlass von Gewalttaten stärker ins Gewicht fielen. Aus diesem Grund war auch der Anteil der Konfrontationsgewalt (gegen „Linke“ oder Ordnungskräfte der Polizei) im Vergleich zur fremdenfeindlichen Hassgewalt in Sachsen höher als auf Bundesebene.²

Dieser Befund änderte sich in den folgenden Jahren vor allem im Blick auf das Verhältnis von Hassgewalt und Konfrontationsgewalt. Von Hassgewalt kann dann gesprochen werden, wenn der Täter das Opfer nicht wegen seines individuellen Verhaltens, sondern wegen seiner Zugehörigkeit zu einer als schädlich wahrgenommenen Gruppe angreift. Dieser Gewalttyp nahm im Zuge der „Flüchtlingskrise“ stärker zu als die Konfrontationsgewalt. In der Regel handelte es sich um „Gelegenheitstaten“,³ die meist spontan in den Abend- und Nachtstunden gegen unbekannte Personen verübt wurden. 77 Prozent der Hassgewalttaten wurden im Beobachtungszeitraum 2011 bis 2016 unter Alkoholeinfluss begangen. 28 Prozent der Täter handelten allein, der Rest zusammen mit anderen („Gruppentaten“). Die „Flüchtlingskrise“ trug dazu bei, dass auch Personen zu Tätern wurden, die nicht dem aus früheren Studien bekannten typischen Sozialprofil entsprachen.⁴ So stieg das Durchschnittsalter der Täter an (30 Jahre bei den Hassgewalt-Tätern). Das altbekannte Bild des „jugendlichen Schlägers“ traf auf einen größer werdenden Teil der Täter nicht länger zu. Weitgehende Kontinuität bestand

¹ Vgl. Uwe Backes / Anna-Maria Haase / Michail Logvinov / Matthias Mletzko / Jan Stoye, Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen, Göttingen 2014.

² Vgl. ebd., S. 53 – 72.

³ Vgl. Kati Lang, Vorurteils kriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch die Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte, Baden-Baden 2014. S. 461.

⁴ Vgl. Uwe Backes / Sebastian Gräfe / Anna-Maria Haase / Maximilian Kreter / Michail Logvinov / Sven Segelke, Rechte Hassgewalt in Sachsen, Göttingen 2018.

bei anderen Merkmalen der Täter: Sie waren meist männlich sowie ledig, wiesen ein niedriges Niveau formaler Bildung auf und gingen geringqualifizierten Beschäftigungen nach.

Einen beträchtlichen Teil der in Sachsen statistisch erfassten Gewalttaten mit rechter Motivation verübten (wie auf Bundesebene) Täter, bei denen die ermittelnden Kriminalisten vor Ort gar keine oder allenfalls lose Gruppenzugehörigkeit feststellten. Dies trifft vor allem auf das Gros der Hassgewalttaten zu, bei denen rund die Hälfte der untersuchten sächsischen Täter (der Jahre 2011 bis 2016) weder ideologisch noch organisatorisch gefestigten Strukturen zuzurechnen war. Viele der lockeren Bekannten- und Freundeskreise, innerhalb derer sie sich bewegten, verfügten über keinerlei Verbindungen zu rechtsextremistischen Vereinigungen, wie sie die Verfassungsschutzbehörden in ihren Jahresberichten beschreiben.⁵ Größer ist demgegenüber der Anteil der Gruppe, die sich als „Konfrontationsgewalttäter“ bezeichnen lassen. Bei ihnen deuten politische Symbole, Kleidung, sprachliche Bekundungen, Tatabläufe oder sogar umfangreiche Vorbereitungshandlungen auf organisierte Verbindungen hin. Treten solche Täter mehrfach durch schwere Gewaltdelikte hervor, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie fest gefügten Gruppen angehören. In der Intensivtäterstudie des Hannah-Arendt-Instituts (Untersuchungszeitraum 2001 – 2011) waren über 90 Prozent der erfassten strafbaren Handlungen Gruppentaten. Zwei Drittel der Taten entfielen auf das Themenfeld „Konfrontation gegen links“.

Neben losen Gruppierungen konnten über einen längeren Zeitraum aktive Vereinigungen wie die *Sächsischen Hammerskins*, *Hooligans Elbflorenz*, *Sturm 34* oder das *H.-Netz* mit teilweise terroristischen Tendenzen näher untersucht werden.⁶ Gegen die Mittweidaer Gruppe *Sturm 34* verhängte der sächsische Innenminister im April 2007 ein Vereinigungsverbot. Verboten wurden auch die neonationalsozialistischen Organisationen *Nationale Sozialisten Döbeln* (Februar 2013) und *Nationale Sozialisten Chemnitz* (März 2014). Ein Teil ihrer Mitglieder schloss sich der neonationalsozialistischen Kleinpartei *Der Dritte Weg* an. Von diesen Zusammenschlüssen unterschied sich – durch ihre diffuse Ideologie und ihre quasi Selbstjustiz mittels der Verbreitung von Angst und Schrecken – die *Gruppe Freital*, gegen die im März 2018 ein Verfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung mit Haftstrafen gegen mehrere Beschuldigte endete: In der Region um Freital sollte (unter anderem durch Brandanschläge auf Migrantenunterkünfte) ein Klima der Angst erzeugt werden, um dort untergebrachte Flüchtlinge und Asylbewerber sowie deren Unterstützer zu verunsichern und zu vertreiben. Als „Bürgerwehr“ verstand sich auch die Terrorgruppe *Revolution Chemnitz*, die zehn Tage nach den rechtsextremistischen Ausschreitungen vom August 2018 in Chemnitz aufgedeckt wurde. Diese Gruppe entwickelte sich nach dem Tod eines jungen Deutschen infolge einer Messerattacke, für die ein syrischer Flüchtling im August 2019 zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde. *Revolution Chemnitz* wurde gegründet, um gegen Fremde und Andersden-

⁵ Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern / Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2017, Dresden 2018, S. 51 – 67.

⁶ Vgl. Backes / Haase / Logvinov / Mletzko / Stoye, a. a. O., S. 111 – 162.

kende – auch führende Vertreter politischer Parteien – vorzugehen und auf diese Weise einen Umsturz vorzubereiten. Die Verdächtigen rekrutierten sich laut Bundesanwaltschaft aus der Hooligan-, Skinhead- und Neo-NS-Szene im Raum Chemnitz.

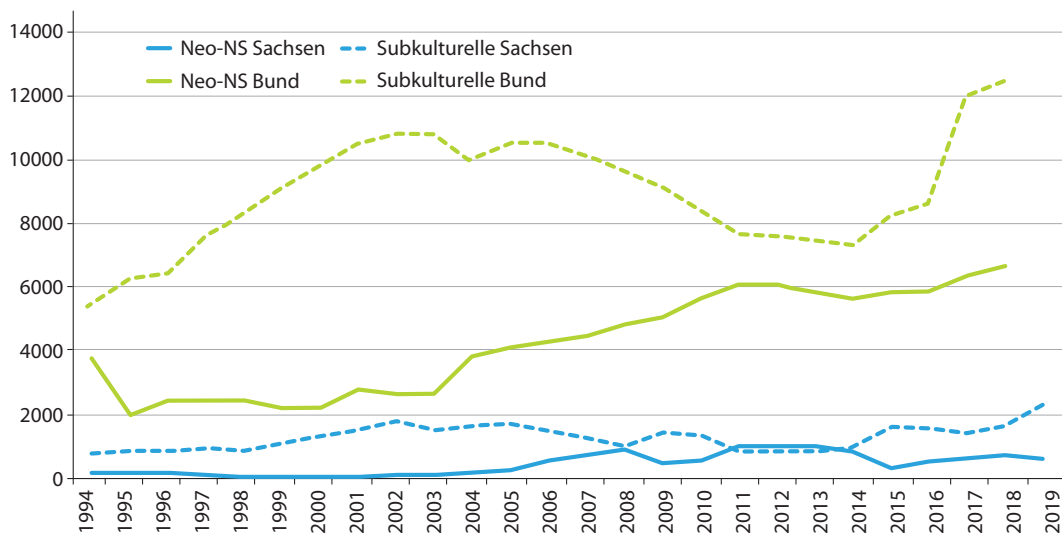
In den Jahren 2001 bis 2018 waren in über 90 Prozent der Fälle extremistische, also im Widerspruch zu elementaren Werten und Verfahrensregeln demokratischer Verfassungsstaaten stehende Orientierungen erkennbar. Die Verfassungsschutzbehörden ordneten die Täter vor allem zwei Organisationszusammenhängen zu: Die erste Gruppe bilden die „Neonationalsozialisten“, die sich stark am historischen Nationalsozialismus orientieren.⁷ Die zweite Gruppe ist diffuser, was schon die wechselnden Bezeichnungen der Sicherheitsbehörden verdeutlichen: So verwandten die Verfassungsschutzberichte des Bundes wie des Landes Sachsen in der Vergangenheit nebeneinander die Etiketten „subkulturell geprägt“ und „gewaltbereit“, um die so erfassten Personen von der Gruppe der Neonationalsozialisten zu unterscheiden. Doch müssen Gewaltbereite nicht notwendigerweise stark jugendsubkulturell geprägt sein; umgekehrt sind Jugendsubkulturelle keineswegs generell gewaltbereit. Zudem fehlen bei den NS-Nahen weder gewaltbereite noch jugendsubkulturell geprägte Aktive. Die fließenden Grenzen zwischen den Akteursgruppen und deren Vielfalt in Stilrichtungen und Inhalten erklären diese Probleme. Das zentrale Bindemittel der Szene ist das Hören szenetypischer Musik, vor allem des „Rechtsrocks“, mit oft hasserfüllten Botschaften und der Besuch von Konzerten furchteinflößend benannter Bands. Zwei in Sachsen langjährig aktive Gruppen heißen etwa „Blitzkrieg“ und „Gestapo“. In den beiden letzten Jahrzehnten fanden durchschnittlich 20 bis 25 Prozent aller deutschlandweiten Konzerte in diesem Milieu in Sachsen statt. Zugleich waren in diesem Zeitraum in Sachsen mehr als 60 Bands aktiv und zwei marktführende Unternehmen für den Handel mit Rechtsrock-Tonträgern und Fanartikeln hatten hier ihren Sitz.⁸ Allerdings erreichte keines der sächsischen Konzerte die Teilnehmerzahl des Festivals in Themar (Thüringen), wo im Juli 2017 rund 6.000 Besucher aus ganz Europa zusammenströmten. Die *Schild & Schwert Festivals* in Ostritz (jeweils zwei in den Jahren 2018 und 2019) kombinierten politische Kundgebung, Konzert und Kampfsport, entfalteten aber mit jeweils 700 – 1.300 (2018) bzw. 560 – 700 Teilnehmern (2019) geringere Anziehungskraft. Das für den September 2020 geplante Festival wurde abgesagt aufgrund von „zunehmenden statt abnehmenden Auflagen wegen des ‚Virus‘ und der unverhohlenen Drohung des Ordnungsamtes, unsere Versammlung zu verbieten“.⁹

Die Häufigkeit der Konzerte in Sachsen (wie in Thüringen) resultiert aus besonders anhängerstarken und aktiven Szenen. Die Anhängerschaft (Personenpotenzial) der von den Verfassungsschutzbehörden erfassten NS-affinen und subkulturellen Rechtsextremisten war

⁷ Eine Fülle an Befunden hierzu bietet unter besonderer Berücksichtigung der östlichen Länder: Martin Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie, Göttingen 2009.

⁸ Vgl. Maximilian Kreter, Rechtsrock in Sachsen – Sprachrohr fremdenfeindlicher Militanz?, in: Totalitarismus und Demokratie, 15 (2018) 1, S. 99 – 125.

⁹ Thorsten Heise, Veranstaltung wird verschoben, in: <https://schildundschwertfestival.de/2020/09/06/veranstaltung-wird-verschoben/> (20. 11. 2020).



Neonationalsozialisten und subkulturelle Rechtsextremisten in Sachsen und auf Bundesebene (getrennte Betrachtung), 1991 – 2019 (Grafik 13); Quellen: Verfassungsschutzberichte des Bundes und des Freistaates Sachsen; auf Bundesebene sind beide Personengruppen aufgrund veränderter Zählweise seit 2019 nicht mehr getrennt erfasst.

in den 1990er Jahren beträchtlich angewachsen und stabilisierte sich ab 2002 auf hohem Niveau. Von 2006 an konnte ein leichter Rückgang festgestellt werden, doch blieb ein fester Sockel organisiert-aktionsorientierter Rechtsextremisten bestehen, deren Zahl zuletzt erneut anstieg (siehe Grafik 13).

Die getrennte Betrachtung der von den Verfassungsschutzämtern erfassten Neonationalsozialisten und subkulturellen Rechtsextremisten ergibt für die Bundesebene wie für Sachsen einen ähnlichen Entwicklungsverlauf: Während der lange Zeit von den Skinheads dominierte Personenkreis der subkulturellen Rechtsextremisten etwa von 2002 an allmählich schrumpfte, konnten die Neonationalsozialisten Zulauf verzeichnen, wenn auch in Sachsen etwas weniger kontinuierlich als auf Bundesebene. In jüngster Zeit wurde in Sachsen wiederum ein leichter Rückgang der (durch Freizeitaktivitäten statt durch ideologisch-strategisches Vorgehen gekennzeichneten) Subkulturellen zulasten der Neonationalsozialisten verzeichnet, während die Anhängerzahl beider Gruppen auf Bundesebene anstieg. Allerdings haben die Verfassungsschutzbehörden in den letzten Jahren ihre Zählweise verändert, so dass die Vergleichbarkeit eingeschränkt wird. Hinzugekommen sind jene „Reichsbürger und Selbstverwalter“ (Ende 2019 auf Bundesebene: 950, in Sachsen: ca. 100), die als rechtsextremistisch gelten, sowie die Anhänger der *Identitären Bewegung (IB)* mit 40 Aktiven in Sachsen und 600 bundesweit (2019).

Berechnet man den Bevölkerungsanteil der beiden Personenkreise für die Bundesebene und für Sachsen, so zeigt sich der gleiche Befund wie bei den Gewalttaten: Im Bund lag der

Anteil in den Jahren 2001 bis 2011 zwischen rund 16 und 18 Szeneangehörigen pro 100.000 Einwohnern. In Sachsen bewegte er sich im gleichen Zeitraum zwischen 38 und 50.¹⁰ An dieser beträchtlichen Differenz hat sich in den Jahren danach wenig geändert. Der Vergleich mit anderen östlichen Ländern zeigt allerdings, dass Sachsen auch hier nur im Ost-West-Vergleich herausragt. Der Bevölkerungsanteil beider Personenkreise lag in Sachsen 2014 bei rund 43 Personen pro 100.000 Einwohnern, in Brandenburg bei rund 36, in Mecklenburg-Vorpommern bei rund 64, in Sachsen-Anhalt bei rund 47 und in Thüringen bei rund 29. Für die Jahre danach ist der Anteil aufgrund von Land zu Land unterschiedlicher Erfassungskategorien kaum zu errechnen. Bei den „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ ergibt sich ein anderes Muster: Nach Bevölkerungszahl gewichtet lagen östliche (Thüringen: 45,5; Sachsen: 32,4; Brandenburg: 24,0) wie westliche Länder (Bayern: 30,1, Baden-Württemberg: 23,1) im oberen Drittel (jeweils Ende 2018).¹¹

Gründe für das hohe Gewaltniveau

Wer nach Gründen für das über viele Jahre hinweg vor allem im Vergleich zu den westlichen Ländern ins Auge springende erhöhte Niveau rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalt in Sachsen sucht, muss auf verschiedenen Ebenen ansetzen und ein hochkomplexes, sich ständig wandelndes Wirkungsgefüge zwischen gemäßigten und extremen, gewaltgeneigten wie weitgehend gewaltfreien Akteuren in Betracht ziehen. Langfristig wirksame Rahmenbedingungen politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Art sind von kurz- und mittelfristig entstehenden „Gelegenheitsstrukturen“ zu unterscheiden. Beide Ebenen bestimmen die Nachfrage und die Erfolgchancen von Angeboten, die militante „Unternehmer“ unterbreiten.

In der Gesellschaft Sachsens – wie der übrigen östlichen Länder – wirken die Folgen einer mehr als fünf Jahrzehnte umfassenden Diktaturvergangenheit und einer „doppelten Transformation“ des politischen und ökonomischen Systems nach. Ein erhöhter Anteil autoritärer Einstellungen in Teilen der Bevölkerung, übertriebener National- und Regionalstolz, gepaart mit Fremdenabwehr, ausgeprägter Mangel an interkultureller Kompetenz und die relative Schwäche der autonomen Bürgergesellschaft (erkennbar etwa an der geringeren sozialen Verankerung der demokratischen Parteien, der Kirchen und Gewerkschaften) begünstigen die Entfaltung „unziviler“ Akteure, die sich weder durch Offenheit und Toleranz noch durch Dialog- und Kompromissbereitschaft auszeichnen.¹² Im ersten Jahrzehnt nach der deutschen Vereinigung

¹⁰ Vgl. Backes / Haase / Logvinov / Mletzko / Stoye, a. a. O., S. 62.

¹¹ Vgl. Anna-Maria Haase, „Reichsbürger und Selbstverwalter“ im Kontext politisch motivierter Gewalt in Sachsen, in: Uwe Backes / Steffen Kailitz (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, a. a. O., S. 278.

¹² Vgl. Gert Pickel / Oliver Decker (Hrsg.), Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme, Leipzig 2016; Alexander Yendell / Gert Pickel / Karolin Dörner (Hrsg.), Innere Sicherheit in Sachsen. Beiträge zu einer

entstanden, teils aus DDR-eigenen Gewächsen,¹³ teils mit kräftiger Unterstützung aus dem „Westen“, die militanten / extremistischen Organisationen, Milieus und Netzwerke (rechtsextremistische Parteien, Aktionsgruppen, Musikgruppen, Konzertveranstalter, Zeitschriften, Verlage, Theoriezirkel), die auf das politisch motivierte Gewaltgeschehen bis heute einwirken. Der Aufstieg der NPD, die zweimal in Folge in den Sächsischen Landtag einziehen konnte, wirkte nicht wie in anderen europäischen Ländern mit erfolgreichen Rechtsaußenparteien gewaltabsorbierend. Dazu war die Partei zu eng verflochten mit militanten Szenen, die ihr als Rekrutierungsreservoir dienten. Ihre hasserfüllten Kampagnen trugen auf dem Höhepunkt der Erfolge zur Schaffung einer sozialen Atmosphäre bei, in der sich gewaltgeneigte Fremdenfeinde zu Anschlägen auf Asylunterkünfte berechtigt fühlen konnten. Dies galt während der „Flüchtlingskrise“ noch dazu für den in der Form meist gewaltfreien, im Inhalt aber oft hetzerischen Protest der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)* und ihrer parlamentarischen Verbündeten am rechten Flügel der seit 2014 im Landtag vertretenen *Alternative für Deutschland (AfD)* mit ihrer teils schrillen Asylkritik.¹⁴

In Sachsen existieren seit den 1990er Jahren besonders aktive rechts-militante Szenen. Dies erklärt teilweise auch die – im Bundesvergleich ebenfalls seit vielen Jahren überdurchschnittliche¹⁵ – Stärke einer links-militanten Subkultur, deren Aktivisten sich zu gewaltsamem Handeln gegen „Faschisten“ legitimiert fühlen. Daher ist der Anteil der Konfrontationsgewalt auf beiden Seiten hoch. Orte wie Freital, Heidenau, Leipzig-Connewitz und Bautzen bildeten während der „Flüchtlingskrise“ Brennpunkte rechter Gewalt, die nicht selten militante Reaktionen einer linken „Antifa“ provozierte. Zog in Freital und Heidenau (beide im Landkreis Sächsische Schweiz / Osterzgebirge) der geplante Bezug einer Flüchtlingsunterkunft massive Proteste und Gewalteskalation unter Mitwirkung rechtsextremer Akteure nach sich, hatte die Gewalt in Leipzig-Connewitz und Bautzen andere Ursachen. Leipzig-Connewitz, als „linke Hochburg“ bekannt, wurde im Januar 2016 von über 200 Rechtsextremisten und Hooligans „überfallen“, die sich damit offensichtlich für massive linke Gewaltausbrüche im Dezember 2015 „rächten“. Auch in Bautzen führte eine Interaktionskette unter Beteiligung von Asylbewerber*innen, militanten Rechtsextremisten und eigens angereisten Linksextremisten zur Gewalteskalation. An den vier Brennpunkten waren rechtsmotivierter Gewalt, organisierte rechtsextremistische Akteure und linksextremistische Reaktionen untrennbar verwoben.

kontroversen Debatte, Leipzig 2017.

¹³ Vgl. Bernd Wagner, *Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft*, Berlin 2014.

¹⁴ Vgl. Hans Vorländer / Maik Herold / Steven Schäler, *PEGIDA – eine rechtsextremistische Bewegung?*, in: Pickel / Decker, a. a. O., S. 109 – 118; Werner J. Patzelt / Joachim Klose, *Pegida. Warnsignale aus Dresden*, Dresden 2016.

¹⁵ Vgl. Tom Mannewitz, *Zwischen „Reichsbürgern“ und linken „Krawallmachern“*. Politisch motivierte Kriminalität in Sachsen, in: Yendell / Pickel / Dörner, a. a. O., S. 106 – 115.

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Sachsen. Eine (vorläufige) Bilanz

Steffen Kailitz

Einleitung

Der abschließende Teil dieses Buchs setzt sich zunächst mit der Medienberichterstattung über Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus sowie Rechtspopulismus in Sachsen auseinander, geht anschließend auf den politischen Umgang mit diesen ein, präsentiert schließlich kompakt die Ergebnisse der Einzelbeiträge und führt sie zu einer Schlussbetrachtung zusammen. Das Bild zeigt hierbei einen Vormarsch der identitären Rechten in Deutschland, die beim „Kampf um Wähler“ (*AfD*), „Kampf um die Köpfe“ (*Institut für Staatspolitik*) und dem „Kampf um die Straße“ (*Pegida*) in den letzten Jahren bedeutsame Geländegewinne erzielen konnte.

Medienberichterstattung über Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Sachsen

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Sachsen sind dringliche Themen, die großer politischer Aufmerksamkeit bedürfen. Kritische Medien erfüllen in einer funktionierenden Demokratie eine Schlüsselfunktion. Sie sind entschieden gegen „Lügenpresse“- und „Systempresse“-Vorwürfe, die ab 2001 zunächst in Neonazi-Zirkeln kursierten und dann ab 2014 über *AfD* und *Pegida* weit in die Bevölkerung hinein gestreut wurden, zu verteidigen.¹ Die sorgfältige Berichterstattung über Ereignisse im radikal rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Spektrum Sachsens ist verdienstvoll und für die demokratische Öffentlichkeit unverzichtbar.

Die Medien gegen pauschalisierende Vorwürfe in Schutz zu nehmen und ihnen Lob für die Wahrnehmung ihrer für die Demokratie zentralen Funktion zu zollen, kann aber nicht bedeuten, ihre Vertreter gegen jegliche Kritik zu immunisieren. Wie die Kritik der Medien ist

¹ Vgl. Uwe Krüger / Jens Seiffert-Brockmann, „Lügenpresse“ – Eine Verschwörungstheorie? Hintergründe, Ursachen, Auswege, in: Hektor Haarkötter / Jörg-Uwe Nieland (Hrsg.), Nachrichten und Aufklärung. Medien- und Journalismuskritik heute: 20 Jahre Initiative Nachrichtenaufklärung, Wiesbaden 2018, S. 67 – 88; Maximilian Probst, Verschwörungstheorie „Lügenpresse“, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 06. 06. 2018, <https://www.bpb.de/lernen/projekte/270428/verschwuerungstheorie-luegenpresse> (08. 12. 2020).

Medienkritik² in einer Demokratie nämlich existenziell. Im Unterschied zu verbreiteten Klagen war allerdings etwa die Berichterstattung über *Pegida* teils weniger von Hysterie, sondern sogar häufiger von deutlicher Naivität geprägt. Insbesondere der rechtsextreme Hintergrund des „Motors“ von *Pegida*, Lutz Bachmann, wurde – mindestens zeitweilig – unzureichend ernst genommen.³ Mit Blick nicht nur auf die sächsische *AfD*, sondern insgesamt ist etwa auch zu kritisieren, dass Teile der Medien die Selbstinszenierung der Gegner des rechtsextremistischen Flügels um Gauland und Höcke als „moderat“ und „gemäßigt“ teils unkritisch übernehmen. Tatsächlich positionieren sich diese Akteure, wie Jörg Meuthen und Beatrix von Storch, radikal rechtspopulistisch und keineswegs „gemäßigt“ oder „moderat“. Es gibt also neben zu kritisierenden Artikeln, die Verhältnisse in Sachsen dramatisieren, auch solche, die faktisch bagatellisieren. Ein Teil der Medienkommentatoren zu den sogenannten „sächsischen Verhältnissen“⁴ trug in den letzten Jahren tatsächlich – wie häufig aus Sachsen kritisiert – durch „satirische“ Zuspitzungen zur Polarisierung in Sachsen bei. Das gilt namentlich für Jakob Augstein: So schrieb er auf *Twitter* und wiederholte dies in einem Artikel: „...vielleicht könnte man dort“ in Sachsen „eine rechts-autonome Republik ausrufen? Und alle AfD-Wähler ziehen freiwillig dorthin. Sie könnten sich auch eine Mauer bauen. Gegen Westdeutsche und andere Migranten“.⁵ Eine derart plumpe Pauschalkritik aller Sachsen und das komplette Abschreiben des Bundeslandes für die Demokratie läuft Gefahr, das zu provozieren, was aus der grob verzerrten Perspektive des Autors vermeintlich bereits Realität ist, nämlich, dass eine breite Mehrheit der Sachsen rechtsradikalen und rechtsextremistischen Bestrebungen nahesteht.

Landauf, landab geriet Sachsen im Zuge der Bilder von *Pegida* heftig in die Schlagzeilen. Quer durch die Medienlandschaft bis hin zur *Bild* reichte in den Medien die Vorstellung, dass im Freistaat „der Hass zu blühen scheint“ und Sachsens Landkarte mehr und mehr einer „Karte der Schande“⁶ gleiche. Die *Hamburger Morgenpost* bezeichnete Sachsen als „braunen Schandfleck“⁷ und fragte, ob das Bundesland noch zu retten sei. Derartige Zuspitzungen haben

² Vgl. Redaktion Netzdebatte, Medienkritik: Zwischen Transparenz und Verschwörungstheorien, in: Bundeszentrale für politische Bildung vom 19. 12. 2016, <https://www.bpb.de/dialog/netzdebatte/234416/medienkritik-zwischen-transparenz-und-verschwörungstheorien> (08. 12. 2020).

³ Siehe dazu den Beitrag zu *Pegida* von Piotr Kocyba in diesem Band. Vgl. auch Tobias Wollborn, PEGIDA. Eine kritische Diskursanalyse der Berichterstattung über die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, Hamburg 2016.

⁴ Sachlich abwägend sind zu diesem Thema: Stefan Locke, Sächsische Verhältnisse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 09. 2017 und trotz des reißerischen Titels Michael Bartsch, Sächsische Verhältnisse: Erklärungsversuche für ein Bundesland, in dem der rechte Mob immer wieder Schlagzeilen macht, in: Das Parlament vom 29. 02. 2016.

⁵ Jakob Augstein, Eskalation in Chemnitz. Immer wieder Sachsen, in: Der Spiegel vom 27. 08. 2018, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/chemnitz-immer-wieder-sachsen-kolumne-von-jakob-augstein-a-1225128.html> (19. 11. 2020).

⁶ Heidenau, Clausnitz, Bautzen ... Die Karte der Schande. Die schlimmsten Übergriffe seit Anfang 2015 in Sachsen, in: *Bild* vom 22. 02. 2016.

⁷ Harald Stutte, Bundesland als „brauner Schandfleck“, Ist Sachsen noch zu retten?, in: *Hamburger Morgenpost* vom 28. 08. 2018. Der Autor Stutte ist in Sachsen geboren. Die Sachsen seien ihm aber in Hamburg „fremd gewor-

mit der beobachtbaren Wirklichkeit im Freistaat zum Teil kaum noch etwas zu tun. Sie fordern Gegenreden aus Sachsen nahezu heraus. Selbst wenn die Rede von „Angreifern“ wie „Verteidigern“ halb ironisch gemeint sein sollte, irritieren in der Auseinandersetzung die Versuche, messerscharf zwischen den „Sachsen“ und den „Anderen“ zu unterscheiden: „Ja, die Sachsen sind ein eigenes Völkchen. [...] In Sachsen ist weder Multikulti noch das Habituelle der 68er wohlgeleitet, der Kosmopolitismus weniger, der Nativismus stärker ausgeprägt als in manchem Bindestrich-Land.“⁸ Faktisch attestiert eine solche vermeintliche Verteidigungsrede den Sachsen, indem sie ihnen Nativismus und eine Wendung gegen Multikulti unterstellt, ebenfalls eine nahezu kollektive Neigung zu Kernelementen der Ideologie der *Neuen Rechten*.⁹ Ein bedeutender Teil der „Angreifer“ und „Verteidiger“ schreibt damit einem ganzem Bundesland einen kollektiven Einstellungskomplex zu. Der Pfarrer der Leipziger Peterskirche, Andreas Dohrn, meinte dazu: „Es ist Quatsch zu sagen, der Sachse oder die Sachsen sind so und so“.¹⁰ Recht hat er. Es gilt, differenziert die Verteilung der Einstellungsmuster und Handlungen der in Sachsen lebenden Menschen – im Vergleich mit den Bewohnern anderer Bundesländer – zu erkunden.¹¹ Es darf nicht pauschal zwischen „Biosachsen“¹² und aus anderen Bundesländern bzw. Staaten nach Sachsen Gekommenen unterschieden werden.¹³ Die Beispiele des ehemaligen NPD-Vorsitzenden Holger Apfel (geboren in Hildesheim) und des sächsischen AfD-Flü-

den“. Pegida-Organisator Lutz Bachmann reichte eine Anzeige wegen Volksverhetzung gegen diesen Artikel ein. Das Verfahren wurde „mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt“. Bachmann zitierte aus dem Urteil auf einer Pegida-Veranstaltung und provozierte damit laute Buhrufe und Sprechchöre „Widerstand“. Winfried Schenk, Staatsanwaltschaft Hamburg: Braunes Sachsen auf Deutschlandkarte ist keine Volksverhetzung, in: Menschen-in-Dresden.de vom 27.04.2016, <https://menschen-in-dresden.de/2016/04/27/staatsanwaltschaft-hamburg-braunes-sachsen-auf-deutschlandkarte-ist-keine-volksverhetzung/> (14.12.2020). Die Klage Bachmanns ist ein typisches Beispiel für eine Instrumentalisierung von kritischen Artikeln über Sachsen zur Befeuerung rechtsextremer und rechtspopulistischer Proteste.

⁸ Eckhard Jesse, Ostdeutschland: Schluss mit den Beleidigungen!, in: Zeit vom 26.04.2018, S. 12. Umfassend legt Jesse seine Position in folgendem Beitrag dar: Ders., Sachsen: ein Bundesland in der Kritik, in: Christoph Meißelbach / Jakob Lempp / Stephan Dreischer (Hrsg.), Politikwissenschaft als Beruf: Perspektiven aus Wissenschaft und Gesellschaft, Wiesbaden 2018, S. 183 – 199.

⁹ Vgl. zur Beschreibung des Nativismus als Kern des populistischen Rechtsradikalismus: Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007, S. 19. Vgl. darüber hinaus auch die Einleitung zu diesem Buch.

¹⁰ Zitiert nach Johannes Jolmes / Andrej Reisin, Sachsen und die Nazis: Plattes Klischee oder echtes Problem?, in: Das Erste vom 28.03.2019, <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2019/Sachsen-und-die-Nazis-Plattes-Klischee-oder-echtes-Problem,panorama8802.html> (19.11.2020).

¹¹ Siehe dazu den Beitrag von Gert Pickel und Alexander Yendell in diesem Band.

¹² Die ironisierende Rede von „biosächsischen Freunden“ findet sich in dem Artikel von Oliver Reinhard, „Wossis“: Ihr seid keine Cowboys, in: Zeit Online vom 29.04.2018, <https://www.zeit.de/2018/18/wossis-westdeutsche-osten-unterschiede> (19.11.2020).

¹³ Dies schließt natürlich nicht aus, dass es bei Auswertungen durchaus sinnvoll ist zu prüfen, ob etwa die Einstellungsverteilung bei Menschen, die in Sachsen geboren sind und nie länger aus dem Bundesland weggezogen sind, deutlich anders aussieht als bei zu- und (nach Lebensphasen in anderen Bundesländern oder Ländern) rückgewanderten Sachsen.

gel¹⁴-Frontmanns Jens Maier (geboren in Bremen) zeigen beispielhaft, dass keineswegs nur „Biosachsen“ in Sachsen rechtsextremistische Gesinnungen verbreiten.

Vor allem gibt es schlicht ein fundamentales Grenzziehungsproblem: Wer ist ein Sachse, eine Sächsin? Zählt ein Mann qua Geburtsort zu Sachsen, auch wenn er sein ganzes Leben danach woanders verbringt und eine Frau nicht als Sächsin, wenn sie woanders geboren ist und direkt nach der Geburt das ganze Leben in Sachsen verbringt? Sinnvoll lässt sich von Sachsen im Grunde nur jeweils für die Bewohner Sachsens sprechen, egal wo sie geboren sind.

Inner- und außerhalb dieses Bandes zum Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen ist fruchtbar zu diskutieren, wann eine Partei, Bewegung oder Einstellung als rechtsextremistisch oder radikal rechtspopulistisch anzusehen ist. Das Ausmaß des Rechtsextremismus ist umso größer, je weiter der Kreis gezogen wird. Überflüssig und wenig fruchtbar erscheint es dagegen, wenn im Zusammenhang mit der Diskussion, ob Sachsen ein Problem mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus habe, über Jahrzehnte in Sachsen und bis in die Gegenwart hinein immer wieder der Verweis zu hören war und ist, dass es auch im Bereich des Linksextremismus und Linkspopulismus oder des Islamismus sowie der Gewalttaten bei Ausländern Probleme in Sachsen gäbe. Solche Verweise sind bestenfalls irrelevant, um die Brisanz der Problematik der Stärke des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen nüchtern zu untersuchen. Dadurch, dass sie in der Auseinandersetzung aber – keineswegs völlig grundlos – häufig als „Relativierung“ und „Bagatellisierung“ von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gedeutet werden, tragen sie zu einer problematischen Polarisierung der Debatte bei.

Politischer Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Sachsen

Bei allem in Sachsen teils noch verbreitetem Trotz gegen die mediale Berichterstattung über Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Freistaat zeichnet sich auf politischer Ebene ein Bewusstseinswandel ab. Zu beachten ist, dass die Veränderung der Wahrnehmung auch ganz oder teilweise an Veränderungen der Stärke rechtsextremistischer Strukturen in Sachsen liegen könnte. Ministerpräsident Kurt Biedenkopf verwehrt sich im Jahr 2000 keineswegs nur dagegen, dass Sachsen eine Hochburg des Rechtsextremismus in Deutschland sei, sondern verstieg sich zu der Aussage: „Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus“.¹⁵ Die Aussage ist falsch, zumal sie in dieser Pauschalität mit Blick auf die Bevölkerung keines Bundes-

¹⁴ Der *Flügel* löste sich im Mai 2020 durch den wachsenden Druck im Zuge der Beobachtung durch die Verfassungsschutzämter formal auf. Informell bestehen die personellen Netzwerke weiter.

¹⁵ Biedenkopf zitiert sich selbst noch einmal 2017: Martin Machowecz, CDU in Sachsen: „Kurt, das wäre dir nicht passiert!“, Interview mit Kurt Biedenkopf, in: Zeit vom 05. 10. 2017, S. 10 f.

landes zutreffend wäre. Daher erscheint es höchst erstaunlich, dass Biedenkopf nach den Wahlerfolgen der *NPD* in Sachsen, den aufkommenden *Pegida*-Demonstrationen und nach dem ersten Einzug der *AfD* ins sächsische Parlament selbst 2015 noch auf dieser Aussage beharrte und befand, er habe sich bei „seiner früheren Aussage nicht getäuscht, dass die Sachsen nicht empfänglich seien für Rechtsextremismus“.¹⁶

Bereits unter Ministerpräsident Georg Milbradt setzte 2005 im Vergleich zur Ära Biedenkopf ein – wenn auch sehr langsames und unstetes – Umsteuern ein, bei dem zunehmend Probleme Sachsens mit dem Rechtsextremismus eingeräumt und angegangen wurden. Eine starke Strömung in der *CDU* forderte aber noch immer reflexartig, auf den Linksextremismus oder andere Probleme zu blicken, sobald gefordert wurde, dass der Freistaat sich stärker engagieren müsse, um Probleme mit sich verbreitenden rechtsextremistischen Strukturen in den Griff zu bekommen. Ministerpräsident Stanislaw Tillich setzte die Kursänderung gegenüber dem Rechtsextremismus im Vergleich zur Biedenkopf-Zeit fort. Während der ehemalige Ministerpräsident Biedenkopf *Pegida* geradezu als sächsische „Innovation“¹⁷ pries, distanzierte sich Tillich scharf. Er erklärte, dass es auch anderswo in Deutschland Angriffe auf Flüchtlinge gegeben habe, aber „in Sachsen traten sie zuerst auf und Sachsen hat *Pegida*“. Tillich warf namentlich *Pegida* vor, die Situation in Sachsen zu verschärfen: „Wir haben eine Gruppe von Menschen, die Hass und Fremdenfeindlichkeit säen.“ Bei einer Sondersitzung des Sächsischen Landtags im Februar 2016 bekundete Tillich erstmals ohne jegliche Einschränkungen: „Ja, es stimmt: Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus, und es ist größer, als viele – ich sage ehrlich: auch ich – wahrhaben wollten.“¹⁸

Michael Kretschmer, Nachfolger Tillichs als sächsischer Ministerpräsident, ging auf diesem Weg noch einen Schritt weiter. Er benannte ab 2018 den Rechtsextremismus als „größtes Problem“¹⁹ Sachsens. Die „Mehrheit der Anständigen“ müsse „die Demokratie verteidigen“. Man müsse sich der „furchtbaren Art“ der Propaganda, wie man sie bei der *Identitären Bewegung* und den *Reichsbürgern* sehe, „entgegenstellen“.²⁰ Der Wechsel zu einer harten Linie gegenüber dem Rechtsextremismus dürfte wesentlich durch die lange Kette der national und international vielbeachteten rechtsextremistischen Ereignisse ausgelöst worden sein. Unterfüttert wurde diese Anstrengung nach der Landtagswahl 2019 in einer Koalition mit *SPD* und *Grünen* mit der Ankündigung eines umfangreichen gemeinsamen Maßnahmenpakets. Beim

¹⁶ Zitiert nach Dieter Wonka, Biedenkopf: Ostdeutsche weitgehend immun gegen Rechtsradikalismus, in: Leipziger Volkszeitung vom 20.09.2015, <https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Biedenkopf-Ostdeutsche-weitgehend-immun-gegen-Rechtsradikalismus> (18.12.2020).

¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁸ Stefan Locke, „Ja, es stimmt: Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus“, in: FAZ.net vom 29. 02. 2016, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/stanislaw-tillich-ja-es-stimmt-sachsen-hat-ein-problem-mit-rechtsextremismus-14097673.html> (19. 11. 2020).

¹⁹ MDR, Kretschmer: Rechtsextremismus ist größtes Problem Sachsens, in: mdr.de vom 14. 04. 2019, <https://www.mdr.de/sachsen/kretschmer-sachsen-rechtsextremismus-demokratie-100.html> (18. 12. 2019).

²⁰ Ebd.

sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz wurden aus den Reihen der Regierungskoalition, namentlich vom innenpolitischen Sprecher und parlamentarischen Geschäftsführer der *Grünen*, Valentin Lippmann, „strukturelle Probleme“ ausgemacht. Aus dieser Perspektive schien die bereits im Koalitionsvertrag 2019 angekündigte Einrichtung der „Dokumentations- und Forschungsstelle zur Analyse und Bewertung demokratiefeindlicher Bestrebungen“ als ein „zentraler Baustein“ zur ergänzenden „umfassende[n] und wissenschaftlich fundierte[n] Unterrichtung der Öffentlichkeit über antidemokratische und menschenfeindliche Tendenzen in Sachsen“.²¹ Nicht zuletzt wurde im Jahr 2020 ein Maßnahmenpaket zur „Verstärkung der politischen Bildungsarbeit sowie von Angeboten der Beratung und der Radikalisierungsprävention“ geschnürt „mit dem Ziel, Extremismus und demokratiefeindlichen Einstellungen und Bestrebungen überall argumentativ, mit den Mitteln des Rechtsstaates klar entgegenzutreten“.²² Während auf der Bundesebene die Diskussion über Verdachtsfälle wie die *AfD* offen möglich war, durfte dies in der Vergangenheit in Sachsen nicht geschehen. Sachsens Innenminister Roland Wöller kündigte im August 2020 aber an, dass auch in Sachsen der Verfassungsschutz künftig offen über Verdachtsfälle kommunizieren dürfe. Die geplante Änderung ist zu begrüßen, da durch die unterschiedliche Handhabung von Verdachtsfällen in den Bundesländern in der Vergangenheit der irreführende Eindruck entstand, dass der sächsische Verfassungsschutz rechte Gruppierungen „laxer“ einschätze als die benachbarten Ämter in Brandenburg und Thüringen. Dem Regierungspartner *SPD* reichte die Änderung indes nicht aus und es wurden mit Blick auf den sächsischen Verfassungsschutz mehr Offenheit und Transparenz wie auch weitergehende Kontrollmöglichkeiten eingefordert. In die gleiche Richtung ging die Kritik aus den Reihen der *Grünen*. Die *AfD* positionierte sich jedoch nachdrücklich gegen eine offene Benennung von Verdachtsfällen.²³ Insgesamt wird von Beobachtern des Gefüges der Institutionen der Inneren Sicherheit in Sachsen bemängelt, dass sich die Kompetenzen von Verfassungsschutz und Polizei überlappen. Letztlich ist dies aber kein alleiniges Problem des Freistaats.²⁴

Bei der Prävention gegen Rechtsextremismus erfolgt in Sachsen ein Großteil der Förderung von Projekten über das 2005 entstandene Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für

²¹ Bündnis 90 / Die Grünen im Sächsischen Landtag, Antrag Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus: Klarer Handlungsauftrag an politische Verantwortungsträger*innen in Sachsen (Antrag vom 10.07.2020), <https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/2020/antrag-gesamtkonzept-gegen-rechtsextremismus-klarer-handlungsauftrag-an-politische-verantwortungstraeger-in-sachsen/> (12.12.2020).

²² Sächsischer Landtag (7. Wahlperiode), Drucksache 7 / 3032, Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und SPD, Thema: Rechtsextremismus mit einem Gesamtkonzept bekämpfen, Dresden 2020, S. 3.

²³ Vgl. Marc Zimmer, Verfassungsschutz. Kritik an Veröffentlichung von Verdachtsfällen in Sachsen, in: mdr.de vom 11.08.2020, <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/verfassungsschutz-sachsen-woeller-verdachtsfall-kritik-100.html> (18.12.2020).

²⁴ Vgl. Tom Thieme, Institutionen der Inneren Sicherheit in Sachsen, in: Alexander Yendell / Gert Pickel / Karolin Dörner (Hrsg.), Innere Sicherheit in Sachsen. Beiträge zu einer kontroversen Debatte, Leipzig 2017, S. 84 – 91.

Demokratie und Toleranz“.²⁵ Das Programm war zunächst im Innenministerium angesiedelt und ist inzwischen beim von Petra Köpping (SPD) geleiteten *Sächsischen Staatministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt* zu finden. Eine Evaluation der Anti-Rechtsextremismus-Projekte von 2012 bis 2014 fand grundsätzlich lobende Worte. So wurde dem Land Sachsen attestiert, „mit dem Landesprogramm auf einem guten Weg hin zu einer evidenzbasierten Präventionsarbeit“²⁶ zu sein. In einigen Punkten gab es aber auch Tadel. So kritisierte der Bericht, dass die Projekte insgesamt zu stark auf Kinder und Jugendliche fokussiert gewesen seien, obwohl Rechtsextremismus auch bei Erwachsenen und älteren Menschen zu finden sei. Diese Beobachtung lässt sich tatsächlich mit Blick auf die in Sachsen besonders relevanten Phänomene *Pegida* und *AfD* nur unterstreichen. Die aktuelle WOS-Projektauswahl erweckt allerdings den Eindruck, als habe sich der Fokus auf Kinder und Jugendliche seit der Evaluation nicht stark geändert.²⁷

Einordnung der Ergebnisse des Bandes

Die Deutungskonflikte um Integration und Desintegration sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind in den letzten Jahren in den westlichen Demokratien – und insbesondere auch in Deutschland – im Zuge der Fluchtbewegungen seit 2015 häufiger und heftiger geworden. Sachsen bietet sich dabei in besonderem Maße für eine theoriegeleitete empirische Erforschung der Entwicklungen, ihrer Bestimmungsfaktoren und Folgen an. Sowohl zunehmende radikal rechtspopulistische Mobilisierung auf der Straße als auch die Veränderungen der Parteienlandschaft durch die Erfolge der vom radikalen Rechtspopulismus in den Rechtsextremismus driftenden *AfD* werfen in Sachsen in besonders dramatischer Weise die Frage auf, inwieweit der demokratische Zusammenhalt brüchig geworden ist. Empirische Ergebnisse zeigen, dass im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt und anderen Bundesländern in Sachsen die Demokratie als Herrschaftsform und in ihrer bundesdeutschen Ausprägung zwar auf ähnlich hohe Zustimmung stößt wie anderswo, dass aber das Institutionenvertrauen schwach, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit massiv und der gesellschaftliche Zusammenhalt

²⁵ Vgl. <https://www.weltoffenes.sachsen.de/> (18. 12. 2020). Das Aufgabenprofil des Programms geht dabei weit über Rechtsextremismusprävention hinaus. Einen Überblick zu Maßnahmen und Programmen für Demokratieschutz in Sachsen bietet Tom Thieme, Demokratieschutz und Rechtsextremismus in Sachsen. Gemeinsamkeiten und Spezifika im Ländervergleich, in: Uwe Backes / Steffen Kailitz (Hrsg.), *Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?*, Göttingen 2020, S. 361 – 374.

²⁶ Beratung und Evolution / Institut für interdisziplinäre Konflikt und Gewaltsforschung der Universität Bielefeld proVal – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse, Abschlussbericht zur Evolution des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“, Hannover / Bielefeld 2014, S. 4.

²⁷ Vgl. <https://www.weltoffenes.sachsen.de/wos-projekte-2019-4112.html> (18. 12. 2020).

als brüchig zu bezeichnen sind.²⁸ Zu beobachten ist weiterhin eine beachtliche Verbreitung der Angst vor einem Verlust an gesellschaftlichem Zusammenhalt sowie ein ausgeprägter Zusammenhang zwischen geringem gesellschaftlichem Zusammenhalt und einer Offenheit für soziale Abwertung, rechten Populismus und antidemokratische Positionen.²⁹

Die Beiträge in diesem Band zu *Pegida* (von Piotr Kocyba) und zur *AfD* (von Steffen Kailitz) zeigen, dass in zeitlich zunehmenden Maße sowohl die *AfD* als auch das Organisationskomitee von *Pegida* deutlich rechtsextremistische Züge aufweisen. Dabei können die Phänomene *Pegida* und *AfD* insgesamt als radikal rechtspopulistisch eingestuft werden. Zugleich gelang es ihnen – im Unterschied zu Parteien und Gruppierungen des „harten“ Rechtsextremismus wie der *NPD* (siehe dazu die Studie von Steffen Kailitz) –, mit den engen Verbindungen in die Neonaziszene auch Gefolgschaft im bürgerlichen Milieu zu entwickeln und die Grenzen zwischen Demokraten und Rechtsextremisten zumindest zeitweilig nachhaltig zu erodieren.

Die Benennung *Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*, die Zusammensetzung des Organisationskomitees sowie vor allem die Auftritte von Gastrednern aus den Reihen des rechtsextremistischen Flügels der *AfD* wie zum Beispiel Björn Höcke, Andreas Kalbitz³⁰, Jens Maier, André Poggenburg³¹ und Hans-Thomas Tillschneider, dem *Institut für Staatspolitik* als Ideengeber der identitären Rechten namentlich Götz Kubitschek und der *Identitären Bewegung* wie Martin Sellner legen nahe, dass die Dresdner Demonstrationen die zentrale Schaubühne der weit über die Kleingruppe *Identitäre Bewegung* hinausreichenden identitären Rechten darstellen.³² Die kaum zu überschätzende Wirkung von *Pegida* ist es

²⁸ Vgl. Tom Mannewitz, Politische Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Sachsen, in: Steffen Kailitz / Gert Pickel / Tobias Genswein (Hrsg.), Sachsen zwischen Integration und Desintegration. Politisch-kulturelle Heimat, Wiesbaden 2021 (i. E.).

²⁹ Vgl. Gert Pickel / Susanne Pickel, Gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Angst vor seinem Schwund. Analysen zu Existenz, Ursachen und Folgen gesellschaftlichen Zusammenhalts am Beispiel Sachsen, in: Ebd. (i. E.).

³⁰ Der Auftritt von Kalbitz erfolgte dabei nach der Annullierung seiner *AfD*-Mitgliedschaft und lässt sich gerade deswegen als symbolträchtiger Schulterschluss nicht nur mit ihm, sondern dem gesamten rechtsextremistischen Teil der *AfD* ansehen. Vgl. Ex-AfD-Landeschef in Dresden Kalbitz kündigt auf Pegida-Demo Widerstand gegen Rauswurf an, in: rbb24 vom 14. 09. 2020, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/09/kalbitz-afd-brandenburg-dresden-pegida-protest.html> (15. 01. 2021).

³¹ Wie später im Falle von Kalbitz, erfolgte im Zuge des Abgangs von Poggenburg aus der *AfD* eine symbolträchtige Solidarisierung durch die Einladung als Gastredner zur *Pegida*-Demonstration. Da gerade die Positionierung *Pegidas* in den Fällen Kalbitz und Poggenburg deutlich zeigt, dass die Bewegung noch rechts von der *AfD* anzusiedeln ist, müsste diese konsequenterweise vom sächsischen Verfassungsschutz ebenfalls zum rechtsextremistischen „Verdachtsfall“ erklärt werden bzw. bereits erklärt worden sein. Bekanntlich darf der sächsische Verfassungsschutz eine solche Einstufung allerdings nicht offiziell verkünden.

³² Bachmann lässt sich faktisch der identitären Rechten zuordnen. Aus den Sympathien zur *Identitären Bewegung* machte er 2014 keinen Hehl. Ein während des Aufkommens von *Pegida* von Bachmann im November 2014 verbreitetes Selfie zeigt ihn in der „Sonderanfertigung“ eines T-Shirts des Vertriebs „Phalanx Europa“, einem „Projekt, an dem ausschließlich identitäre Aktivisten mitarbeiten“. Vgl. ntv, Wie rechts ist Pegida? Bachmann posiert als Identitärer, <https://www.n-tv.de/politik/Bachmann-posiert-als-Identitaerer-article14362061.html> (7. 8. 2019). Das erste Interview, in dem er die Motive von *Pegida* darlegte, gab er der *Blauen Narzisse*, einem zentralen Publikationsorgan der identitären Rechten. Vgl. Johannes Schüller, Gemeinsam gegen Islamismus, <http://>

dabei, weit über Dresden hinaus als Türöffner für die identitäre Rechte in bürgerlich-(national-) konservative Kreise hinein gewirkt zu haben. In diesem Rahmen fanden Vordenker der identitären Rechten wie Kubitschek und Sellner erstmals ein Massenpublikum. Aus der großen ideologischen Nähe der Anführer des – inzwischen formal aufgelösten – *Flügels* (Höcke), des *Instituts für Staatspolitik* (IfS, Kubitschek), der *Identitären Bewegung* Österreich (Sellner) und *Pegida* (Bachmann) macht dabei keine Seite einen Hehl.³³ So standen nicht nur Sellner, Kubitschek und Höcke auf der *Pegida*-Bühne Bachmanns, sondern sie traten auch zu viert gemeinsam bei der VI. *Compact*-Konferenz 2017 auf.³⁴ Sowohl Höcke als auch Sellner waren als enge politische Freunde Kubitscheks sehr oft zu Gast bei ihm in Schnellroda und berieten sich mit ihm in strategischen Fragen.³⁵ Die Freundschaft Kubitscheks und Höckes reicht dabei weit in die Zeit vor der Gründung der *AfD* zurück. So äußerte Kubitschek im Januar 2017: „Ich bin mit Björn Höcke seit bald 15 Jahren befreundet. [...] Unser Gespräch über die richtige Politik für Deutschland ist der rote Faden unserer Freundschaft. Auch als *AfD*-Politiker liest Höcke, was ich schreibe, kommentiert, was ihn interessiert, greift auf, was er für vermittelbar hält.“³⁶ Bei zentralen Ereignissen wie der Rede von Höcke im Ballhaus Watzke im Januar 2017 oder der *AfD* / *Pegida*-Demonstration in Chemnitz im September 2018 war Kubitschek stets an der Seite von Höcke zu finden. Die Formierung des rechtsextremistischen *Flügels* in der *AfD* geht ursächlich auf einen Konflikt um die Aufnahme Kubitscheks (und seiner Frau) in die *AfD* zurück. Der Freundschaft zu Sellner hat Kubitschek sogar einen ausführlichen Text gewidmet:

www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4994-gemeinsamgegen-islamismus (7.8.2019). Ein weiteres Gespräch führte er mit der *Jungen Freiheit*. Anderen auf den *Pegida*-Demos als „Lügenpresse“ titulierten Medien gab Bachmann prinzipiell keine Interviews. Zwischen Martin Sellner und Bachmann gibt es eine – nicht klar erforschte – enge Verbindungslinie. Sellner trat mehrfach bei *Pegida* auf. Charakteristisch für die Verbindung ist, dass Bachmann 2018 als „Vertretung“ Sellners nach London flog, um dort eine Rede am Speakers Corner vorzutragen, nachdem dieser bereits bei der Einreise festgenommen worden war: Die britischen Identitären kündigten umgehend Ersatz an, aber auch Bachmann durfte nicht einreisen und erhielt einen „Abschiebebescheid“. Die öffentliche Begründung lautete: „Er wurde aus Gründen abgewiesen, die vorliegen, wenn die Anwesenheit einer Person dem Gemeinwohl nicht zuträglich ist.“ Sellners „Londoner“ Rede wurde dann – so schließt sich der Kreis – ersatzweise bei *Pegida* in Dresden verlesen. Vgl. *AfD*-Poggenburg wettert gegen Merkel & Co, in: Leipziger Volkszeitung vom 20.03.2018, S. 4. Einen Überblick bietet Miro Jennerjahn, Sachsen als Entstehungsort der völkisch-rassistischen Bewegung PEGIDA, in: Stephan Braun / Alexander Geisler / Martin Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten: Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden 2016, S. 533 – 558.

³³ Zum engsten Zirkel um Götz Kubitschek und seine Ehefrau Ellen Kositzka zählt weiterhin Martin Lichtmesz, der als Vordenker der identitären Rechten gilt. Vgl. u. a. Martin Lichtmesz, *Die Verteidigung des Eigenen*, Schnellroda 2017.

³⁴ Vgl. Lutz Bachmann, 25.11.2017 – VI. Compact Konferenz für Souveränität – aus Leipzig, <https://www.youtube.com/watch?v=UUz75CoUNLs> (20.12.2020).

³⁵ Vgl. u. a. Franziska Schreiber, *Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin*, München 2018, S. 127.

³⁶ Melanie Amann, „Dissonantes Pathos“. Der Rechtsideologe Götz Kubitschek distanziert sich von der umstrittenen Dresdner Rede des *AfD*-Politikers Björn Höcke, in: *Spiegel online* vom 4.2.2017, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-149411840.html> (6.8.2019).

„Mein Freund Martin Sellner“.³⁷ Im September 2018 führten Bachmann und Höcke schließlich die zusammengeschlossene Demonstration von *AfD*, *Pegida* und *Pro Chemnitz* an, zu deren Teilnehmern unter anderem auch Sellner sowie Kubitschek zählten.³⁸ Die Verankerung der *AfD* in der identitären Rechten zeigte sich überdies darin, dass mit Erik Lehnert vorübergehend auch der aktuelle Leiter des *IfS* als Schriftführer im Vorstand der *AfD*-nahen *Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES)* saß.

Die identitäre Rechte und mit ihr immer größere Teile der *AfD* orientieren sich bei ihrer Antwort auf die Frage, wer Deutscher ist, an einem ethnisch definierten Volksbegriff. Sellner hat diese Verteidigung des „ethnischen Volksbegriff[s]“³⁹ als Kern einer Positionierung zwischen „Ethnozentrismus“ und „Ethnopluralismus“ beschrieben. Die *Identitäre Bewegung* richtet ihren „Widerstand“ gegen eine Position, wie sie etwa Merkel und das Bundesverfassungsgericht vertreten, wonach das „Volk“ nichts als die zahlenmäßig erfassbare, flüchtige Summe derjenigen ist, „die in Deutschland leben“⁴⁰ und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Björn Höcke formulierte mustergültig die identitäre Verschwörungstheorie im Dezember 2020 so: „Die Globalisten multikulturalisieren nationale Territorien mittels Massenmigration“. Dadurch würden die „selbstbestimmten Völker [...] desorientierte, leicht manipulierbare Bevölkerungsmassen“ werden. Das zu bekämpfende Nahziel der Globalisten sei die „Zerbröselung aller gewachsenen Gemeinschaften“. Die „Widerstandsbewegung“ dagegen – und damit umreißt Höcke das eigene Lager der identitären Rechten – reiche „von der Pegida über die *AfD* bis hin zu den Querdenkern“.⁴¹ Ideologische wie strategische Äußerungen Höckes klingen inzwischen kaum noch unterscheidbar nach der *NPD*.

Die identitäre Rechte verwendet einzig eher einen ethnisch-kulturalistischen, die *NPD* (siehe den Beitrag in diesem Band) stärker einen ethnisch-biologistischen Volksbegriff. Es wird dabei rassistisch und / oder kulturalistisch definiert, wer zum deutschen Volk gehört und wer nicht. Aus dieser Perspektive erscheinen Menschen mit muslimischer Religionszugehörigkeit oder etwa mit schwarzer Hautfarbe, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit haben und sogar hier geboren sind, als Fremde und undeutsch.⁴²

³⁷ Götz Kubitschek, Mein Freund Martin Sellner, in: Sezession vom 27. März 2019, <https://sezession.de/60880/mein-freund-martin-sellner> (18. 12. 2020).

³⁸ Vgl. „Monitor“ zu Demos in Chemnitz. Rechtsextreme nicht zu leugnen, in: taz vom 07. 09. 2018, <https://taz.de/Monitor-zu-Demos-in-Chemnitz/!5533956/> (24. 7. 2019).

³⁹ Martin Sellner, Ethnozentrismus, Ethnopluralismus, Universalismus, in: Sezession vom 19. 04. 2017, <https://sezession.de/57017/ethnozentrismus-ethnopluralismus-universalismus> (24. 7. 2019).

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Vgl. Björn Höcke, Höckes Antwort an Meuthen: COMPACT-TV live, auf Compact TV vom 05. 12. 2020, <https://www.youtube.com/watch?v=j5ckotm-9GQ&t=6550s> (18. 12. 2020). Ausgestrahlt wurde die programmatische Rede Höckes auf Compact TV. Das Magazin *Compact* steht als „Verdachtsfall“ unter Beobachtung des Verfassungsschutzes und ist neben Kubitscheks *Sezession* das zweite zentrale Medium der identitären Rechten.

⁴² Die Position Sellners und anderer Angehöriger des Spektrums ist dabei teils auch differenzierter. Vgl. Martin Sellner, *Identitär! Geschichte eines Aufbruches*, Schnellroda 2017.

Der „Widerstand“ gegen die Corona-Maßnahmen soll nun aus Sicht der Vordenker der identitären Rechten als Rammbock gegen die parlamentarische Demokratie dienen. Kubitschek befeuerte etwa die Verschwörungstheorie, dass das (Corona-)Virus für die „Ansteckung durch Widerständigkeit“ stehe und die „Regierenden diesem Lauffeuer [des Widerstands] durch Vereinzelungsgebote [...] etwas entgegen[zu]setzen“ versuchten. Es gelte, das Volk, also den „im Grundgesetz genannte[n] Souverän in seiner Verdichtung, in Millionenstärke [...] auf die Straße und an die Wahlurne“ zu bringen, um die „Macht ins Wanken zu bringen“. Höcke proklamiert martialisch, dass das „Establishment“ nach einer „Schockstarre“ nun der „Bürgeropposition“, zu der auch die *AfD* gehöre, den „Krieg erklärt“ habe. Als besonders wirksames Instrument werde die „Verfassungsschutzkeule“ eingesetzt. Der Verfassungsschutz sei mittlerweile eine „Antifa-Behörde“ sowie selbst „verfassungsfeindlich“ und „müsse beobachtet werden“. Das Bundesverfassungsgericht sei ein „ideologisch besetztes“, „ein politisches Gericht“. ⁴³ Die Gegner, die gejagt und verjagt werden sollen, sind die „Kartell-Parteien“ – und damit sind alle demokratischen Parteien gemeint –, also das „politisch-mediale Establishment“. ⁴⁴ Sprachen Kubitschek und Höcke noch vor einigen Jahren verklausuliert, haben sie inzwischen das Visier geöffnet. An ihrer völkischen, gegen die Strukturen der gegenwärtigen liberalen Demokratie gerichteten, rechtsextremistischen Ausrichtung gibt es keinen Zweifel. ⁴⁵

Die Kämpfe der extremen Rechten um die Straße und um Parlamentssitze fanden und finden dabei in Sachsen nicht isoliert voneinander statt: 2018 verbanden sich viele Stränge der rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Szene Sachsens bei den Demonstrationen und Ausschreitungen in Chemnitz am 26. und 27. August sowie am 1. September 2018 als Reaktion auf eine Auseinandersetzung am Rande des Chemnitzer Stadtfestes, bei der ein Mann tödlich und zwei weitere durch Messerstiche schwer verletzt worden waren. Entsetzen erregten insbesondere Jagdszenen auf Menschen mit Migrationshintergrund und der offene Schulterschluss des rechtsextremen Lagers am 1. September auf einer gemeinsamen Demonstration, die zum einen von *Pegida* zusammen mit den *AfD*-Landesverbänden Sachsen, Brandenburg und Thüringen, zum anderen von *Pro Chemnitz* organisiert wurde. ⁴⁶ Den Jagdszenen

⁴³ Höcke, Höckes Antwort an Meuthen: COMPACT-TV live, a. a. O.

⁴⁴ Julia Rathcke, Kyffhäuser-Treffen. *AfD*: Höcke rechnet mit Bundesvorstand ab, in: Göttinger Tageblatt vom 06. 07. 2019, <https://www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Kyffhaeuser-Treffen-AfD-Hoecke-rechnet-mit-Bundesvorstand-ab> (18. 12. 2020).

⁴⁵ An der rechtsextremistischen Einstufung Höckes ließ dabei etwa auch der *AfD*-Berater Werner J. Patzelt bereits 2016 keinerlei Zweifel und plädierte in einem Gutachten für die *AfD* für dessen Ausschluss. Vgl. ders., Das „Höcke-Gutachten“ – oder: Wie erkennt man Rassismus bzw. Extremismus?, <http://wjpatzelt.de/2016/01/03/das-hoecke-gutachten-oder-wie-erkennt-man-rassismus-bzw-extremismus/> (18. 12. 2020). Der Bereich des Kontroversen beschränkt sich auf die Gewichtung des rechtsextremistischen Teils und der Einordnung der übrigen Teile der *AfD*.

⁴⁶ Vgl. u. a. Julia Emmrich / Karsten Kammholz / Johanna Rüdiger, *AfD*, *Pegida* und „*Pro Chemnitz*“ – Der rechte Schulterschluss, in: Berliner Morgenpost vom 02. 09. 2018, <https://www.morgenpost.de/politik/article215239365/AfD-Pegida-und-Pro-Chemnitz-Der-rechte-Schulterschluss.html> (19. 11. 2020). Es handelte sich um zwei getrennt angemeldete Demonstrationen, die aber faktisch zusammenflossen und eine gemein-

folgte eine akademisch anmutende Diskussion über die Frage der korrekten Benennung der Vorgänge.⁴⁷ Das Landeskriminalamt Sachsen hat laut übereinstimmenden Medienberichten 2019 in einem vertraulichen Bericht aber festgehalten, dass es nach der Auswertung einschlägiger Chats von Rechtsextremisten der Region verdichtete Hinweise darauf gibt, dass es in Chemnitz im Vorfeld gezielte Absprachen zu einer Jagd auf Migranten gegeben habe sowie im Nachgang Prahlereien darüber. Es handelte sich also bei den Szenen nicht um spontane Ereignisse aus dem Demonstrationsgeschehen heraus.⁴⁸ Zu den Rädelsführern zählte dabei Christian K., der kurze Zeit nach den Chemnitzer Ereignissen als Anführer von *Revolution Chemnitz* festgenommen wurde. Ein anderes Mitglied der Terrorgruppe, Sten E., gab im Chat damals z. B. an, dass er an der Chemnitzer Zentralhaltestelle „drei Kanacken, drei Rotzer [...] weggeklatscht“⁴⁹ habe.

Uwe Backes gibt in seinem Beitrag zu diesem Band, der auf jahrelanger umfangreicher Forschung beruht⁵⁰, einen Überblick über solche rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierte Gewalt in Sachsen. Der Fokus liegt auf den Jahren 2011 bis 2016. Als fruchtbaren Boden für das mittlerweile über viele Jahre hinweg vor allem im Vergleich zu den westlichen Bundesländern ins Auge springende erhöhte Niveau rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Gewalt in Sachsen nennt Backes einen „erhöhte[n] Anteil autoritärer Einstellungen in Teilen der Bevölkerung, übertriebene[n] National- und Regionalstolz, gepaart mit Fremdenabwehr, ausgeprägte[m] Mangel an interkultureller Kompetenz und [...] relative[r] Schwäche der autonomen Bürgergesellschaft (erkennbar etwa an der geringeren sozialen Verankerung der demokratischen Parteien, der Kirchen und Gewerkschaften)“. Diesen Mix sieht er entstanden aus der zweifachen Problematik einer fünf Jahrzehnte umfassenden Dik-

same Demonstration darstellten. Vgl. für eine Analyse der Ereignisse: Susanne Rippl, Chemnitz ist kein Zufall. Überlegungen zur Eskalation rechtsextremer Potentiale im August 2018, auf ResearchGate im September 2018 digital veröffentlicht, https://www.researchgate.net/publication/327776511_Chemnitz_ist_kein_Zufall_Uberlegungen_zur_Eskalation_rechtsextremer_Potentiale_im_August_2018 (19. 11. 2020).

⁴⁷ Ohne erkennbare Anhaltspunkte stellte der damalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen die Authentizität eines Videos in Frage, auf dem die Jagd auf einen Migranten dokumentiert wurde. Dies war einer der wesentlichen Auslöser für seine Ablösung. Problematisch war insbesondere, dass Maaßen seine persönliche Meinung nicht als solche kennzeichnete, sondern sein Amt nutzte, um aktiv andere Behörden dazu zu bringen, den von Bundeskanzlerin Angela Merkel genutzten „Hetzjagd“-Begriff mit Blick auf die Bilder aus Chemnitz in Zweifel zu ziehen. Vgl. Jost Müller-Neuhof, Maaßen zog „Hetzjagd“ früh in Zweifel. Nach Chemnitzer Krawallen machte Ex-Verfassungsschützer Behörden Druck, in: Der Tagesspiegel vom 04. 10. 2019, S. 5.

⁴⁸ LKA sieht Belege für rechte Absprachen über „Jagd“ auf Migranten, in: Zeit Online vom 26. 08. 2019, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-08/chemnitz-hetzjagden-migranten-ausschreitungen-chatprotokolle#comments> (18. 12. 2020).

⁴⁹ Zitiert nach Lena Kampf / Sebastian Pittelkow / Katja Riedel, Chatprotokolle zeigen Verabredung zu Hetzjagden in Chemnitz, in: Süddeutsche Zeitung vom 26. 08. 2019, <https://www.sueddeutsche.de/politik/chemnitz-rechtsextremismus-hetzjagden-maassen-1.4577009> (18. 12. 2020).

⁵⁰ Vgl. u. a. Uwe Backes / Sebastian Gräfe / Anna-Maria Haase / Maximilian Kreter / Michail Logvinov / Sven Segelke, Rechte Hassgewalt in Sachsen. Entwicklungstrends und Radikalisierung, Dresden 2019.

taturvergangenheit und einer gleichzeitigen, die Lebensläufe belastenden Transformation des politischen und ökonomischen Systems.

Wenn in Sachsen nun sowohl die *AfD* außergewöhnliche Erfolge feiert als auch *Pegida* die größten Demonstrationen mit rechtsextremistischem Einschlag organisieren konnte, stellt sich eine grundlegende Frage: Sind die Sachsen besonders empfänglich für rechtsextremistische Einstellungen? Alexander Yendell und Gert Pickel sehen diesbezüglich in ihrem Beitrag zwar keinen nennenswerten Unterschied im Vergleich zu anderen Bundesländern. Ein Spezifikum gegenüber den westlichen Bundesländern stellt allerdings – so ein zentrales Ergebnis – die größere Verbreitung von Islamfeindlichkeit in Sachsen dar. Würden antimuslimische Einstellungen analog den antisemitischen als Element des Rechtsextremismus gewertet, würden die Werte für Sachsen bei den rechtsextremistischen Einstellungen mithin deutlich höher ausfallen.

Die Verbreitung islam- und muslimfeindlicher Positionen hat Sachsen mit allen anderen östlichen Bundesländern gemeinsam. Somit ist es wohl kein Zufall, dass die islamfeindliche *Pegida* im Osten entstand und großen Zulauf fand. Auch für die größere Bereitschaft zur Wahl der *AfD* in Sachsen, wie in den ostdeutschen Bundesländern überhaupt, scheint die größere Verbreitung islamfeindlicher Einstellungen ein zentrales Motiv.⁵¹ Die Gründe hierfür liegen insbesondere in Gefühlen der Bedrohung der eigenen Kultur, Ängsten in Bezug auf die finanzielle Sicherheit, der Einschätzung, Osteuropa näher zu sein als Westdeutschland sowie in autoritären und rechtsextremen Einstellungsmustern. Die höhere Verbreitung von muslimfeindlichen Einstellungen im Osten Deutschlands stellt wiederum ein großes Hindernis für die Integration muslimischer Zuwanderer in Sachsen dar.⁵²

Bereits im Zuge der „Flüchtlingskrise“ 2015 / 16 zeigte sich in Sachsen eine Welle von Anti-Asyl-Protesten mit starken rechtsextremistischen Beeinflussungsversuchen. Wie auch in anderen Bereichen ist Sachsen dabei keineswegs ein ‚Ausreißer‘ unter den östlichen Bundesländern“. ⁵³ Bei den Corona-Protesten scheint es sich – wie der Beitrag von Isabell-Christine Panreck in diesem Buch zeigt – ganz ähnlich wie bei den Anti-Asylprotesten zu verhalten. Rechtsextremistische Beeinflussungsversuche der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen der Regierungen scheinen in den östlichen Bundesländern und damit auch in Sachsen besonders ausgeprägt, reichen aber weit über Sachsen hinaus. Sie kulminierten 2020 in einem Versuch des Eindringens in den Reichstag, das Herzstück der deutschen Demokratie in Berlin. Der kal-

⁵¹ Vgl. Alexander Yendell / Gert Pickel, Sind Sachsen besonders anfällig für Rechtsextremismus? Politische Einstellungen in Sachsen im Ländervergleich, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, a. a. O., S. 61 – 80.

⁵² Vgl. Gert Pickel / Alexander Yendell, Islam- und Muslimfeindlichkeit in Sachsen: Ein Problem für die Integration von muslimischen Zuwanderern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, in: Kailitz / Pickel / Genswein (Hrsg.), Sachsen zwischen Integration und Desintegration, a. a. O.

⁵³ Tom Mannewitz, Anti-Asyl-Proteste während der „Flüchtlingskrise“ 2015 / 16. Sachsen im interregionalen Vergleich, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, a. a. O., S. 272.

kulierte Hintergrund war wohl nicht zuletzt das Entstehen der symbolträchtigen Bilder⁵⁴, die tatsächlich um die Welt gingen und wenige Monate später mit den Bildern der Erstürmung des US-Kapitols durch rechtsextreme Demonstranten eine transatlantische Entsprechung fanden.

Ein zentrales Ergebnis dieses Buches – wie auch einer 2019 vorgelegten, umfassenderen Studie zu allen Facetten des Rechtsextremismus in Sachsen⁵⁵ – lautet: Der Freistaat ragt als Hochburg des Rechtsextremismus im Kreis der östlichen Bundesländer kaum oder gar nicht heraus. Die Situation in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen unterscheidet sich wenig von jener in Sachsen. Wenn wir rechtsextremistische Phänomene betrachten, zeigt sich überwiegend, wenn auch keineswegs immer, ein deutlicher Ost-West-Unterschied.⁵⁶

Dies bedeutet aber ganz und gar nicht, dass der Rechtsextremismus ein spezifisches Problem Ostdeutschlands ist. Die Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern sind gradueller und nicht fundamentaler Natur. Von den Aufsehen erregenden rechtsextremistischen Anschlägen in den Jahren 2019 und 2020 in Kassel (Mord an Walter Lübcke), Halle (mit zwei Toten)⁵⁷ und Hanau (mit zehn Toten)⁵⁸, fand nur einer im Osten statt.

Auch wenn sich Sachsen im ostdeutschen Vergleich wenig hervorhebt, bewirkten *Pegida* und die Wahlerfolge der sächsischen *AfD*, dass Dresden inzwischen in der rechtsextremen Szene als „Hauptstadt der patriotischen Bewegung“⁵⁹ angesehen wird. Dies droht zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu werden, da sich rechtsextremistische Szeneaktivisten verstärkt in Dresden und Sachsen engagieren.

Was könnten nun aber Ursachen für eine etwas größere Verbreitung bestimmter rechtsextremistischer Phänomene in Ostdeutschland sein? Am stärksten diskutieren Forscherinnen und Forscher zwei mögliche Aspekte: Erstens ist dies die jahrzehntelange Prägung Ostdeutschlands durch zwei aufeinanderfolgende Diktaturen, erst die nationalsozialistische, dann die kommu-

⁵⁴ Vgl. Dirk Peitz, „Sturm“ auf Reichstagsgebäude: Sie brauchten nur dieses eine Foto, in: Zeit Online vom 31.08.2020, <https://www.zeit.de/kultur/2020-08/sturm-reichstagsgebäude-querdenken-demonstration-rechtsextremisten-berlin> (15.01.2021).

⁵⁵ Vgl. Backes / Kailitz (Hrsg.), Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus?, a. a. O. Zur Buchpräsentation des Bandes der Herausgeber mit Ministerpräsident Michael Kretschmer vgl. Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Buchvorstellung: „Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?“ mit Ministerpräsident Kretschmer & Herausgebern am 16.10.2020, auf: VideoCampus Sachsen vom 17.11.2020, <https://videocampus.sachsen.de/category/video/Buchvorstellung-quotSachsen-Eine-Hochburg-des-Rechtsextremismusquot-mit-Ministerpraesident-Kretschmer-amp-Herausgebern-am-16102020/699990d407b2fd9bf4d6808c313611ef/14> (18.12.2020).

⁵⁶ Vgl. Uwe Backes / Steffen Kailitz, Ergebnisse, in: dies. (Hrsg.), ebd., S. 375 – 392.

⁵⁷ Es war dabei einzig einem glücklichen Umstand, konkret dem Standhalten der Tür einer Synagoge zu verdanken, dass die Opferzahl nicht extrem viel höher war.

⁵⁸ Vgl. BKA-Chef stellt klar – Anschlag von Hanau rassistisch motiviert, in: ZDF heute vom 31.03.2020, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/hanau-anschlag-bka-rassismus-100.html> (18.01.2021).

⁵⁹ So der „Ein Prozent“-Vorsitzende Philipp Stein zitiert nach Jean-Philipp Baeck, Rechtsextremismus im Osten: Neue Rechte will Dresden erobern, in: taz vom 4.8.2019, <https://taz.de/Rechtsextremismus-im-Osten/!5610832/> (08.01.2021).



„Sturm“ auf das Reichstagsgebäude am 29. August 2020; Quelle: picture alliance / REUTERS / Christian Mang.

nistische. Rechtsextremistische Gruppen waren bereits in der Spätphase der DDR weitaus stärker vertreten, als dies angesichts des offiziellen Antifaschismus und eines starken Repressionsapparats zu erwarten gewesen wäre. Der Rechtsextremismus in den östlichen Bundesländern ist also kein Import, der erst nach der deutschen Einheit aus dem Westen kam.⁶⁰ Zum zweiten gelten die teils sehr schweren biographischen Belastungen und Entwurzelungen infolge des Umbruchs von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge der Vereinigung als Nährboden rechtsextremer Neigungen. So führte eine zeitweilige fast komplette Deindustrialisierung Sachsens in den ländlichen Räumen bis hin zu den Klein- und Mittelstädten Sachsens zu großen Verwerfungen.⁶¹ Die sächsische Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, sieht in ihrer Streitschrift „Integriert doch erst mal uns!“ in unbewältigten Lebensbrüchen der Transformationsphase der 1990er Jahre und namentlich etwa in der Treuhand-Politik, dem Elitenaustausch, der Abwertung von Berufsabschlüssen und dem Verlust von Arbeitsplätzen und Betriebsrenten eine zentrale Ursache der höheren Verbreitung von Misstrauen gegen und Distanz zur Demokratie in den östlichen Bundesländern.⁶²

⁶⁰ Vgl. Bernd Wagner, Rechtsradikalismus in der Spät-DDR, in: Backes / Kailitz (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, a. a. O., S. 21 – 44.

⁶¹ Vgl. Grit Hanneforth / Michael Nattke, Wo sich Rassist und Populist Gute Nacht sagen. Rechtsextremismus im ländlichen Raum am Beispiel Sachsens, in: ebd. S. 339 – 360.

⁶² Vgl. Petra Köpping, Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018.

Autorin und Autoren

Prof. Dr. Uwe Backes

Stellvertretender Direktor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT), apl. Prof. am Institut für Politikwissenschaft, TU Dresden,
erforscht Extremismus und politisch motivierte Gewalt in Deutschland sowie Europa aus vergleichender Perspektive und hat zu diesem Gebiet eine Reihe von Standardwerken verfasst. Zuletzt leitete er ein Forschungsprojekt zu rechtsmotivierten Mehrfach- und Intensivtätern in Sachsen. Er ist Mitherausgeber des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie und einer gleichnamigen Schriftenreihe bei Nomos, Baden-Baden.

PD Dr. habil. Steffen Kailitz

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am HAIT, Koordinator und Sprecherratsmitglied des Netzwerks Integrations-, Fremdenfeindlichkeits- und Rechtsextremismusforschung in Sachsen (IFRiS),
beschäftigt sich in seinen Forschungen mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit wie auch der politischen Kultur Deutschlands und hat dazu zahlreiche Publikationen vorgelegt. Er ist Mitbegründer des *AK Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)* und war von 2003 bis 2012 deren Sprecher. Kailitz war u. a. einer der durch das Bundesverfassungsgericht berufenen Sachverständigen im zweiten NPD-Verbotsverfahren.

Dr. Piotr Kocyba

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz, Vorstandsmitglied des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung,
beschäftigt sich mit der politischen Kultur und Fragen der Demokratiequalität in Ostmitteleuropa – hier v. a. mit der populistischen Herausforderung für die repräsentative Demokratie westlichen Typus. Er forscht seit dem Einsetzen der *Pegida*-Demonstrationen zu rechtsgerichteten Protestbewegungen und zum wissenschaftlichen Umgang mit rassistischen Dispositionen in der Mitte der Gesellschaft.

PD Dr. habil. Isabelle-Christine Panreck

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am HAIT, Koordinatorin des Projekts ‚Die Covid-19-Pandemie in Sachsen‘,
forscht über Populismus und Demokratie. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Maßnahmen der schulischen und außerschulischen Demokratiebildung in internationaler Perspektive, wobei dem Vergleich Großbritanniens und Deutschlands besondere Aufmerksamkeit zukommt.

Prof. Dr. Gert Pickel,

Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Universität Leipzig, Sprecherratsmitglied des Netzwerks für Integrations-, Fremdenfeindlichkeits- und Rechtsextremismusforschung in Sachsen (IFRiS), Mitkoordinator des Forschungsinstituts gesellschaftlicher Zusammenhalt am Standort Leipzig,

ist Einstellungsforscher und ausgewiesen auf den Gebieten der politischen Kulturforschung und Religionssoziologie. Er hat eine Reihe von Arbeiten zur Islamophobie und zur Wahrnehmung von Fremdgruppen vorgelegt. Dokumentiert durch einschlägige Lehrbücher, besitzt er weitreichende Expertise in der empirischen Einstellungsforschung und in Methoden der politikwissenschaftlichen Sozialforschung. Er ist Mitglied im Vorstand der *Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)*, Mitglied im Beirat des *HAIT*, Mitherausgeber der *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP)* und stellvertretender Sprecher des *Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus und Demokratieforschung (KreDo)* an der Universität Leipzig.

Dr. Alexander Yendell

Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Universität Leipzig, Schwerpunkte seiner Tätigkeit liegen in der Erforschung von Rechtsextremismus und Autoritarismus, politischem Protest, religiöser Pluralität und sozialer Ungleichheit. Er ist Vorstandsmitglied des *Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung* an der Universität Leipzig und Sprecher der *Sektion Religionssoziologie* der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie*.

Inhalt

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Ein Problemaufriss

Steffen Kailitz

Rechtsextreme, rechtspopulistische und fremdenfeindliche Einstellungen in Sachsen

Gert Pickel / Alexander Yendell

Sachsen als Hochburg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)

Steffen Kailitz

Die Alternative für Deutschland (AfD) zwischen radikalem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Steffen Kailitz

Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)

Piotr Kocyba

Corona-Proteste in Sachsen

Isabelle-Christine Panreck

Rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalt in Sachsen

Uwe Backes

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Sachsen. Eine (vorläufige) Bilanz

Steffen Kailitz